

# CHRONIK

## der Ereignisse

**BAND 1**

1992 - 1994

Sammlung der Beiträge zum aktuellen Geschehen aus dem  
ANTIFA-INFO

(Jänner 1992 bis Ende 1994)

# 1992

**1.Jänner 1992:** Waldheim mahnt die Politiker, kein Kapital aus der Fremdenangst zu schlagen.

**2.Jänner 1992:** Die Gedenkstätte im ehemaligen KZ Bergen-Belsen wird mit nazistischen Parolen beschmiert.

**6.Jänner 1992:** Von den SPÖ-Abgeordneten Ilona Graenitz und Annemarie Reitsamer werden polizeiliche Maßnahmen gegen die Verbreitung nazistischer Flugblätter vor Linzer Schulen gefordert. Eine "Volkstreue Jugendoffensive" verbreitet diese mit ausländerfeindlichen Parolen seit einigen Wochen.

**7.Jänner 1992:** Nach zwei Fernsehinterviews in denen er sich zum Nationalsozialismus bekannt und für die Wiedezulassung der NSDAP eingesetzt hatte, wird in Wien Gottfried Küssel festgenommen. Dabei kommt auch auf, daß sich der Gendarmerieposten Langenlois geweigert hatte, eine Anzeige wegen NS-Wiederbetätigung entgegenzunehmen, die Mitarbeiter des deutschen Kommerzsenders Tele5 nach dem Interview zu erstatten versuchten.

**9.Jänner 1992:** Die Festnahme Küssels und eines Komplizen lösen wieder Diskussionen über das NS-Verbotsgesetz aus. Die ÖVP verlangt eine Herabsetzung des Strafrahmens nach §3a, der den Versuch der Wiederherstellung der NSDAP ausschließlich mit lebenslanger Freiheitsstrafe belegt. Dadurch würden die Geschworenen zu Freisprüchen neigen.

**12.Jänner 1992:** Auf der FPÖ-Neujahrstagung kann Haider seine Erfolge feiern. Er freut sich über den Zusammenbruch des Kommunismus und fordert den "Staatsvertrag samt Souveränitätsbeschränkungen" für obsolet zu erklären. Zur politischen Ausgrenzung der FPÖ unter seiner Führung durch die anderen Parteien meint er, man könne nicht eine Million Wähler für "Falotten und Gesindel" erklären. Laut einer Aufstellung im FPÖ-Blatt NFZ hat die FPÖ von 1986 bis 1991 bei allen Wahlen (inklusive Handelskammer, Bezirksvertretungen, Personalvertretungen usw.) 2661 Mandate dazugewonnen, die SPÖ hat 813 verloren, die ÖVP 2943.

**12.Jänner 1992:** Kulturfrühstück in FS 2, wir bringen den Bericht des Standard:

## **Große Steppe der Hoamat kleiner Geist der Kultur**

*Es lag zwar keiner vor, wohl aber die Ankündigung des Bürgermeisters (SPÖ), daß ein Antrag auf Entfernung jedenfalls abgelehnt würde. Die Konsequenz: ein Wirbel, der bis nach Wien zu hören war und für seinen Auslöser, den Filmemacher und Weiser Kulturstadtrat Andreas Gruber. in der Hoamat Morddrohungen zur Folge hatte.*

*Als „Kulturschaffender, der eigentlich immer der Wahrhaftigkeit verpflichtet ist“, sei er „ganz überrascht“ über die Reaktionen gewesen, glaube aber immer noch nicht, daß er mit seinen Forderungen - eine SS-Gedenktafel solle abmontiert und eine Turnhalle, die bis heute den Namen eines NSDAP-Funktionärs trägt. umbenannt werden - „die geistigen Grundlagen seiner Heimatstadt in Frage gestellt“ habe. Ulrike Steiner (OÖN). die des Filmemachers Gruber (Shalom General) „antifaschistische Haltung sehr schätzt“, fragte mit etwas Vorsicht und „einer Lobby“ im Rücken nicht erfolgreicher gewesen wäre. Armin Thurnher (Falter) wies darauf hin, daß diese Lobby, eine tapfere kleine Antifa-Initiative, seit zehn Jahren existiere und mit denselben Forderungen ebenso lang auf oberösterreichischen Granit gebissen hatte. Aus Gründen offenbar, die mit den geistigen Grundlagen gewisser ob der Enns gelegener Heimatstädte zu tun haben. Dann ging es um Beiräte, ÖVP-Kulturpolitik im allgemeinen und die oö. im besonderen, wobei das Wort "Steppe" fiel (U. Steiner) und die bange Frage gestellt wurde, wie es den Welser Filmtagen gehe. Bei deren Eröffnung wird wie jedes Jahr auch der Welser Bürgermeister, Bregartner heißt er, ein paar schöne Worte über Kulturpolitik sprechen. (Erich Möchel)*

**14.Jänner 1992:** In Salzburg hatte die "Freiheitliche Studenteninitiative" zum Thema "Einwanderungsland Österreich?" auch den Sohn des deutschen rechtsextremistischen Zeitungsherausgebers Gerhard Frey ("Nationalzeitung") eingeladen. Das hatte zur Folge, daß die meisten anderen geladenen Diskussionssteilnehmer absagen und die Veranstaltung im Protest antifaschistischer Studenten untergeht.

**15.Jänner 1992:** Die Haftbeschwerde Küssels wird abgewiesen, die Polizei ist bemüht, das beschlagnahmte Material, u.a. codierte Computerdisketten zu sichten.

**15.Jänner 1992:** Die EG-Staaten und auch Österreich anerkennen Slowenien und Kroatien als unabhängige Staaten. Ein neuer Waffenstillstand scheint vorerst die bewaffneten Auseinandersetzungen zu beenden.

**Erste Jännerhälfte 1992:** Einfahrer für die FPÖ. In zweiter Instanz wird die Klage gegen die Wiener KPÖ abgewiesen, die im GRW-Kampf die FPÖ in Inseraten und Plakaten als Partei mit ausländerfeind-

lichen, rassistischen und deutschnationalen Zielen bezeichnet hatte. Das Gericht bezeichnet dies zwar als eine harte Kritik, meint aber, *"sie stellt allerdings keinen Wertungsexzeß dar, weil ein im Blickpunkt des öffentlichen Interesses stehender Funktionär, welcher Teilaspekte der Politik des 3.Reiches als positiv hervorhebt, ohne gleichzeitig seine Ablehnung und Verachtung der Greuelthaten des Regimes mitzuteilen, es sich gefallen lassen muß, daß Kritiker den im Inserat dargestellten Konnex (=Zusammenhang) herstellen"*.

**16.Jänner 1992:** In Traunkirchen wird von vorerst unbekanntem Tätern versucht mit Molotow-Cocktails einen Brandanschlag auf ein Asylantenwohnheim zu verüben, der glücklicherweise ohne größere Schäden bleibt.

**17.Jänner 1992:** In Wien wird die "Wehrsportgruppe Trenck" ausgehoben. Zahlreiche Waffen und umfangreiches nazistisches Propagandamaterial werden sichergestellt. Als Anführer der Gruppe wird der 49-jährige Hermann Ussner festgenommen, zwanzig weitere Mitglieder werden angezeigt.

**19.Jänner 1992:** Als Täter des Traunkirchner Anschlags werden vier Mitglieder von Küssels "Volkstreuer außerparlamentarischer Opposition" (VAPO) aus Gmunden festgenommen.

**19.Jänner 1992:** Justizminister Michalek setzt sich für eine Umgestaltung des NS-Verbotsgesetzes ein, nicht nur die Leugnung von NS-Verbrechen soll in Zukunft dezidiert unter Strafe gestellt werden, sondern es sollen auch Täter erfaßt werden können, denen "der im Verbotsgesetz vorausgesetzte Wiederbetätigungsvorsatz nicht nachgewiesen werden kann."

**19.Jänner 1992:** Simon Wiesenthal fordert eine weltweite Offensive gegen Nazi-Kollaborateure, die freiwillig am NS-Völkermord mitgewirkt hätten und nach dem Krieg in die USA, nach Kanada und Australien ausgewandert seien, 900 solcher NS- Helfershelfer seien bekannt.

**Zweite Jännerhälfte 1992:** In Wien tauchen VAPO-Aufkleber *"Freiheit für Küssel - Gesinnungshäftling in Osterreich!"* auf.

**20.Jänner 1992:** 50 Jahre nach der "Wannsee-Konferenz", auf der die Nazis die "Endlösung der Judenfrage" beschlossen, wird in der Wannsee-Villa ein Holocaust-Memorial eröffnet.

**20.Jänner 1992:** Auch in Ungarn wird eine Gruppe militanter Rechtsextremisten festgenommen.

**21.Jänner 1992:** Der STANDARD berichtet ausführlich über die Hintergründe der österreichischen NS-Gruppen. Gottfried Küssel gelte als die Drehscheibe der Neonazi-Umtriebe in Mitteleuropa, der "harte Kern" des Neofaschismus umfasse nur einige Dutzend Personen, das dazugehörige Umfeld (hauptsächlich Skinheads und Fußballrowdies) wahrscheinlich mehr als tausend, Verbindungen beständen zur NSDAP-Auslands- und Aufbauorganisation in den USA (dort ist die NSDAP nicht verboten!).

**21.Jänner 1992:** Haider auf der Flucht nach vorne, er beschuldigt das DOW, aus *"kommunistischen Geldern finanziert zu werden"*, daher bestehe für dessen Vertreter *"keine Berechtigung sich zu Sittenwärttern und Richtern über die politische Moral in Osterreich aufzuspielen"*.

**21.Jänner 1992:** "Gauleiter" Reinthaler, zuständig für Salzburg und OÖ, Stellvertreter Küssels, ist der nächste prominente Neonazi, dem das Interesse der Polizei gilt.

**21.Jänner 1992:** Kontroverse in OÖ: Landeshauptmann Ratzenböck findet den SPÖ-Vorschlag, am 12.3. eine Sondersitzung des Landtages zum Thema Rechtsextremismus abzuhalten, für übertrieben, SP-Obmann Grüner bezeichnet Ratzenböcks Haltung als *"Linie, die zur Verharmlosung neigt"*.

**22.Jänner 1992:** Waldheim warnt vor einer Verharmlosung des Rechtsextremismus und fordert zur Wachsamkeit gegenüber zerstörerischen Kräften auf. Cap wirft Haider geistige Mitverantwortung für das Anwachsen rechter Umtriebe vor, Haider spricht davon, die Neonazi-Szene würde *"aufgeblasen, als stünde ein Staatsstreich bevor"*, er bezeichnet die Nazis als *"arbeitslose und dumme Menschen"*, als *"Bodensatz an Menschen"* mit dem die FPÖ nichts zu tun haben wolle.

**Zweite Jännerhälfte 1992:** Schmieraktionen, Hausdurchsuchungen, Ermittlungen in Vorarlberg, Salzburg und Kärnten.

**23.Jänner 1992:** Der Bundespräsidentenskandidat der Grünalternativen, Robert Jungk, warnt vor einer FPÖ-Koalition unter Haider, er würde als Bundespräsident eher zurücktreten als Haider mit einer Regierungsbildung zu betrauen.

**23.Jänner 1992:** Nach einer vierjährigen Wartezeit soll im April endlich eine Hauptverhandlung gegen Gerd Honsik wegen NS-Wiederbetätigung wegen seines Buches "Freispruch für Hitler?" anberaumt werden.

**23.Jänner 1992:** Anfrage im nö. Landtag durch ÖVP und SPÖ wegen der beiden FPÖ-Abgeordneten Preiszler und Hans, die, nach Angaben des DÖW, Kontakte zu rechtsextremen Gruppen gehabt haben.

**23.Jänner 1992:** Geplante Änderungen im Verbotsgesetz: im §3a soll die für die versuchte Wiedergründung der NSDAP festgelegte Strafe von "lebenslänglich" auf "zehn bis zwanzig Jahre oder lebenslänglich" herabgesetzt werden, im §3g (Betätigung im NS-Sinne auf "andere Weise"), bisher fünf bis zehn Jahre, neu ein bis zehn Jahre, ein neuer §3h soll eingefügt werden, der die Leugnung von NS-Verbrechen (einschließlich Verharmlosung, Gutheiligung oder Rechtfertigung) mit einer Strafe von ein bis zehn Jahren belegt.

**Zweite Jännerhälfte 1992:** Der Direktor einer Linzer Mittelschule, FPÖ-Kandidat bei den GRW, äußert, als es in seiner Schule laut zugeht, *"hier geht's ja zu wie in einer Judenschule"*. Selbstverständlich war nachher dieser Satz nicht antisemitisch gemeint, sondern *"im Sprachgebrauch durchaus üblich."*

**24.Jänner 1992:** Der Salzburger Univ.Prof. Gerhard Botz meint, daß der geistige Hintergrund der Neonazis immer dagewesen sei, sich die Leute "durch die Ausländerfeindlichkeit erst herausrauen", weil *"sie spüren, daß sie mit ihrem stolzen Bekenntnis, gegen Ausländer zu sein, auf breite Zustimmung stoßen."*

**24.Jänner 1992:** Der Kärntner JG-Funktionär Scherwitzl meint, daß durch die Novellierung des NS-Verbotsgesetzes auch Haiders Satz über die "ordentliche Beschäftigungspolitik im 3.Reich" straffähig würde.

**24.Jänner 1992:** VP-Justizsprecher Graff drängt auf raschen Beschluß der Verbotsgesetznovelle und spricht sich dafür aus, daß die Verharmlosung oder Leugnung von NS-Verbrechen nur dann bestraft werden solle, wenn sie vor "vielen Menschen" geschehe, die "Auschwitz-Lügen am Biertisch" sollen ungestraft bleiben.

**25.Jänner 1992:** Ein weiterer prominenter Neonazi wird festgenommen, Hans Jörg Schimanek jun. aus Langenlois, Sohn des gleichnamigen ORF-Redakteurs, der dadurch auch in die Kritik der Medien gerät, da er bisher eine deutliche Distanzierung von den Ansichten seines Sprößlings vermissen läßt. Der Junior bekannte sich öffentlich als Nationalsozialist und zu "Großdeutschland", veranstaltete in Langenlois Wehrsportübungen und gilt als einer der engsten Gefolgsleute Küssels. Bereits 1986 hatte man in einem vom Senior gepachteten Forsthaus ein Waffenlager ausgehoben.

**25.Jänner 1992:** In Paris und Mailand finden Großdemonstrationen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit statt.

**25.Jänner 1992:** Justizminister Michalek bezeichnet das Rechtsextremismusproblem in erster Linie als ein politisches und nicht juristisches Problem, die Justiz könne *"nur die Spitze des Eisberges und nicht den Eisberg selbst erwischen."*

**25.Jänner 1992:** Der Soziologe Knoll sagt im Mittagsjournal, die Wertekrise begünstige den Rechtsextremismus, durch den propagierten "Wertepluralismus" seien *"die Menschen heimatlos geworden."*

**28.Jänner 1992:** Alle zehn Führungsmitglieder der nazistischen "Widerstandsbewegung" in Südafrika, die für das Beibehalten der weißen Vorherrschaft kämpft, werden festgenommen.

**28.Jänner 1992:** Österreicheische Filmschaffende wollen die "Österreichischen Filmtage" in Wels im April boykottieren, wenn die braunen Flecken in dieser Stadt nicht beseitigt werden. Für SPÖ-Fraktionsobmann Oberroithmaier, der den erkrankten Bürgermeister Bregartner "würdig" vertritt, sind die braunen Flecken (SS-Gedenktafel, Etzold-Halle und Kemstockstraße) *"kein Thema"*.

**29.Jänner 1992:** Ochensberger-Anwalt Schaller bringt gegen das Urteil vom 9.12.91 Nichtigkeitsbeschwerde und Berufung ein. Er beansprucht für seinen Mandaten "das Menschenrecht auf Meinungsfreiheit".

**30.Jänner 1992:** Ihre Provinzialität spazierenführen dürfen die Weiser SPÖ-Spitzenfunktionäre, wenn sie die Kritik der Filmkünstler an der Haltung der Weiser Stadtführung als *"bodenlose Frechheit"* bezeichnen und die Rückzahlung von Subventionen für die Filmtage verlangen.

**Anfang Februar 1992:** SPÖ-Klubobmann Fuhrmann richtet einen offenen Brief an die Weiser SPÖ, betreffend die "braunen Flecken von Wels": Offener Brief an die Sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion in Wels

Liebe Freunde!

*Am 13. Jänner 1992 habt Ihr mir in einer Presseinformation als Stellungnahme der Sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion ausrichten lassen, daß die in den Medien geführte Diskussion über die*

*"braunen Flecken von Wels" für die Weiser Bevölkerung "kein Thema darstellt" und Ihr daher "keinerlei Handlungsbedarf" seht.*

*Die Gefahren des Rechtsextremismus entstehen nicht nur aus der Beschönigung, Verharmlosung und Leugnung nationalsozialistischer Verbrechen und Gedankenguts, sondern auch dadurch, daß Relikte der Vergangenheit, seien es bestimmte Gedenktafeln gewisser Verengungen oder historisch belastete Namensgebungen, für das rechte Spektrum in Österreich nach wie vor Symbolgehalt haben. Das Zur-schaustellen dieser Relikte trägt dazu bei, daß sich manche In Ihrer Meinung gestärkt fühlen, offen und auf unverschämte Art und Weise im alten Jargon menschenverachtende Ideen abermals propagieren zu können.*

*Gründe, die sehr wohl dafür sprechen, daß sich die Sozialdemokratische Parlamentsfraktion damit beschäftigt. Es war und ist die SPÖ, für die der Kampf gegen Faschismus und Neonazismus an erster Stelle steht. Ich kann mich daher Eurer Meinung nicht anschließen, daß es sich bei diesem Problem um eine "bedeutungslose" Sache handelt: Die insbesondere auch geistige Bekämpfung des Rechtsextremismus ist eine tägliche Herausforderung an alle demokratischen Kräfte in unserem Staat.*

*Ich bin mir daher sicher, daß sich die Sozialdemokratische Gemeinderatsfraktion von Wels, sowie auch die Sozialdemokratische Parlamentsfraktion, dieser Herausforderung stellt, um zu garantieren, daß ihre gute und wichtige Arbeit für die Welserinnen und Weiser, die von der Bevölkerung angenommen wird, nicht unter "braunen Flecken" leidet.*

*Mit freundschaftlichen Grüßen Dr. Willi Fuhrmann*

**1. Februar 1992:** Haider rügt den Salzburger Landesparteiobmann Winkler, weil er bei einer Abstimmung in der Landesregierung für den Bau des Airport-Centers stimmte. Haider ist darüber *"äußerst erzürnt"* und erklärte ein zweites Mal werde er das nicht akzeptieren. Winkler antwortet, daß er aufgrund juristischer Fakten entschieden habe und nicht populistisch agiere, er nähme aber zur Kenntnis, daß er sich *"auf dünnem Eis"* bewege.

**1. Februar 1992:** Nationalratspräsident Fischer plädiert dafür, daß die Änderung des Verbotsgesetzes als *"wichtiges Signal an In- und Ausland"* einstimmig beschlossen werde. Unterrichtsminister Scholten kündigt konkrete Schritte seines Ressorts an: Die Verbreitung der Broschüre zur *"Auschwitz- Lüge"*, einen Aufsatzwettbewerb zum Antisemitismus, eine Reform des Bereiches der politischen Bildung an den Berufsschulen. Er kann es sich auch vorstellen, das Unterrichtsprinzip *"politische Bildung"* in einen eigenen Gegenstand umzuwandeln.

**2. Februar 1992:** Bei einer Nachwahl in Lilie erreicht die französische *"Nationale Front"* 22% der Stimmen.

**3. Februar 1992:** Argentinien will seine Nazi-Archive öffnen. Nach dem 2. Weltkrieg hatte der rechtspopulistische Regierungschef Juan Peron tausende geflüchteten Nazis Pässe und Zuflucht gegeben, u.a. Adolf Eichmann und dem KZ-Arzt Josef Mengele.

**3. Februar 1992:** Die FPÖ verlangt, daß im Verbotsgesetz die Verherrlichung jeglichen Völkermordes unter Strafe gestellt werde. Nationalratspräsident Fischer meint dazu, daß das *Verbotsgesetz "aus den österreichischen Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus entstanden und der Bekämpfung des Nationalsozialismus gewidmet ist"*. Er verweist auch auf die Zeitschrift AULA, in der *"auch Mandatare des Nationalrats immer wieder als Autoren aufscheinen"*, dies sei ein Blatt, in dem *"die Zeit nach 1945 viel skeptischer beurteilt wird als die Zeit vor 1945"*, die AULA wird vom FREIHEITLICHEN AKADEMIKERVERBAND herausgegeben.

**3. Februar 1992:** Der südafrikanische Präsident De Klerk und der ANC-Vorsitzende Mandela rechnen mit der baldigen Bildung einer Übergangsregierung.

**4. Februar 1992:** MAUTHAUSEN AKTIV richtet folgendes Schreiben an die Stadt Wels:

*Aufruf des MAUTHAUSEN AKTIV OÖ*

*Das MAUTHAUSEN AKTIV OÖ, der Zusammenschluß der überparteilichen Gegner des Faschismus im Schoße der "Österreichischen Lagergemeinschaft Mauthausen", dem Verein der ehemaligen Mauthausener KZ-Häftlinge auf Österreich- und Europaebene, verfolgt seit geraumer Zeit und mit wachsender Unruhe, die öffentliche Diskussion um die sogenannten "braunen Flecken in Wels". Kern dieser erstaunlichen Diskussion ist eine Gedenktafel der Kameradschaft IV, der ehemaligen Waffen-SS Hitlerdeutschlands, die in der Sigmarkapelle in Wels angebracht ist.*

*Die Sigmarkapelle ist den Gefallenen und Opfern des zweiten Weltkrieges gewidmet.*

*Durch das Vorhandensein der SS-Gedenktafel - die diverse Kundgebungen erlaubt - wird der Eindruck erweckt, als wären auch die der Durchsetzung und Aufrechterhaltung des Faschismus dienenden Kern-*

*truppen des 3.Reiches Opfer des zweiten Weltkrieges gewesen.*

*Diese Darstellung ist durch die damaligen entsetzlichen Realitäten und die Auffindung zahlloser "SS Täterschaftsdokumente" hinlänglich widerlegt.*

*Umso sonderbarer mutet die unwürdige Auseinandersetzung um dieses demokratiegefährdende Vergangenheitsrelikt, die Gedenktafel der Kameradschaft IV der ehemaligen Waffen-SS Hitlerdeutschlands, an.*

*Wir rufen daher die politisch Verantwortlichen der Stadt Wels auf, diese beschämende Diskussion schnellstens zu beenden und diese SS-Gedenktafel umgehendst entfernen zu lassen.*

*Zu diesem Aufruf sehen wir uns veranlaßt, in ehrfürchtigem Gedenken und tiefer Verneigung vor den zahllosen Opfern des Faschismus, die für die Wiedergeburt unserer Republik von so großer Bedeutung sind, aber auch im Sinne entschlossener Bekämpfung wiederaufflackernder oder verniedlichender gestrigen Tendenzen.*

*MA-OÖ-ÖLGM Linz, im Jänner 1992*

**5.Februar 1992:** Noch keine Einigung über die Verbotsgesetznovelle im Justizausschuß, die Grünen wollen präzisere Formulierungen.

**7.Februar 1992:** Außenminister Mock gibt den österreichischen Luftraum zur Benutzung für NATO-Aufklärungsflugzeuge frei, mit Mühe kann er vom Koalitionspartner zurückgepiffen werden. Bruno Kreisky hat gewußt, warum er die Abgabe des Außenministeriums an Mock seinerzeit so heftig kritisiert hat. Den angestrebten Weg Mocks würde der Bundesheeroffizier und FPÖ-Bundesrat Gudenus rasch weitergehen: Er fordert, daß Österreich die Teilnahme am NATO-Kooperationsrat beantragen soll.

**Anfang Februar 1992:** Doch noch nicht ausgestanden ist die Bundeswappendiskussion. Die "Freiheitliche Studenteninitiative"(FSI) versucht sich mit dem untenstehenden Plakat als Vergangenheitsbewältiger besonderer Art. Statt Entnazifizierung ist Entsozifizierung angesagt. Nach dem furchtbaren Unglück, das der Sozialismus über Österreich gebracht zu haben scheint, ist das wohl für eine bestimmte Geistesrichtung ein dringendes Anliegen...



**10.Februar 1992:** Die neue PROFIL-Ausgabe berichtet, daß Haider dem ehemaligen Klagenfurter FPÖ-Obmann und Vizebürgermeister, Walter Candussi, eine halbe Million Schilling für dessen "freiwilligen" Rückzug aus der Politik geboten haben soll. Haider bestreitet, diese, vom Profil als "Schweigegeld" bezeichnete, Zahlung angeboten zu haben und droht mit Klage. Ein Beschlagnahmeantrag wird abgewiesen.

**Erste Februarhälfte 1992:** Ein Steyrer Zeitsoldat wird wegen Wiederbetätigung und Verhetzung angezeigt. Er gibt das Blatt "Stahlfront" heraus, das sich "für ein deutsches Deutschland ohne Verniggerung, gegen Rassenmischung, gegen verjudete Politik" einsetzt.

**11.Februar 1992:** Die NATO bedankt sich artig für Mocks vorausgeeilten Gehorsam, der NATO Aufklärungsflüge über Österreich zu gestatten. Ein zur Zeit noch voreiliger Dank, da inzwischen Vranitzky den Außenminister belehrt hat, daß mit der Vollziehung des Neutralitätsgesetzes die Bundesregierung und nicht das Außenministerium betraut sei.

**Erste Februarhälfte 1992:** Der deutsche Generalbundesanwalt prüft, ob gegen Mitglieder des Ku-Klux-Klan wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung ermittelt werden soll. Auch in Österreich sind Ableger dieser amerikanischen Rassistenorganisation aufgetaucht.

**11. Februar 1992:** Auf einem Vortrag beim Freiheitlichen Akademikerverband in Graz bezeichnet FP-Grundsatzreferent und Bundesrat Andreas Mölzer die "Rechtsextremismuskampagne" als *"Feigenblatt von Innenminister Löschnak gegenüber der SP-Ultralinken"*. Das Thema lautete: *"Nationale Identität und Multikulturelle Gesellschaft, eine Schicksalsfrage unseres Volkes"*. Er meint u.a., bisher sei die *"biologische Potenz der Deutschen immer stark genug gewesen, um der assimilierende Faktor zu bleiben. Jetzt droht aber die "Umvolkung", Mölzer sieht einen "überalteten und schwächeren Volkskörper, der dynamischen Zuwanderer gegenübersteht."*

**12. Februar 1992:** Der Versuch im zweisprachigen Bereich im Burgenland zweisprachige Ortstafeln zu montieren, ist wieder einmal gescheitert. Vom Kroatischen Akademikerklub angebrachte Tafeln sind spurlos verschwunden.

**12. Februar 1992:** Die FPÖ fordert im Parlament eine Neutralitätsdebatte, zur Zeit herrsche "Diskussionsverbot", die Regierung hinke hinter den neuen "kooperativen Sicherheitssystemen" her.

**13. Februar 1992:** Der Grünalternative Voggenhuber bezeichnet die Äußerungen von Haiders Chefideologen Mölzer als *"eine weitere Fratze des Rechtsextremismus."* Der Kärntner VP-Landeshauptmann Zernatto fordert Heide Schmidt zur Distanzierung von Mölzer auf, um zu beweisen, daß *"es in der FPÖ nicht nur Rechtsextreme gibt."*

**13. Februar 1992:** Nach Abschluß des Begutachtungsverfahrens zum Einwanderungsgesetz spricht Innenminister Löschnak von einem *"breiten Konsens"*.

**14. Februar 1992:** Laut Standard laufen zur Zeit 350 Verfahren nach dem NS-Verbotsgesetz.

Erste Februarhälfte 1992: Die Klage Haiders auf Beschlagnahme der neuen EAV-Platte "Watumba" wird auch in zweiter Instanz vom Wiener Oberlandesgericht abgewiesen. Im Lied "Erzherzog Jörgerl" hatte es geheißen: *"Wo i geh und steh, tuat mia mei Herz so weh, gibt's meiner Seel' an Stich, weil i überall Kanaken siech. Schau gern dem Volk aufs Maul, und is im Staat was faul, dann foahr i drein wie er, na, ihr wißt's schon wer - und mein blauer Schal steht für nazional, doch ganz im Vertraun, hinten is er a bisserl braun..."*

**14. Februar 1992:** Simon Wiesenthal hält dem Vatikan dessen Fluchthilfeaktivitäten für Naziverbrecher in der Nachkriegszeit vor, so habe Kardinal Siri dem KZ-Arzt Mengerle falsche Papiere verschafft, auch der österreichische Bischof Hudal habe Nazis zur Flucht verhelfen.

**14. Februar 1992:** Diskussionsveranstaltung der SPÖ von Wien-Leopoldstadt. Innenminister Löschnak teilt mit, daß sich zur Zeit dreizehn Personen wegen Verstöße gegen das NS-Verbotsgesetz in Haft befinden. Einiges aus dem Gedankengut der FPÖ bezeichnet Löschnak als *"durchaus neofaschistisch"*, die Freiheitlichen seien bereits so weit rechtsstehend, daß man Angst haben müsse.

**15./16. Februar 1992:** Der Weiser Polizei gelingt ein entscheidender Schlag gegen die dortige Neonazi-Szene, im Gasthaus "Zur Goldenen Kugel" wird eine rechtsextremistische Jugendgruppe ausgehoben. Wie sich in der Folge herausstellt, hatten sich zwei Aktivisten aus Küssel's Dunstkreis darum bemüht, für die verbotene "VAPO" eine Ersatzorganisation zu schaffen, was unter dem unverfänglich klingenden Namen "Junge Neue Richtung" geschehen hätte sollen. Die Initiative "Welser gegen Faschismus" glaubt, daß die Zerschlagung der Gruppe beitragen könnte, die Stadtführung dazu zu bewegen, die umstrittene Gedenktafel der SS-Kameradschaft IV aus der Sigmar-Kapelle zu entfernen. Der geschäftsführende Vizebürgermeister Oberroithmaier beeilte sich allerdings sogleich zu betonen, daß zwischen der Gedenktafel der SSler und den verhafteten Halbwüchsigen kein Zusammenhang bestünde und man "die Totenruhe" nicht stören solle. Kulturstadtrat Gruber meinte hingegen: Wenn man ein solches Klima toleriert, darf man sich über Neonazis nicht wundern, er werde auf eine Erklärung gegen faschistische Tendenzen drängen, ohne parteipolitisches Hickhack, denn dafür sei die Sache zu ernst.

**16. Februar 1992:** Für das Recht auf Nationalsozialismus am Biertisch macht sich Wolf Martin in der Kronenzeitung stark: ***In den Wind gereimt** Ging's nach den Grün-Alternativen und linkshumanen Progressiven, wär' schon, beim Bier Gewisses sprechen, ein staatsgefährdendes Verbrechen, und Bürgerpflicht wär's dann wohl quasi. zu dienen einer Austro-Stasi. Wolf Martin*

**17. Februar 1992:** Der Standard bringt ein ausführliches Interview mit dem ehemaligen Kärntner FPÖ-Obmann Ferrari-Brunnenfeld, der seinerzeit Haider zum Start für seine Politkarriere verhalf. Er sagt über Haider u.a.: *"Haider ist nicht fähig eine echte Partnerschaft einzugehen. Partnerschaft kann nur zu seinen Bedingungen geschehen. Das heißt, entweder er dominiert völlig oder der andere muß die Partnerschaft abbrechen, um sich sein Selbstwertgefühl zu erhalten."* - *"Je konstruktiver Gruppierungen arbeiten, desto gefährlicher wird es für Haider...Sachpolitik ist etwas, was Haider nicht nur nicht kann, sondern was er nicht will. Sachpolitik, das bedeutet Kompromiß und heißt, daß immer dreißig bis vierzig*

*Prozent gegen Dich sind. Das hält ein Haider menschlich nicht aus."*

**17.Februar 1992:** PROFIL bringt das Gesprächsprotokoll der Verhandlungen zwischen Candussi, Rumpold und Haider, aus dem hervorgeht, daß tatsächlich über eine Zahlung von 500.000.—Schilling verhandelt worden war. Haider schließt dieses Gespräch mit: *"Aber wennst net willst - ich habe alles versucht. Dir eine Hilfestellung zu geben! Aber wennst das net nimmst, dann mache das, wiast wüllst!"* Haider bringt gegen PROFIL eine Millionenklage auf Unterlassung und Widerruf ein.

**17.Februar 1992:** Der Grazer Philosoph Johann Götschl fordert die Wissenschaftler auf, sich mit dem Rechtsextremismus auseinanderzusetzen, da sie Kraft ihrer Kompetenz die Pflicht hätten, *"eine best-mögliche Aufklärung zu aktuellen Problemen einzubringen."*

**20.Februar 1992:** Erste Verhandlung zur Klage Haider gegen Broukal wegen übler Nachrede, weil der ORF-Redakteur Broukal am Abend der Wiener Wahl zu Haider gesagt hatte: *"Seit Ihre Wahlkampagne begonnen hat, steht dort auf jeder Parkbank 'Ausländer raus' und auf einigen das Hakenkreuz."* Die Verhandlung wurde vertagt, Broukal will den Wahrheitsbeweis antreten.

**21.Februar 1992:** In Schweden gibt es einen Warnstreik der Eingewanderten gegen die auch dort zunehmende Fremdenfeindlichkeit von rassistischen Gruppen wie dem "Weißen arischen Widerstand".

**23.Februar 1992:** Gleich zwei der "Sonntags-Notizen" des "Herrn Strudl" bemühen sich in der Kronenzeitung um die Verharmlosung der österreichischen Neonazis:

*„Daß der Unterweger unsrer Polizei durch die Lappen gangen is, muß ma verstehn: Sie war halt zu sehr mitn Fangen von Neonazis beschäftigt. "*

*„Die Kanonen am Balkan, die Raketen im Libanon, ja selbst die Atomwaffen der GUS: Des alles verblaßt neben den fürchterlichen Taschenfeitln unsrer Neonazis."*

**23.Februar 1992:** In der ORF-Pressesunde bekräftigt Vizekanzler Busek, daß die ÖVP keine Koalition mit der FPÖ eingehen werde.

**24.Februar 1992:** Das PROFIL veröffentlicht weitere Gesprächsprotokolle über die Entfernung Candussi aus seiner Funktion, Rumbold habe in Haider's Beisein Candussi "a halbe Million" für seinen "freiwilligen" Rücktritt angeboten.

**24.Februar 1992:** In Wien wird von Bürgermeister Zilk und dem Leiter des "Jewish Welcome Service", Leon Zelman, die Broschüre "Das Jüdische Erbe in Zentraleuropa" vorgestellt.

**24.Februar 1992:** Der OÖ.Landespartei Vorstand der SPÖ fordert in einem einstimmig gefaßten Beschluß die Weiser Parteiverantwortlichen auf, die Gedenktafel der Waffen-SS aus der Gemeindegasse zu entfernen, die Umbenennung der Etzold-Halle und der Kernstockstraße zu veranlassen.

**25.Februar 1992:** Der Welser Bürgermeister Bregartner sieht keinen Handlungsbedarf, Kernstockstraßen gäbe es auch in anderen Orten, Etzold sei zwar NS-Kreisschulungsleiter gewesen, aber *"nicht rechtskräftig verurteilt"* und die SS-Kameradschaft IV sei *"ein eingetragener Verein"*, der sich *"noch nie etwas zuschulden kommen lassen"* habe. Wird uns als nächstes der Bregartner dann vielleicht erzählen, auch die Waffen-SS, deren Interessen er so eifrig wahrnimmt, habe sich nichts zuschulden kommen lassen? Oder, Herr Bregartner, war da nicht irgendwas mit dieser SS?

Der Vorsitzende der OÖ.JG, Harald Rossegg, bezeichnet Bregartner's Haltung als beschämend, der grünalternative Abgeordnete Anschöber fordert ihn zum Rücktritt auf.

**25.Februar 1992:** Umfrage zur EG und zur Haltung zu Österreich: 50% sind für einen EG-Beitritt, 30% dagegen, 20% unentschlossen; 86% der Österreicher sind auf Österreich stolz, wobei als Hauptpunkt die Schönheit der Landschaft genannt wird, gefolgt von der Neutralität. Auf, Ihr politisch Verantwortlichen! Die Zerstörung der Landschaft wird wohl noch einige Arbeit machen, aber die Liquidierung der Neutralität schafft Ihr doch mit links! Auf die Frage nach der Existenz einer eigenen österreichischen Nation antworten nur 9% ablehnend.

**Ende Februar 1992:** Die neue Nummer des Nazi-Blattes HALT wird von Barcelona aus verschickt, wohin sich Gerd Honsik abgesetzt hat, nachdem er in der nächsten Zeit mit einer Gerichtsverhandlung wegen NS-Wiederbetätigung zu rechnen hatte.

**Ende Februar 1992:** Professor Ringel fordert auf einer Erzieher Tagung, die Minderung des Aggressionspotentials unter den Aufwachsenden, um dem Rechtsextremismus vorzubeugen.

**26.Februar 1992:** Der Nationalrat beschließt die Änderung des NS-Verbotsgesetzes. Dazu hatte im Auftrag von Gerd Honsik der Anwalt der österreichischen NS-Szene, Dr. Schaller, einen Brief an die Abgeordneten gerichtet, in dem er das Verbotsgesetz als "inakzeptablen Fremdkörper" bezeichnete und



u.a. verlangte, ungestraft den NS-Holocaust bestreiten zu dürfen. Im Justizausschuß kritisierte die Grünalternative Terezija Stoisits die Einschränkung, daß die öffentliche Leugnung, Verharmlosung usw. von NS-Untaten nur strafbar sei, wenn sie "vor vielen Menschen" erfolge.

**26. Februar 1992:** In einem Interview mit der italienischen Zeitung "Corriere della Sera" spricht sich Haider für eine "Dritte Republik", für den Beitritt zur EG und eine starke Zentralregierung in Brüssel aus.

**27. Februar 1992:** Der freiheitliche Abgeordnete Georg Mautner-Markhof legt alle Parteifunktionen zurück, weil er mit Haiders Verhalten nicht einverstanden ist, eine *"Führerpartei ist das Letzte, was man braucht."*

**29. Februar 1992:** Der stellvertretende SP-Klubobmann Nowotny spricht sich dafür aus, dem FPÖ-Bildungswerk die öffentlichen Mittel zu entziehen, solange diesem der Umvolkungs-Experte Mölzer vorstehe. Zum Mautner-Markhof-Rücktritt meint Innenminister Löschnak, Mautner-Markhof habe die "Haider-Mölzer-Linie" nicht mittragen können, *"diese politische Hauptlinie der FPÖ ist die der Verharmlosung des Rechtsextremismus."*

**2. März 1992:** Vor sozialdemokratischen Europaabgeordneten meint Kanzler Vranitzky, die Neutralität könne sich als "überflüssig und überholt" erweisen, wenn es zu einem "kollektiven Sicherheitssystem in Europa" komme.

**2. März 1992:** In einer Rundfunkrede erklärt der CSFR-Präsident Havel, sein Land erkenne keine Rechtsansprüche der nach 1945 vertriebenen Sudetendeutschen an.

**2. März 1992:** Die FPÖ-Bundespräsidentenskandidatin Heide Schmidt äußert den Wunsch, Haider möge sich von Mölzer trennen, der Trennungsstrich zum rechtsextremen Rand müsse *"ein ganz dicker"* sein, sie baue darauf, daß auch Haider diese Trennung wolle.

**3. März 1992:** Haider fordert seine Funktionäre auf, hundertprozentig hinter ihm zu stehen, sonst würde er zurücktreten, Heide Schmidt werde er im Wahlkampf nicht unterstützen, Mautner-Markhof habe seine Parteifunktionen wieder aufzunehmen oder auch sein Nationalratsmandat zurückzulegen.

**3. März 1992:** FP-Grundsatzreferent Mölzer spricht von Hexenjagd, definiert sich selbst als *"klassischen Nationalliberalen"*, als *"Mitglied der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft"*. Er läßt nun seine Ämter ruhen, bis die FPÖ überprüft hat, ob er sich noch auf dem Boden des Parteiprogramms befindet.

**4. März 1992:** In New York stirbt 85jährig Joseph Buttinger. Er war nach dem Verbot der österreichischen Sozialdemokratie im Februar 1934 Vorsitzender der *'Revolutionären Sozialisten'*, flüchtete 1938 über Frankreich in die USA. Auch auf Grund von Meinungsunterschieden mit der SPÖ-Führung kehrte er 1945 nicht mehr nach Österreich zurück.

**4. März 1992:** Die Sitzung der erweiterten FP-Bundesleitung in Neuhofen bei Ried i.l. wird zum erwarteten Triumph für Haider, die Partei steht ge- und entschlossen hinter ihm, Heide Schmidt erhält daher wieder seine Unterstützung für den Wahlkampf, Norbert Gugerbauer wird als FP-Klubobmann abberufen, was ja bekanntlich voriges Jahr auch schon versucht, aber nicht geschafft worden war. Gugerbauer legt alle Parteifunktionen zurück und wird mit Jahresende auch aus dem Parlament ausscheiden (dann hat er zehn Dienstjahre und bekommt mit 55 eine Monatspension von rund 70.000 Schilling, typisches Bonzen-Privilegium hieße das, wenn es Politiker anderer Parteien beträfe). Für die nächsten Tage bleibt Gugerbauer für die Medien unauffindbar. Der FP-Wehrsprecher Moser verläßt aus Protest den Klubvorstand.

**Anfang März 1992:** In Frankreich werden mehrere Wahlveranstaltungen der rechtsextremen "Nationalen Front" wegen befürchteter Gefährdung der öffentlichen Ordnung verboten.

**6. März 1992:** Allenthalben wird der Versuch Haiders zurückgewiesen, Gugerbauer als Nachfolger des Rechnungshofpräsidenten Broesigke ins Gespräch zu bringen.

**6. März 1992:** Kanzler Vranitzky sagt über Mölzer, dieser bringe nicht die vollen Voraussetzungen für eine Tätigkeit im Parlament mit.

**6. März 1992:** Ergebnis einer Meinungsumfrage: Als "sehr gefährlich" oder "gefährlich" werden von 47% der Österreicher die Aktivitäten von rechtsextremen Gruppen beurteilt, lediglich 13% sind "ganz unbesorgt"

**7. März 1992:** Durch einen Autobombenanschlag kommt in Ankara ein israelischer Diplomat ums Leben.

**7. März 1992:** Die BERLINER ZEITUNG berichtet, daß auf Seiten der kroatischen Nationalgarde rechtsextremistische Söldner aus Deutschland eingesetzt werden.

**9.März 1992:** Für den Einzug Haider ins Parlament verzichten 21 Nachfolgekandidaten, die bei der letzten NRW vor ihm auf der Parteiliste gereiht waren, zugunsten des Parteiführers.

**11.März 1992:** Der BRD-Innenminister Baum (FDP) spricht sich für einen Ausschluß Haider aus der liberalen Internationalen aus., außerdem wird in der FDP heftige Kritik an der Parteiorganisation von Bad Cannstatt geübt, die Haider für eine Wahlveranstaltung eingeladen hat.

**11.März 1992:** Einzug Haider im Parlament. In seiner Antrittsrede äußert er, man werde vom Prinzip der Agitation ab- und zur Sachpolitik übergehen. Es steht fast zu vermuten, daß der Unterschied zwischen Sachpolitik und Agitation sich als nicht sehr gravierend erweisen wird.

**11.März 1992:** Der steirische Landesjugendbeirat schließt die ÖTB-Jugend vorläufig aus dem Beirat aus und gibt eine Frist von einem Jahr, damit sich die Organisation von rechten Inhalten distanziert.

**11.März 1992:** Im Parlament erklärt Vranitzky, die österreichische Neutralität sei kein Tauschobjekt für den EG-Beitritt. Nunja, könnte sogar stimmen: Vielleicht kommt uns die Neutralität noch VOR dem Beitritt abhanden.

**12.März 1992:** Die FDP veranlaßt die Ausladung Haider für die Cannstatter Veranstaltung.

**Erste Märzhälfte 1992:** Um seine Position gutachtet sich der Präsident der österreichischen Bundesingenieurkammer, Walter *Lüftl*. In einer Expertise "Holocaust - Glaube und Fakten" reiht er sich unter die Bestreiter des Holocaust und muß deswegen seine Funktion zurücklegen.

**12.März 1992:** Sondersitzung des oö. Landtages auf Antrag der SPÖ. In einer Resolution werden Bundes- und Landesregierung aufgefordert, gegen den Faschismus vorzugehen. Der FPÖ ist dies zu einseitig, sie stellt den Antrag, den Kommunismus zu verurteilen, der Antrag wird mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen. Oberdonau, die Heimat Stalins und der NKWD-Gedenktafeln?

**13.März 1992:** Aus Protest gegen die "extrem unfaire Überrumpelung Norbert Gugerbauers" kündigt Georg Mautner-Markhof die Zurücklegung seines FPÖ-Nationalratsmandates an.

**Mitte März 1992:** Der Verein 'Schalom' nimmt die Renovierungsarbeiten am Jüdischen Friedhof in Wien wieder auf, durch Spenden und freiwillige Arbeitsleistungen sollen die 60.000 Gräber wieder in einen gepflegten Zustand gebracht werden.

**13.März 1992:** Das DÖW und die SJ wenden sich an die Linzer Staatsanwaltschaft zur Überprüfung der SS-Kameradschaft IV wegen des Verdachtes der NS-Wiederbetätigung.

**14.März 1992:** In Passau findet die jährliche Versammlung der 'Deutschen Volksunion' statt. Vorsitzender *Frey* bezeichnet Deutschland als "stärkste Macht der Welt", rund 1.000 Antifaschisten demonstrieren gegen die rechtsextremistische Zusammenkunft, wobei es auch zu körperlichen Auseinandersetzungen mit DVU-Anhängern kommt.

**15.März 1992:** In Preßburg demonstrieren rund 5.000 Rechtsextremisten anläßlich des 53.Jahrestages der Gründung der "unabhängigen" Slowakei von Hitlers Gnaden für die Errichtung eines slowakischen Nationalstaates. Skinheads treten dabei als "Arische nationalsozialistische Allianz" in Erscheinung.

**15.März 1992:** Gemeinderatswahlen in Tirol, es gibt unterschiedliche Ergebnisse, die FPÖ verliert ihren einzigen Bürgermeister (Kufstein).

**17.März 1992:** Fast 69% der Weißen Südafrikas sprechen sich bei einem Referendum für die Abschaffung der Apartheid aus, rechtsextremistische Organisationen kündigen Gewaltmaßnahmen an.

**19.März 1992:** In Attnang-Puchheim wird eine nazistische Jugendgruppe "Neue Deutsche Jugend" von der Polizei ausgehoben. Die Gruppe hatte u.a. die Wiedervereinigung Österreichs mit Deutschland auf ihre Fahne geschrieben.

**Zweite Märzhälfte 1992:** Während man früher eher fürs Beibehalten war, überlegt man in Wien nun doch andere Wege als in Wels: Vielleicht erhalten Kernstockplatz und Kernstockgasse neue Namen. Wäre mal ein Anfang, rund 30 österreichische Orte könnten sich diesem Beispiel anschließen. Wie wäre es mit Jura-Soyfer- oder Theodor-Kramer-Straßen oder -Plätzen?

**Zweite Märzhälfte 1992:** Zunehmende Spannungen zwischen den USA und der rechtslastigen israelischen Regierung. Besonders die Siedlungspolitik in den besetzten arabischen Gebieten gerät verstärkt unter Beschuß.

**22.März 1992:** Bei den Wahlen zu den Kommunalparlamenten in Frankreich erreicht die ' Nationale Front ' knapp 14% der Stimmen, die Sozialisten verlieren ca. ein Drittel ihrer Wähler.

**30.März 1992:** Die neue Nummer des Naziblattes HALT wird beschlagnahmt. Neben einer "Mischkulanz aus Auschwitz-Lüge und anderen Dingen" sind auch Beleidigungen enthalten, so wurde SPÖ-Klubobmann Fuhrmann als "historischer Verbrecher" bezeichnet.

**Ende März 1992:** Eine "Nationalsozialistische Bewegung" beschmiert in der chilenischen Stadt Temuco rund 100 Grabsteine des jüdischen Friedhofs mit antisemitischen Parolen.

**1.April 1992:** In Salzburg beginnt der Prozeß gegen den Altnazi Fritz *Rebhandl* wegen NS-Wiederbetätigung. Verteidiger ist wieder einmal Dr.Schaller.

**5.April 1992:** Landtagswahlen in Deutschland, in Baden-Württemberg erreichen die 'Republikaner' fast 11% der Stimmen und ziehen mit 15 Sitzen in den Landtag ein, Verlierer ist die CDU, in Schleswig-Holstein schafft die DVU 6,3% und 6 Sitze, hier verliert die SPD.

**5.April 1992:** In der ORF-Pressestunde wirft Haider dem grünen Präsidentschaftskandidaten Jungk vor, 1942 eine "Jubelbroschüre für das 3.Reich" verfaßt zu haben. Robert Jungk hatte in einem Artikel für die 'Weltwoche' damals die Formulierung "die volksbiologisch sehr fortschrittliche Regierung des Dritten Reiches" verwendet als er darüber schrieb, daß trotz einer verbesserten Medizinvorsorge im Vergleich zum 1.Weltkrieg, sich mit Kriegsbeginn die Erkrankungen vervielfachten. Jungk reagiert sofort mit einer Klage auf die Unterstellung Haiders.

**7.April 1992:** Als "ungeheuerlich" bezeichnet Georg Mautner-Markhof die Äußerungen Haiders und seiner Vasallen gegen Jungk.

**7.April 1992:** Das Endergebnis der italienischen Parlamentswahlen zeigt das Abwandern der Proteststimmen nach rechts: Die ' Lega Nord ' steigt um 8,6% auf fast 10% der Stimmen. In Bozen verloren aber auch die Neofaschisten an die Lega Nord und büßten dadurch ihre Stellung als stärkste Partei ein.

**7.April 1992:** Haider gibt unter der Bezeichnung 'Wiener Erklärung' seine Ansicht zu Österreich ab. Zwar wird (wohl unvermeidbar) die "deutsche Kulturgemeinschaft" strapaziert, doch: "Ich möchte zuerst einmal Österreicher mit Leib und Seele sein. Alles andere ist zweitrangig...wer an Österreichs Eigenstaatlichkeit zweifelt, hat bei uns nichts verloren." Sogar die EG gerät unter den Beschuß des bisherigen EG-An- und Vorbeters, Richtung Brüssel heißt es: "Wir haben nichts zu verschenken, nicht unsere Heimat und schon gar nicht die Zukunft unserer Kinder."

Die Töne mögen sich neu und ungewohnt anhören, aber nicht das Prinzip, schließlich hat schon Dagobert Duck geäußert, als er sich um eine Stadtratsposition in Entenhausen bewarb: "Ich bin überhaupt für alles, was gewünscht wird." - Es dürfte Haider klar geworden sein, daß Deutschnationalismus nicht besonders gefragt ist, aber dafür vielleicht eine kritische Haltung zum EG-Beitritt...

**8.April 1992:** Jánecz Dular, slowenischer Minister für Volksgruppen und die Auslandsslowenen, kritisiert die österreichische Minderheitenpolitik und sagt, daß der Staatsvertrag "weder formal noch praktisch erfüllt" sei.

**8.April 1992:** Erstes Urteil nach der Änderung des Verbotsgesetzes: In Graz wird der Jusstudent Franz *Radl* zu 15 Monaten Haft, davon fünf Monate unbedingt, verurteilt. Radl war vor allem als Verbreiter von nazistischen Flugblättern ("Gebt Nazis eine Chance") in Erscheinung getreten.

**11.April 1992:** "Unfug" nennt Heide Schmidt die Bezeichnung Haiders für den Jungk-Artikel als "Jubelbroschüre " Von allen Massenmedien blieb es der Kronenzeitung vorbehalten in den Gesang Haiders einzustimmen, am 10.4. hatte auch 'Staberl' gefunden, Jungk habe das 3.Reich bejubelt.

**15.April 1992:** Das Landesgericht Klagenfurt erläßt eine einstweilige Verfügung mit der Haider aufgetragen wird, die Behauptung zu unterlassen, Robert Jungk habe eine "Jubelbroschüre für das Dritte Reich verfaßt", ferner wird der FP-Chef beauftragt, dies auch im Fernsehen zu widerrufen.

**17.April 1992:** FP-Generalsekretär Meischberger nennt Jungk einen "Linksquerulanten" und bezeichnet die Kronenzeitung als "einzig wirklich unabhängige Zeitung". Die Haideräußerung über Jungk sei ein Experiment gewesen, um die unterschiedliche Behandlung von Aussagen über die NS-Zeit darzustellen.

**Zweite Aprilhälfte 1992:** Landesrat Pühringer verabreicht an Helmut *Golowitsch* das "Jugendführer-Ehrenzeichen", einem wohl jedem politisch interessierten Menschen als ziemlich weit am rechten Rand stehend bekannten Funktionär (Südtirol-"Aktivist", NDP, usw.) . Der Pühringer-Peppi hat davon natürlich nix gewußt, weil ihm die Stapo nix erzählt habe. Nun, Eurem Chronisten hat die Stapo auch nix erzählt. Wer der Golowitsch ist, ist mir trotzdem bekannt.

**21. April 1992:** Haider legt noch zu: Er sei zwar zum gerichtlich angeordneten Widerruf bereit, inhaltlich nehme er aber nichts zurück, Jungk habe es sich "stets gerichtet" und er habe "NS-Lobhudelei" betrieben.

**22. April 1992:** In Wels wird die Postwurfsendung mit der Untersuchung von Prof. **Kropf** und Assistent **John** zugestellt, die das IAE in Auftrag gegeben hatte. Diese Sondernummer des Antifa-Info über die 'Braunen Flecke' ruft ein breites Medienecho hervor, Volksblatt, Presse, Salzburger Nachrichten, Standard, Kurier, Kronenzeitung, Wiener Zeitung und OÖNachrichten berichten ausführlich.

**24. April 1992:** Seinem Ende nähert sich der Prozeß gegen F. *Rebhandl* wegen NS-Wiederbetätigung in Salzburg. Erwähnenswert aus dem Plädoyer von Rebhandl-Verteidiger *Dr. Schaller*: Die Medien seien der "Wahrheit der Sieger" verpflichtet, nur für zwei österreichische Journalisten gibt es dennoch Lob: Für Herrn Nimmerrichter und für Herrn Wolf Martin. Strafe: Ein Jahr bedingt bloß.

**Zweite Aprilhälfte 1992:** Die Bezirksvertretung von Ottakring beschließt gegen die Stimmen der FPÖ, der bisherige "Kernstock-Platz" solle in "Familienplatz" umbenannt werden.

**26. April 1992:** Erster Durchgang der Bundespräsidentenwahl, die Überraschungen bleiben nicht aus, SP-Kandidat Streicher, dem man nach den letzten Umfragen 44% der Stimmen vorhergesagt hatte, erreicht nur 40,7 %, Klestil hält sich mit 37,2% wesentlich besser als erwartet, für Heide Schmidt kann keine Rede davon sein, daß sie auch nur in die Nähe des 2. Platzes kommen könnte (16,4%) und Robert Jungk, der Kandidat der Grünalternativen bleibt mit 5,7% deutlich unter den Hoffnungen seiner Unterstützer.

**27. April 1992:** In Wien beginnt der Prozeß gegen Gerd *Honsik*, den Herausgeber des NS-Blattes HALT, wegen Wiederbetätigung im Sinne des NS-Verbotsgesetzes.

**29. April 1992:** Mit viel Hoffnung hatten Honsik&Co wohl das Auftreten des Gutachters Gerhard Jagschitz erwartet, nachdem dieser, als er vor etlichen Jahren zum Gutachter bestellt worden war, geäußert hatte, daß die Aufgabe "nicht einfach" sei. Vergebens, Jagschitz bestätigt zwar, daß vielfach schlampig mit Dokumenten umgegangen worden sei, legt dann aber auf den Tisch, was ohnedies außer den Nazis niemand bezweifelt hat: Die Massenvernichtungen in Auschwitz haben stattgefunden.

**30. April 1992:** Der unverständliche Freispruch für vier weiße Polizisten, die einen schwarzen Kraftfahrzeuglenker spitalsreif geprügelt hatten, führt in Los Angeles und anderen amerikanischen Großstädten zu Aufruhr und chaotischen Ausschreitungen, die mehrere Dutzend Tote fordern.

**Anfang Mai 1992:** Ergebnis einer Meinungsumfrage in Kärnten: Die FPÖ würde jetzt 37% der Stimmen (+8%) erreichen, die SPÖ 42% (-4%) und die ÖVP 16% (-5%).

**Anfang Mai 1992:** Landeshauptmann Krainer (ÖVP), Landeshauptmannstellvertreter Schachner-Blazizek (SPÖ) und Landtagspräsident Wegart (ÖVP) haben sich bereit erklärt, den Ehrenschatz für die 40-Jahr-Feier der 'Kameradschaft IV' zu übernehmen. LH und LH-Stvtr. versuchen sich zuerst auf ihre Sekretariate auszureden, von welchen solche Ehrenschatze haufenweise arrangiert würden. Dann entschließt man sich zur "Prüfung" der Angelegenheit. Euer Chronist könnte sich vorstellen, daß ein Sekretär, der einem Politiker einen Ehrenschatz für die Waffen-SS-Kameradschaft einbrockt, vielleicht durch seine Aufgabe überfordert sein könnte. Oder der Politiker hat bisher nichts daran gefunden und nur Pech gehabt, daß die 'Kameradschaft IV' zur Zeit durch die Diskussion über die 'Braunen Flecke' etwas zu sehr im Lichte der Öffentlichkeit steht...

**5. Mai 1992:** Gerd *Honsik* wird wegen NS-Wiederbetätigung schuldig gesprochen und zu einer einhalbjährigen Haftstrafe unbedingt verurteilt, der Autor von "Freispruch für Hitler" und HALT-Herausgeber dürfte daher zumindest für einige Zeit aus dem Verkehr gezogen sein. aber es werden sich schon ein paar andere finden, die für ihn einspringen.

**6. Mai 1992:** Seine Ehre heißt wahrscheinlich auch Treue. Der steiermärkische Landtagspräsident *Wegart* steht zu seinen SSlern, diesen schneidigen Burschen: "Ich habe mein Soldatenwort gegeben und denke nicht eine Sekunde daran zu kapitulieren.", meint er. Ein Vorbild für die Jugend, ein leuchtendes Beispiel für die Demokratie, dieser ÖVP-Funktionär.

**6. Mai 1992:** Die Wachsamkeit des rechten Stapo-Auges wird wieder einmal getestet, zum Honsik-Prozeß war der mit Einreiseverbot belegte französische *Nazi-Theoretiker Faurisson* angereist gekommen. Er konnte unbehelligt am Prozeß teilnehmen und unbehelligt wieder abreisen. Dann erst wurde die Stapo aktiv und suchte ihn, natürlich vergebens.

**10.Mai 1992:** *Staberl* in der Kronenzeitung hat eine epochale Erkenntnis zu verkünden: Die meisten NS-Opfer sind durch Seuchen und mangelhafte medizinische Versorgung umgekommen und nicht durch Giftgas. Auch eine Möglichkeit, den Holocaust zu verharmlosen, der Schaller wird dafür gelegentlich den Nimmerrichter wieder loben - kein industrieller Massenmord, nicht umgebracht mit Zyklon-B, sondern verstorben durch Krankheit...

**10.Mai 1992:** Der stmk. SPÖ-Chef Schachner-Blazizek zieht nach eifrigem Überlegen seinen Ehrenschatz für die SS-Kameradenveranstaltung zurück, zur Vereinszeitung der 'K IV' sei eine "eindeutige Distanzierung notwendig", Krainer denkt weiter nach und wartet das Ergebnis einer Überprüfung ab.

**11.Mai 1992:** Eine Meinungsumfrage unter öö.Jugendlichen zeigt, daß die Verteidiger von 'Braunen Flecken' und die Ehrenschatzer von SSler-Treffen durchaus zukunftsorientiert liegen, 41% der gewerblichen Lehrlinge stimmten dem Satz "*Heute wird Hitler überall schlecht gemacht, in Wirklichkeit hat er in vielem Recht gehabt*" zu. Nach dem Gesamtergebnis der Umfrage müßten rund 15% der Jugendlichen als NS-Sympathisanten eingestuft werden, besonders unter den Lehrlingen herrscht Angst vor dem sozialen Abstieg (45% fürchten Ausländer als Lohndrücker), die sich auch in Hinwendung zum Rechtsextremismus äußert.

**12.Mai 1992:** Bericht des deutschen Verfassungsschutzes. Die radikale Linke ist am Wegschrumpfen, die Rechtsextremen umfassen z.Z. ca.40.000 aktive Anhänger.

**13.Mai 1992:** Die steiermärkische Landesleitung der '*Kameradschaft IV*' verzichtet auf den Ehrenschatz durch die Landespolitiker. LH Krainer unterstreicht seinen "Respekt vor der Kriegsgeneration" . (Waren anscheinend alle bei der SS oder was?).

**13.Mai 1992:** SIEG -Sonderblatt: "Wie ein Fels im Meer wirft sich Walter *Ochensberger* in Österreich dem deutschfeindlichen Ansturm entgegen, ganz auf sich allein gestellt und kämpferisch." Da der österreichische Nationalrat im Februar ein "Maulkorbgesetz" (= Abänderung des Verbotsgesetzes) beschlossen habe, zieht Ochensberger die Konsequenzen und verlegt die Herstellung von SIEG ins "demokratische Ausland": "Sieg wird nun in Spanien hergestellt und verschickt. Helfen Sie mir bei der Verwirklichung des Spanienprojektes!" Die Feldkircher Staatsanwaltschaft sieht trotzdem keine Fluchtgefahr für den zu drei Jahren Haft verurteilten Neonazi.

**14.Mai 1992:** TV-Konfrontation Streicher - Klestil. Laut SPÖ-Umfrage lag Streicher mit 42 zu 38% vorne, laut ÖVP-Umfrage Klestil mit 48 zu 22%.

**15.Mai 1992:** Sprecher der vier Parlamentsparteien appellieren an den Salzburger Bischof Eder, er solle seinen Vorwurf der 'Linkslastigkeit' gegen den Missionsbischof Kräutler zurücknehmen, da dieser ansonsten in Gefahr gerate, durch brasilianische Todesschwadronen ermordet zu werden.

**15.Mai 1992:** Innenminister Löschnak erklärt, man habe bei der Prüfung der Aktivitäten der '*Kameradschaft IV*' Querverbindungen zur rechtsextremen Szene festgestellt. Er schließt eine Auflösung des SS-Veteranenverbandes nicht aus.

**16.Mai 1992:** Auf dem FPÖ-Parteitag in Badgastein gibt Obmann Haider eine Wahlempfehlung für den ÖVP-Kandidaten Klestil ab. Er sagt: "Vranitzky wird auch die nächste Wahl, die Bundespräsidentenwahl, verlieren, davon bin ich überzeugt!" Unter dem einsetzenden Applaus der Delegierten setzt er fort: "Es soll nun keiner kommen und sagen, das war keine Wahlempfehlung."

Zu einem Eklat kam es in der Folge eines Amateurkabarettabends. Am Freitag war durch Bundesgeschäftsführer Rumbold, Kriemhild Trattning parodierend durch den Kakao gezogen worden. Am Samstag legt diese ihre Funktionen zurück und tritt aus der Partei aus.

**18.Mai 1992:** Äußerlich reagiert Bundeskanzler Vranitzky gelassen auf die Haidersche Wahlempfehlung und bezeichnet sie als "ziemlich gleichgültig"

**18.Mai 1992:** Die ausgetretene Kriemhild Trattning läßt ihrem Zorn freien Lauf: Die FPÖ-Gremien seien reine Vollzugsorgane, zu Grundsatzfragen würden nur durch Haider Aussagen getroffen, dabei vertrete der Parteiobmann von einer Veranstaltung zur anderen andere Thesen.

**19.Mai 1992:** Vizekanzler Busek bezeichnet beim Zustandekommen eines europäischen Sicherheitssystems, das Österreich in seinem Bestand sichert, die Neutralität als obsolet. Vranitzky sieht jedoch keinen Grund vom Neutralitätsvorbehalt abzurücken.

**19.Mai 1992:** Die Grünalternativen verlangen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der sich mit der österreichischen Vergangenheitsbewältigung beschäftigen soll.

**19.Mai 1992:** Die 'Aktion gegen den Antisemitismus in Österreich' drückt in einem offenen Brief ihre Besorgnis über die Tätigkeit des Kolumnisten Richard Nimmerrichter aus, in den 'Staberl'-Beiträgen sieht die Aktion Verharmlosungen des Rechtsradikalismus.

**20.Mai 1992:** Trattng über Haider: "Haider will Bundeskanzler oder Landeshauptmann werden, vielleicht auch beides und außerdem in Europa eine wichtigere Rolle spielen. Da wurde ihm wohl eingeredet, sich vom bodenständigen Element zu lösen."

Nach der Meinung des Chronisten löst sich Haider von allen Elementen, die sich nicht bedingungslos unterordnen wollen, sei es die Trattng vom konservativ-deutschnationalistischen Flügel oder der liberale Mautner-Markhof.

**20.Mai 1992:** Der Presserat verurteilt 'Staberl' wegen dessen Beitrag "Methoden des Massenmordes" (siehe 10.Mai), mit dem er die "Berufspflichten der Presse grob verletzt" habe.

**21.Mai 1992:** Die ' Linzer Rundschau ' veröffentlicht das Ergebnis einer Leserumfrage, danach befürworten 75% ein höheres Strafmaß für Rechtsradikale und Neonazis, während nur 7% dies ablehnen.

**22.Mai 1992:** ORF-Schlußberichterstattung über den Bundespräsidentenwahlkampf, Klestil tritt dabei mit folgender Äußerung an die Zuhörer, es müsse endlich Schluß damit sein, daß die Angehörigen der Kriegsgeneration als Verbrecher hingestellt würden.

Bittschön, wer hat das wann und wo getan?

Aber beim Publikum kommt es an, es enthält ja auch gleich den kompletten Persil-Schein, weil es im Umkehrschluß so aufgefaßt wird: Kriegsgeneration ist nicht gleich: Lauter Verbrecher - Kriegsgeneration ist gleich: Keine Verbrecher. Also auch lauter brave Nazis und SSler.

**24.Mai 1992:** Bundespräsidentenwahl: Vernichtende Niederlage für Streicher, ÖVP- und FPÖ-Wähler machen Klestil mit 56,85% der Stimmen zum neuen Bundespräsidenten, Klestil liegt damit ca. drei Prozent über dem Wahlergebnis von Waldheim. **Die Mehrheit des rechten Lagers ist unübersehbar.** Die Bildung einer ÖVP-FPÖ-Koalition wird zwar von Busek zurückgewiesen, gewinnt aber durch das Wahlergebnis an Wahrscheinlichkeit.

**24.Mai 1992:** Berliner Kommunalwahl. Die 'Republikaner' erreichen im ehem. Westen 9,9%, in Ex-Ostberlin 5,4%. Überraschungen der Wahlen: Das schlechte Abschneiden der CDU im Osten (14%) und das gute der PDS (fast 30% in der vormaligen 'Hauptstadt der DDR').

**24.Mai 1992:** Der Versuch, in Litauen eine Art Präsidialdiktatur zu errichten, scheitert. Landsbergis erhält keine ausreichende Mehrheit bei der Volksabstimmung.

**26.Mai 1992:** Schweden beabsichtigt, seine bisherige Neutralitätspolitik aufzugeben, einen entsprechenden Beschluß faßt das Parlament unter Zustimmung aller Parteien mit Ausnahme des Linksblocks.

**26.Mai 1992:** Der Ministerrat beschließt die Einbringung des 'Aufenthaltsgesetzes' zur Regelung der Einwanderung nach Österreich. Einwände von verschiedenen Organisationen (Caritas, GAL, etc.) werden nicht berücksichtigt.

**28.Mai 1992:** Der Rektor der Wiener Wirtschaftsuniversität will auf Grund von Protesten die Gedenktafel an verstorbene Professoren entfernen, die auch den Namen von Prof. Taras Borodajkewycz trägt, der 1965 Anlaß für neonazistische Ausschreitungen war.

(Es muß ja nicht die ganze Tafel sein, es würde die Entfernung des Namens dieses Antisemiten ausreichen!).

**29.Mai 1992:** Das israelische Wahlkomitee für die kommenden Parlamentswahlen am 23.6. verweigert der rechtsextremistisch-rassistischen 'Kach-Partei' die Zulassung als wahlwerbende Gruppe.

**Ende Mai 1992:** Die Auseinandersetzungen in der katholischen Kirche nehmen zu. Bischof Krenn attackiert die Parlamentarier, die Eder kritisiert hatten und stellt ihr Verhalten in einen Zusammenhang mit den brasilianischen Todesschwadronen ("hinterhältiger als die Todesschwadronen"), dafür übt Bischof Kapellari öffentlich Kritik an Krenn.

**31.Mai 1992:** Die südafrikanische 'Afrikaan Weerstandsbewegung' (AWB) erklärt, im Falle einer Machtübernahme durch Nelson Mandela "zu den Waffen greifen" zu wollen.

**31.Mai 1992:** In Dänemark stimmt eine knappe Mehrheit der Bevölkerung gegen die Teilnahme an der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Die Bestrebungen, aus Europa einen zentralgesteuerten

ten Einheitsstaat zu machen, erleiden dadurch einen deutlichen Rückschlag. Auch in anderen Ländern werden dadurch Anti-EG-Gruppen ermutigt.

**3.Juni 1992:** Altbundespräsident Kirchschräger sagt, die österreichische Neutralität sei kein Anachronismus, solange die NATO als wirksame Verteidigungsgemeinschaft noch bestünde.

**Anfang Juni 1992:** Ein 40jähriger Kurde, der seit 13 Jahren in Österreich lebt und arbeitet, soll (wegen strafrechtlicher Verurteilungen) in die Türkei abgeschoben werden, dort wäre er allerdings wegen seiner seinerzeitigen politischen Aktivitäten in höchster Gefahr.

**Anfang Juni 1992:** Symposium in Wien über den zunehmenden Rechtsextremismus unter Jugendlichen.

Prof.Ringel: "Ein für rechte Ideologien anfälliger Jugendlicher ist frustriert, gelangweilt, fühlt sich als minderwertiger Verlierer. Durch Identifikation mit dem Sieger, einem Führer bekommt das Leben einen Sinn, der Jugendliche wird vom Verlierer zum Sieger."

Der Soziologe Steinert sieht die zunehmende Ausländerfeindlichkeit als einen Ausdruck der "Unbarmherzigkeit gegenüber den Erfolglosen".

Gefordert werden mehr Jugendclubs, pädagogisch besser geschulte Lehrer, die Parteien sollen mehr Ideen anbieten, "für die es sich zu begeistern lohnt".

**5.Juni 1992:** Das Parlament stimmt (gegen die Stimmen der FPÖ) dem Südtiropaket zu und gibt grünes Licht für die Streitbeilegung mit Italien. Die Südtiroler Volkspartei hatte auf einem Sonderparteitag mit großer Mehrheit dem Paket bereits ihre Zustimmung gegeben.

**5.Juni 1992:** Der deutsche Bundestag beschließt ein neues Asylrecht. Das Asylprüfungsverfahren wird auf sechs Wochen verkürzt, die Abschiebung nicht anerkannter Asylwerber wird vereinfacht und beschleunigt. Das neue Gesetz tritt am 1.Juli in Kraft.

**März/April/Mai/Juni 1992:** Die bewaffneten Auseinandersetzungen in Teilen des ehem. Jugoslawien gehen weiter, ein Ende ist nicht abzusehen.

**Erste Junihälfte 1992:** In England werden Dokumente veröffentlicht, die darauf hinweisen, daß der Hitler-Stellvertreter Rudolf Heß seinen Flug nach England 1941 tatsächlich ohne Wissen Hitlers durchgeführt hat.

**5. und 6. Juni 1992:** Wahlen in der CSFR. In der Slowakei siegen die Parteien, die für eine Trennung der beiden Staatsteile eintreten. In der Tschechei erreichen die rechtsextremistischen 'Republikaner' rund sechs Prozent der Stimmen.

**11 .Juni 1992:** Vizekanzler Busek sagt, daß mit dem Ende des Ost-West-Konflikts der österreichischen Neutralität der Adressat abhanden gekommen sei, für Busek ist daher die "*Neutralität beendet*". Vranitzky bezeichnet diese Äußerungen als "*individuelle Meinung*".

(Vermutlich ganz bedeutungslos, was der Herr Vizekanzler meint...)

**11. Juni 1992:** Im Prozeß Haider gegen W o r m über den 'Schweigegeldvorwurf', den Worm in der Zeitschrift PROFIL gegen Haider erhoben hatte, kommt es zu einer Sensation: Zwischen Haider und Candussi hatte eine Geheimvertrag existiert, in dem sich die beiden FP-Politiker gegenseitige Hilfe zusicherten. C a n d u s s i sagte aus, daß ihm in einem Gespräch mit Haider und Rumbold tatsächlich ein Betrag von 500.000.- Schilling geboten worden sei, wenn er "*in Stille*" ginge, für dieses Geld hätte er keinerlei weitere Gegenleistungen zu erbringen gehabt.

**11. Juni 1992:** Vor dem Sitz der russischen TV-Zentrale in Moskau demonstrieren mehrere hundert Antisemiten: Die Medien seien "*in den Händen der Juden*".

**12. Juni 1992:** Von einer Gruppe ehemaliger Freiheitlicher wird eine neue Partei gegründet, die 'Freie Demokratische Partei Österreichs - Die Liberalen' (FDP). U.a. mit dabei: Ferrari-Brunnenfeld (Kärnten), Paul Schiessler (Bgl.).

**12. Juni 1992:** Reaktionen auf Buseks Neutralitätsliquidation. Waldheim meint, die Regierung solle bei Fragen des internationalen Status von einer Österreich "*mit einer Stimme sprechen*", Staatssekretärin Dohnal sagt, Busek habe "*seine Meinung als ÖVP-Obmann wiedergegeben*", dies entspreche aber nicht der Linie der Bundesregierung, Cap äußert, Österreich müsse mit seinem Neutralitätsverständnis Platz in der EG finden, als Verfassungsbruch beurteilt der Grüne Voggenhuber die Busek-Ansichten, während Haider die "*Positionsänderung zur Neutralität*" für "*erfreulich*" findet.

**13. Juni 1992:** Bundesparteitag der deutschen Republikaner, der wiedergewählte Vorsitzende Franz Schönhuber setzt als Ziel, 1994 in den Bundestag einzuziehen, *"ohne uns sollte nichts mehr gehen."*

**13. Juni 1992:** Die Umpolung der FPÖ-Meinung zum EG-Beitritt nimmt Gestalt an. Bei einem Vortrag vor der 'Frankfurter Tafelrunde' mit dem Thema 'Österreich, Deutschland und Mitteleuropa' meint Haider, er rate *"von einer europäischen Superstruktur ab"*, nach dem Ende des Kommunismus sei *"ein kapitalistischer Zentralismus in Westeuropa obsolet"*, das jetzige Binnenmarktkonzept sei als europäische Sinnstiftung zuwenig, das Nationalbewußtsein der Völker lebendig geblieben. Europa müsse von nationalstaatlich organisierten Vaterländern ebenso wegkommen wie von der Brüsseler Zentralverwaltungs-bürokratie, verwirklicht werden müßte ein *"Europa der Regionen"*, in dem Platz für die *"Vielfalt der nationalen Kulturen"* bleibe. Übernational sollten außenpolitische, rechtliche und fiskalische Kompetenzen organisiert werden, die FPÖ trete für *"überschaubare, sprachlich und ethnisch Heimaten begründende, kleine staatliche Gebilde ein"*, Regionen wie Bayern, Sachsen oder Kärnten.

Dieser Haidersche Kurswechsel ist ziemlich unbemerkt über die Bühne gegangen, jahrelang waren die Freiheitlichen die Vorreiter eines ziemlich bedingungslosen EG-Beitritts, jetzt hat der Parteiführer wohl bemerkt, daß die regierungsseitige EG-Euphorie eher Sympathien verliert als gewinnt. Also rasch die Pferde umgesattelt, um rechtzeitig wieder auf Oppositionskurs zu sein.

Den EG-Gegnern bleibt anscheinend auch nichts erspart. Zur Unterscheidung vom Haider sind diese allerdings doch aus eher anderen Gründen gegen die Fernbestimmung aus Brüssel:

Eine EG des freien Verkehrs von Waren, Kapital und Arbeitskräften ist in erster Linie eine Gemeinschaft der Multis und gegen diese sagt ein Jörg Haider natürlich nicht viel, ihm genügte es vermutlich, wenn er zu Klagenfurt Kaiser von Kärnten werden könnte...

**Zweite Junihälfte 1992:** Nicht viel Neues in Wels. Die ÖVP hatte einen Brief an die SS-Kameradschaft IV geschrieben und entsprechende Aufklärung zur Haltung in einigen Fragen verlangt. Die Antwort fiel (wie nicht anders zu erwarten) unbefriedigend aus, die ÖVP fordert nun ebenfalls die Entfernung der SS-Gedenktafel. Bürgermeister Bregartner, der treueste Freund der Kameraden, verweigert jedoch weiterhin die Zustimmung, er wartet auf Maßnahmen des Innenministeriums.

Auf dem Stadtparteitag der ÖVP stimmen ca. 70% der Delegierten der Forderung nach der Entfernung der SS-Tafel zu.

**16. Juni 1992:** Als 'Ruhegeld', nicht als 'Schweigegeld' bezeichnet Haider den Betrag von 500.000.- S für Candussi.

**17. Juni 1992:** Am Wiener Heldenplatz findet vor ca. 60.000 Menschen das *"Konzert für Österreich"* statt. Es richtet sich gegen Ausländerhaß und Rechtsextremismus. Als Hauptredner spricht Nobelpreisträger Elie Wiesel von dem Balkon aus, von welchem Hitler 1938 den 'Anschluß der Ostmark' ans 'Großdeutsche Reich' verkündete. Er führte unter anderem aus:

*"Die Geschichte hat keinen Sinn für Gerechtigkeit, aber sie hat sicherlich einen Sinn für Humor. Die Tatsache, daß ich als Sohn des jüdischen Volkes zu jungen österreichischen Frauen und Männern heute von hier aus sprechen darf, hat wirklich Symbolcharakter. Denn 1938 stand ein Mann an dieser Stelle und sprach von Haß und Tod. Er war überzeugt, mich, meine Familie und mein Volk zur Vernichtung verurteilen zu müssen, um seine Welt zu retten (...) Hört nicht auf jene, die Euch sagen, vergeßt. Hört nicht auf jene, die Euch den Haß predigen. Haßt bitte nicht, denn diejenigen, die Juden hassen, werden Katholiken hassen oder Protestanten oder Sozialisten oder die Armen oder die Reichen, und letzten Endes alle. Ich habe wiederholt gesagt, das Gegenteil der Liebe ist nicht der Haß, es ist die Gleichgültigkeit. Bitte seid nicht gleichgültig! Macht Euch an die Arbeit, arbeitet, sprecht miteinander, arbeitet an der Geschichte. Und ich sage Euch, wenn Ihr das tut, dann werden die Menschen Österreich anders sehen. Sie werden Euch nicht in Verlegenheit bringen, sie werden Euch mit einem Lächeln begegnen. Sie werden Euch in die Arme schließen."*

**21. Juni 1992:** Innenminister Löschnak zeigt den 'Kärntner Zeitungsverlag' als Herausgeber der Zeitung 'Die Kameradschaft' wegen des Verdachtes der NS-Wiederbetätigung an. Die genannte Zeitung dient als Organ des SS-Veteranenverbandes 'Kameradschaft IV'.

**21./22. Juni 1992:** Weiteres Köpferrollen in der FPÖ.

In OÖ. wird der langjährige Landesgeschäftsführer Fuchs so rücksichtsvoll abgesägt, daß er im Spital landet, in Salzburg baut Haider Landesobmann Winkler, Klubobmann Buchner und Stadtrat Masopust ab. Die Salzburger Bürgerliste kommentiert diese Vorgänge als peinliches Schauspiel eines unmündigen Haufens, der Konfliktlösungen ohne Führerbefehle nicht schaffe. Zwischen den drei Abgesägten



hatte es seit längerem heftige Auseinandersetzungen gegeben. Neuer Landespartei-  
chef wird Nationalrat Haigermoser.

**22. Juni 1992:** Der Oberste Gerichtshof der USA stellt fest, daß das Zeigen von Hakenkreuzen und anderen rassistischen Symbolen dem Recht auf 'freie Meinungsäußerung' entspräche und daher nicht untersagt werden dürfe.

**23. Juni 1992:** Parlamentswahlen in Israel. Leichte Verschiebungen am rechten und linken Rand, aber ein starker Trend vom konservativ-nationalistischen Likud-Block zur Arbeiterpartei, die Linksparteien haben eine knappste Mehrheit von einem Mandat.

**25. Juni 1992:** Nachdem sich die Regierungskoalition eminent 'geschickt' bei der Nominierung eines gemeinsamen Kandidaten für das Amt des Rechnungshofpräsidenten angestellt hatte, gelingt Haider ein weiterer Schachzug: Er unterstützt den ÖVP-Kandidaten Fiedler und sichert dessen Wahl im Plenum durch markierte (" F ") Stimmzettel. Die Wahl wird wiederholt und bringt dasselbe Resultat der Mehrheit von ÖVP und FPÖ gegen SPÖ und Grüne: 93 zu 90.

Die SPÖ wäre wahrlich gut beraten, dem Haider nicht ständig die Tore zu öffnen, die er dann einrennen kann. Es bringt nicht viel, Haider auf der einen Seite "auszugrenzen" und ihm auf der anderen Seite ständig Profilierungsmöglichkeiten auf dem Silbertablett zu servieren. Z.B. hätte die Unterstützung eines parteilosen, von der kleineren Oppositionspartei vorgeschlagenen Kandidaten, diese Kalamitäten verhindert und keine Möglichkeiten für kleinkoalitionäre Übungsspielchen gegeben!

**26. Juni 1992:** Um sich "Umfallervorwürfe" zu ersparen habe man im FPÖ-Parlamentsklub über die Markierung der Stimmzettel gesprochen, es sei "kein Druck ausgeübt" worden, erklären zwei Dutzend FPÖ-Abgeordnete auf einer Pressekonferenz. Haider äußert, da nach der Geschäftsordnung das Markieren von Stimmzetteln nicht verboten sei, wäre auch die erste Wahl Fiedlers zum Rechnungshofpräsidenten gültig gewesen. Gleichzeitig bezichtigt er Nationalratspräsidenten Fischer "stalinistischer Methoden".

**29. Juni 1992:** VP-Generalsekretärin Korosec schließt "Sachkoalitionen" mit der FPÖ in einzelnen Fragen nicht aus.

**29. Juni 1992:** In Vorbereitung einer internationalen Konferenz über den Antisemitismus veröffentlicht der 'Jüdische Weltkongreß' einen Bericht. Demnach ist z.Z. besonders in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion der Antisemitismus im Vormarsch. Die rechtsextremistischen Gruppen in Westeuropa richten ihre Aktivitäten zwar vor allem gegen Farbige, Zigeuner, Türken und Asiaten, aber der Antisemitismus bleibe integraler Bestandteil der Ideologie dieser Gruppen.

**30. Juni 1992:** Podiumsdiskussion in Wr. Neustadt. 'Grundsatzreferent' Mölzer meint über den Erfolg seines Chefs: "Es ist eine zentrale Aufgabe zu schreiben, was das Volk denkt. Das ist das Erfolgsrezept der Kronenzeitung, vielleicht auch das Haiders." Vielleicht? Bestimmt! Der Handel mit geeichten und eingängigen Vorurteilen ist und bleibt ein großartiges Geschäft!

**Anfang Juli 1992:** Die FPÖ bereitet die Gründung einer 'Freiheitlichen Partei Südtirols' vor, bisher waren die 'Freiheitlichen' in Südtirol in der 'Union für Südtirol' von Eva Klotz aktiv.

**Anfang Juli 1992:** Kritik wird laut zur Absicht der Kärntner Landesregierung, den Ehrenschatz über eine Veranstaltung zum 100. Geburtstag von Hans Steinacher zu übernehmen. Steinacher war 1920 der Leiter des 'Kärntner Abwehrkampfes', in den späteren Jahren NSDAP-Funktionär, u.a. 'Leiter des Volksbundes für das deutsche Volkstum im Ausland'.

**Erste Julihälfte 1992:** Wechsel im Amte des Bundespräsidenten. Waldheim hat seine sechs Jahre hinter sich gebracht, Klestil zieht ein. Die Kronenzeitung stürzt sich nochmals für einige Tage wut-schnaubend auf die Waldheim-Gegner, denen all das vorgehalten wird, was sie Waldheim nie vorgeworfen haben. Warum Waldheim wirklich über seine Kriegsjahre auf dem Balkan die längste Zeit so hartnäckig geschwiegen hat, bleibt weiterhin ungeklärt. Am Naheliegensten ist die Vermutung, Waldheim habe es im Wissen um verübte Untaten durch deutsche Einheiten vorgezogen, nach 1945 auf keinerlei Art mit seiner damaligen Einheit mehr in Verbindung gebracht werden zu können. Auch die selbstkritischen Äußerungen seiner Abschiedsrede bleiben kryptisch.

**Erste Julihälfte 1992:** Im Moskauer Zentralarchiv tauchen Dokumente der SS-Zentralverwaltung von Auschwitz auf, in denen die Gaskammer-Entwürfe genau beschrieben werden, inklusive der Baupläne und Kostenvoranschläge.

**1.Juli 1992:** Die österreichische Regierung führt ab sofort die Visumpflicht für Einreisende aus Restjugoslawien ein. Flüchtlinge aus den Kampfgebieten werden dadurch zu tausenden zurückgewiesen.

**3.Juli 1992:** Die Londoner Zeitung 'The Independent' berichtet, daß David Irving ("Hitler apologist", wie er in der Schlagzeile bezeichnet wird) in Moskau für die 'Sunday Times' die kompletten Tagebücher von Reichspropagandaminister Goebbels erworben hat.

**4.Juli 1992:** Im Standard erscheint ein Beitrag von Anton Pelinka ("Kärntens Ehrgefühl und Österreichs Schande"), der sich kritisch mit den geplanten Steinacher-Ehrungen auseinandersetzt. U.a. wird das bekannte Steinacher-Zitat aus dem Jahre 1943 wiedergegeben. "Nicht nur falsch, sondern auch lächerlich sind alle Versuche gewesen, den Erfolg Kärntens im zweijährigen Kampf von 1918 bis 1920 als einen Sieg des österreichischen Staatsgedanken darstellen zu wollen. Kärntens Kampf konnte nur als deutscher Kampf in Selbstverantwortung für das geschaute Reich und für Volkstum und Heimat geführt werden. *Weil wir nicht in der Lage waren, Deutschland zu rufen, wir Österreich nicht sagen wollten, so wurde unser Kampf für Kärnten.*" Pelinka stellt die Frage, wer sich der Kärntner Politiker schäme, die an einer Ehrung Steinachers teilnehmen und führt dann aus: "Doch es ist zu befürchten, daß allzu viele Österreicher die offizielle Ehrung für einen militanten Nationalsozialisten gar nicht als Schande empfinden. *Dann bleibt nur die Hoffnung auf das Ausland.* Vielleicht sollte man Videofilme von der Steinacher Ehrung ABC zuspiesen. Wenn das in einem der großen US-Networks gesendet wird, dann wird Österreich handlungsbereit sein. Wie schon einmal als - Ergebnis amerikanischer Fernseh-tüchtigkeit - der amtsbekannte Nazi-Führer Küssel plötzlich verhaftet werden konnte. Also setzen wir wieder einmal auf das Ausland, aus Verzweiflung über Kärnten, aber auch über Österreich."

Diese ironischen Anspielungen auf die österreichische Methode des Zudeckens von NS-Relikten und NS-Wiedergeburten nach außen, bringt dem Autor eine Flut von Attacken. Der Staberl schäumt über den "Denunzianten", eine Flut von Leserbriefen erscheint in der Krone, in denen der "Nestbeschmutzer" in gewohnt unsäglicher Art angegriffen wird. Selbstverständlich sind nicht die schuldig, die Mist machen, sondern nur die, die darüber sprechen. Denn, um mit einem alten Witz zu reden, erstens haben wir überhaupt nie Dreck in unserem Nest gehabt, zweitens haben wir ihn schon längst weggeräumt und drittens haben andere noch mehr Dreck am Stecken.

**5.Juli 1992:** Einträchtig gedenken die Kärntner Landespolitiker des Abwehrkämpferheldens Hans Steinacher. Landeshauptmann Zernatto(ÖVP) meint: "Hätte es Männer wie Steinacher nicht gegeben, wären wir heute bei der Aktion 'Nachbar in Not' nicht Spender, sondern Empfänger."

Nunja, wenn es weniger solche Männer wie Steinacher gegeben hätte, wäre uns vielleicht dafür der Hitler erspart geblieben. Denn ganz allein hätte dieser sein "Drittes Reich" möglicherweise auch nicht errichten können...

**6.Juli 1992:** Urteil im Prozeß Haider gegen Worm. Der Journalist wird zu einer Geldstrafe von 24.000.- Schilling verurteilt, da der Wahrheitsbeweis, es habe ein Angebot der Zahlung eines 'Schweigegeldes' an Candussi gegeben, als nicht erbracht angesehen wurde. Daß es ein finanzielles Angebot von 500.000 Schilling an den Klagenfurter FP-Politiker gegeben habe, wurde auch von Haider in dessen Zeugenaussage nicht dezitiert ausgeschlossen. Bei der Verhandlung am 16.6. hatte Haider selber das Zahlungsangebot als "Ruhegeld" bezeichnet. Das Gericht schloß sich offenbar dieser Meinung an.

**7.Juli 1992:** Als Antwort auf den Beitrag Anton Pelinkas erscheint im STANDARD ein Beitrag von dem auf dem rechten Politflügel nicht ganz unbekanntem Helmut Golowitsch.

**8.Juli 1992:** Die 'Weltkonferenz über Antisemitismus und Vorurteile' einigt sich in Brüssel darauf, einen UNO-Beobachtungsposten zu diesem Themenbereich einzurichten, um die internationale Entwicklung ausreichend dokumentieren zu können.

**8.Juli 1992:** Ergebnis einer IMAS-Meinungsumfrage: Nur noch 40% der Österreicher halten eine 'Große Koalition' für "wichtig" bis "sehr wichtig", bei den jungen Wählern liegt dieser Prozentsatz sogar nur bei etwas über 30%.

**8.Juli 1992:** Schweden überlegt, sämtliche Flüchtlinge aus dem Restgebiet des ehemaligen Jugoslawien in Zukunft zurückzuschicken. Wobei man allerdings auch einmal anmerken muß, daß Schweden (im Verhältnis zur Bevölkerungszahl) die meisten Flüchtlinge in Europa aufgenommen hat.

**8.Juli 1992:** Das pakistanische Parlament beschließt die Todesstrafe für "Gotteslästerung und die Verunglimpfung des Propheten". Das Mittelalter wird somit erfolgreich prolongiert.

**9.Juli 1992:** Die Klubobfrau der Grünen, Madeleine Petrovic vergleicht Umweltverbrechen mit den Naziverbrechen. Aber sie kommt ja aus der berühmten Tierschützer-Ecke, wo aus jedem Kuhstall ein Tier-KZ wird und vielleicht jeder Nichtvegetarier ein SS-Kannibale ist. Doch wahrscheinlich verdient wirklich jedes Land die Politiker, die es hat, vom Bundespräsidenten bis zu den wildentschlossenen Oppositionspolitikern...

**9.Juli 1992:** Abweisung einer Irving-Klage in Wien. 1989 war ein Vortrag des NS-freundlichen englischen Historikers David Irving in Wien verboten worden, Irving, vertreten durch Rechtsanwalt Schaller, klagt erfolglos, das Verbot erfolgte rechtmäßig.

**10.Juli 1992:** Dr. Neugebauer vom DÖW weist in einem STANDARD-Beitrag daraufhin, daß die von verschiedenen Leuten bestrittene NSDAP-Mitgliedschaft von Hans Steinacher sehr wohl bestanden habe. Steinacher habe nach 1945 bei der Entnazifizierung die Mitgliedschaft erfolgreich verleugnet und sei daher von der Registrierungsliste gestrichen worden. Steinacher hatte aber am 10.2.1939 den Antrag auf Mitgliedschaft in der NSDAP gestellt und war unter der Nummer 7753917 aufgenommen worden. In einem Sicherheitspolizeiakt von 1936 wurde Steinacher als Weisungsgeber für die NS-Tätigkeit in Österreich bezeichnet.

Aber es ging wahrscheinlich vielen so: Nach 1945 war es der Hitler ganz alleine, der das 3. Reich errichtet und gemanagt hatte, selber war man eigentlich eh immer schon dagegen und daher nie dabei gewesen...

**13.Juli 1992:** Das Oberlandesgericht Wien bestätigt das Urteil im Prozeß Jungk gegen Nimmerrichter: Staberl und der Kronenzeitung wird untersagt, zu behaupten, Jungk habe "Jubelmeldungen für das Dritte Reich" verfaßt.

**14.Juli 1992:** Haider äußert, die FPÖ habe im letzten halben Jahr "unerwartete Erfolge" gegen eine "wenig großartige" Bilanz der Regierungsparteien aufzuweisen.

**Zweite Julihälfte 1992:** Heftiges Hinundher in der Salzburger FPÖ. Im üblichen innerparteilichen Krach- und Krawallstil gibt es Ab- und Einsetzungen, Rücktritte und Abschüsse. Als Wahlziel für die GRW am 4. 10. setzt man sich den 2. Platz hinter der SPÖ mit mindestens 20% der Stimmen.

**Zweite Julihälfte 1992:** Obwohl laut Meinungsumfragen die Mehrheit der Bürger der CSFR gegen eine Trennung in zwei Staaten ist, nähern sich die Vorbereitungen für die Aufspaltung in einen tschechischen und einen slowakischen Staat ihrem Ende. Die slowakischen Nationalisten scheinen sich durchgesetzt zu haben.

**17.Juli 1992:** Berufungsverhandlung zum Ochensberger-Prozeß. Aufgrund des flexibleren Strafrahmens im Verbotsgesetz wird die Strafe von drei auf zwei Jahren herabgesetzt. Ochensberger dürfte zur Zeit überlegen, welche von zwei Optionen er wählen soll: Haftunfähigkeit oder Exil in Spanien.

**19.Juli 1992:** 20 Organisationen protestieren bei Innenminister Löschnak gegen die Verhängung der Schubhaft für tausende Asylwerber. 9400 abgewiesene Bewerber seien bisher davon betroffen.

**19.Juli 1992:** Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Heinz Galinski, stirbt 79jährig in Berlin.

**20.Juli 1992:** In Rastenburg (im Krieg Standort des Hitlerbefehlsbunkers "Wolfschanze") wird zum 48. Jahrestag des Attentats auf Hitler vom 20.7.1944 eine Gedenktafel für Claus Graf Schenk von Stauffenberg errichtet, dessen Bombe Hitler damals durch einen unglückseligen Zufall nur leicht verletzt hatte.

Man könnte dazu meinen, daß es nicht unbedingt als sehr verfrüht zu betrachten ist, wenn nach 48 Jahren eine Gedenktafel aufgestellt wird.

**23.Juli 1992:** Der FP-Landesobmann der Steiermark, Michael Schmid, rügt den Grazer FP-Vizebürgermeister Weinmeister, der am 21. 7. die sofortige Entfernung eines Wohnwagenlagers von nach Budapest reisenden Familien verlangte und die Einrichtung eines Krisenstabes forderte. Das ist Arbeitsteilung, zwischen "Liberalen" und Fremdenhetzern! Auf Bundesebene macht man es via Heide Schmidt ebenso!

**24.Juli 1992:** Das Grazer Oberlandesgericht hebt die Klagenfurter Gerichtsverfügung auf, Haider dürfe nicht behaupten, Robert Jungk habe 'Jubelmeldungen' für das Dritte Reich verfaßt. Der eigenartige Rechtsstandpunkt dazu: Dieser Vorwurf sei *nicht ehrenrührig oder rufschädigend*. Vielleicht ist es in Graz auch heute noch eine "Ehre", für das Dritte Reich Jubelmeldungen zu verfassen? Jungk wird nach diesem merkwürdigen Urteil den Instanzenzug weitergehen.

**24. Juli 1992:** Eine deutsche Journalistin berichtet: Sie habe an den Veranstaltungen des Offenhausner Dichterstein-Vereins teilgenommen und dort eindeutig pronazistisches Verhalten der Anwesenden beobachtet. Schwere Vorwürfe gegen die Stapo: Sie habe lediglich inhaltlich harmlose Programmpunkte überwacht, von Teilnehmern seien die Stapo-Beamten als "Sympathisanten" bezeichnet worden. Die Linzer Stapo weist zwar die Vorwürfe zurück, gesteht aber indirekt ein, von wenig ermittellichem Mißtrauen getriebenes Verhältnis zum Dichterstein-Verein zu besitzen.

**25. Juli 1992:** GPA-Zentralsekretär Sallmutter kritisiert die SPÖ: *"Es wäre wünschenswert, wenn sich die Partei sichtbarer um die Interessen besonders der kleiner verdienenden Arbeiter und Angestellten bemühen würde."* Denn, wenn auf die Umverteilungspolitik vergessen würde, *"dann werde das nur der FPÖ nützen."*

**26. Juli 1992:** Brandanschlag auf das von 130 Flüchtlingen bewohnte Asylantenheim in Kleinvolderberg bei Innsbruck, verletzt wurde zum Glück niemand, das Feuer gelöscht. Die Täter hatten die Hausmauer auch mit ausländerfeindlichen Parolen und Hakenkreuzen beschmiert.

**27. Juli 1992:** Nationalratspräsident Fischer äußert bei den Salzburger Gesprächen des Volkshochschulverbandes, daß es nichts helfe in der Asylanten- und Einwanderungsfrage moralischen, ethischen und rechtlichen Ansprüchen gerecht zu werden, wenn diese in der Bevölkerung nicht durchgesetzt werden könnten. Mit zur Zeit rund 600.000 Ausländern in Österreich sei *"ein Punkt erreicht, bei dem in der Bevölkerung Befürchtungen einsetzen, wo das Thema leicht für politische Agitation mißbraucht wird."*

**Ende Juli 1992:** Die Schweizer Regierung will die Volksabstimmung über den EWR-Vertrag verschieben: Zur Zeit wäre laut Meinungsumfragen nur in acht von 26 Kantonen mit einer Mehrheit für den Beitritt zum EWR zu rechnen.

**31. Juli 1992:** In Günter Traxlers 'Blattsalat' im Standard erscheint ein Beitrag über Staberl'sche Leserbriefe. Ein Leser hatte an die Krone einen boshaften, ironisch-zustimmenden Brief geschrieben (Thema: Die Anzeige der Israelitischen Kultusgemeinde gegen Nimmerrichter wegen dessen Behauptung, die meisten jüdischen Opfer in der NS-Zeit seien nicht dem Massenmord, sondern Krankheit und Hunger zum Opfer gefallen), der dann in der 'Krone' grobschlächtig bearbeitet als Staberl-Bejubelungsbrief erschien. Natürlich unter Hinweglassung der Frage des Briefschreibers, auf wen sich der Schlußsatz der Staberl-Kolumne bezogen hätte: Auf die Kultusgemeinde oder auf Staberl selbst, dieser Satz lautete: *"Gottlob sind die heutigen Narren nicht so lebensgefährlich."*

**Ende Juli/Anfang August 1992:** Der Salzburger Bürgerlisten-Kandidat und Schauspieler Herbert Fux klagt die Illustrierte "Wiener" und die Salzburger FPÖ, weil von diesen behauptet wird, er hätte in einem Kinder-Porno mitgewirkt.

**2. August 1992:** Wahlen in Kroatien, Präsident Tudjman wird mit über 55% der Stimmen wiedergewählt, der rechtsextremistische Chef der 'Kroatischen Partei des Rechts', Paraga, erhält nur 5%, seine Partei rund 7% der Stimmen.

**2. August 1992:** In einem Interview sagt Simon Wiesenthal, in der ehemaligen DDR hätten rund 450 Ex-Nazis führende Stellungen im Staat innegehabt.

Könnte sein, daß das in Österreich seinerzeit um ein paar mehr gewesen sind

**2. August 1992:** Caritaspräsident Schüller kritisiert die 'restriktive Flüchtlingspolitik' der österreichischen Regierung. Er regt an, im Sommer als Flüchtlingsquartiere Schulen und außerhalb der Saison Fremdenverkehrsbetriebe zu verwenden. Mit der Unterbringung von Flüchtlingen in kirchlichen Einrichtungen ist er nicht zufrieden, weil es noch Reserven gebe.

**5. August 1992:** In Ex-Jugoslawien werden vom Roten Kreuz und in der Folge auch von den Medien Gefangenenlager inspiziert, wobei zum Teil grauenhafte Zustände vor allem in den serbischen Lagern aufgedeckt werden.

**5. August 1992:** VP-Generalsekretär Ferdinand Maier schließt auch für die Zeit nach der nächsten Nationalratswahl eine ÖVP-FPÖ-Koalition aus, da an der Basis der Volkspartei die Neigung für eine kleine Koalition im Abnehmen sei. Postwendend wirft ihm FP-Generalsekretär Schnell vor, er leide an 'Realitätsverlust' und stünde *"in krassem Gegensatz zu VP-Mitgliedern und -Funktionären."*

**Erste Augusthälfte.** In Kroatien, so wird bekannt, verdingen sich deutsche und österreichische Nazis als Söldner in den HOS-Milizen des Rechtsextremisten Paraga. Das US-amerikanische Nazi-Blatt 'New Order' schreibt über die *"Verteidigung der weißen Rasse"* durch die 'Kameraden'.

Wer werden da die 'Farbigen' sein, gegen die man die 'weiße Rasse verteidigt' ?

**Erste Augushälfte 1992:** Weiterhin Querelen in der Salzburger FPÖ. Der abgesägte Masopust überlegt, auf einer eigenen Liste zu kandidieren, Ex-FPler Weiss kandidiert sowohl gegen die FPÖ als auch gegen Masopust mit einer eigenen Liste. Noch-Obmann Winkler spricht über die Stadt-FP als 'hoffnungslosen Fall'.

**10. August 1992:** Bundespräsident Klestil äußert, einer "*Politik der weit geöffneten Grenzen*" könne nicht das Wort geredet werden, da in Anbetracht der Zustände im ehem. Jugoslawien ein hoher Prozentsatz der Kriegsflüchtlinge nicht mehr heimkehren könne, die Flüchtlingspolitik sei daher in hohem Maße auch Einwanderungspolitik.

Der Grazer Bürgermeister Stingl (SPÖ) fordert zum selben Thema mehr Flüchtlingshilfe von Italien, Frankreich und den Beneluxstaaten und drückt seine Bewunderung für die Hilfeleistungen durch Ungarn, Slowenien und Kroatien aus.

**11. August 1992:** Haider kündigt für den Herbst ein neues Antiprivilegienvolksbegehren an..

**11. August 1992:** Parlamentspräsident Fischer und die Klubchefs einigen sich ab November Kontrollausschüsse für die Staatspolizei und die Bundesheergeheimdienste einzurichten. Die Grünen, die man zuerst überhaupt von solchen Ausschüssen fernhalten wollte (schließlich sind sie ja bekanntlich beliebte Stapo-Objekte), verlangen für sich den Vorsitz dieser Ausschüsse.

**Juni / Juli / August 1992:** In Ex-Jugoslawien gehen die nationalistischen Kriegshandlungen weiter. Obwohl die Serben sicherlich nicht die Alleinschuldigen sind, liegen die ständigen neuerlichen Eskalationen der Kämpfe doch zu einem Gutteil in deren Verantwortungsbereich. Die internationale Staatengemeinschaft diskutiert die Frage einer militärischen Intervention.

In Österreich kann man von Gastarbeitern und Flüchtlingen, die nicht auf einer der nationalistischen Seiten engagiert sind, hören, daß diese Ereignisse seit dem Tode Titos zu befürchten gewesen seien...

**12. August 1992:** Simon Wiesenthal kritisiert die Verwendung der Bezeichnung 'Konzentrationslager' für die Internierungslager im ehem. Jugoslawien, weil dies zu einer Verharmlosung der Nazi-KZs führe.

**12. August 1992:** 1991 hat die Anzahl rechtsextremistischer Gewalttaten in Deutschland stark zugenommen. Laut Verfassungsschutzbericht stieg die Anzahl der Gewalttaten von 270 auf 1990, davon waren drei Tötungsdelikte (1992 bisher bereits sieben!!) und 375 Brand- und Sprengstoffanschläge, ein Drittel der Taten wurde auf dem Gebiet der ehem. DDR verübt, zwei Drittel der Täter waren unter 20 Jahre alt. Die 76 rechtsextremistischen Organisationen umfassen ungefähr 40.000 Mitglieder (+25%), 4200 zählen zum neonazistischen Gewalt-potential.

**12. August 1992:** Der Wiener FPÖ-Stadtrat Kabas fordert, die Ausländerzuwanderungsquote solle in Wien in den nächsten zehn Jahren auf NULL gesenkt werden, z.Z. seien 18,6% der Wiener Bevölkerung Ausländer, 100.000 Ausländer hielten sich außerdem illegal auf. Der Gesundheitssprecher der öö. FPÖ, Alois Pumberger verlangt für Einwanderer und Flüchtlinge aus der Dritten Welt einen obligatorischen Aids-Test.

**15. August 1992:** Der Versuch zum 5. Todestag von Hitlerstellvertreter Rudolf Heß in Bayreuth eine Gedenkveranstaltung abzuhalten, wurde von den bayrischen Behörden unterbunden. Daraufhin versammelten sich die Rechtsextremisten in Rudolfstadt (Thüringen), wo sie ohne Genehmigung einen polizeilich tolerierten Aufmarsch durchführten. Gegen eine Versammlung von Antifaschisten ging die Polizei Thüringens hingegen aktiv vor und nahm 93 als "Linkschaoten" bezeichnete Teilnehmer fest.

**17. August 1992:** 1991 ist die Anzahl der nach Österreich zugezogenen Ausländer gegenüber 1990 auf die Hälfte gesunken (64.000), die Ausländerquote Österreichs lag damit bei 6,6%. Für 1992 und 1993 wird mit einem Steigen der Ausländerzahlen gerechnet.

**18. August 1992:** Haider leitet gegen den Salzburger FP-Stadtrat Masopust ein Parteiausschlußverfahren ein. Masopust will bei den GRW auf einer eigenen Liste kandidieren, weil er auf der FPÖ-Liste nicht mehr an aussichtsreiche Stelle plaziert wurde. Der Stadtrat rechnet sich auf Grund seiner rigorosen Verkehrspolitik, die Salzburg vom Autoverkehr entlastete, gute Chance für seine Liste aus.

**20. August 1992:** Interview mit Haider im STANDARD. Zur Frage, ob er beim jetzigen politischen Kräfteverhältnis mit einem Bundeskanzler Haider rechnen könne, meint er: "Wenn ich konsequent bei meiner Linie bleibe, ergibt sich das. Meine Wahl zum Landeshauptmann von Kärnten hat gezeigt, daß das alles möglich ist. Die politische Landschaft ist derzeit so im Fluß, daß alles drinnen ist." Auf die Frage, mit wem er koalieren wolle, sagt er: "Wenn die ÖVP bei der NRW ihre Linie nicht grundlegend ändert, ist die nächste Niederlage vorprogrammiert. Denn die nichtsozialistischen Wähler wollen nicht weiter

den Blinddarm für die SPÖ bilden. Entweder es ändert sich der Busek oder die ÖVP wird sich von ihm verabschieden. Das kann ich auch noch erwarten." Zum Populismus-Vorwurf antwortet Haider, das sei ein ehrender Ausdruck "bei dem Wachfigurenkabinett das mir gegenübersteht", außerdem widme er sich einer Frage oft erst, "wenn Leute mir das erzählen".

**20. August 1992:** Haider spricht sich im INLANDSREPORT für das Ende der Neutralität und einen Beitritt Österreichs zur NATO und zur Westeuropäischen Union (WEU) aus, der NATO-Beitritt sei "aus sicherheitspolitischen Gründen notwendig".

Diese Äußerungen werden u.a. auch von Heide Schmidt kritisiert. Die Annahme der Bundesregierung, die Frage eines NATO-Beitrittes stelle sich deswegen nicht, weil die NATO an einer Mitgliedschaft Österreichs gar nicht interessiert sei, wird von einem NATO-Sprecher widerlegt: Österreich könne jederzeit beitreten.

**23. August 1992:** Der Vorsitzende der GPA-Jugend, Gerstbauer, warnt vor der Verbreitung rechtsradikaler Strömungen in der Berufsschulen. Die meisten Jugendorganisationen seien zu konventionell, um junge Leute anzusprechen, die sich unbehaglich fühlen und Protest artikulieren wollen. Diese bildeten dann das Potential, aus dem sich die rechtsextremistische Szene rekrutiere. Es werde zuwenig für die Integration ausländischer Jugendlicher getan, die Diskriminierung der ausländischen Jugendlichen führe bei rechtslastigen österreichischen Jugendlichen zu einem "Überlegenheitsgefühl".

**23. / 24. August 1992:** Schwere Ausschreitungen von rechtsextremen Jugendlichen in Rostock gegen das dortige Asylantenheim. Die Anrainer applaudieren den Gewalttätern. Sie hatten sich vorher ohne Ergebnis mit ihren Klagen über verschiedene Mißstände im Zusammenhang mit dem völlig überbelegten Heim an die Behörden gewandt.

Die Rostocker Ausschreitungen sind der Beginn einer langen Reihe von Angriffen rechtsextremer Jugendlicher gegen Ausländer- und Asylantenunterkünfte.

**24. / 25. August 1992:** Die Ausschreitungen in Rostock gehen weiter. Mehrere Stunden wird ein brennendes Wohnheim mit vietnamesischen Gastarbeitern belagert und die Feuerwehr am Löschen behindert. Die Polizei greift nicht ein und redet sich nachher darauf aus, es habe zum Zeitpunkt des Angriffes gerade ein "Schichtwechsel" stattgefunden.

**25. August 1992:** Für sein "Bekenntnis", er sei "Antisemit", wird der Hollabrunner ÖVP-Stadtrat Schuster aus seiner Funktion entfernt.

**26. August 1992:** FP-Generalsekretär Meischberger spricht sich für die Abschaffung der österreichischen Neutralität aus und sagt, daß zur Zeit ein klares "Nein" der FPÖ für einen Beitritt Österreichs zur EG gelte. Auch das Antifa-Info hatte diesen Meinungsumschwung schon registriert, in der CHRONIK stand zu lesen:

**7. April 1992:** Haider gibt unter der Bezeichnung 'Wiener Erklärung' seine Ansicht zu Österreich ab. Zwar wird (wohl unvermeidbar) die "deutsche Kulturgemeinschaft" strapaziert, doch: "Ich möchte zuerst einmal Österreicher mit Leib und Seele sein. Alles andere ist zweitrangig...wer an Österreichs Eigenstaatlichkeit zweifelt, hat bei uns nichts verloren." Sogar die EG gerät unter den Beschuß des bisherigen EG-An- und Vorbeters, Richtung Brüssel heißt es: "Wir haben nichts zu verschenken, nicht unsere Heimat und schon gar nicht die Zukunft unserer Kinder."

**27. August 1992:** Der Kärntner VP-Landeshauptmann Zernatto erklärt, Haider auch dann nicht zum LH zu wählen, wenn die FPÖ bei den nächsten LTW stärkste Partei würde.

**27. August 1992:** Als "rein taktische Vorgangsweise" bezeichnet VP-Klubobmann Neisser den EG-Schwenk der FPÖ.

**27. August 1992:** Meinungsumfrage: 76% der EG-Bürger begrüßten einen EG-Beitritt Österreichs. Unter den unselbständig Erwerbstätigen in Österreich sind z.Z. 62% für und 31% gegen einen EG-Beitritt, nach Parteienpräferenzen aufgeschlüsselt ist das Verhältnis bei der ÖVP 63:24, der SPÖ 63:28, der FPÖ 39:49(!!) und bei den Grünen 39:55.

Der FPÖ-Schwenk gegen den EWR wird dadurch transparenter.

**Ende August 1992:** Langsam beginnt man sich auch in Vorarlberg darüber Gedanken zu machen, wohin Ochensberger entschwinden sein könnte. Er soll jetzt seine zweijährige Haftstrafe antreten, aber wieder einmal weilt der Neonazi in Spanien, vielleicht, um "der Siegerjustiz ein Stück deutsches Rechtsgut aus dem Rachen zu reißen", wie es in Ochensbergers Nazi-Blatt "SIEG" hieß.

**28. August 1992:** 14.000 Antifaschisten demonstrieren in Rostock gegen die Naziausschreitungen. Diesmal, anscheinend weil es gegen den Rechtsextremismus geht, ist die Polizei auf Draht. 3.500 Polizisten und sechs Hubschrauber überwachen die Gegendemonstration, 90 Demonstranten werden wegen des Besitzes von Schlagstöcken und Steinen festgenommen.

**29. August 1992:** In einem STANDARD-Interview bezeichnet der ehem. Leiter der Staatsschutzabteilung im gemeinsamen Landeskriminalamt der fünf neuen deutschen Bundesländer, Bernd Wagner, den sich ausbreitenden Rechtsextremismus als neue "soziale Bewegung", es geht nicht um irgendwelche Detailprozesse, sondern "die Situation ist schon wieder so weit, daß Demokratie und Anti-Demokratie im Widerstreit liegen und auf lange Sicht die Gefahr besteht, die Demokratie aufzulösen".

Wagner bestätigt auch das Mitwirken von österreichischen Nazis aus der Küssel-Gruppe an den Ausschreitungen.

**31. August 1992:** Küssel-Nachfolger Christian Worch, ein Hamburger Notariatsgehilfe bezeichnet alle Ausländer mit Ausnahme von Diplomaten und Kaufleuten als "politisch und biologisch schädlich".

**31. August 1992:** Der FPÖ-Parteivorstand lehnt einen EG-Beitritt "derzeit" ab. Haider sagt, das Nein zur EG sei ein Nein zum Demokratiedefizit in der Gemeinschaft und ein Nein zur nicht vorhandenen Kulturpolitik, Österreich müsse seine Identität einbringen können.

Der grüne Bundesgeschäftsführer Floss kündigt an, daß es keine Anti-EG-Zusammenarbeit mit der FPÖ geben werde.

**1. September 1992:** Heide Schmidt ist weiterhin für einen EG-Beitritt, von einem NEIN zum Beitritt könne "keine Rede" sein, der Wiener FPÖ-Funktionär Hirschall meint: "Letzten Endes müssen wir schauen, daß wir hineinkommen", Wirtschaftssprecher Peter ist ebenfalls weiterhin für den Beitritt.

**2. September 1992:** Istvan Csurka, der stellvertretende Vorsitzende der größten Partei der ungarischen Regierungskoalition "Demokratisches Forum" (MDF) veröffentlicht einen Grundsatzartikel voller antisemitischer Ausfälle. So verweigere der ungarische Präsident die Ablösung der Führungsleute in Rundfunk und Fernsehen, "weil die hinter ihm stehenden kommunistischen, liberalen und radikalen Nomenklatura-Angehörigen, die Pariser, New Yorker und Tel Aviver Verbindungsleute ihm dies befehlen." Ungarns Juden hätten sich unter KP-Chef Kadar heimischer gefühlt als jetzt, für den Golfkrieg sei die israelische Regierung verantwortlich, die ungarischen Liberalen seien "mit tausend Fäden" mit dem "Jüdischen Weltbund" verbunden.

**2. September 1992:** Der Ex-Außenminister von 1974-1976 Erich Bielka-Karltru stirbt in Wien. 1988 hatte er mit seinem Kollegen Ex-Außenminister Erwin Lanc und dem Botschafter Hans Thalberg die 'Initiative Österreich und Europa' gegründet, um Alternativen zu einem EG-Beitritt zu entwickeln.

**Anfang September 1992:** In Wien macht sich eine 'Döblinger Initiative für Autofahrerrechte' bemerkbar: "Es geht darum, die Terroraktionen der sozialistischen Stadtverwaltung und ihres ökobolschewistischen Anhängsels gegen den motorisierten Individualverkehr zu verhindern." Sprecher der Initiative ist der Hausverwalter Georg Gasser, ehemals ANR, ehemals 'National-Konservative Union'. Die Kronenzeitung widmet Gasser am 1.9. eine ganze Seite: "Eine neue Initiative kämpft gegen die oft mutwilligen Schikanen im Autoverkehr."

**5. September 1992:** Kritik des FP-Seniorenringes am Parteiführer: Der FPÖ-Chef ist zu sehr auf die Jugend orientiert, die Partei müsse sich mehr als bisher um die Senioren kümmern.

**7. September 1992:** Demonstrationen und innerparteiliche Kontroversen löst der Auftritt Haiders im württembergischen Bad Cannstatt auf einer FDP-Veranstaltung aus. Die FDP-Führung distanziert sich davon, rund tausend Menschen demonstrieren gegen Haider: "Ein österreichischer Führer war schon zu viel!". Beim Veranstaltungspublikum erntet der FPÖ-Chef den üblichen Applaus, auch zahlreiche "Reps" (darunter Schönhuber-Stellvertreter Rolf Schlierer) sind anwesend.

**8. September 1992:** Ex-FPÖ-Chef Friedrich Peter tritt wegen des neuen EG-Kurses Haiders aus der Partei aus, deren Vorsitzender er zwanzig Jahre lang war. Haider betreibt als "Oberschreier" eine Politik der "Dreckschleuderei". Haider meint dazu, er habe keine Verlustmeldung für jemand zu erstatten, der sich "als Wahlhelfer für die SPÖ betätigt" habe.

**Erste Septemberhälfte 1992:** Die Ausschreitungen von Rechtsextremisten gegen Ausländer in Deutschland reißen nicht ab. Besonderes Ziel sind dabei Asylwerber aus Rumänien, meist Roma.

Die anhaltenden Unruhen machen den Weg für die Änderung des Asylrechtsartikels im Grundgesetz frei: Auch die SPD ist nun mehr zu einer Änderung bereit.

Es erhebt sich die Frage, ob die Unruhen und Ausschreitungen von gewissen konservativen Kreisen nicht nur stillschweigend begrüßt, sondern durch das Verhalten zu Problemen mit Ausländern bewußt gefördert wurden. Verschiedenen Pressemeldungen ist immer wieder zu entnehmen, daß auf Beschwerden und Vorhaltungen von Anrainern der Asylantenheime seitens der Behörden überhaupt nicht reagiert wurde und durch Überbelegung, kulturelle Unterschiede, Straftaten von Asylwerbern, die negative Stimmung in der Bevölkerung zu-nahm.

**Erste Septemberhälfte 1992:** Ochensberger fühlt sich durch die österreichische Justiz mit dem Tode bedroht. OGH-Präsident Melnitzky hatte nämlich zum Verteidiger Schaller geäußert, daß "es schön wäre, wenn wir alle vom Herrn Ochensberger nichts mehr hören würden". Im neuen SIEG heißt es dazu: "Die Aussage des Herrn Melnitzky ist klar und eindeutig. Sie bedeutet: Erst wird Walter Ochensberger in den Kerker geworfen und verschwindet hinter Kerkermauern. Dann erleidet er darin den Tod, ähnlich dem rätselhaften Ende von Rudolf Heß im Spandauer Gefängnis.(..) Jedoch die Häscher der israelhörigen Justizmafia werden den nationalen Patrioten Walter Ochensberger nicht hinter Kerkermauern bringen. Sein Tod wäre ihm dort gewiß (..) Ein Hundsfott, wer ihm Freiheit und Amnestie verwehrt. Der Fluch des deutschen Volkes soll ihn bis zu seinem qualvollen Tod verfolgen!"

In der Feldkirchner Staatsanwaltschaft glaubt man nach wie vor, daß sich Ochensberger in Spanien "nicht halten" könne, eine Auslieferung (wegen eines politischen Delikts) sei aber nicht zu erwarten. Man werde nun mehr doch einen Haftbefehl erlassen.

Bisher hatte man dem Nazipublizisten aber nicht einmal den Reisepaß abgenommen. Das ANTIFA-INFO schrieb in der Chronik:

**13.Mai 1992:** SIEG-Sonderblatt: "Wie ein Fels im Meer wirft sich Walter *Ochensberger* in Österreich dem deutschfeindlichen Ansturm entgegen, ganz auf sich allein gestellt und kämpferisch." Da der österreichische Nationalrat im Februar ein "Maulkorbgesetz" (= Abänderung des Verbotsgesetzes) beschlossen habe, zieht Ochensberger die Konsequenzen und verlegt die Herstellung von SIEG ins "demokratische Ausland": "Sieg wird nun in Spanien hergestellt und verschickt. Helfen Sie mir bei der Verwirklichung des Spanienprojektes!" Die Feldkircher Staatsanwaltschaft sieht trotzdem keine Fluchtgefahr für den zu drei Jahren Haft verurteilten Neonazi.

Das Antifa-Info hatte diese Chronik-Weisheiten auch bloß aus den Medien. In der Feldkircher Staatsanwaltschaft wird ja doch wohl der eine oder andere die Kunst des Lesens beherrschen, man hätte daher das Entweichen des aktiven Nazis ins Ausland verhindern können. Kein Wunder, daß man durch ein solches Verhalten der Justizbehörden auf die Idee kommen könnte, in Vorarlberg würde man einen lebenslang im Ausland lebenden Ochensberger ganz gerne sehen: Wenn er aus Spanien weiter seine Naziblätter verschickt, geht das die österreichischen Behörden nichts mehr an. Melnitzkys Wunsch dürfte vielleicht mit Hilfe der Vorarlberger Staatsanwaltschaft in Erfüllung gehen.

**9.September 1992:** Rader (3.steirischer Landtagspräsident) wirft Haider wegen dessen Äußerung über den Austritt Friedrich Peters "menschenverachtenden Zynismus" vor. Er wird dafür ziemlich postwendend aus der Partei ausgeschlossen.

**10.September 1992:** Der Wiener Bürgermeister Zilk erklärt, die Stadt könne keine weiteren Flüchtlinge mehr aufnehmen, derzeit beherberge die Stadt 12.000 - 14.000 bosnische Flüchtlinge, es gäbe Probleme mit winterfesten Quartieren.

**10.September 1992:** Die Verabreichung der 'Tiroler Verdienstmedaille' an den Autor Karl Leipert wird bekannt und ruft entsprechende Kritik hervor. Leipert ist ein bekannter Mitarbeiter von SIEG, der Zeitung "DER KAMERAD" (Mitgliederorgan der SS-Kameradschaft IV), der AULA und der MITTEILUNGEN des Wohlfahrtsverbandes der Glaserbacher. Das DÖW führt den Geehrten in der Liste führender rechtsextremistischer Persönlichkeiten.

**11.September 1992:** Ergebnis einer Meinungsumfrage unter 1100 Schülern im Alter von 14 bis 15 Jahren: Ein Drittel hält den Einfluß von Juden und Ausländern für zu groß, fürchtet die Arbeitsplatzkonkurrenz, rund ein Viertel der Befragten zeigt Gewaltbereitschaft, 30% meinen, man müsse die "Rasse rein erhalten", vor allem Mädchen fürchten Belästigungen durch Ausländer. Rund fünf Prozent sind als direkt neonazistisch einzustufen.

**12.September 1992:** Bundesparteileitungssitzung der FPÖ in Gmunden. Wieder ein Schwenk: Man werde im Parlament gegen den EWR-Vertrag stimmen, da dieser Vertrag nur ein "kostspieliger Umweg nach Europa" sei. Aber zur europäischen Integration heißt es nun wieder JA, aber die Regierung müsse



ihre "Hausaufgaben" erledigen. Aus "DERZEIT NEIN" wurde infolge des offensichtlichen innerparteilichen Widerstandes rasch ein "JA, WENN".

**12. September 1992:** Bei einer TED-Umfrage der deutschen BILD-Zeitung, wen sich die deutsche Bevölkerung als Kanzler wünsche, siegt Schönhuber (Republikaner) mit 39% vor Kohl (CDU) mit 23% und Engholm (SPD) mit 19%.

**12. - 19. September 1992:** Die für diesen Zeitraum vorgesehenen 'Gästetage' der rechtsextremistischen "Deutschen Kulturgemeinschaft" in Sulden bei Meran werden von den italienischen Behörden untersagt, als Veranstaltungsthemen wären u.a. vorgesehen gewesen: "Nach Ostland geht unsere Fahrt", "Der Rassegedanke im Aufbruch der Völker", "Die sittliche Idee der Deutschen", "Die Auswirkung der Umerziehung auf die deutsche Jugend". DKG-Ehrenmitglied (jüngst mit einem Tiroler Orden verziert) Karl Leipert durfte ebenso zuhause bleiben wie Präsidentin Lisbeth Grolitsch und 220 andere Gäste.

**13. September 1992:** Auch die Salzburger Landesregierung erklärt, keinen Platz für weitere Flüchtlinge mehr zu haben.

**13. September 1992:** In Wien werden im Auto von drei Deutschen NS-Materialien gefunden, der Untersuchungsrichter verweigert einen Haftbefehl, die Wiener Polizei verhängt die Schubhaft, auf eine geharnischte Intervention Zilks beim Justizminister gibt es am 14.9. doch noch die U-Haft für die NS-Agitatoren.

**15. September 1992:** Haider erklärt im Auswärtigen Ausschuß des Parlamentes sein JA zum EG-Beitritt, spricht sich aber gegen den EWR-Vertrag aus.

**16. September 1992:** Haider tritt auf Einladung der dortigen FPD-Organisation in Landshut auf und kündigt weitere Gastspiele in Leipzig und Dresden an. Zur Asylantenfrage sagt er: "Wenn nur vier Prozent der Asylanten akzeptiert werden, der Rest aber trotzdem bleibt, dann frage ich mich, was diese Verantwortungslosigkeit von euren Politikern soll." Auf die Frage nach einer Vereinigung Österreichs mit Deutschland antwortet er: "Schauts, daß ihr zuerst einmal mit der Ostintegration zu Rande kommts, bevor ihr euch über uns Gedanken macht."

**Mitte September 1992:** *"Den Weltfeind zu vernichten / Der Glaube und Kultur bedroht / Mit harter Kraft zu richten / Nach Völkerrecht in Todesnot"* dichtete Karl Leipert in seinem anlässlich der Tiroler Ordensverleihung versandten Poem. LH Partl redet sich auf "unvollständige Informationen" heraus. Vorgeschlagen für die Ehrung habe den rechtsextremen Dichter der Landessekretär des VP-Seniorenbundes.

**17. September 1992:** Die deutsche Regierung einigt sich mit Rumänien über eine beschleunigte Abschiebung von abgelehnten Asylwerbern.

**17. September 1992:** Zweite Verhandlungsrunde Haider gegen Pilz. Der grüne Politiker hatte den FP-Chef als "Ziehvater des rechtsextremen Terrorismus" bezeichnet und war deswegen geklagt worden. Pilz nennt sechs Punkte:

1. Haider nimmt in seinen Äußerungen rechtsextreme Positionen ein,
2. rechtsextremer Terror äußert sich jetzt anders als in den Dreißigerjahren, nämlich durch Gewalt gegen Ausländer und Schändung jüdischer Friedhöfe,
3. in wesentlichen Fragen sind die Positionen von Repräsentanten des rechtsextremen Terrors und Haiders ident,
4. Haider und einige seiner Mitarbeiter, etwa Andreas Mölzer, seien als Ideologen des Rechtsextremismus zu bezeichnen,
5. die Anhänger des Rechtsextremismus fühlen sich vom Wortgeflecht Haiders ermutigt und
6. macht Haider auch international rechtsextreme Positionen salonfähig.

Der Prozeß wurde auf Dezember vertagt.

**18. September 1992:** Derzeit gibt es 73.000 ausländische Kinder in Österreichs Schulen, die nicht oder schlecht Deutsch sprechen, 1991/92 waren es knapp 67.000.

**19. September 1992:** Das deutsche Innenministerium kündigt ein Sofortprogramm gegen den Terror von rechts an, Kanzler Kohl betont, für die fremdenfeindlichen Ausschreitungen gebe es keine Rechtfertigung, sie seien eine Schande für das Land und müßten mit der vollen Härte des Gesetzes bestraft werden. Die Ausschreitungen halten aber unbeeindruckt davon weiter an.

**20. September 1992:** Mit einer knappen Mehrheit von 540.000 Stimmen siegen in Frankreich die Befürworter der Maastrichter Verträge für eine Europäische Union. Dies führt zu einer vorsichtigeren Taktik der Befürworter.

**20. September 1992:** Jörg Haider erklärt sich in der Frage EG-Beitritt zum "Schutzpatron für Österreich", die EG-kritischen Österreicher sollen nicht durch Schweigen der FPÖ "in die Hände der Grün-Chaoten getrieben werden".

**22. September 1992:** Abstimmung über den EWR-Vertrag im österreichischen Parlament. Der Versuch der Grünen, analog zu Dänemark und Frankreich eine Volksabstimmung über den Vertragsbeitritt zu erreichen, scheitert an der anderen Parteien. SPÖ und ÖVP stimmen schließlich dafür, FPÖ und Grüne dagegen, wobei bei der FPÖ eine Anzahl der Mandatäre bei der Abstimmung demonstrativ abwesend war.

**22. September 1992:** Die tschechische Regierung überlegt, westlich von Prag ein Sammellager für unerwünschte Ausländer zu deren Abschiebung einzurichten.

**24. September 1992:** Soweit sie die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, sollen Sinti und Roma als Angehörige von Minderheitenvolksgruppen anerkannt werden und denselben Status wie Slowenen, Kroaten, Tschechen und Ungarn in Österreich erhalten.

**25. September 1992:** Der neue Wiener VP-Chef Görg erklärt, daß "mit dieser FPÖ" sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene eine Zusammenarbeit undenkbar sei, er habe mit Deutschtümelei nichts im Sinne, die Politik der FPÖ bestehe ausschließlich darin, Ängste der Bürger zu schüren.

**25. und 26. September 1992:** MAUTHAUSEN-SEMINAR 1992 in Alkoven, über die Pressekonferenz mit Caritasdirektor Schüller berichten alle Tageszeitungen und Radio und Fernsehen, näherer Bericht in diesem Antifa-Info an anderer Stelle.

**25.-27. September 1992:** Braunauer Zeitgeschichtstage mit dem Thema, "Unerwünschtes Erbe", näherer Bericht ebenfalls an anderer Stelle.

**26. September 1992:** Brandanschlag auf die jüdische Gedenkstätte im ehemaligen KZ Sachsenhausen bei Berlin, die Häftlingsbaracke mit der Gedenkstätte brannte aus.

**27. September 1992:** Der Gründer der inzwischen aufgelösten und verbotenen NDP, Norbert Burger stirbt.

**27. September 1992:** Kommunalwahlen in der norditalienischen Provinz Mantua. Die Sozialisten sinken von 13 auf 7,2%, die Democristiani von 22 auf 14%, die rechtsgerichtete "Lega Nord" steigt von 22 auf 34%.

**28. September 1992:** Vizekanzler Busek und VP-Sicherheitssprecher Pirker sprechen sich für eine rigorose Abschiebung der von ihnen auf 150.000 geschätzten illegalen Ausländer aus.

**28. September 1992:** Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, verlangt ein härteres Durchgreifen gegen Rechtsextremisten, Innenminister Selters sagt ein unnachsichtiges Vorgehen zu.

**29. September 1992:** Bundeskanzler Vranitzky erklärt, daß illegal in Österreich lebende Ausländer mit ihrer Abschiebung rechnen müßten. FP-Chef Haider seinerseits schätzt die illegalen Ausländer gleich auf 250.000 bis 300.000 und verlangt die Einführung einer allgemeinen Ausweisungspflicht.

**30. September 1992:** Der öö. FPÖ-Chef Achatz spricht von "Türkengefahr" in Linz, in der stark abgewohnten Gegend um die Humboldtstraße zogen in den letzten Jahren verstärkt Türken zu, die nun dort lebenden 3.200 Türken sollen das Ziel haben, die Österreicher aus diesem Stadtviertel zu vertreiben, durch Rauschgifthandel und Zuhälterei reich gewordene Türken kauften die Häuser auf, die Kriminalität nehme zu. Laut Polizeiangaben liegt allerdings die Kriminalität in diesem Stadtviertel nicht über dem Durchschnitt.

**2. Oktober 1992:** Beim Begräbnis Norbert Burgers in Kirchberg am Wechsel richtet Otto Scrinzi "im Namen der Kameraden, die aus allen deutschen Gauen angereist sind" das Wort an die "unübersehbare Menge der Trauernden, Ergriffenen, Dankbaren" und betrauert, daß die Republik Österreich Burger "die längst fällige Anerkennung" verweigert habe.

**3. Oktober 1992:** Die deutschen Freidemokraten sind zu einer Änderung des Grundgesetzes bereit, wenn das "Asylrecht im Kern erhalten" bliebe. Am Parteitag in Bremen gibt es auch hitzige Debatten ü-

ber die Einladungen von über hundert FDP-Kreisverbänden an Jörg Haider. Ein Antrag auf "Kontaktsperre" wird abgelehnt.

**3.Oktober 1992:** Der "Tag der Einheit" wird in Deutschland von den Rechtsextremisten mit der Forderung nach einem "ausländerfreien Deutschland" begangen, in Frankfurt und Nürnberg demonstrieren jeweils zehn- bis zwanzigtausend Menschen gegen Ausländerfeindlichkeit.

**4.Oktober 1992:** Gemeinderatswahlen in Salzburg und Krems. Salzburg: Die Wahlbeteiligung geht von 71,4 auf 55% zurück, die SPÖ fällt von 49,3 auf 28% und verliert neun ihrer 21 Mandate, die FPÖ sinkt (infolge ihrer parteiinternen Streitereien) von 15,1 auf 14,5% (NRW 1990: 24,1%), die abgespaltene "Liste Masopust" erreicht 5,3% und zwei Mandate, die VP gewinnt zwei Sitze, die grüne Bürgerliste drei hinzu. Haider nennt das unbefriedigende Abschneiden seiner Partei einen "einmaligen Ausrutscher, der sich nicht wiederholen" dürfe.

Krems: Auch hier erreicht die FPÖ ihr Wahlziel (20%) bei weitem nicht, sie steigt von 8,9 auf 11,6%, VP, SP und Grüne verlieren leicht an Stimmen, überraschenderweise gewinnt hier die KPÖ (wohl zum erstenmal seit dem Ende des realen Sozialismus) Stimmen hinzu (von 2,8 auf 3,6%).

**6.Oktober 1992:** Der Wiener Bürgermeister Zilk warnt vor "Russen-Flut", ab 1.1.93 erhielten 20 Millionen Russen Auslandspässe, zwei Millionen davon wollen in den Westen ausreisen, an der Visapflicht dürfe daher nicht gerüttelt werden.

**6.Oktober 1992:** Haider kündigt ein Volksbegehren zur Ausländerfrage an, falls die Regierung das Problem der illegalen Zuwanderer nicht bis zum Herbst löse.

**6.Oktober 1992:** Die BH Braunau verlangt für den sicherheitspolizeilichen Schutz der 'Braunauer Zeitgeschichtstage' einen Kostenersatz von 9.450.- Schilling, weil der "Einsatz vorwiegend im Interesse des Veranstalters gelegen" sei. Bürgermeister Skiba bezeichnet diesen Versuch der Behörde als "absolut unkorrekt, die Zeitgeschichtstage waren von rein öffentlichem Interesse."

**7.Oktober 1992:** FP-Generalsekretär Meischberger fordert die Aufhebung der Gesetze, die den Angehörigen der Familie Habsburger Beschränkungen auflagen, so sollten die Habsburger berechtigt sein für das Amt des Bundespräsidenten zu kandidieren. Na, vielleicht wählt uns dann die FPÖ einen neuen Kaiser?

**8.Oktober 1992:** Willy Brandt stirbt 78jährig. Er war wohl der bedeutendste deutsche Nachkriegs-politiker, der 1945 aus der Emigration zurückkehrte.

**8.Oktober 1992:** Simon Wiesenthal erstattet gegen den Grazer Kieferchirurgen Egon Sabukoschek Anzeige wegen des Verdachtes als Judenkommissar für Morde und Deportationen in Belgrad verantwortlich gewesen zu sein. Der Beschuldigte weist dies zurück, wird aber auf Grund der vorgelegten Unterlagen wegen Fluchtgefahr in U-Haft genommen.

**9.Oktober 1992:** Innenministerkonferenz der deutschen Länder zum Rechtsextremismus. FDP und SPD lehnen eine Verschärfung der Gesetze ab, CDU/CSU verlangt die Wiedereinführung der Strafbarkeit des Landfriedensbruches, die Industrie befürchtet Exportprobleme wegen des Imageverlustes. Im heurigen Jahr wurden bisher 970 rechtsextremistische Gewalttaten mit zehn Todesopfern registriert, der Verfassungsschutz hat 40.000 Rechtsextremisten registriert.

**9.Oktober 1992:** Der österreichische Innenminister Löschnak und sein ungarischer Kollege Boross unterzeichnen in Salzburg ein Schubabkommen. 1991 sind an Ungarns Ostgrenze 900.000 Einreisende abgewiesen worden, von denen angenommen werden muß, daß sie in den Westen weiterreisen wollten. Der ungarische Innenminister sagt zum Problem der steigenden organisierten Kriminalität, daß zu einer effizienteren Bekämpfung der Polizei ein größerer Spielraum eingeräumt werden müßte, was auch zur Einschränkung der Bürgerrechte führen werde und schwierig mit der Einhaltung der Menschenrechte zu vereinbaren sei.

**August/September/Oktober 1992:** Auf dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens gehen die bewaffneten Auseinandersetzungen weiter, verschiedene Beobachter und Untersuchungen bestätigen, daß von allen beteiligten Seiten massive Menschenrechtsverletzungen begangen werden.

**Erste Oktoberhälfte 1992:** Die Neonaziszene ist noch wie vor aktiv. Pottschach bei Ternitz tauchen Hakenkreuzpickerl der "NSDAP-AO" auf, ebenso in Wien im 18.Bezirk und in Margareten. Das in Holland erscheinende NS-Blatt "Neue Front" berichtet, daß es nach den Verhaftungen vom vergangenen Winter in Korneuburg, Langenlois und Wr.Neustadt "funktionierende Kameradschaften" gäbe.

**Erste Oktoberhälfte 1992:** Spanische Nazis versuchen Proteste gegen die Festnahme ihres Präsidenten zu organisieren. Ende September war in Kärnten Pedro Varela wegen früherer Verstöße gegen das Verbotsgesetz verhaftet worden, er sitzt jetzt in Steyr in U-Haft. Varela gilt als einer der Schlüsselfiguren der europäischen Naziszene. Seine spanischen Freunde sind der Ansicht, in Spanien sei es legal, sich positiv über Hitler zu äußern, auch in einem vereinten Europa werde dies auch legal sein.

**Mitte Oktober 1992:** Weiterhin rassistische Konflikte in Rußland. Anhänger der "Pamjat-Bewegung" überfallen die Redaktion der liberalen Jugendzeitung "Moskowski Komsomolez", Hakenkreuzschmierereien sind in Moskau keine Seltenheit. Bei rechtsextremistischen Veranstaltungen werden "die Juden" für den allgemeinen Niedergang verantwortlich gemacht.

**15. Oktober 1992:** Ablehnend äußert sich Bundespräsident Klestil über das von Haider angedrohte 'Volksbegehren zur Ausländerfrage'. In der FPÖ führt der Vorstoß des Parteichefs wieder einmal zu einem Konflikt mit seiner Stellvertreterin Heide Schmidt. Generalsekretär Scheibner sagt, Schmidt müsse sich die Frage stellen, ob sie noch weiter Stellvertreterin sein könne, so wie sie bisher agiert habe, sei das nicht mehr tragbar. Der Kärntner FPÖ-Klubobmann Strutz spricht von einer "zunehmenden Belastung für die Partei".

**15.Oktober 1992:** Der Nationalrat ändert das Volksgruppengesetz. Die Roma und Sinti werden nun mehr als eigene Volksgruppen in Österreich anerkannt.

**15.Oktober 1992:** Der als Kriegsverbrecher verdächtige Grazer Zahnarzt Egon Sabukoschek bleibt in Untersuchungshaft, ein Enthaftungsantrag wird abgelehnt.

**16.Oktober 1992:** Haider über Schmidt: Diese profilierte sich hauptsächlich durch Kritik an der eigenen Partei, es mangle an Loyalität, Solidarität und Kameradschaftlichkeit, Heide Schmidt verstoße gegen die Spielregeln, die in der Partei herrschen. "Stimmen werden durch Arbeit gewonnen, nicht durch Kritik an der eigenen Partei."

Für Schmidt tritt die öö. Abgeordnete Raschhofer ein, sie kritisiert die Methode in der FPÖ, andere Meinungen als Illloyalität auszulegen.

**16.Oktober.** Das Nazi-Blatt HALT wird wieder aus Spanien verschickt. Es berichtet u.a. über die Anwesenheit des französischen Gaskammer-Leugners Faurisson beim Honsik-Prozeß: "Über die Anwesenheit Faurissons im Wiener Landesgericht bestand also bei Freund und Feind keinerlei Zweifel." - Bei der österreichischen Stapo bestand solcher Zweifel offenbar doch, hatte Innenminister Löschnak im Juli in einer parlamentarischen Anfragebeantwortung befunden: "Die behauptete Anwesenheit des Faurisson beim Honsik-Prozeß in Wien konnte bei einer Überprüfung durch die Sicherheitsbehörden nicht authentisch bestätigt werden." Womit wieder einmal die Frage offen bleibt: Ist die Stapo am rechten Auge blind oder im Zukneifen sehr fix?

**17.Oktober 1992:** In Wien und Graz werden Sektionen der "Freien Demokratischen Partei Österreichs - Die Liberalen" gegründet.

**18.Oktober 1992:** Gemeinderatswahlen im Burgenland. Die SPÖ verliert gegenüber 1987 ca. 1,6% der Stimmen und hält bei 46,5%, die ÖVP geht von 45,9 auf 44,5% zurück, sonstige Listen von 4,1 auf 3,8% - die FPÖ steigt von 2% auf 5,3%, hauptsächlich weil sie in mehr als doppelt sovielen Gemeinden Kandidatenlisten eingebracht hat wie 1987.

**19.Oktober 1992:** Zur Bundespartei Vorstandssitzung kündigt Haider an, zwar werden einige Funktionäre Heide Schmidt die Meinung sagen, doch er werde "schlußendlich in meiner unendlichen Milde meine Hand schützend über sie halten, so wie ich es immer gemacht habe."

**20.Oktober.** Neue Meinungsumfrage zum EG-Beitritt Österreichs. Die EG-Propaganda der Regierung zeigt endlich Wirkung: Waren im Februar noch 39% für einen Beitritt und 33% dagegen, so stellen jetzt die EG-Gegner mit 39% die Mehrheit gegen 37% Befürworter.

**20.Oktober 1992:** Der Nationalrat bereitet den endgültigen Ausstieg aus der Neutralität vor. Ein Entschließungsantrag im außenpolitischen Ausschuß begrüßt eine Erklärung von Außenminister Mock an die EG, wonach sich Österreich "VOLLINHALTICH MIT DEN ZIELSETZUNGEN DER GEMEINSAMEN AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITIK DER EUROPÄISCHEN UNION IDENTIFIZIERT" und sich "AN DIESER POLITIK UND IHRER DYNAMISCHEN WEITERENTWICKLUNG AKTIV UND SOLIDARISCH BETEILIGEN WIRD. Die außenpolitische Sprecherin der Grünen sagt, daß damit der österreichischen Neutralität "anstatt eines Staatsbegräbnisses ein Armenbegräbnis" beschert werde. Für die SPÖ ist das "die konsequente und logische Fortsetzung der Neutralitätspolitik seit den 50er-Jahren, als wir der UNO

beitraten", für die ÖVP ersetzt Österreich die "Neutralität durch Solidarität". Von der FPÖ wird die Neutralität als überflüssig bezeichnet. Was sie nach dieser EntschlieÙung wohl defakto auch ist..

**20.Oktober 1992:** Haider legt die Hauptlinie für sein Ausländervolksbegehren fest: Österreich ist kein Einwanderungsland, die jetzt praktizierte Aufnahme von Ausländern hätte zur Folge, daß im Jahre 2010 in Österreich über 9 Millionen Menschen lebten. Ein 12-Punkte-Katalog wird der Regierung ultimativ vorgelegt: Wenn die Forderungen nicht binnen drei Wochen von der Regierung erfüllt werden, werde das Volksbegehren durchgeführt.

**21.Oktober 1992:** Die anderen Parteien äußern sich ablehnend zum FP-Ausländervolksbegehren, Vranitzky sagt, für ihn gebe es kein Ultimatum, Busek spricht von "unverantwortlicher Aufhetzung", Fischer warnt vor Konfrontationen und Emotionalisierungen, Madeleine Petrovic wirft der FPÖ Brandstiftung vor.

**23.Oktober 1992:** Die Bezirkshauptmannschaft Braunau ist entgegen ersten Aussagen nicht bereit, die Gebührenvorschreibung für die Braunauer Zeitgeschichtstage zurückzunehmen. Bezirkshauptmann Klinger ist weiterhin der Ansicht, der Exekutiveinsatz sei überwiegend im Interesse des Veranstalters erfolgt und daher gebührenpflichtig. Es wäre ja wohl nicht Österreich, wenn man antifaschistisch orientierte Veranstaltungen nicht wenigstens behördlich ein bißchen schuriegeln könnte...

**Zweite Oktoberhälfte 1992:** Nachdem in Rostock drei jüdische Antifa-Demonstranten aus Frankreich festgenommen worden waren, kommt es in Paris zu einem Anschlag auf das deutsche Goethe-Institut. Die als 'Nazi-Jägerin' bekannte Journalistin Beate Klarsfeld (sie hatte in den Sechzigerjahren den damaligen BRD-Kanzler Kiesinger wegen dessen Vergangenheit im NS-Propagandapparat öffentlich gehohlet) spricht von "legitimer Gewalt".

**25.Oktober 1992:** Parlamentswahlen in Litauen. Die sehr extremistische Nationalistenorganisation "Sajudis" von Parlamentspräsident Landsbergis erleidet eine schwere Niederlage, sie erhält nur 18,4% der Stimmen, während die "Demokratische Partei der Arbeit", die neue Partei des ehemaligen KP-Chefs Brazauskas 46,5% der Stimmen erringt. Eine erfreuliche Entwicklung, zeigt sie doch, daß die Menschen in Teilen der ehemaligen Sowjetunion durchaus nicht mehrheitlich militanten Nationalismus für ein Allheilmittel halten.

**28.Oktober 1992:** Der russische Historiker und Verfasser einer Stalin-Biographie, Dmitri Wolkogonow, präsentiert im Fernsehen das Original des Geheimvertrages über die Aufteilung der Einflußsphären zwischen Hitlerdeutschland und der Sowjetunion vom 28.8.1939 am Vorabend des Kriegsbeginns Deutschlands gegen Polen.

**30.Oktober 1992:** Das Sozialministerium hat heuer vom Jänner bis Juni 1781 Betriebe überprüft und dabei in 714 Fällen illegal beschäftigte Ausländer festgestellt, worauf Strafen in der Höhe von insgesamt 9,8 Millionen Schilling verhängt wurden. Also absolut lächerliche 13.725 Schilling pro Fall. Ein solches Strafausmaß kommt ja faktisch einer Einladung zur illegalen Ausländerbeschäftigung gleich!

**30.Oktober 1992:** Caritaspräsident Schüller spricht davon, daß er, angesichts der "völligen Unbeweglichkeit der offiziellen Politik", Teile des FPÖ-Ausländervolksbegehrens als Diskussionssignal sehe. Zwar halte er das Volksbegehren für ein untaugliches Mittel, aber er sei besorgt, daß die Ausländerproblematik "in das Vakuum der Parteien rutscht und dort verwest".

**31.Oktober 1992:** Obwohl die Sicherheitsbehörden gewarnt worden waren, daß um die Zeit des Jahrestages der 'Reichskristallnacht' (9.November) mit nazistischen Ausschreitungen gerechnet werden müsse, können unbehelligt zwei oder drei Täter den jüdischen Friedhof in Eisenstadt schänden. Mit Hakenkreuzen, SS-Runen und Aufschriften wie "Sieg-Heil" und "Sieg-Haider" werden Grabsteine beschmiert, in einem Bekenner schreiben einer "Rassischsozialistischen Arischen Widerstandsbewegung" heißt es u.a. "daß Primitive, Äfflinge und deren Kadaverstätten im Arischen Lebensraum nicht länger duldbar sind (...) auf diese Weise wollen wir unserem Vorbild Jörg Haider einen Arischen Gruß zukommen lassen (...) Heil Haider!"

FP-Generalsekretär Meischberger spricht von "linksextremen Provokateuren", die das FP-Volksbegehren diskreditieren wollten.

Als die Eisenstädter Gendarmerie eine Telefonnummer für sachdienliche Hinweise bekanntgibt, erhält sie zahlreiche Anrufe, zu einem Drittel jedoch solche, die die Grabschändungen loben.

**1.November 1992:** Caritas-Sprecher Bergmann sagt, die Inhalte des geplanten FPÖ-Ausländervolksbegehrens seien "vergleichsweise harmlos zu den oft menschenverachtenden Mißständen", die durch die Politik der GroÙen Koalition entstünden.

Bundeskanzler Vranitzky wendet sich gegen ein "Schwarz-Weiß-Denken in der Ausländerfrage". Die Österreicher hätten prinzipiell nichts gegen Ausländer, manche fühlten sich aber bedrängt, man müsse nicht nur gesetzliche Voraussetzungen schaffen, sondern Vertrauen der Menschen gewinnen.

**Anfang November 1992:** Eine Meinungsumfrage in Italien zum Antisemitismus bringt folgendes Ergebnis:

10,5% stimmen der Aussage zu, "die Juden sind mir nicht sympathisch, es wäre mir lieber, wenn sie Italien verließen."

9,4% halten den Holocaust für eine "Erfindung der Juden".

63% sind der Ansicht, Juden hätten "eine andere Lebensweise als Italiener".

56% meinen, Juden hätten "ein besonderes Verhältnis zum Geld".

**2. November 1992:** In Deutschland übernimmt erstmals die Karlsruher Bundesanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren gegen Rechtsextremisten auf dem Gebiet der Ex-DDR. Ermittelt wird wegen "Bildung einer kriminellen Vereinigung" gegen die 'Werwolf-Jagdeinheit Senftenberg'.

**2. November 1992:** Vranitzky erklärt "seine tiefe Abscheu" vor der Eisenstädter Friedhofsschändung, Klestil spricht von einem "schweren Schaden für Österreich", Korosec von einer "unfaßbaren Tat", Pils schlägt vor, die Spitzenpolitiker sollten gemeinsam eine Säuberungsaktion am Friedhof durchführen, die Österreichische Hochschülerschaft wirft Haider "geistige Mitverantwortung" für die Gräberschändung vor, dieser lehnt "jede Form von radikalen Übergriffen oder Exzessen ab", meint jedoch, die Regierung müsse aufpassen, nicht selbst einen Beitrag zur Ermunterung von radikalen Elementen zu leisten.

**2. November 1992:** In Rostock attackiert der CDU-Abgeordnete Karlheinz Schmidt den Vorsitzenden des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis: "Sie sind deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens. Ihre Heimat ist Israel. Ist das richtig so? Wie beurteilen Sie die täglichen Gewalttaten zwischen Palästinensern und Israelis?" Bubis Besuch erfolgte wegen ausländerfeindlichen Klimas in Rostock, was den Schmidt-Kommentar auslöste, die Visite sei "Aufdringlichkeit eines Nichtdeutschen". Für soviel antisemitischen "Mut" durfte der Abgeordnete in der Folge sein Mandat niederlegen.

**3. November 1992:** Der am 15.11. ("Volkstrauertag") geplante Rechtsextremistenaufmarsch am Soldatenfriedhof Halbe bei Berlin wird von den Behörden untersagt.

**3. November 1992:** Die Wahlen in den USA bringen einen Linksruck (soweit man in den USA überhaupt von "links" sprechen kann). Bill Clinton gewinnt die Präsidentenwahlen, im Repräsentantenhaus bauen die Demokraten ihren Vorsprung ebenso aus wie im Senat und bei den Gouverneuren.

**Anfang November 1992:** Die Taten, die dem Grazer Zahnarzt Sabukoschek zur Last gelegt werden, sind nach Feststellung des Justizministeriums noch nicht verjährt. Bisher haben die Aussagen von fünf Zeugen den Beschuldigten belastet, er sei als "Judenkommissär" ab 1942 in Belgrad für Verschleppungen und Erschießungen von Juden verantwortlich gewesen.

**4. November 1992:** Bundespräsident Klestil schlägt eine Enquete zur "Ausländerfrage" vor, zu der alle gesellschaftlichen Kräfte eingeladen werden sollen, Vranitzky lädt Haider ein, sein 12-Punkte-Fordereungsprogramm im parlamentarischen Innenausschuß vorzutragen. Er sagt ferner, die Regierung müsse den Mittelweg "zwischen Menschlichkeit gegenüber Ausländern und Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Österreicher" finden.

**5. November 1992:** Der Parteiausschluß des steiermärkischen FPÖ-Politikers Ludwig Rader wird überraschend vom Parteischiedsgericht aufgehoben. Er war am 9.9. ausgeschlossen worden, weil er die Reaktion Haiders auf den Parteiaustritt Friedrich Peters als "menschenverachtenden Zynismus" bezeichnet hatte.

**5. November 1992:** Haider lehnt den Vorschlag ab, über sein Antiausländerprogramm im Innenausschuß zu debattieren und verlangt eine Ministerrunde mit allen zuständigen Ministern.

**5. November 1992:** Ergebnis einer Meinungsumfrage in Deutschland, der Satz "der Nationalsozialismus hat auch seine guten Seiten gehabt", wird von nur 64% abgelehnt. Es gibt also auch dort noch viele Anhänger von Dingen wie der "ordentlichen Beschäftigungspolitik". Hitler war ein böser Mann, doch baute er die Autobahn!

**8. November 1992:** Die österreichische Bischofskonferenz gibt zur "Ausländerfrage" eine Erklärung ab: "Wir Bischöfe achten die Sorgen jener, die eine Überforderung unseres Landes durch Probleme mit Menschen aus dem Ausland befürchten. Wir sind aber ebenso Anwälte für eine möglichst große Hilfe an

Menschen in Not im In- und Ausland." In Richtung FPÖ-Volksbegehren wird vor parteipolitischen Sonderinteressen gewarnt und gefordert auf "unrichtige Vereinfachungen zu verzichten".

**9. November 1992:** Die angekündigten Naziausschreitungen zum Jahrestag der "Reichskristallnacht" äußern sich hauptsächlich in Graz durch Hakenkreuzschmierereien und anonyme Bomben- und Morddrohungen.

Nazidemos und Naziaktionen wurden ja seit Monaten allenthalben mit geschickt verbreiteten Gerüchten angekündigt. Auch in Oberösterreich sollte es alle Augenblicke irgendwo eine "Ausländer-Raus"-Demonstration der 'Skins' oder ähnliches geben. Die Nazis erreichen damit immerhin, daß sie unter den Jugendlichen ständig im Gespräch bleiben...

**9. November 1992:** Im 'Club Freiheit' (vormals 'Trenck-Heim') veranstaltet die 'Aktionsgemeinschaft für demokratische Politik' (vormals 'Aktionsgemeinschaft für Politik') einen Vortrag des "volkstreu"en Schreibers Konrad Windisch zum Thema "Nationale Wende oder multikriminelles Ende?". Als sich rund zehn Kameraden versammelt hatten, wird das Heim von 170 Polizisten in Kampfausrüstung umstellt. Nein, nicht was die Antifaschisten jetzt vielleicht glauben, kein Präventivschlag gegen eine des Neonazismus verdächtige Organisation! Bloß intensiver Polizeischutz der Windisch-Veranstaltung, weil autonome Gruppen mit einer Protestaktion gegen diese Zusammenkunft gedroht hatten.

**9. November 1992:** Die SPÖ schließt die Einrichtung eines Ausländersonderausschusses im Parlament aus, das Ultimatum Haider wird verlängert: Das Antiausländervolksbegehren wird eingebracht, wenn die Regierung dem 12-Punkte-Programm bis Jahresende "nicht wesentlich entgegenkommt."

**9. November 1992:** In Eisenstadt gibt es vier Anzeigen und eine Festnahme im Zusammenhang mit NS-Schmierereien, der Festgenommene wird verdächtigt, auch an den Grabschändungen beteiligt gewesen zu sein.

**10. November 1992:** Urteile in Abwesenheit gegen Mitglieder der Terrorgruppe "Ein Tirol". In Bozen werden der in Österreich inhaftierte Karl Außerer zu 15 Jahren und Karola Unterkircher zu 12 Jahren verurteilt. Haftstrafen gibt es auch gegen vier weitere Mitglieder der Gruppe, die zwischen 1986 und 1988 46 Anschläge durchgeführt haben soll. Ausgeklammert wird im Verfahren die Rolle italienischer Geheimdienststellen, die ihre Finger im Spiel gehabt haben sollen.

**10. November 1992:** SPÖ und ÖVP weisen das FPÖ-Ultimatum zurück und sprechen von "Erpressung". Haider will daher die Entscheidung über die Einbringung des Volksbegehrens am 21.11. treffen.

**11. November 1992:** In Wels beginnt der Prozeß gegen die Gmundner VAPO (= "Volkstreue Außerparlamentarische Opposition", allein schon eine bodenlose Frechheit, den guten Namen der 68er-APO zu mißbrauchen!). Fünf Aktivisten werden wegen des Brandanschlages in Traunkirchen vom Jänner d.J. und wegen NS-Wiederbetätigung angeklagt.

**11. November 1992:** SPÖ und Grüne sind ausnahmsweise einmal einer Meinung: Haider soll sein Volksbegehren machen. Es könne nicht so weiter gehen, alles zu erfüllen, was Haider möchte, meint Vranitzky, Petrovic sagt, Haider soll statt dem Parlament auf der Nase herumzutanzten, sein Volksbegehren starten.

**11. November 1992:** In einer Fragestunde im Parlament erklärt Sozialminister Hesoun, Österreich sei kein Einwanderungs- aber ein Zuwanderungsland. Zur Zeit wären 325.000 ausländische Arbeitskräfte in Österreich, die für die Wirtschaft notwendig seien, dies sei eine zumutbare Quote an deren Erhöhung nicht gedacht werde.

**12. November 1992:** Der ehemalige Rechnungshofpräsident Broesigke (FPÖ) äußert sich kritisch über das geplante Antiausländervolksbegehren seiner Partei.

**12. November 1992:** In einem Beitrag der Wochenzeitschrift 'Die Furche' warnt Bischof Krätzl vor einem Wiederaufleben des Antisemitismus. "Hat man selbst zuwenig Orientierung, kein eigenes Konzept und kein inneres Ordnungsprinzip, dann steigen starke Männer im Kurs und Parolen lassen sich leichter verkaufen."

**13. November 1992:** Meinungsumfrage zum Antiausländervolksbegehren. Das geplante FPÖ-Begehren wird nicht für eine Problemlösungsmöglichkeit gehalten, aber jeder Zweite nimmt an, daß dadurch das innenpolitische Klima verschlechtert wird.

**13. November 1992:** Bedingte Haftstrafen von ein bis zwei Monaten wegen Verhetzung für vier Neonazis, die im September 1990 in Wien in der Nähe der Wiener Synagoge antisemitische Parolen gerufen hatten.

**14. November 1992:** Über 100.000 Menschen demonstrieren in Bonn für das Asylrecht.

**15. November 1992:** Der SPD-Parteivorstand billigt die Vorschläge zur Änderung des Grundgesetzes über das Asylrecht.

**Mitte November 1992:** Das rechtsextreme Blatt "Fakten" berichtet über eine "Bürgerinitiative zum Schutz der österreichischen Demokratie", die sich für die "Gewährleistung der Redefreiheit und der wissenschaftlichen Erörterung" einsetzen will. Unbehindert erörtert soll z.B. die "Auschwitzlüge" werden dürfen, eine Petition wurde an das Parlament gerichtet. Kommentar des Bundesheerobersten und FPÖ-Abgeordneten John Gudenus dazu: "Ebenso wie Sie bin ich der Ansicht, daß in einer Demokratie keine politischen Verbotsgesetze geben sollte und daß selbstverständlich die Freiheit der Gesinnung, der Meinungsäußerung, der Rede und der wissenschaftlichen Erörterung zu gewährleisten ist."

**16. November 1992:** Egon Sabukoschek wird enthaftet, der Tatverdacht der Beteiligung an Kriegsverbrechen besteht zwar weiterhin, aber es komme für ihn nur eine 'entfernte Täterschaft' in Frage, die nach zehn Jahre verjähre.

**17. November 1992:** Kanzler Vranitzky äußert sich über die Ausländerfrage: Fehlbildungen (wie Schwarzarbeit) seien durch ordnungspolitische Maßnahmen zu bekämpfen, Illegale und Straftäter abzuschieben, es müsse ein Weg gefunden werden, daß niemand, vor allem kein österreichischer Staatsbürger, das Gefühl habe, benachteiligt zu werden, wer aus einem anderen Kulturkreis komme, müsse nicht nur dafür gewonnen werden, die Ordnungsnormen einzuhalten, sondern auch verstehen, daß er seine mitgebrachten sozialen Verhaltensweisen in Österreich nicht 100%ig ausleben könne.

**17. November 1992:** Die neueste Nummer von HALT wird getarnt in alten Kuverts der "Ersten" versandt. U.a. wird Österreich darin als "alliierte Mißgeburt" und der Antifaschismus als "größte Barbarei der Geschichte" bezeichnet.

**18. November 1992:** Laut Volkszählungsergebnis ist der Anteil der Minderheiten in Österreich erstmals seit Jahrzehnten wieder gestiegen. Hatten 1981 sechzigtausend Österreicher eine Sprache der anerkannten Minderheiten als Umgangssprache angegeben, waren es 1991 achtzigtausend.

**19. November 1992:** Die Staatsanwaltschaft legt das Ermittlungsergebnis gegen den suspendierten Kapfenberger Chemieprofessor Herfried Wagner wegen des Verdachtes der NS-Wiederbetätigung an das Justizministerium vor. Der Lehrer hatte im Unterricht immer wieder Äußerungen getätigt, die schließlich von Schülern wegen ihres Gehaltes an NS-Propaganda an den Landesschulrat weitergeleitet wurden.

**20. November 1992:** Urteile gegen die Gmundner VAPO-Gruppe wegen NS-Wiederbetätigung und des Brandanschlages auf das Traunkirchner Asylantenheim: Drei Jahre für Forsterpointner, je 18 Monate (davon sechs Monate unbedingt) für Tischler und Artner, je zwei Monate für die beiden anderen Angeklagten.

**21. November 1992:** Die Bundesparteileitung der FPÖ beschließt mit einer einzigen Gegenstimme (Heide Schmidt) die Einleitung des Antiausländervolksbegehrens. Als Unterschriftenziel werden 25% der Wahlberechtigten angegeben, das Volksbegehren soll in der letzten Jännerwoche aufgelegt werden.

**21. November 1992:** Die in der Türkei verbotenen rechtsextremistischen 'Grauen Wölfe' erfreuen sich in Österreich nach wie vor der Duldung durch die Behörden. Getarnt als Kultur- und Geselligkeitsvereine gehen sie ungestört ihrer politischen Tätigkeit nach. In Linz wird der Abgeordnete Yasar Erbaz zu einer Lokaleröffnung im Neustadtviertel erwartet. Antifaschistische Türken, Kurden und Autonome protestieren gegen die rechtsextreme Zusammenkunft. Die unvorbereitete Polizei kann die Auseinandersetzungen erst nach Stunden beenden und nimmt schließlich neunzehn Personen fest.

Die Ereignisse tragen natürlich wieder dazu bei, ausländerfeindliche Ressentiments zu erhöhen. Den Medien muß man zum Großteil allerdings bestätigen, daß sie über den Sachverhalt objektiv und differenziert berichteten.

Den festgenommenen Kurden droht die Abschiebung in die Türkei, wo bei den dortigen Verhältnissen ihr Leben in Gefahr geriete.



**22. November 1992:** Brandanschlag in Mölln (Schleswig-Holstein). In einem Gastarbeiterwohnhaus verbrennen drei Türkinnen. Damit erreichen die ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Deutschland einen neuen Höhepunkt. Bisher wurden im laufenden Jahr 1760 rechtsextremistische Gewalttaten registriert, die sechzehn Todesopfer forderten.

**23. November 1992:** Der liberale ungarische Abgeordnete Miklós Szabó äußert sich kritisch über die Rechtsentwicklung in seinem Land: "Ein Teil der zum rechtsextremen Rand gedrifteten Gruppen sind Veteranen des Volksaufstandes von 1956 und die Skinheads sind ihre Kadetten."

**25. November 1992:** Der Staberl schreibt in der Kronenzeitung über den "überdeutlich linksorientierten ORF" und seinen Lieblingsfeind Robert Hochner, dieser habe am 23.11. in der Berichterstattung über den Brandanschlag in Mölln gesagt, daß diese Meldung "*viele Leute wieder recht freuen*" werde. Er belehrt: "*Nun mag schon sein, daß Herr Hochner in linker Linientreue von der rechtsradikalen Verseuchung der Deutschen und Österreicher überzeugt ist. Aber als Moderator im Fernsehen hätte er diesbezüglich die Pappen zu halten; daß man Nachrichten und Meinung nicht vermenscheln darf, hätte er ja schon in der Taferlklasse des Journalismus lernen müssen...*" Abgesehen davon, daß gerade die Kronenzeitung eine erhebliche Anzahl von Journalisten beschäftigt, die ohne diese Taferlklasse auskommen scheint, hatte Hochner in Wirklichkeit folgendes gesagt: "*Auch wenn der Gedanke unerträglich sein mag: Heute abend gibt es wahrscheinlich Menschen in Deutschland, die sich über den Mordanschlag von Mölln freuen. Das andere Deutschland, das war heute schockiert über diesen bisher folgenschwersten Anschlag auf Ausländer.*" Und das hört sich dann doch etwas anders an als es der Staberl gehört haben will...

**25. November 1992:** In Deutschland wollen die politisch Verantwortlichen endlich schärfere Maßnahmen gegen den ausufernden Rechtsextremismus setzen, Verbote von Organisationen und Einschränkungen der Bürgerrechte für Rechtsextreme sollen den Neonazismus in den Griff bekommen.

**25. November 1992:** Die Katholische Aktion ruft dazu auf, das Antiausländervolksbegehren der FPÖ nicht zu unterschreiben.

**26. November 1992:** Der von islamischen Fundamentalisten und Rechtsextremen geplante "Antizionistische Weltkongreß" in Stockholm wird auf Grund der heftigen Proteste abgesagt.

**27. November 1992:** Bei seinem Besuch in Holland äußert sich Klestil kritisch über die Schuld von Österreichern an den Verbrechen des Nationalsozialismus.

**27. November 1992:** Das Innenministerium legt für das Antiausländervolksbegehren der FPÖ die letzte Jännerwoche als Eintragungswoche fest.

**27. November 1992:** Das Parlament beschließt das neue Fremden-gesetz (wirksam ab 1.1.93), ein Antrag der Grünen auf Generalamnestie für Illegale wird abgelehnt.

**28. November 1992:** Im STANDARD beginnt eine fundierte Serie über den Rechtsextremismus. Aus der ersten Folge hier der Text eines "Liedes" der Nazi-Band "Endsieg":

"Sie fressen ständig Knoblauch  
und stinken wie 'ne Sau.  
Sie kommen nach Deutschland  
und leben hier für lau.  
Sie bauen Scheiße  
und machen hier nur Dreck.  
Man muß sie einfach töten,  
alles andere hat keinen Zweck...."

**Ende November 1992:** In Israel nimmt die Besorgnis über den wachsenden Rechtsextremismus in Deutschland zu, ein Regierungskommunique verurteilt die "Erscheinungen des Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus in Deutschland".

**30. November 1992:** Der Schauspieler Hardy Krüger sagt die Mitwirkung an einer Talk-Show von Thomas Gottschalk ab, weil dieser dem Republikaner-Chef Schönhuber in seiner Show ein Forum zur Darlegung seiner rechtsextremen Ansichten geboten hatte.

**30. November.** Der Anschlag von Mölln dürfte geklärt sein. Nicht polnische Zuhälter (wie die Kronenzeitung als mögliche Tätergruppe zu vermuten geruhte), sondern zwei Mitglieder einer Skinheads-Gruppe werden festgenommen. In der Folge stellt sich heraus, daß gegen den Führer der Gruppe bereits wegen anderer einschlägiger Delikte ermittelt, ein Antrag auf Verhaftung aber vom zuständigen Gericht abgelehnt worden war.

**Ende November 1992:** Die Rechtsextremisten in Deutschland und Österreich versuchen verstärkt gezielte Aktivitäten gegen linke und antifaschistische Gruppen zu setzen, "Feindlisten" kursieren, eine "Anti-Antifa"-Zeitung ist geplant.

**1. Dezember 1992:** Einen scharfsichtigen Durchblicker schickt die steiermärkische Landwirtschaftskammer als Referenten unter die Leute. Der Pressesprecher Helmut Pieber enthüllt in Graz vor Gärtnermeistern: Für die Probleme der europäischen Agrarwirtschaft sind sechs Amerikaner verantwortlich, zwei italienischer und vier jüdischer Herkunft. Das habe er als 'Insiderinfo' bei einem Aufenthalt in Brüssel erfahren.

**1. Dezember 1992:** Der Zeitgeschichtsprofessor der Linzer Uni, Dr. Rudolf Kropf, bietet der Stapo Nachhilfeunterricht über die NS-Zeit an. Anlaß dafür war, daß die Stapo (wie den ANTIFA-INFO-Lesern ja hinreichend bekannt) NS-Aktivitäten nach wie vor sehr milde zu bewerten pflegt. Erst unlängst hatte der Linzer STAPO-Chef Aufreiter die Einschätzung der 'Reichskristallnacht' als eine 'Entladung des Volkszorns' als "relativ objektiv" bezeichnet.

**Anfang Dezember 1992:** Der Braunauer Bezirkshauptmann Klinger bleibt entschlossen: Die Braunauer Zeitgeschichtstage waren keine Veranstaltung von öffentlichem Interesse, die geforderten 9.450.- Schilling für den Exekutiveinsatz zum Schutze gegen mögliche rechtsextreme Aktionen müssen bezahlt werden. Antifaschismus & Vergangenheitsbewältigung bleiben für die Braunauer BH daher offenbar eine ungerne gesehene Privatangelegenheit!

**Anfang Dezember 1992:** Eine "Notausgabe" seines Nazi-Blattes HALT verschickt Gerd Honsik und beklagt sich darin, daß sein Nachfolger als "Schriftleiter" in Deutschland zwangspsychiatriert worden sei. Honsik selbst hat sich (bevor sein Urteil rechtskräftig wird) ebenfalls ins Ausland abgesetzt. Die zuständigen österreichischen Behörden, denen gerade der Ochsenberger entflucht ist, haben offenbar nicht vermutet, daß auch beim Honsik Fluchtgefahr vorliegen könnte. Aber so ist ja alles wieder gut, früher hat man die Nazis nicht behelligt und im Notfall freigesprochen, jetzt sind sie eben leider für etwaige Strafhaftantritte nicht greifbar. Dafür konnte der Entwichene schon sein nächstes Buchprojekt ankündigen: "Schelm und Scheusal, ein Enthüllungsbuch über den Wiedergutmachungsbetrüger Szymon Wizenthal".

**Anfang Dezember 1992:** Die Staatsanwaltschaft Wels stellt das Ermittlungsverfahren gegen den Verein Dichterstein Offenhausen (wie nicht anders zu erwarten war) ein. Begründung: Die rassistischen Sprüche am "Dichterstein" stammten aus dem 19. Jahrhundert und nicht aus der NS-Zeit. Ja dann...

Übrigens: Auch der Hitler Adolf stammt aus dem 19. Jahrhundert...

**3. Dezember 1992:** Verteidigungsminister Fasslabend spricht sich für einen Beitritt zur WEU aus und hält diesen für vereinbar mit der Neutralität.

**4. Dezember 1992:** Der deutsche Innenminister kündigt zur Bekämpfung des Rechtsextremismus eine Verstärkung von Verfassungsschutz und Bereitschaftspolizei, sowie die Bildung von Sonderkommissionen an. Beim Bundesamt für Verfassungsschutz wurde eine "Koordinierungsgruppe Rechtsextremismus-Terrorismus" gebildet.

**6. Dezember 1992:** Volksabstimmung in der Schweiz über den EWR-Vertrag. Die Mehrheit der Bevölkerung stimmt mit "Nein". Wie auch in den anderen Ländern ist die Zusammensetzung der Ablehnungsfront heterogen, sie reicht von weit rechtsstehenden und konservativen Gruppen bis zu den Grünen und Linken. In Österreich hat bekanntlich die Regierung die Durchführung einer Volksabstimmung abgelehnt. Dafür ist Haider jüngst auf den Anti-EWR-Zug aufgesprungen, der vorher alleinige Domäne der Grünen war. Die ehemalige "Europapartei" FPÖ hat entdeckt, daß mit einer Anti-EWR-Haltung eine schöne Anzahl Proteststimmen einsammelbar werden könnte. Also ist er jetzt dagegen und nimmer dafür, der Jörgl.

**7. Dezember 1992:** Einigung in Deutschland über ein neues Asylrecht. Künftig werden alle Asylwerber, die über "sichere Drittstaaten" einreisen, zurückgewiesen. Als "sichere Drittstaaten" gelten alle deutschen Anrainerländer. Das individuelle Asylrecht soll zwar erhalten bleiben, bei Bewerbern aus Ländern, die als "sicher" gelten, müßte der Asylwerber das Gegenteil beweisen. Das Asylverfahren wird gekürzt, Abschiebungen sind vor dem Ende des Instanzenzuges möglich.

**Anfang Dezember 1992:** Die rechtsextremistischen Ausschreitungen in Deutschland verhindern immer wieder vorgesehene Investitionen ausländischer Firmen in den 'neuen Bundesländern'.

**7.Dezember 1992:** Der stellvertretende CSU-Vorsitzende Stoiber meint, der "Mißbrauch des Asylrechtes" würde in Deutschland jährlich Unkosten zwischen 10 und 35 Milliarden Mark verursachen, eine Belastung, die von der Bevölkerung nicht länger toleriert würde.

**8.Dezember 1992:** Der Salzburger LH-Stellvertreter Buchleitner fürchtet vermehrte Belastungen für das Land Salzburg durch die vorgesehenen Zurückweisungen von Asylwerbern in Deutschland.

**8.Dezember 1992:** Der nö. Landeshauptmann Pröll sagt: "Wer als Politiker mit seinen Äußerungen oder Werthaltungen an einem Klima mitbastelt, in dem Menschenfeindlichkeit gedeiht und salonfähig wird, macht sich mitschuldig."

**9.Dezember 1992:** Die steirische Landwirtschaftskammer wird in Hinkunft ihren Pressesprecher Pieber (der bekanntlich Juden als Verursacher von internationalen Landwirtschaftsproblemen "enttarnte") nicht mehr als Vortragenden bei Ausbildungsseminaren einsetzen.

**9.Dezember 1992:** Die 'Liga für Menschenrechte' kritisiert, daß in Österreich die Akzeptanz gegenüber Ausländern abnehme und ein Prozeß der Entsolidarisierung festzustellen sei. Positiv hätte sich hingegen das Klima im Bereich der österreichischen Minderheitenvolksgruppen verändert.

**9.Dezember 1992:** Zweiter Verhandlungstag Haider gegen Pilz. Der FPÖ-Chef hatte den Bundesprecher der Grünen verklagt, weil dieser den neuen Rechtsextremismus in Österreich als "Resultat der Haider-Politik" und diesen selbst als "politischen Ziehvater und Ideologen des rechtsextremen Terrors" bezeichnet hatte. Pilz bleibt bei seinen Vorwürfen nennt Haider "die zentrale Bezugsperson der rechtsextremen Szene", zwei Drittel der Skinheads bekannten sich zu Haider. Die Verhandlung wird auf März 1993 vertagt.

**9.Dezember 1992:** ÖGB-Vizepräsident Nürnberger äußert: "Der ÖGB und die sozialdemokratischen Gewerkschafter sind stets energisch gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus aufgetreten. Wir stehen auf der Seite der Menschlichkeit."

**9.Dezember 1992:** In Thüringen wird der Vorsitzende der 'Deutschen Nationalen Partei', ein gewisser Thomas Daniel, wegen Volksverhetzung und Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener zu 32 Monaten Haft verurteilt.

**10.Dezember 1992:** In Deutschland wird nach der 'Nationalistischen Front' mit der 'Deutschen Alternative' eine weitere nazistische Organisation verboten. Bei zahlreichen Hausdurchsuchungen werden Propagandamaterial und Waffen beschlagnahmt.

**10.Dezember 1992:** In Düsseldorf demonstrieren ca. 5000 Polizisten gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Ausländerhaß.

**10.Dezember 1992:** Von einer Reihe bekannter Persönlichkeiten (Andre Heller, Peter Pilz, Bischof Kuntner, Josef Haslinger, Marlies Flemming, Rudolf Scholten, Lukas Resetarits, Helmut Schüller u.a.) wird die Plattform 'SOS Mitmensch' gegründet. Sie wendet sich als "Plattform für Menschlichkeit und Anständigkeit" gegen das Antiausländervolksbegehren der FPÖ und tritt für faire Asylverfahren und gegen ungerechtfertigte Abschiebungen auf.

**11.Dezember 1992:** Innenminister Löschnak äußert, er wolle den Aufruf der Plattform 'SOS Mitmensch' unterschreiben, was zu Kontroversen innerhalb der Plattform führt.

**11.Dezember 1992:** FPÖ-Generalsekretär Scheibner beschuldigt die Plattform 'SOS Mitmensch' der Doppelzüngigkeit, sie mobilisiere gegen einen imaginären Radikalismus.

**11.Dezember 1992:** Im STANDARD erscheint ein längerer Beitrag von FPÖ-Generalsekretär Meischberger zur Ablehnung des EWR-Vertrages durch die Schweizer. Die Schweizer hätten nicht Angst, sondern Selbstbewußtsein bewiesen, auch Österreich hätte genügend Gründe für Selbstbewußtsein, die österreichische Wirtschaft sei besser als die der meisten EG-Staaten, wir hätten eine harte Währung, die EG brauche uns als Nettozahler und als Transitland mehr als wir sie, trotzdem verfolge die Regierung geradezu einen bedingungslosen Anschlußkurs an Brüssel, von wo aus der EG-Ministerrat seine Beschlüsse den nationalen Parlamenten zum Nachvollzug hinkalle, sofern es nicht sogar direkt anwendbares Recht sei. Deshalb wäre es höchste Zeit für eine Volksbefragung über den Hurra-EG-Kurs der Regierung.

An dieser Stellungnahme sieht man die Wetterwendigkeit der FPÖ in ihrer schönsten Blüte: Die Partei, die praktisch seit Jahrzehnten nach einem EG-Beitritt lechzte, geht jetzt mit Sprüchen hausieren, die zum Teil durchaus von linken EG-Kritikern stammen könnten (bzw. von diesen offenbar abgeschrieben wurden). Ein Kurs, der nicht zuletzt von der Außenpolitik der Großen Koalition erst ermöglicht wird. Bruno Kreisky hat schon gewußt, warum er seinerzeit den Parteihonoraryvorsitz wegen der Bestellung Alois Mocks zum Außenminister zurückgelegt hat.

**Erste Dezemberhälfte 1992:** Ein Kernstockstraßen-Konflikt auch in Fürstenfeld in der Südsteiermark. SPÖ und Grüne wollen die Umbenennung der Kernstockgasse, ÖVP-Bürgermeister Kospach und seine Fraktion sind dagegen. Kospach dazu: "Sind wir dafür, dann schimpfen die Leut' - sind wir dagegen, dann bin ich ein Nazi." Die SPÖ will 1993 einen neuen Anlauf zur Umbenennung nehmen, besonders weil auch in Fürstenfeld, das stets anfällig für rechtsextremes Gedankengut gewesen sei, sich wieder eine starke rechte Jugendszene herausbilde.

Ja, was könnte dazu die Welser SPÖ sagen? Vielleicht sollte der Schutzpatron für Gedenktafeln der Waffen-SSler, ein gewisser Bregartner, einmal eine Fortbildungsfahrt in die Südsteiermark unternehmen?

**16.Dezember 1992:** Ausnahmsweise positiv fällt Cap im Nationalrat auf. Er warnt vor einer einseitigen Hervorhebung der Habsburger bei der 1996 bevorstehenden Tausendjahrfeier Österreichs und sagt, er könne bei den Habsburgern eine einzige Blutspur bis zum Ersten Weltkrieg verfolgen. ÖVP und FPÖ haben sich bekanntlich in der letzten Zeit für die Aufhebung der Habsburger-Gesetze stark gemacht.

**16.Dezember 1992:** Für einen verfassungsmäßigen Schutz von Minderheitenrechten für ihre Volksgruppe tritt der Zentralrat der deutschen Sinti und Roma ein.

**16.Dezember 1992:** Der Vorsitzende der deutschen 'Republikaner', Franz Schönhuber, protestiert gegen die beabsichtigte Beobachtung seiner Partei durch den Verfassungsschutz.

**17.Dezember 1992:** Ein offenbar überforderter Richter läßt in Steyr den spanischen Nazi Varela laufen. Die Geschworenen hatten in einem Verfahren wegen NS-Wiederbetätigung (der Spanier hielt in Österreich einschlägige Vorträge) zwar den Angeklagten mit 5 gegen 3 Stimmen schuldig gesprochen, ihn dann aber mit 4:4 Stimmen freigesprochen, weil er als Spanier das österreichische Verbotsgesetz nicht gekannt habe. Abgesehen davon, daß kaum angenommen werden kann, der langjährige Freund von Ochsenberger und Honsik habe das NS-Verbotsgesetz tatsächlich nicht gekannt, schützt bekanntlich Unkenntnis vor Strafe nicht und der gute Richter hätte den Spruch wegen "Irrtums der Geschworenen" aufheben müssen. So wird zwar nach einigen Tagen von der Staatsanwaltschaft Nichtigkeitsbeschwerde erhoben, der spanische Nazi aber inzwischen freigelassen, er ist natürlich sofort abgereist.

**18.Dezember 1992:** Letzte Sitzung des Nationalrates im Jahre 1992. Die drei Präsidenten Fischer (SPÖ), Lichal (ÖVP) und Schmidt (FPÖ) geben eine "Erklärung für Humanität und Toleranz" ab, in welcher jede Ausländerfeindlichkeit und jeder Versuch aus dem Ausländerproblem parteipolitisches Kapital zu schlagen abgelehnt wird. Da wird sich der Jörg wieder über seine Heide gefreut haben...

**19.Dezember 1992:** In Südafrika werden 16 hohe Offiziere zwangspensioniert und sieben weitere beurlaubt. Präsident de Klerk erklärt, diese Offiziere hätten Reformen behindert und den Tod von Menschen verursacht.

**20.Dezember 1992:** Die Anklage gegen den seit Jänner in U-Haft sitzenden Gottfried Küssel ist fertig. Sie lautet auf Gründung einer NS-Verbindung zur Untergrabung der Republik Österreich und Wiederbetätigung für die NSDAP. Der Strafraum für diese Anklage reicht bis zu lebenslänglich. Küssel ist stolz darauf als Nazi bezeichnet zu werden, seine "Volkstreue Außerparlamentarische Opposition" (VAPO) soll rund 300 Mitglieder gehabt haben. Er war auch in Deutschland aktiv und wurde als Nachfolger des im April 1991 verstorbenen Michael Kühnen bezeichnet.

**22.Dezember 1992:** Repräsentant Schönhuber wird 1994 für den Bundestag, für den bayrischen Landtag und für die Wahl zum Europaparlament als Spitzenkandidat auftreten.

**23.Dezember 1992:** Caritaspräsident Schüller fordert mehr Sozialpolitik gegen Ausländerfeindlichkeit. Die Wurzeln des Rechtsradikalismus sieht er in Jugend- und Sozialproblemen, in Fragen der Wohnungs- und Beschäftigungspolitik. Er erwartet sich durch die Aktion 'SOS Mitmensch' eine Klimabesserung.

**24.Dezember 1992:** In einem STANDARD-Interview sagt der Theologe Eugen Drewermann, der neue Rechtsextremismus sei auch eine Folge des Tatbestandes, daß es keine Artikulationsmöglichkeit des Obszönen gäbe, die so intensiv in die Medien und die Öffentlichkeit hineinwirken wie Rechtsparolen.

"Sie können heute irgendeine Sauerei auf eine Toilettentür schreiben, das wird niemand beeindrucken. Aber ein Hakenkreuz auf einem Friedhof, möglichst auf einem jüdischen, ist ein Skandal." Die Entwurzelung der heutigen Jugend im Schatten von so viel zerfallenden menschlichen Beziehungen sei sehr, sehr tief.

**Zweite Dezemberhälfte 1992:** Laut einer Umfrage wollen 90% der Juden in der GUS auswandern.

**26.Dezember 1992:** Mehrere hundert Menschen bilden zwischen Braunau und Simbach eine grenzüberschreitende Lichterkette gegen Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

**28.Dezember 1992:** Der kroatische Akademikerverband startet eine Bürgerinitiative für die Errichtung zweisprachiger Ortstafeln in den gemischtsprachigen Gebieten im Burgenland.

**Ende Dezember 1992:** Die katholische Aktion wird in der Eintragungswoche des FPÖ-Antiausländervolksbegehrens an ein Miteinander von Inländern und Ausländern ohne Vorurteile, Ängste und Polemik appellieren.

## 1993

**Neujahr 1993:** Erstmals wird jeder Russe das Recht auf die Ausstellung eines Reisepasses haben. In den ersten Monaten werden 15 bis 20 Millionen Pässe ausgestellt werden. Wegen der verschärften Einreisebestimmungen in den meisten Weststaaten ist trotzdem mit keinem Reiseboom zu rechnen.

**1.Jänner 1993:** Die CSFR wird in Tschechien und die Slowakei geteilt. Eigenartigerweise geht dies sogar ohne bewaffnete Auseinandersetzungen vor sich, eine Rarität im postkommunistischen Zeitalter!

**3.Jänner 1993:** Busek und Fasslabend treten in einem Kurier-Interview für einen raschest möglichen Beitritt Österreichs zur WEU (Westeuropäischen Union), dem Militärbündnis der EG ein. Die österreichische Neutralität, einst wichtigstes Standbein unserer Eigenstaatlichkeit und Unabhängigkeit, wird also nicht etwa reformiert oder abgeschafft, sie wird einfach ignoriert als ob sie überhaupt nie existiert hätte.

**3.Jänner 1993:** "Ausländer raus", andernfalls riskierten sie ihr Leben zu verlieren, lassen die ägyptischen Fundamentalisten die dort lebenden Ausländer wissen.

**3.Jänner 1993:** In Deutschland sollen in Zukunft die Grenzen gegen Polen und Tschechien mittels Radar und Infrarot gegen illegale Einwanderer gesichert werden.

**4.Jänner 1993:** Klestil fordert ein "Ende der Debatte" über den Gesundheitszustand von Außenminister Mock, nachdem er selbst zuerst mit seiner Äußerung in einem Zeitungsinterview, die Politiker sollten Gesundheitsatteste vorlegen, mitgeholfen hatte, die Debatte in Gang zu setzen.

**4.Jänner 1993:** Pilz sagt, das Antiausländervolksbegehren Haiders steuere auf einen Flop zu. Außerdem fordert er die Abschaffung der nationalen Armeen und die Schaffung von 'Weltsicherheitseinheiten' (Lieber Peter Pilz, was für welche Einheiten wären das? Höchstwahrscheinlich international unterspickte amerikanische doch wohl!).

**Anfang Jänner 1993:** In Wels versucht eine Gruppe von Geschäftsleuten im Amtsblatt der Stadt ein Inserat gegen Ausländerfeindlichkeit, für ein menschenfreundliches Österreich aufzugeben. War leider nicht durchführbar, das Inserat war zu "politisch". Wo kämen wir schließlich hin, wenn man im Amtsblatt von St.Glasenbach derart einseitige politische Ansichten verbreiten dürfte, da sei Kamerad Bregartner davor!

**5.Jänner 1993:** Lt. Innenministerium sind 1992 die Asylwerber von über 16.000 auf rund 11.000 zurückgegangen, ca. 10% wurden als Asylanten anerkannt.

**6.Jänner 1993:** Dreikönigstreffen der ÖVP. Die JVP kündigt eine Kampagne gegen Ausländerfeindlichkeit an, deren Obmann Himmer: "Wenn er (Haider) Applaus aus dem braunen Sud bekommt, ist er auch dafür verantwortlich."

**7.Jänner 1993:** Das polnische Parlament beschließt mit 213 gegen 171 Stimmen das weitgehende Verbot von Schwangerschaftsunterbrechungen. Die katholische Kirche hat sich damit durchgesetzt. Sie hatte die bisher bestehende Fristenlösung wiederholt mit dem NS-Holocaust verglichen.

**7.Jänner 1993:** Der tschechische Generalstaatsanwalt plant einen Gesetzesentwurf, der Gemeinden mit starkem Zuzug slowakischer Roma zu Notstandsgebieten erklärt und staatliche Eingriffsrechte vorsieht. Begründet wird das damit, daß es besser sei, der Staat greife ein als es komme zu Ausschreitungen durch örtliche Skinheads.

**Erste Jännerhälfte 1993:** Diskussionen um die Dezemberrummer der steiermärkischen Zeitung des Kriegsoferversverbandes, die Leserbriefe enthielt, in denen von "illegalen Schmarotzern" und einer "Zwangsbalkanisierung" Österreichs die Rede war. Der zuständige Redakteur verteidigt sich mit dem Hinweis auf die Meinungsfreiheit.

**7./8.Jänner 1993:** Haider hofft auch auf starken Zulauf aus dem SPÖ-Bereich für sein Volksbegehren, die FPÖ-Zeitung NFZ erscheint mit der Überschrift "Papst rechtfertigt das FP-Volksbegehren voll!" - die Katholische Aktion indessen bereitet eine Flugblattaktion dagegen vor.

**8.Jänner 1993:** Vorwurf der Grünen gegen die ÖVP: Diese bereite eine Totalzertrümmerung der Neutralität und damit einen groben Verfassungsbruch vor.

**8.Jänner 1993:** Der Bundesvorstand der FDP(Ö) schließt Peter Weiß, ihren Salzburger Landesvorsitzenden, wegen zutiefst illiberaler Äußerungen ("rattenhafter Vermehrung der Ausländer") einstimmig aus der Partei aus.

**10.Jänner 1993:** Haider-Kundgebung in Graz: "Bevor man das Volk auswechselt, sollte man die Politiker auswechseln", das Volksbegehren der FPÖ "ist die Stunde der Patrioten", "die Regierung sitzt mit leeren Köpfen vor leeren Kassen", in Ex-Jugoslawien sei "nicht der Nationalismus selbst (..) die Ursache des Schreckens, sondern dessen Unterdrückung" und "Wo war die Kirche, als Israel schutzlos 400 Palästinenser an die Grenze stellte? Und wo ist die Schutzfunktion der Kirche für das ungeborene Leben?", aber: "Pfarrer predigen gegen das Volksbegehren". Und: Der Bundespräsident höre leider auf die "Einflüsterungen der linkslinken Schickeria".

**11.Jänner 1993:** Verwundert zeigt Bischof Wagner in Rom darüber, daß sich die FPÖ und Haider für ihr Anti-Ausländervolksbegehren auf den Papst zu berufen versuchten. Dem Papst ginge es um Solidarität mit jenen, die nichts haben und nichts sind, daher würde er keine Initiative gutheißen, die solchen Intentionen zuwiderläuft.

**11.Jänner 1993:** Mit dem Ausspruch, er sei "lieber ein Populist als ein straffälliger Paradeliberaler" hat sich Haider die Unterstützung durch die deutsche FDB und deren Chef Lambsdorff endgültig verscherzt.

**11.Jänner 1993:** FP-Generalsekretär Meischberger sagt, Bundespräsident Klestil habe "größere Erinnerungslücken als sein Amtsvorgänger Waldheim", weil sich er sich ablehnend über das FP-Volksbegehren geäußert hat, obwohl er in seinem Präsidentschaftswahlkampf "eindeutige Stellungnahmen zur Ausländerfrage" abgegeben hätte, die den "Schlüssel zur Hofburg" bedeutet hätten.

**11.Jänner 1993:** Der FPÖ-Abgeordnete Gudenus (derselbe, der sich für 'freie Meinungsäußerung' a la 'Auschwitz-Lüge' stark gemacht hat) tritt anlässlich einer Kurdendemonstration gegen ein "Demonstrati-

onsrecht für Ausländer" auf. Also: Keine Demonstration für die Rechte der Kurden durch Kurden, aber das Recht auf Leugnung des Holocausts???

**11.Jänner 1993:** 18 Monate, davon drei Monate unbedingt für einen 22jährigen Oberösterreicher für einen mißglückten Brandanschlag auf ein Asylantenheim in St.Georgen a.d.G..

**12.Jänner 1993:** Gelassen sieht die FPÖ nach Aussage Haiders einem Ausschluß aus der Liberalen Internationalen entgegen, der nun wieder einmal droht. Die KA (Katholische Aktion) rechnet er (wegen des kritischen Verhaltens zu seinem Anti-Ausländervolksbegehren) zur "linken Schickeria". Da hat die KA ja noch einmal Glück gehabt, daß sie derweilen noch nicht zum linkslinken rabiatstalinistischen Chaotengesindel gehört.

**13.Jänner 1993:** In einer Aussendung nimmt das Innenministerium zum von der FPÖ verbreiteten Zahlenmaterial über Ausländer Stellung: So seien 1991 nicht 700.000 sondern etwas über 500.000 Ausländer legal in Österreich gewesen, nicht 12%, sondern 6,6% betrage der Ausländeranteil, die Zahl der geschätzten illegal anwesenden Ausländer werde nicht für Wien, sondern für ganz Österreich auf 100.000 beziffert...

**13.Jänner 1993:** Das Wiener Oberlandesgericht hebt das Urteil auf, mit dem PROFIL untersagt worden war, im Fall der Affäre Haider/Candussi von "Schweigegehd" zu sprechen. Nun beruft die FPÖ, das Verfahren geht zum Höchstgericht.

**13.Jänner 1993:** Der außenpolitische Sprecher der SPÖ, Peter Jankowitsch, befürwortet die aktive Mitarbeit Österreichs in den NATO-Gremien. Demnächst wird man uns dann wohl erklären, Neutralität und NATO wären ziemlich problemlos vereinbar...

**13.Jänner 1993:** Eine Haider-Klage gegen die Wochenzeitschrift NEWS wird abgewiesen. Das Nachrichtenmagazin hatte den FP-Chef beschuldigt, auf seinem Besitz illegale Ausländer zu beherbergen. Urteil: Die Unterlassung der durch das Meldegesetz vorgeschriebene Anmeldung stellte eine verwaltungswidrige, somit illegale Handlung dar

**14.Jänner 1993:** Ordensverteilung bei der Wiener Stapo. Unter den Ausgezeichneten auch Gerd Zander, der sich "bestenfalls durch eine jahrelange Spitzeltätigkeit gegen engagierte Bürger ausgezeichnet" habe, wie Peter Pilz dazu meint.

**14.Jänner 1993:** Haider äußert, er überlege die Teilnahme an der von SOS-Mitmensch für 23.1. in Wien geplanten Lichterkette gegen Ausländerfeindlichkeit.

**14.Jänner 1993:** Die FPÖ überlegt die Gründung einer eigenen Internationalen für Protestparteien. Nach dem Austritt des 'Ring Freiheitlicher Jugend' aus der liberalen Jugendinternationalen (wegen des dort ohnedies bevorstehenden Ausschlusses), könnte man auch aus der LI austreten.

**14.Jänner 1993:** Start der Volksbegehrens-Werbung in OÖ. Grundsatzreferent Mölzer spricht im Innviertel. Hier sind die 'Patrioten', dort die 'linke Schickeria' und die 'Gesinnungsmafia', alle Zeitungen (außer der Kronenzeitung), der ÖGB und die Kirche, von dieser Seite werde "gelogen, daß sich die Balken biegen". Das Publikum lernt seine Lektion, nach der Veranstaltung faßt ein Zuhörer die zu erwartende Umvolkung durch weiterhin drohende Zuwanderung zusammen: "Und dann samma boid lauta schlitzaugade Nega!" Die Chinesen kommen nämlich auch noch..

**15.Jänner 1993:** 8 - 10.000 Teilnehmer an der Lichterkette in Linz. "Auf das Hochschaukeln von Vorurteilen, das Ausgrenzen von Mitbürgern, das Gebrüll menschenverachtender Parolen, das Niedersausen von Fäusten und Schlagstöcken, auf die Zunahme ungebremster Aggression werden wir Oberösterreicher heute mit einem stillen Lichtermeer antworten. Unsere Solidarität mit den Opfern und Schwachen. Das Lichtermeer soll ein stilles, hell leuchtendes Dokument dieser Solidarität sein.", sagt der Schriftsteller Thomas Baum abschließend in seiner Rede auf der Kundgebung.

**15.Jänner 1993:** CDU/CSU, FDP und SPD sind sich nun auch über die Einzelheiten zum neuen Asylrecht in Deutschland einig.

**17.Jänner 1993:** Nach FPÖ-Behauptungen, Asylwerber erhielten Sozialhilfezahlungen von bis zu 22.000 Schilling monatlich, wiederholt das Innenministerium wieder einmal: Das Ministerium zahlt pro Asylwerber täglich 170.- Schilling an private Quartiergeber für Unterkunft und Verpflegung, der Asylwerber selber erhält ein monatliches Taschengeld von 400.- Schilling. Bei der Unterbringung in Kasernen belaufen sich die Kosten auf 100.- Schilling pro Tag.

**17.Jänner 1993:** Die Industriellenvereinigung, die bisher neben der ÖVP auch die FPÖ mit nicht unerheblichen Spenden unterstützt hatte, wird in Zukunft keine Zahlungen mehr an die FPÖ leisten. Man

müsse jene Organisationen unterstützen, die den Interessen der Wirtschaft dienen, das Anti-Ausländervolksbegehren bringe für Österreich sehr großen Schaden.

**17. Jänner 1993:** Wieder Wasser auf die Populistenmühle. Die aus der SPÖ ausgetretene Abgeordnete Traxler besitzt die Frechheit, zusätzlich zu ihren Abgeordnetenbezügen auch noch Arbeitslosengeld einstreifen zu wollen.

**Zweite Jännerhälfte 1993:** Weiterhin Auseinandersetzungen in der ungarischen Regierungspartei 'Demokratisches Forum'. Der rechte, nationalistische und antisemitische Flügel um den Dramatiker Csúrka scheint an Einfluß zu gewinnen.

**20. Jänner 1993:** Nach der methodisch nicht unumstrittenen Untersuchung über den Rechtsextremismus unter Schülern und Lehrlingen, legt auch die Stapo einen Bericht über die rechte Szene vor: 80% der Rechtsextremisten seien unter 20 Jahre alt, bloß die 'Rädelsführer' seien politisch eindeutig zuordbar, die meisten übten Gewalt um ihrer selbst willen aus. Begonnen habe der Aufbau der jetzigen Szene auf den Fußballplätzen, sich von dort aber bald verselbständigt, die Aktivisten seien nicht immer unintelligent oder aus schlechten Verhältnissen, meist aber orientierungslos. Ende 1991 sei der Rechtsextremismus ausgebrochen "wie die Eruption eines Vulkans", die Stapo sei auf dieses Ausmaß nicht vorbereitet gewesen (wahrscheinlich waren alle im Studium der linkslinken Schickeria vertieft). Seither seien vier Brandanschläge aufgeklärt und 100.000 Exemplare rechtsextremer Schriften beschlagnahmt worden. Zu den Grabschändungen in Eisenstadt habe man konkrete Spuren. Nach den Verurteilungen von Honzik und Ochensberger (deren Flucht ins Ausland als "zwei Malheurs" bezeichnet wird) und der Prozeßvorbereitung gegen Küssel, seien zur Zeit die Führungsstrukturen zerschlagen und die rechtsextremistische Szene in Neukonstituierung.

**21. Jänner 1993:** In einem STANDARD-Interview äußert der FPÖ-Abgeordnete Frischenschlager seine Befürchtung, daß nun ein "EG-Krieg" zwischen FPÖ und der Regierungskoalition drohe. Nach dem Anti-Ausländervolksbegehren werde Haider als nächste Karte die Anti-EG-Karte ziehen. Dazu äußerte der Ex-Wirtschaftssprecher der Freiheitlichen, Georg Mautner-Markhof, dies wäre für ihn der Grund aus der Partei auszutreten.

**22. Jänner 1993:** Scheibchenweise weitere Informationen des Innenministeriums zu den Ausländern in Österreich. 1992 wurden 15.700 Ausländer wegen Straftaten ab- oder zurückgeschoben. Ausländische Staatsbürger scheinen in der Kriminalstatistik mit 19% Anteil auf. Die meisten davon sind als Touristen visafrei eingereist. Ca. ein Drittel der ausländischen Straftäter stammt aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien, ca. 13% sind aus der Türkei, zwischen fünf und zehn Prozent jeweils aus der CSFR, Ungarn, Polen, Rumänien und Deutschland, kleinere Gruppen stammen aus Italien, Bulgarien, Holland, der Schweiz, Albanien, dem Iran und Ägypten. Auch Tunesien, die Ex-Sowjetunion, Frankreich und England bringen es noch auf um die 200 Straftäter.

**23. Jänner 1993:** Mit rund einer Viertelmillion Teilnehmer wird die Lichterkette gegen Ausländerfeindlichkeit in Wien zur größten Demonstration seit 1945. Alle politischen und weltanschaulichen Organisationen und Strömungen außer der FPÖ und den extremen Rechten haben zu dieser Kundgebung aufgerufen und daran teilgenommen. Der Erfolg der Veranstaltung, der weitüber den Erwartungen lag, führt auch zu einem Umdenken unter den potentiellen Volksbegehrensunterschreibern.

**24. Jänner 1993:** Gemeinderatswahlen in Graz. Die SPÖ verliert rund acht Prozent und hält nun bei 34,5, die ÖVP sinkt von 32 auf 26%, die FPÖ steigt von 12 auf 20%, bleibt aber unter den 25%, die sie unter ihrem Grazer Bürgermeister Götz in den Siebzigerjahren hatte. Die FPÖ-Abspaltung FDP bleibt mit 0,5% Stimmenanteil erfolglos. Die Grünalternativen verbessern sich geringfügig, den 'Frischen Wind' des rechtskonservativen Arztes Dr. Piaty verbläst es aus dem Gemeinderat, dafür ziehen die Autofahrerpartei und eine zweite Grünpartei ein. Wie weit es inzwischen geistig-ideologisch der Herr Cap gebracht hat, zeigt dessen Stellungnahme in einem ORF-Interview zum überraschenden Zugewinn der KPÖ (von einem auf zwei Mandate). Während praktisch alle Medien den Grazer Kommunisten großes Engagement zur Wohnungsfrage und einen professionellen Wahlkampf bescheinigen, meint der Cap, er könne sich überhaupt nicht vorstellen, wieso heute noch jemand KPÖ wählen könne. Dem Herrn Zentralsekretär wäre es anscheinend lieber gewesen, diese Wähler wären auch zur FPÖ gewechselt. Über die Verluste an die FPÖ hatte er nämlich keine Verwunderungen geäußert...

**Zweite Jännerhälfte 1993:** Faschistische Traditionen zu pflegen scheint zum Selbstverständnis der neuen Slowakei zu gehören. Der neue slowakische Tausendkronenschein wird ein Bild des Faschistenführers Andrej Hlinka tragen. Der 1938 verstorbene katholische Priester hatte damals die Tschechen und die Juden als Hauptschuldige am slowakischen Unglück "entlarvt". Sein Nachfolger war der nach 1945 wegen Kriegsverbrechen hingerichtete Jozef Tiso, der einem Slowakenstaat von Hitlers Gnaden



vorstand und dessen 'Hlinka-Garden' u.a. auch an der Deportation von 60.000 Juden nach Majdanek und Auschwitz mitwirkten.

**25.Jänner 1993:** Beginn der Eintragsfrist für das Anti-Ausländervolksbegehren der FPÖ. Haider erhebt sogleich eine Flut von Beschuldigungen über die Behinderung seines Volksbegehrens durch politische Gegner und die Behörden. So seien z.B. in Wien die Hausanschläge über die Eintragungslöcher in vielen Gebäuden nicht angebracht oder wieder abgerissen worden. Wahrscheinlich hätte er gerne neben jedem Aushang einen Polizisten als Aufpasser. Mit Hilfe der Flut der FPÖ-Propaganda ( zwei bis drei Aussendungen in einer Woche allerorts) wird aber doch wohl jeder Eintragungswillige sein Eintragungslöcher aufgespürt haben. Die Kronenzeitung unterstützt das Volksbegehren seit Wochen massiv. Besonders Richard 'Staberl' Nimmerrichter schreibt fast nur noch Werbebeiträge für das FPÖ-Begehren. Haider setzt sich als Ziel rund 760.000 Unterschriften und meint, weniger als eine halbe Million wären "kein schönes Ergebnis".

**29.Jänner 1993:** Haider bekräftigt das NEIN zu "dieser" EG. Zwar bekennt er sich weiterhin zur europäischen Integration, diese sei aber nicht mit dem EG-Beitritt gleichbedeutend.

**1.Februar 1993:** Finnland, Schweden und Österreich beginnen die Verhandlungen über den Beitritt in die EG. Der österreichische Außenminister erwähnt in seiner Grundsatzrede die österreichische Neutralität mit keinem Wort.

**1.Februar 1993:** Das Ergebnis des Anti-Ausländervolksbegehrens der FPÖ liegt vor. 417.278 Österreicher, das sind rund 7,4% haben unterschrieben. Eine schwere Niederlage für Haider, der diese Aktion als Katapult für seinen weiteren Höhenflug geplant hatte und deutlich unter seinem selbstgesetzten Minimum von 500.000 Unterschriften blieb. Auch die massive Unterstützung durch die Kronenzeitung hat letztlich nicht entscheidend geholfen. Meinungsumfragen hatten dem Volksbegehren ein Potential von bis zu einer Million Unterschriftswilligen zugerechnet.. Die Österreicher, bei aller Unzufriedenheit mit verschiedenen Zuständen, bei einer durchaus weit verbreiteten Fremdenfurcht und -ablehnung, haben sich aber weitgehend nicht für die Selbstdarstellung Haiders und seine Machtambitionen einspannen lassen. Die angedrohte Dritte Republik ist zumindest vorerst abgewehrt.

Zum Ergebnis im einzelnen:

Kärnten: 13,4%, OÖ.: 9%, Wien: 8,9%, Salzburg: 7,4%, Steiermark: 6,5%, Vorarlberg: 6,3%, Tirol: 5%, Burgenland: 4,7% und NÖ: 4,6%.

Ein unmittelbarer Zusammenhang zwischen dem Ausländeranteil und der Zahl der Unterschriften besteht nicht, so ist in Wien der Ausländerprozentsatz deutlich höher als in Kärnten oder in Vorarlberg als z.B. in Oberösterreich. Erfolgreich war offenbar das Engagement der katholischen Kirche (besonders niedrige Anteile in Tirol und Niederösterreich). Das weit überdurchschnittliche Ergebnis in Kärnten ergibt sich wohl aus der starken Position der FPÖ und den deutschnationalistischen Traditionen in 'Hitlers treuestem Gau'.

**1./2.Februar 1993:** Die Reaktionen auf das Ergebnis der Haiderschen Zwischenschlacht um die Macht im Staate: Die Regierungsparteien äußern sich befriedigt und vorsichtig optimistisch, Haider schlägt wild um sich, spricht von Terror und erklärt, den Fehdehandschuh des 'Imperiums' aufnehmen und zurückschlagen zu wollen. Er bekräftigt nochmals sein NEIN zum EG-Beitritt.

**2.Februar 1993:** Klestil warnt vor einem neuerlichen Aufflammen der Auseinandersetzungen um das FP-Volksbegehren, die Probleme müßten mit Effizienz und breitem Konsens gelöst werden.

**2.Februar 1993:** Haider sagt, das "Imperium" habe "zurückgeschlagen", er nehme den "Fehdehandschuh" auf und werde ihn "zurückschleudern". Mit dem Ergebnis des Volksbegehrens sei er "sehr zufrieden" (??), in der Ausländerpolitik werde man "nicht einen Millimeter abrücken", das Volksbegehren sei nur das erste Kapitel gewesen, das "Schlußkapitel wird bei der Nationalratswahl geschrieben", Wahlziel: 1 Million Stimmen. Im "Proporz- und Verbändestaat" sei der Bürger in "Geiselhaft".

**3.Februar 1993:** Staatssekretär Morvay vom ungarischen Innenministerium sagt, 1992 seien an den ungarischen Ostgrenzen 800.000 Einreisende zurückgewiesen worden.

**3.Februar 1993:** Ludwig Rader, bei Haider in Ungnade gefallener FP-Politiker aus der Steiermark bezeichnet das Umschwenken Haiders gegen einen EG-Beitritt als "eklatantesten Bruch" der Parteiprogrammatik. Die FPÖ habe den EWR-Vertrag abgelehnt, weil er den (damals noch) gewünschten sofortigen EG-Beitritt verzögere. "Insofern müßte man jetzt nach Verhandlungsbeginn zu jubeln beginnen. Das Gegenteil ist der Fall."

**4. Februar 1993:** Die Abgeordneten Heide Schmidt, Friedhelm Frischenschlager, Klara Motter, Helmut Moser und Thomas Barmüller treten aus der FPÖ aus und wollen im Parlament eine eigene Fraktion gründen, bei den nächsten Wahlen als "Liberales Forum" eigenständig kandidieren. Haider zeigt sich froh darüber, daß er "Ballast abwerfen" konnte, fordert die Ausgetretenen zum Mandatsverzicht auf, weil die beabsichtigte Fraktionsgründung "Diebstahl an Wählerstimmen sei. Von den anderen Parteien wird diese Abspaltung natürlich mit Beifall und Genugtuung aufgenommen. Wobei die politische Linke aber besser nicht aus den Augen verlieren sollte, daß das 'Liberales Forum' zwar was anderes ist als die Haider-FPÖ, aber trotzdem jenseits der Barrikade steht.

**Anfang Februar 1993:** Die ungarische Polizei berichtet, daß es immer wieder zu Gewaltakten von Skinheads kommt. So wurde am 27.1. eine 17jährige Jüdin von einem Skin mit Hakenkreuzarmbinde niedergestochen. Gegen ausländische Studenten kommt es immer wieder zu Attacken.

**5. Februar 1993:** Diskussionen über die Bildung eines eigenen Parlamentsklubs durch die fünf FPÖ-Dissidenten. In der parlamentarischen Geschäftsordnung ist so ein Fall nicht geregelt, in sinngemäßer Anwendung sollten aber einem solchen neuen Club dieselben Rechte zustehen, wie den bestehenden, also auch die entsprechenden Parteigelder.

**5. Februar 1993:** Die ORF-Hauptabteilungsleiterin für Jugend und Familie, Burgl Czeitschner, tritt zurück. Haider hatte bei einer Fernsehdiskussion ein von ihr unterzeichnetes Protokoll vorgelegt, in welchem zu lesen stand, daß innerhalb der Abteilung dem Antiausländervolksbegehren "unauffällig entgegengearbeitet werden" solle. Soviel Dummheit wird Hauptabteilungsleiter!

**5. Februar 1993:** Der FP-Abgeordnete Helmut Peter, bisher Wirtschaftssprecher, legt sein Nationalratsmandat zurück, bleibt aber Parteimitglied.

**6. Februar 1993:** Meinungsforscher schätzen das Wählerpotential für die Heide-Schmidt-Partei auf 5 bis 7 Prozent. Wieweit diese Neugründung auch der FPÖ schadet, darüber gehen die Meinungsforschermeinungen noch auseinander. Während die einen meinen, Haider werden um die 20% seiner Wähler verlieren, glauben andere, daß sein Wähleranteil im bisherigen Bereich um die 20% bleiben wird. Das Liberale Forum würde besonders auch Stimmen der ÖVP und aus dem Nichtwählerbereich anziehen.

**7. Februar 1993:** Die Grünen schließen sich den Vorschlägen ihres Europa-Sprechers Voggenhuber an und werden an ihrem entschiedenen NEIN zu einem EG-Beitritt festhalten. Umweltsprecherin Langthaler hat einstweilen ihre eher positive EG-Haltung in den entsprechenden Gremien nicht durchgesetzt.

**9. Februar 1993:** Thomas Prader, Vorstandsmitglied von 'SOS Mitmensch' sagt, Innenminister Löschnak betreibe eine "Asylpolitik der Abschreckung", auch wirklich politisch Verfolgten sei kein offenes Asylverfahren mehr garantiert. Löschnak weist die Vorwürfe zurück.

**10. Februar 1993:** Krimhild Trattinig, im Mai 1992 aus der FPÖ ausgetreten (weil sie auf einem Kabarettabend des Parteitag verarscht worden war), will wieder in die Partei zurück.

In der FPÖ gehen unterdessen die innerparteilichen Diskussionen über die Abspaltung weiter. In OÖ. gibt es mehrere Austritte, so in Grein (beide FP-Gemeinderäte), in Steyr zeigt sich Vizebürgermeister Pfeil vom Ausscheiden der Liberalen wenig angetan und gerät mit Landeschef Achatz in Konflikt.

**11. Februar 1993:** In einem Interview mit NEWS schleimt sich Haider über seine Ex-Heidi aus: Die Beschäftigung mit Frau Schmidt sei psychotherapeutische Schwerarbeit gewesen, der Absprung nicht überraschend gekommen, am Volksbegehren könne es nicht gelegen sein, weil es von Barmüller, Moser und Frischenschlager unterschrieben worden sei, im Parlament werde es mit dem 'Liberalen Forum' keine Gesprächsgemeinschaft geben, "mit einem solchen Diebsgesindel wird nicht geredet", die Journalisten würden "dieses Gaunerpack" glorifizieren, wenn die Große Koalition glaube, sie könne die Wahlen vorverlegen, weil jetzt die FPÖ am Boden liege, wäre das ein verhängnisvoller Fehler. "Die Großparteien verstehen keine demokratische Sprache. Sie müssen bei Wahlen vernichtet werden." Frischenschlager sei "ein Chaot", ein "unanständiger Typ, der für seinen Verrat den Judaslohn kassieren wird", SPÖ und ÖVP werden ihm einen Versorgungsposten als Rechnungshofvizepräsident zuschanzen (was aber Haider einige Wochen später dann selbst vorschlägt, weil mit vier Abgeordneten wäre das Liberale Forum kein Klub mehr), für Oberst Moser warte vermutlich eine "schöne Beförderung".

**12. Februar 1993:** Das Liberale Forum kündigt für den Herbst ein "seriöses Programm" an. Einstweilen dürfte der Hauptprogrammpunkt eine EG-Begeisterung sein, die fast schon die epileptischen Formen hat, wie man sie beim Herrn Außenminister beobachten kann.

**12. Februar 1993:** Wenn auf die Neutralität verzichtet werden muß, sind 55% der Österreicher gegen einen EG-Beitritt, auch die Gefahr für einen "harten Schilling" wird überwiegend als Grund für ein Fernbleiben angesehen.

**12. Februar 1993:** Die Gedenkveranstaltungen zum Jahrestag des Februaraufstandes 1934 leiden fast überall unter schwacher Beteiligung. Nächstes Jahr sind es schon 60 Jahre, daß dieser Widerstandsversuch gegen den Klerikalfaschismus unter den Granaten des Bundesheeres zusammenbrach, selbst die jüngeren noch lebenden Teilnehmer sind inzwischen um die achtzig. Auch Haider meldet sich zum Jahrestag, er warnt "vor dem Heranwachsen eines neuen Faschismus, der durch Ausgrenzung Andersdenkender mehr und mehr Gestalt annimmt", die Ausgrenzer seien "die Väter eines neuen Austrofaschismus linker Prägung."

**15. Februar 1993:** In Budapest beginnt eine Ministerkonferenz über illegale Wanderungsbewegungen. Innenminister Löschnak spricht über engere Zusammenarbeit gegen das Schlepperunwesen. Den 'Frontstaaten' sollen Ausgleichsmittel zur Verfügung gestellt, Grenzkontrollen und Schubabkommen vereinheitlicht werden. Zwischen Wanderungswilligen und Asylsuchenden und Kriegsflüchtlingen soll ein entsprechendes Unterscheidungsinstrumentarium festgelegt werden.

**Mitte Februar 1993:** In der FPÖ gehen die Meinungen über den EG-Beitritt Österreichs nach wie vor auseinander. In OÖ. ist der Obmann des 'Ringes Freiheitlicher Wirtschaftstreibender', Horst Six, voll auf Haider-Linie (also z.Z. gegen einen Beitritt), sein Stellvertreter, der zurückgetretene FP-Wirtschaftssprecher Helmut Peter ist für den Beitritt, ebenso RFW-Bundesobmann Haigermoser.

**Mitte Februar 1993:** Weit hat man es in Rußland schon gebracht. In St. Petersburg wird ein Verleger freigesprochen, der eine russische Ausgabe von Hitlers 'Mein Kampf' in Umlauf gebracht hat. Im Vorwort des Buches hat es geheißt, daß es "ein aufhellendes Handbuch über die Macht der Juden in Rußland werden kann." Wenn der Hitler schon den Krieg verloren hat, ideologisch kommt er anscheinend in der ehemaligen Sowjetunion doch noch unter die Leute. Sieg Heil!

**18. Februar 1993:** Die Moskauer Tageszeitung 'Iswestija' berichtet, daß im Staatsarchiv Hitlers Schädel wieder aufgefunden worden sei. Die verkohlten Leichen Hitlers und Eva Brauns waren nach dem Krieg von sowjetischen Experten obduziert worden, allerdings schwiegen die sowjetischen Stellen bis 1967 darüber. In Nazikreisen hielten sich daher lange Jahre die Gerüchte, Hitler sei 1945 die Flucht gelungen, er halte sich für eine Rückkehr verborgen (in Südamerika, am Nordpol z.B.).

**19. Februar 1993:** Das Präsidium des Nationalrates beschäftigt sich mit der Anerkennung des 'Liberalen Forums' als Parlamentsklub. Präsident Fischer, dem verfassungsmäßig die Entscheidung zusteht, entscheidet, wie zu erwarten, für die Anerkennung. Zum erstenmal existieren daher fünf Parlamentsklubs im Nationalrat. Die FPÖ hat klarerweise nicht die größte Freude, daß das 'Diebsgesindel' als Fraktion anerkannt wird.

**20. Februar 1993:** Auf der Rückreise aus dem Baltikum wird Ochensberger in Deutschland festgenommen. Die Neonazis haben Litauen eine neue Zufluchtstätte gefunden, wo sie unbehelligt arbeiten können und ihnen auch billige Druckmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Ochensberger ist in Österreich rechtskräftig nach dem Verbotsgesetz verurteilt. Die Behörden nahmen ihm während der Dauer des Berufungsverfahrens den Reisepaß nicht ab, ja verlängerten ihm diesen sogar! Er konnte daher ungehindert ins Ausland reisen. Es wäre hier wohl angebracht, bei den dafür zuständigen Stellen zu ermitteln, ob dort nicht Amtsmißbrauch und Beihilfe zur Strafvereitelung vorliegt. Offenbar haben die Neonazis immer noch Sympathisanten im Behördenapparat, die ihnen entsprechend behilflich sind. Österreich will ein Auslieferungsbegehren an Deutschland richten. Da es sich um ein politisches Delikt handelt, gelten vorerst die Erfolgsaussicht als gering.

In den baltischen Staaten ist überhaupt eine besondere Art der *Vergangenheitsbewältigung* zu beobachten. So sagte der lettische Präsident Gorbunow anlässlich des 50. Jahrestages des *Blutsonntags* an dem 85.000 lettische Juden umgebracht worden waren, daß die Opfer selbst die Verantwortung dafür zu tragen hätten. Für die Angehörigen der beiden lettischen Freiwilligendivisionen der Waffen-SS wurden bereits neunzehn Denkmäler errichtet.

**21. Februar 1993:** In seiner ersten Erklärung ("*nach dem schweren Kopfsturz auf der Skipiste*", wie der STANDARD vermerkt) bezeichnet Außenminister Mock auch "eine FPÖ unter Haider" für koalitionsfähig. Das wäre wohl die sternigste Sternstunde für Österreich, HAIDER als Kanzler und MOCK als sein Vize.

**22. Februar 1993:** Meinungsumfrage des WIENER: Knapp die Hälfte der Österreicher sieht Haider als Neonazi und Rechtsextremisten, rund 30% sehen ihn als Demokraten, 68% meinen, Haider habe vor

allem seinen persönlichen Erfolg im Auge, ein Viertel der Befragten meint, es gehe ihm um das Wohl Österreichs. Als überwiegende Charaktereigenschaften sehen die Menschen: Ehrgeiz, Skrupellosigkeit, Intoleranz.

**23. Februar 1993:** Das amtliche Endergebnis des Antiausländervolksbegehrens, bereinigt um die ungültigen Unterschriften, liegt vor: **416.531** wahlberechtigte Österreicher haben das Haider-Anliegen unterstützt.

**23. Februar 1993:** Die FPÖ will nun doch auf die ursprünglich angedrohte Aufspaltung der FPÖ in fünf Parlamentsklubs verzichten. Sie hätte vermutlich auch keine Aussicht auf Erfolg gehabt.

**23. Februar 1993:** Innerparteilich scheint in der EG-Frage doch nicht alles so zu laufen, wie Haider es sich vorstellt. Wieder gibt es einen Schwenk. "Ich bin keine Sammelbewegung für die Ablehnung der EG", sagt der FP-Chef und verlangt für eine JA-Empfehlung seiner Partei zur EG-Volksabstimmung entsprechende Verhandlungsergebnisse. Die endgültige Haltung zum EG-Beitritt soll jetzt ein Sonderparteitag festlegen. Die Regierung solle Oppositionsvertreter zu den Verhandlungen beiziehen, dieses Ansinnen wird von Vranitzky und Busek angesichts der vielen FPÖ-Schwenks zurückgewiesen.

**24. Februar 1993:** Die FPÖ stellt ihr Bereichssprecherteam nach dem Aderlaß durch die Austritte neu zusammen: Erich Schreiner (Wirtschaft), Partik-Pablé (Kultur), B. Gratzner (Bundesheer), H. Scheibner (Wissenschaft) und der reaktivierte Dillersberger (EG).

**Zweite Februarhälfte 1993:** Der CDU-Abgeordnete Krause aus Sachsen-Anhalt verteidigt die "kerndeutsche Anständigkeit und christlich-germanische Kameradschaft" in einer 'Denkschrift zu nationalen Fragen' gegen "Diebesbanden von Zigeunerfrauen und -kinder", gegen Asylantenheime als "Räuberhöhlen organisierter Diebesbrut" usw. Nach Vorhaltungen durch seine Partei will er nun Ausdrücke wie "staatszersetzender krankhafter Liberalismus" ersetzen, inhaltlich will er aber nichts preisgeben.

**Ende Februar 1993:** Vor einer "Verunreinigung der genetischen Erbmasse" und einer "jüdisch-bolschewistischen Verschwörung" warnt Istvan Csurka, der Führer des rechten Flügels der ungarischen Regierungspartei 'Demokratisches Forum'.

**1. März 1993:** Der STANDARD berichtet, ein hoher Beamter des amerikanischen Verteidigungsministeriums habe sich für einen NATO-Beitritt Österreichs ausgesprochen, weil das Land nur so "in den Genuß der Sicherheitsgarantie der amerikanischen Atomwaffen" komme, die NATO soll überhaupt in ein weltweites Sicherheitssystem ausgebaut werden. Ja, wenn uns dann alle die lieben Amerikaner gegen die Invasion der Marsmenschen beschützen, kann uns ja nix mehr passieren, oder ?

**Anfang März 1993:** Pläne der Rechtsextremisten werden bekannt. Auswanderungswillige Rußlanddeutsche sollen im Gebiet Königsberg (Kaliningrad) im ehemaligen Ostpreußen angesiedelt werden.

**Anfang März 1993:** Die Forderung der Sudetendeutschen, die Vertreibungsdekrete von 1945 für nichtig zu erklären, wird von den tschechischen Stellen mit derselben Begründung zurückgewiesen, mit der seinerzeit der deutsche Bundestag es ablehnte, das 'Münchener Abkommen' von 1938 (Abtretung des Sudetenlandes) als von Anfang an für nichtig zu erklären: Einen Rechtsakt könne man nicht nachträglich ändern.

**Anfang März 1993:** Man entschließt sich endlich, in Auschwitz die Gedenktafel über die Opfer entsprechend zu berichtigen. Seit Jahrzehnten ist bekannt, daß die angegebenen vier Millionen Opfer eine Phantasiezahl sind.

**2. März 1993:** Bei seiner Vereidigung würdigt der neue slowakische Präsident Kováč, Andrej Hlinka als Nationalhelden, welcher "die Fackel der Freiheit stets aufs neue entfachte". In Österreich eilt dem Präsidenten, weil er wegen seines Engagement für diesen Rechtsextremisten Kritik erntet, sogleich die Kronzeitung zur Hilfe. Hlinka sei ja bereits vor der Zerschlagung der CSR gestorben, er könne daher nichts dafür, daß die Slowakei in der Kriegszeit ein NS-Vasallenstaat gewesen sei. So ist das Leben: Die einen sind zu spät geboren und die anderen zu früh gestorben, um richtige Nazis sein zu können..

**2. März 1993:** Haider fordert, Österreich solle keine Zeit verlieren und Schritte für einen NATO-Beitritt unternehmen. Zum EG-Beitritt bleibt es bis zum Vorliegen eines Verhandlungsergebnisses beim NEIN.

**3. März 1993:** Hausdurchsuchungen gegen rechtsextremistische Terrorgruppen in Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Nordrhein-Westfalen. Waffen und Propagandamaterial werden beschlagnahmt, gegen vier Personen wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung ermittelt.

**4. März 1993:** In einem NEWS-Interview gibt der ehemalige FPÖ-Obmann Norbert Steger seinen Austritt aus der FPÖ bekannt. Ausschlaggebend sind der Austritt der Gruppe um Heide Schmidt, weil damit

der "Lebensraum für Liberale" verschwunden sei, sowie die Beschimpfungen Haiders gegen Kardinal König und Bundespräsident Klestil. Dem Liberalen Forum will Steger nicht beitreten, das sei ihm zu "rechtsliberal", er schließe sich jetzt der zweitstärksten Wiener Partei an: Den Nichtwählern. Über Haider: *"Wenn die Kärntner glauben, es sich leisten zu können, angesichts der Situation an ihrer Südgrenze, einen international isolierten, geächteten Mann zum Landeschef zu machen, sollen sie das tun. Das ist die einzige Option, die er noch hat. In dieser Republik wird Haider nichts mehr. Wahrscheinlich geht's ihm wie dem Schönerer, dem er ja sehr ähnelt. Der hat im Waldviertel geendet, Haider wird im Bärenthal enden. Als Landjunker, der noch im Alter die Huldigungen der Stammtische entgegennimmt."*

**4.März 1993:** Meinungsforscher Plasser stellt die Änderung der Wählerzusammensetzung der FPÖ fest. Früher überwogen Freiberufler, Akademiker, leitende Beamte und Angestellte; jetzt habe die Partei als Hauptwähler Arbeiter, mit 27% ca. gleich viel %-Anteil wie die SPÖ.

**6.März 1993:** In Salzburg wird der 'Gaubeauftragte' Küssels für OÖ. und Salzburg, Günther Reinthaler neuerlich festgenommen. In seiner Wohnung wurde nazistische Propagandamaterial gefunden, neben Verstößen gegen das Verbotsgesetz werfen ihm die Behörden Erpressung, versuchte Nötigung, gefährliche Drohung und Anstiftung zur Körperverletzung vor. Auch gegen andere Salzburger Neonazis wird ermittelt.

**7.März 1993:** Kommunalwahlen in Hessen. Schwere Verluste für die SPD (von 44 auf 36%), geringe für die CDU (minus 2,3%), Gewinne für die Grünen (jetzt 11%) und starke Gewinne für die Republikaner, die 8,3% der Stimmen auf sich vereinigen konnten.

**7.März 1993:** Der ungarische Ministerpräsident Antall (Demokratisches Forum) schafft es endlich, sich vom Rechtsextremisten Csurka zu distanzieren. Dessen Bewegung 'Ungarischer Weg', habe nichts mehr mit dem 'Demokratischen Forum' zu tun.

**Erste Märzhälfte 1993:** Wie sehr der Nazismus in manchen Bevölkerungskreisen verwurzelt ist, zeigt ein Vorfall in Ried im Innkreis. Weil ein Mittelschullehrer ein Spottgedicht auf Adolf Hitler veröffentlichte, wird er von der Rieder Liedertafel in Hinkunft nicht mehr als Conférencier eingesetzt werden.

**11.März 1993:** Nächste Runde im Prozeß Haider gegen Pilz wegen der Pilz-Aussage, Haider sei "Ziehvater und Ideologe des rechtsextremen Terrorismus". Der grüne Politiker legt für den Wahrheitsbeweis eine Reihe von Unterlagen vor. So eine Antwort von Innenminister Löschnak auf eine parlamentarische Anfrage nach der Andreas Mölzer (FP-Chefideologe) rechtskräftig wegen Verbreitung von NS-Gedankengut verurteilt worden ist, ferner eine Studie des Sozialwissenschaftlers Farin über ein Naheverhältnis rechtsextremer Kreise zu Haider, eine Liste von FPÖ-Funktionären, die in Kontakt mit rechtsextremen Publikationen stehen, sowie zahlreiche Haider-Zitate. Die Verhandlung wird wieder einmal vertagt.

**15.März 1993:** In einem STANDARD-Interview sagt Julius Maaten, Generalsekretär der Liberalen Internationalen, daß er nicht mehr an eine Veränderung der FPÖ glaube. Er sei der Ansicht, daß man die FP nicht mit Schönhuber oder LePen vergleichen kann, über den Inhalt seines Berichtes an die LI schweigt er sich aber aus.

**15.März 1993:** Die FPÖ wird für die niederösterreichischen Landtagswahlen am 16.Mai hinter Landesobmann Gratzler den ORF-Redakteur Hans Jörg Schimanek sen. auf die Kandidatenliste setzen.

**15.März 1993:** Der Justizstrafsenat von Schleswig hat über Walter Ochensberger die vorläufige Auslieferungshaft verhängt. Ob er ausgeliefert werden wird, um in Österreich die rechtskräftig gewordene Haftstrafe von zwei Jahren wegen NS-Betätigung zu verbüßen, bleibt jedoch weiterhin unsicher.

**16.März 1993:** Der EG-Botschafter in Wien, Pirzio-Biroli, erklärt, er befürworte zwar einen Beitritt Österreichs zur EG, doch könne ein Beitrittswerber keine Bedingungen stellen und außerdem brauche die EG Österreich nicht, aber vielleicht Österreich die EG.

**17.März 1993:** Das Buch von Brigitte Bailer "Wiedergutmachung kein Thema - Österreich und die NS-Opfer" wird der Öffentlichkeit vorgestellt. Darin wird kritisiert, es habe keine Wiedergutmachung für Homosexuelle und Zwangssterilisierte, für Zwangsarbeiter und für "arisierte" Wohnungen gegeben.

**18.März 1993:** Umfrage der Wochenzeitschrift NEWS: Danach könnte z.Z. die SPÖ mit 40%, die ÖVP mit 32%, die FPÖ mit 15%, die Grünen mit 7% und das Liberale Forum mit 5% der Stimmen rechnen. Nach dieser Umfrage gingen die Stimmen für die Liberalen zu je 40% auf Kosten von SPÖ und FPÖ und zu 20% auf Kosten der Grünen. Daß der stetige Höhenflug der Freiheitlichen im Gefolge des mißlungenen Antiausländervolksbegehrens abgebremst wurde, zeigte sich auch bei zwei außertourlichen Gemeinderatswahlen in OÖ. In St. Marien verlor die FPÖ eines von zwei Mandaten, in Ohlsdorf zwei von drei.

Haiders Ansicht, die Leute, die sich das Volksbegehren wegen des öffentlichen Druckes nicht zu unterschreiben getraut hätten, würden dafür bei den nächsten Wahlen die FP unterstützen, muß nicht Realität werden. Menschen, die zu feige für eine Unterschrift waren, können diesen Konflikt auch in die umgekehrte Richtung bewältigen, indem sie sich ihren mangelnden Mut nicht eingestehen und das Fernbleiben durch eine Distanzierung von Haider zu bewältigen suchen. Es ist wahrscheinlich nicht jedermanns/fraus Sache, zu sagen, im Jänner war ich ein feiger Hund, aber bei den geheimen Wahlen werde ich ganz tapfer den Haider wählen. Die Reaktion kann auch sein, eigentlich wollte ich ja unterschreiben, aber der Haider war mir dann doch zu radikal, aggressiv, beleidigend, machtsüchtig, etc. Dann braucht man sich nicht mangelnden Mut vorzuwerfen, sondern kann sich für selbständiges und verantwortungsbewußtes Handeln sogar selber loben.

**19.März 1993:** In Oberösterreich bildet sich die erste Landesgruppe des Liberalen Forums. Der ehemalige Sekretär des ehemaligen FP-Landesobmannes Schender, Michael Obermeyr kündigt die Gründung einer entsprechenden Organisation an.

**19./20.März 1993:** In Steyr läßt der Besitzer die Lagerhalle schleifen, die in der NS-Zeit Teil eines Außenlagers des KZ Mauthausen gewesen ist. In der gemauerten Baracke hätte ein Gedenkstätte und ein Zeitgeschichte Museum eingerichtet werden sollen. Der Eigentümer ignorierte ein Abbruchverbot der Stadt.

**21.März 1993:** Bundeskanzler Vranitzky kündigt die Prüfung der im Buch von Frau Bailer genannten Fälle der unterbliebenen Hilfe für NS-Opfer an.

**21.März 1993:** Erste Runde der Parlamentswahlen in Frankreich. Die Sozialisten stürzen auf rund 20% ab, die bürgerlichen Parteien bleiben bei rund 40%, die KP bei ca. 9%, die Grünen erreichen weniger als 8%, die Nationale Front LePens kommt auf 12,5%. Nach dem zweiten Durchgang erreichen die rechten Parteien durch das Mehrheitswahlrecht eine überragende Mandatsmehrheit, die Rechtsextremen verlieren ihren einzigen Sitz, die Grünen "verdanken" es wohl ihrer Arroganz gegenüber den Linksparteien, daß sie nur rund die Hälfte der prophezeiten Stimmen und kein Mandat erreichen.

**22.März 1993:** Die FDP bricht die Kontakte zur FPÖ ab und wird den Ausschluß der Freiheitlichen aus der Liberalen Internationalen beantragen. Dafür sollen Kontakte zum Liberalen Forum aufgenommen werden.

**22.März 1993:** Der ehemalige burgenländische Landeshauptmann Kery steht wieder in der Angelegenheit 'Waldheims braune Vergangenheit' vor Gericht. Das Oberlandesgericht hat das Verfahren an das Erstgericht zurückverwiesen. Neuerliches Urteil: 432.000 Schilling Geldstrafe wegen falscher Zeugenaussage. Bemerkenswert ist allerdings folgende Kery-Aussage, mit der er sich gegen den Vorwurf verteidigt, die SPÖ hätte 'Waldheims braune Vergangenheit' als Wahlkampfthema GEGEN Waldheim verwendet: 1939 habe er sich als junger Turnlehrer gezwungen gesehen, der NSDAP beizutreten. Deswegen hätten ihn in vier Wahlkämpfen die politischen Gegner als großen Nazi hingestellt, aber "*es hat mir jedesmal zum Sieg verholfen*".

**23.März 1993:** Der dritte Wiener Landtagspräsident und seinerzeitiger Mitbegründer der FPÖ, Erwin Hirschall, warnt vor einer internationalen Isolierung der FPÖ, Wahlerfolg sei nicht alles, der Erfolg heiße nicht alle Mittel.

**28.März 1993:** Wenig Gegenliebe bei den anderen Parteien findet der Auftritt Heide Schmidts bei der ORF-Pressestunde. Pilz: "Völlig mißglückt", Korosec vermißt konkrete Lösungsvorschläge, Cap sieht die wichtigsten Fragen unbeantwortet und Meischberger sagt, Schmidt ließe "jede soziale Gesinnung vermissen".

**29./30.März 1993:** In Niederösterreich treten insgesamt acht FPÖ-Gemeinderäte aus der Partei aus und schließen dem Liberalen Forum an.

**30.März 1993:** Haider steigt bereits jetzt in den Kärntner Landtagswahlkampf ein. Er beschuldigt Slowenien einer "abstrusen großslowenischen Politik", sieht die Heimat bedroht, da "ein Drittel Kärntens als slowenisches Gebiet beansprucht" werde. Beleg dafür: Slowenische Publikationen in denen Landkarten mit den gemischtsprachigen Gebieten Kärntens eingezeichnet sind.

**31.März 1993:** Slowenien weist die Anschuldigen Haiders zurück. Die Grenzen mit Österreich seien mehrfach völkerrechtlich anerkannt, durch die Unabhängigkeitserklärung von 1991, durch das Bekenntnis des neuen Staates zur Akte von Helsinki und auch durch die seinerzeitigen österreichisch-jugoslawischen Verträge.

**1.April 1993:** Walter Ochensberger will in Deutschland um politisches Asyl ansuchen. Die deutschen Behörden ihrerseits untersuchen, ob das österreichische Verbotsgesetz dem deutschen Volksverhetzungsparagrafen gleichzusetzen sei.

**1.April 1993:** Das Liberale Forum entschließt sich überraschend doch noch zu einer Kandidatur für die niederösterreichischen Landtagswahlen am 16.Mai. Den Spitzenkandidaten, einen "Quereinsteiger" will Heide Schmidt erst nach Ostern der Öffentlichkeit präsentieren. Jörg Haider wünscht seiner verflochtenen Stellvertreterin süffisant "viel Spaß".

**2.April 1993:** Ausführlicher Beitrag im STANDARD über die Verquickung von Kandidaten der FPÖ für die nö. Landtagswahl mit der rechtsextremistischen Szene: Kandidat Nr.2, Hans Jörg Schimanek sen., Vater von H.J. Sch. jun., der Verbindungen zur VAPO Küssels hatte, Kandidat Nr.4, Edwin Rambossek, Redner bei der Kameradschaft 'Prinz Eugen', die seinerzeit wegen Rechtsextremismus (!, sowas gibt es!) aus dem Kameradschaftsbund ausgeschlossen wurde, Kandidat Nr.5, Barbara Rosenkranz, Gattin des Spitzenfunktionärs der 1990 untersagten *Wahlliste Nein zur Ausländerflut* Jakob Horst Rosenkranz, Kandidat Nr.6, Wolfgang Haberler fiel 1990 dadurch auf, daß in Wiener Neustadt die *Sturmtruppe Ost* unter seiner Stadtparteiobmannschaft in der Parteizentrale Plakate drucken konnte, Kandidat Nr.8, Alois Preiszler ist gerne gesehener Besucher von Veranstaltungen der *Kameradschaft IV*.

**2.April 1993:** Im 92. Lebensjahr stirbt in Wien Viktor Matejka, ewig jung gebliebener Linker und Antifaschist, Widerstandskämpfer und KZ-Opfer, Volksbildner und Kulturpolitiker. *"Die Kultur eines Staates gipfelt in der Kultur seiner Politik. Sie durchdringt die Kultur der Wirtschaft, sie ergreift die Kultur des sozialen Lebens und der Gesellschaft. Die Kultur eines Staates ist die Kultur der 24 Stunden."*

**4.April 1993:** Dillersberger präsentiert bei der TV-Presestunde seine Vorstellung von Liberalität. Seine Rückkehr als aktiver FPÖ-Politiker versteht er als "Signal, daß Liberale in der FPÖ ihre Heimat finden können", schließlich sei die Gründung des Liberalen Forums der "Weggang von illiberalen Leuten, die sich völlig zu Unrecht für die letzten Liberalen halten" gewesen. Zum Vorwurf, auf der nö. Kandidatenliste der FP stünden etliche Namen, deren Trägern Kontakte zu rechtsradikalen Kreisen nachgesagt würden, meint Dillersberger lakonisch, es habe keine verbotenen Kontakte gegeben, weil es auch keine Anklagen oder Verurteilungen gäbe.

Die Haltung zum EG-Beitritt bezeichnet Dillersberger als 'Ja-Aber-Haltung', die sich seit Jahren nicht geändert habe, in der NATO solle Österreich einen Beobachterstatus anstreben.

**6.April 1993:** STANDARD-Interview mit Jörg Haider. Nach den Schlappen Volksbegehren und Liberales Forum gibt er sich moderat. Das JA oder NEIN für einen EG-Beitritt wird noch nicht auf dem angekündigten Sonderparteitag fallen, sondern dort soll nur die Verhandlungslinie für den Integrationssschuß festgelegt werden, die endgültige Entscheidung soll nach dem Vorliegen des Brüsseler Verhandlungsergebnisses getroffen werden. Auch die Freigabe der Abstimmung ohne Empfehlung sei vorstellbar. Im Kärntner Wahlkampf denke er nicht daran, den Wahlkampf mit Minderheitenfragen und Warnungen vor angeblichen großslowenischen Gelüsten zu führen.

**7.April 1993:** Das Oberlandesgericht von Schleswig-Holstein scheint doch geneigt zu sein, Ochensberger zur Verbüßung seiner Haftstrafe wegen NS-Wiederbetätigung nach Österreich auszuliefern. Pech für den Neonazi und seine wohlwollenden Helfer im österreichischen Justizapparat..

**7.April 1993:** Das deutsche Bundesverwaltungsgericht bestätigt die Verbote von drei neonazistischen Organisationen (Nationalistische Front / Deutsche Alternative / Nationale Offensive).

**7.April 1993:** Von einer "Schlammschlacht" spricht der nö. FP-Obmann Gratzner, weil der VP-Landessekretär einige Kandidaten der Freiheitlichen in den "äußersten Dunstkreis der österreichischen Rechtsextremistenszene" eingeordnet habe. Was die vier genannten Kandidaten getan hätten sei "in keiner Weise strafbar" bzw. "rechtsextremistisch". Als Retourkutsche präsentiert Gratzner ein Foto, das den vorigen VP-Landeshauptmann Ludwig mit dem Chef der Kameradschaft 'Prinz Eugen', Otto Rosskopf, zeigt.

**9.April 1993:** Kardinal König äußert in einem Interview im STANDARD, wenn sich Nationalismus mit Religion verbinde, dann sei das ein furchtbarer Sprengstoff. Dr. König gilt als 'liberaler' Kirchenfunktionär. Trotzdem meint er, man könne ETHIK nicht vom Glauben loslösen, die Ethik brauche den Glauben. Die Interviewer halten ihm daher vor, empirisch lasse sich das nicht belegen, die größte Herausforderung der Ethik, die es gegeben habe, der Nationalsozialismus, habe unter den Widerstandskämpfern zwar auch Katholiken, aber mindestens so viele Agnostiker und Atheisten hervorgebracht. König dazu: "Das kann stimmen. Aber aus meiner Sicht hat der Nationalsozialismus nicht nur ethischen, sondern vor allem allgemein-menschlichen und religiösen Widerstand provoziert."

In Hitler-Deutschland ist der Anteil der katholischen Widerstandskämpfer am Anteil der Katholiken ein verschwindend geringer gewesen. Der weitaus überwiegende Anteil an Kampf und Opfer kam von der politischen Linken. Es daher geradezu eine Unverfrorenheit in diesem Zusammenhang, die Moral an den Glauben zu binden. Wieviele JÄGERSTÄTTER hat die katholische Kirche schließlich hervorgebracht? Sie muß ja geradezu froh und glücklich sein, den Österreichern wenigstens diesen Vorzeigemärtyrer präsentieren zu können. Eine Ethik im stillen Kämmerlein hat schließlich zur Not auch jeder Heuchler und Pharisäer.

Das muß in diesem Zusammenhang auch einmal gesagt werden.

**11. April 1993:** Eine Meinungsumfrage der Kronenzeitung gibt dem Liberalen Forum für die Landtagswahl in Niederösterreich passable Erfolgsaussichten, die benötigten 40.000 Stimmen seien erreichbar.

**10. April 1993:** Meinungsumfrage über das Politikerprofil Jörg Haiders: So sehen ihn z.Z. 17% als 'modern und fortschrittlich' (Umfrage 1991: 29%), als 'tolerant' 5 (7), als 'ehrlich und aufrichtig' 12 (15), als 'sozial kompetent' 9 (12), als 'schwungvoll' 24 (30), als 'ehrzeigig' 67 (55), als 'willensstark' 52 (47), als 'unempfindlich' 29 (22), als 'starke Führernatur' 54 (48) Prozent an.

**11. April 1993:** Chris Hani, Funktionär des ANC und Chef der Kommunistischen Partei Südafrikas, wird von einem aus Polen stammenden Rechtsextremisten ermordet. Die Spannungen im Lande nehmen dadurch zu, der geordnete Übergang zu demokratischen Verhältnissen ist in Gefahr.

**Mitte April 1993:** Jugendminister aus 37 Ländern tagen in Wien, dabei stehen der Kampf gegen Rassismus, Nationalismus und Ausländerfeindlichkeit im Mittelpunkt. Die Europarat-Generalsekretärin Catherine Lalumiere sieht den Fremdenhaß in Europa als "stärker denn je", "mit den Grenzen sind auch sämtliche Anhaltspunkte gefallen. Es gibt keine Ideologie mehr, nach der sich Jugendliche bei den neuen Problemen wie Arbeitslosigkeit und schwindende Kaufkraft richten könnten, je unstabiler die Welt ist, desto größere Angst haben die Menschen, was wiederum den Haß auf andere fördert."

**14. April 1993:** Die NEWS berichten, daß Haider die Absicht habe, Andreas Mölzer als zusätzlichen Generalsekretär der FPÖ zu installieren.

**14. April 1993:** Mit sieben Wochen bedingt kommt ein Steyrer Zeitsoldat davon. Er wird wegen Verhetzung verurteilt. In seiner Zeitschrift 'Stahlfront' hatte er unter anderem geschrieben, "ein Nigger ist dem Affen näher als dem Menschen" oder "Warum dürfen Nigger nicht mehr in der Nachtschicht arbeiten? Weil sie im Dunkeln die Peitsche nicht trifft!"

**Mitte April 1993:** Seit 1984 gehen die Auseinandersetzungen um das Karmeliterinnenkloster im ehemaligen KZ Auschwitz. Erst ein Machtwort des Papstes zwingt die Nonnen tatsächlich zum Abzug. Juden sehen das Lager als jüdischen Friedhof, auf dem andere Kultstätten nicht angesiedelt werden dürfen.

**16. April 1993:** In Offenhausen werden der "Dichterstein" und auch mehrere Gebäude im Ort (das Gasthaus der rechtsextremistischen Zusammenkünfte und das Gemeindeamt) mit antinazistischen Losungen bemalt. Von der Staatspolizei werden die Versammlungen ja weiterhin geduldet (nicht umsonst sollen sich Veranstaltungsteilnehmer lobend über das gute Verhältnis zur STAPO geäußert haben). Der Bürgermeister meint immerhin, daß er es lieber sehen würde, wenn das Treffen nicht mehr abgehalten werde.

**18. April 1993:** Rund achtzig polnische Antisemiten veranstalten in Warschau eine Kundgebung. "Vivat Holocaust" und "Kampf den jüdischen Verrätern" sind die Parolen. Der Demonstrationzug wird von der Polizei aufgelöst, etliche Teilnehmer werden festgenommen.

**18. April 1993:** Der Verhandlungsbeginn gegen den seit Jänner 1992 in U-Haft sitzenden Gottfried Küssel wird für den 17. Mai festgesetzt. Wozu die Justiz gegen den Neonazi, der sich in einem TV-Interview für die Wiedezulassung der NSDAP eingesetzt hat, derartig lange Verfahrenszeiten benötigt, erscheint zutiefst rätselhaft.

**19. April 1993:** Vor 50 Jahren begann der Ghetto-Aufstand in Warschau. Zwanzig Tage wehrten sich die dort eingeschlossenen Juden mit eingeschmuggelten Waffen und Brandflaschen gegen die SS. Anlässlich der Gedenkfeiern sagte Marek Edelman, einer der wenigen Überlebenden: "Ich glaube, wir wollten uns nur unseren Tod selbst aussuchen."

**20. April 1993:** Ein halbes Jahr bewegte sich der israelische Journalist Yaron Svoray (getarnt als australischer Nazi-Sympathisant) in der rechtsextremen Szene Deutschlands. Er stellte dabei fest, daß die



Naziszene wesentlich stärker sei als die Behörden öffentlich zugeben. "Deutschland hat effektive Gesetze gegen den Neonazismus. Aber sie werden oft nicht durchgeführt und die Polizei arbeitet mit Rechtsextremen manchmal sogar zusammen." So würden die Nazis häufig vor bevorstehenden Razzien gewarnt. Zum 'Geburtstag des Führers' ging der vermeintliche Gesinnungsfreund mit seinen Ermittlungen an die Öffentlichkeit. Man sollte ihn vielleicht auch einmal nach Österreich einladen...

**20.April 1993:** Rund 30 Skins begehen den Hitler-Geburtstag vor seinem Geburtshaus in Braunau. Die Polizei nimmt vier davon, die besonders eifrig "Heil-Hitler" rufen, vorübergehend fest. Laut Polizei waren heuer weniger ältere Geburtstagsfeierler anzutreffen als in den vergangenen Jahren. naja, die alten Nazis werden wohl wirklich alt, aber noch gibt es ausreichend Nachwuchs.

**23.-24.April 1993:** Parteitag der Wiener FPÖ. Der scheidende Obmann Hirnschall spricht sich vehement für einen Pro-EG-Kurs aus, nach seiner Meinung habe es zur EG bloß "mißverständliche Äußerungen" gegeben. Das wird uns der Haider auch noch erzählen, daß er eh eigentlich dafür, äh dagegen, äh schon eher auch doch eigentlich, aber das schon immer gewesen ist und bloß die Medien und die anderen Parteien würden ihn dauernd falsch interpretieren.

Bei den Wahlen in den Wiener Parteivorstand fällt Haiders Protege Herbert Scheibner, mit Bomben und Granaten durch, er erhält nur ca. ein Viertel der Delegiertenstimmen.

**Zweite Aprilhälfte 1993:** Rund hundert Bundesheerler säubern das Gelände des ehemaligen KZ Mautausen im Bereich der berüchtigten 'Todesstiege' von Gestrüpp und Unkraut.

**23.April 1993:** Der amerikanische Historiker Bruce Pauley stellt sein Buch "Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus" vor. Er sagt, der Antisemitismus sei in Österreich keine Erfindung der Nazis gewesen, sondern eine böse Tradition, die das Land seit Jahrhunderten begleitet habe.

**23.April 1993:** Die weit rechtsstehende Monatszeitschrift AULA strebt die Vereinigung mit den deutschen 'Burschenschaftlichen Blättern' an. Aula-Direktor Nachtmann meint, man wolle dadurch zu einem "Machtfaktor" werden.

**26.April 1993:** Interview mit dem neuen Wiener FPÖ-Obmann Pawkowicz (von wo werden dem seine Vorfahren wohl zugewandert sein?) im STANDARD. Er meint: "Der rechte Rand muß sauber bleiben." Und: "Das Problem ist, daß es in Österreich keine Partei für Rechtsextreme gibt, deswegen kommen die zu uns. Ich glaube aber, daß es in der SPÖ mehr Linksextreme gibt als in der FPÖ Rechtsextreme." Der gute Mann übersieht dabei wieder einmal, daß es in Österreich für 'Linksextreme' und alles was die FPÖ darunter zu verstehen beliebt, keinerlei gesetzliche Beschränkungen gibt, daß das politische Recht in Österreich ausnahmslos den Rechtsextremismus einschränkt. Zu gerne werden von der FPÖ Täter und Opfer über denselben Kamm geschoren: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus war eine überwiegend 'linksextreme' Angelegenheit. Wenn man schon zu politischen Traditionen des eigenen Lagers wohl oder übel zumindest verbal Distanz halten muß, dann will man wenigstens auf seine alten Feinde hindreschen...

**Zweite Aprilhälfte 1993:** Der neue Korneuburger FPÖ-Obmann Mauritz war in den Sechzigerjahren an Bombenanschlägen in Südtirol beteiligt und wurde deswegen in Italien zu einer längeren Haftstrafe verurteilt. Er versucht nun die Schuld für die Anschläge an Gerd Bacher und Fritz Molden zu delegieren, die Ende der Fünfzigerjahre in Südtirolaktivitäten involviert waren, aber mit den Anschlägen nichts zutun hatten. Diese waren im Dunstkreis um Norbert Burger organisiert worden.

**27.April 1993:** Küssel über Haider und die FPÖ: Die VAPO habe keine engeren Beziehungen zur FPÖ gehabt, weil diese zu "vorteilsheischend" sei, in vielen Dingen stimme man aber mit der FPÖ überein. Küssel hatte 1980 bei den GRW in Payerbach auf Wunsch von Ex-Justizminister Ofner für die FPÖ kandidiert. Küssel betrachtet sich als Nachfolger der SA und sieht den Bruch im Nationalsozialismus mit der Ermordung Ernst Röhm's und anderer SA-Führer auf Veranlassung Hitlers im Juli 1934.

**27.April 1993:** Der nö. FP-Kandidat und Ex-ORF-Redakteur Schimanek entdeckt den Verlust kultureller Traditionen: Auf den Jahrmärkten würden Inder, Neger und Chinesen mehr als 50% der Aussteller ausmachen.

**28.April 1993:** Unbehindert von den Behörden beginnen in Offenhausen die Veranstaltungstage des Dichterstein-Vereins zur Huldigung der "volkstreuem Dichter des deutschen Sprachgebietes".

**28.April 1993:** In Wien startet der Prozeß gegen den Kölner Stephan Wiesel, der im September des Vorjahres wegen NS-Wiederbetätigung festgenommen wurde. Auch vor Gericht bestreitet er den Holocaust. "Eine planmäßige Vernichtung von Juden gab es nicht". Der Prozeß wird zur Erstellung eines Fragenkataloges an die Geschworenen vertagt.

**29. April 1993:** Der Justizminister von Schleswig-Holstein ordnet die Auslieferung Ochensbergers nach Österreich an.

**29. April 1993:** Der Prozeß gegen den Lehrer Otto Schatzmayer, der in Klagenfurt wegen NS-Wiederbetätigung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt angeklagt ist (er hat u.a. bei einer Nazi-Kundgebung in Graz einen Polizisten niedergeschlagen und wird beschuldigt im Schulunterricht NS-Propaganda betrieben zu haben), wird zur Einvernahme weiterer Zeugen vertagt.

**4. Mai 1993:** Der rechtskräftig wegen NS-Wiederbetätigung zu zwei Jahren Haft verurteilte Herausgeber des Nazi-Blattes SIEG, Walter Ochensberger, trifft in Feldkirch zur Haftverbüßung ein. Da man eine Verurteilung wohl nicht verhindern konnte, entzog man dem Nazi während des Berufungsverfahrens nicht nur seinen Reisepaß nicht, sondern verlängerte ihn sogar. Ochensberger nahm diese Einladung der zuständigen Behörden zur Flucht gerne an, wurde aber in Deutschland von einem Zollbeamten erkannt und festgenommen. Pech für die behördlichen Nazi-Unterstützer, daß ihr Walter jetzt doch noch sitzen muß.

**7. Mai 1993:** Der öö. Landtag beschließt eine Resolution gegen Veranstaltungen a la 'Dichterstein Offenhausen'. Die FPÖ verlangt wieder einmal Äquidistanz nach rechts und links, also gegen Täter UND Opfer. Der Text des Beschlusses ist an anderer Stelle in diesem ANTIFA-INFO abgedruckt.

**7. Mai 1993:** Die Liberale Internationale beschließt bei ihrer Tagung in Sofia die Trennung von FPÖ "mit sofortiger Wirkung und auf provisorischer Basis". Die formelle Entscheidung soll bei der Tagung des Exekutivkomitees im Juli fallen. Die FPÖ habe den Liberalismus durch Populismus ersetzt und agiere als Magnet für den extrem rechten Flügel.

**8. Mai 1993:** In einem STANDARD-Interview warnt Peter Glotz (SPD) vor einer "Satanisierung der Serben", es sei zwar eine Tatsache, daß die Serben die stärkste Gruppe sind, die mit der militärischen Aggression begonnen und auch die meisten Menschen umgebracht hätte, inzwischen würden aber von allen Gruppen schlimme Verbrechen begangen.

**8. Mai 1993:** Der südafrikanische Präsident DeKlerk warnt extremistische Gruppierungen vor den Machtmitteln der Regierung. Zwanzig weiße rechtsextremistische Gruppen schließen sich zur "Afrikaner Volksfront" zusammen und versuchen Anhänger in der Armee zu gewinnen.

**8. Mai 1993:** Sonderparteitag der FPÖ zur EG-Frage. 94,5% der Delegierten stimmen der neuen Haider-Linie zu. Man ist jetzt für ein "vereintes Europa", verlangt für Österreich sämtliche Sonderrechte, die einzelne EG-Staaten erstritten haben und die Einbindung in ein Sicherheitssystem mit der NATO. Österreich werde als Nettozahler durch "den Fleiß unserer Bürger für manche Faule in anderen Staaten die Ausfallhaftung übernehmen" müssen.

Also die Festschreibung des Kurses zwischen den Optionen, kein NEIN, weil das von einem beträchtlichen Teil der FP-Wähler und -Funktionäre nicht goutiert würde und kein JA, weil damit keine Oppositionspolitik machbar wäre.

**10. Mai 1993:** Zum 60. Jahrestag der nationalsozialistischen Bücherverbrennungen findet im Parlament eine Gedenkveranstaltung statt.

**11. Mai 1993:** Israel Singer, der Generalsekretär des 'World Jewish Congress' sagt über Österreich, daß das Land keine Schuld für die Vergangenheit trage, da nur Individuen Schuld tragen könnten. Er würdigt Vranitzkys "mutige Erklärung" zur Vergangenheit und die Entwicklung Österreichs in den letzten Jahren.

**11. Mai 1993:** Bundespräsident Klestil empfängt Vertreter des Internationalen Mauthausen-Komitees und sagt für 1995 zu, bei der Gedenkfeier im ehemaligen KZ Mauthausen die Gedenkrede zu halten.

**11. Mai 1993:** Prozeß gegen die Kremser "Wehrsportler" der "Kameradschaft Langenlois". Stolz bekennen sie, "gegen Türken, Jugoslawen, Linke, Sandler, Suchtgiftler, langhaarige und die KPÖ" zu kämpfen. Neonazis wollen sie allerdings keine sein, sondern nur Skinheads.

**12. Mai 1993:** Der slowakische Ministerpräsident sagt die Wiedereinführung des Minderheitenschutzes zu, die entfernten zweisprachigen Ortstafeln im Gebiet der ungarischen Minderheit sollen wieder aufgestellt werden. Die Slowakei will in den Europarat und muß daher dessen Auflagen in der Minderheitenfrage erfüllen.

**12. Mai 1993:** Schimanek jun. sagt als Zeuge im Kremser NS-Prozeß aus. Er habe sich nicht als Anführer der Gruppe, sondern als eine Art Sozialpädagoge verstanden, um aus Skins, die vom dumpfen Fremdenhaß geleitet worden seien, "brave deutsche Jungs" zu machen. Der ebenfalls einvernommene

Gottfried Küssel sieht in den Wehrsportübungen der Gruppe *"Freizeitvergnügen, wie Spaziergänge"*. Die Angeklagten werden tlws. freigesprochen, tlws. zu den üblichen bedingten Strafen verurteilt.

**13.Mai 1993:** Der Aula-Autor Friedrich Romig, bekannt u.a. als Beschimpfer des DÖW, wird Mitarbeiter im Stabe Kurt Krenns. Die Diözese St.Pölten schickt ihn in den interdiözesen Arbeitskreis zu Fragen des EG-Beitrittes. Romig hatte (wir haben den betrff. Artikel im Antifa-Info nachgedruckt) z.B. behauptet, der Faschismus sei in Europa die *"eigentliche Widerstandsbewegung gegen die Bolschewisierung und Sowjetisierung Europas"* gewesen.

**15.Mai 1993:** Haider sagt auf der Abschlußkundgebung der FPÖ für die Landtagswahlen in Tulln, er kehre als Landeshauptmann nach Kärnten zurück oder gar nicht.

**16.Mai 1993:** Landtagswahlen in Niederösterreich. Die ÖVP erreicht 44,2% und 26 Mandate, sie verliert damit die seit 1945 bestehende absolute Mandatsmehrheit, die SPÖ erreicht 34% und 20 Sitze, die FPÖ bekommt 12,1% und 7 Abgeordnete (+2), das Liberale Forum zieht überraschend mit 5,1% und 3 Sitzen in den Landtag ein, die beiden Grünparteien scheitern an der 4%-Hürde. Die FPÖ blieb deutlich unter den Erwartungen, hat aber jetzt mehr Arbeiteranteile unter ihren Wählern als die SPÖ, die bei den Pensionisten dominiert. Die Unterdreißigjährigen sind am stärksten beim Liberalen Forum und den Grünen vertreten, die sich auch um die gebildeten Schichten streiten. Das Liberale Forum heimste seine Stimmen aus allen Lagern ein, die FPÖ erhielt ihre Zugewinne von der ÖVP und der SPÖ, verlor aber stark an die Nichtwählergruppe. Das Liberale Forum will sich nach dem Erfolg beim ersten Wahlantritt nun auch für die Kärntner LTW um eine Kandidatur bemühen.

**17.Mai 1993:** Die Liberale Internationale will das Liberale Forum nunmehr als Ersatz für die FPÖ aufnehmen.

**17.Mai 1993:** Erster Verhandlungstag gegen Gottfried Küssel. Seine Mediengeschwätzigkeit war ihm zum Verhängnis geworden. Als er Ende 1991 in TV-Interviewes die Zulassung der NSDAP als Wahlpartei forderte, konnten selbst die österreichischen Behörden nicht mehr umhin, einzuschreiten, Küssel wurde im Jänner 1992 festgenommen. Der Angeklagte stellt sich als "kritischen Nationalsozialisten" dar und meint, die NSDAP habe 1934 mit der Liquidierung der basisorientierten SA-Führung den "reinen, reinen Weg" verlassen. Bei seiner VAPO habe es sich um keine Organisation, sondern um eine *"lose Gruppe nationalpolitisch denkender Menschen"* gehandelt, deren Kopf er nicht gewesen sei, man hätte nur auf ihn gehört. Die Wehrsportübungen hätten keinen politischen Hintergrund gehabt, sondern seien "reine Freizeitbeschäftigung" gewesen. Der Prozeß wird vertagt.

**18.Mai 1993:** Haider eröffnet den Landtagswahlkampf in Kärnten. Die stärkste Partei solle den Landeshauptmann stellen, die SPÖ sei unter 40% gesunken, die FPÖ nur noch 2% hinter den Sozialdemokraten. Eine Aussage, der bald IFES-Direktor Birk widerspricht: Die FPÖ läge z.Z. 4% unter ihrem LTW-Ergebnis von 29% und nur mehr 3% vor der ÖVP.

**Mitte Mai 1993:** Der mit Hilfe österreichischer Behörden ins Ausland geflüchtete, wegen NS-Wiederbetätigung verurteilte Gerd Honsik hat in Dänemark seinen neuen Wirkungskreis in Dänemark gefunden, wo er Referate hält. 4000 Stück seines neuesten "Werkes" ("Schelm und Scheusal, der Wiedergutmachungsbetrüger Szymon Wizenthal") werden in einer Wiener Druckerei beschlagnahmt.

**18.Mai 1993:** Dänemark stimmt neuerlich über den Maastricht-Vertrag ab. Nach mehreren Änderungen (so braucht Dänemark nicht an der Verteidigungsgemeinschaft mitwirken) stimmen 56,8% für den Vertrag. Darauf kommt es zu schweren Unruhen im Lande bei denen 26 Polizisten durch Steinwürfe und elf Demonstranten durch Schußwaffen (!! ) verletzt werden.

**21.Mai 1993:** Die ÖVP lehnt das passive Betriebsratswahlrecht für Ausländer ab.

**22.Mai 1993:** In einem STANDARD-Beitrag spricht sich Exbotschafter Hans Thalberg für die Beibehaltung der Neutralität aus und kritisiert die von Genscher und Mock forcierte Anerkennungswelle in Exjugoslawien, da dies die Konfliktmilderung unmöglich gemacht habe.

**23.Mai 1993:** Haider will sich für einen EG-Beitritt aussprechen, wenn Österreich ähnliche Ausnahmeregelungen wie Dänemark erhalte. Er will sich in Zukunft besonders für den "kleinen Arbeitnehmer" einsetzen und weiter Wähler aus dem SPÖ-Bereich gewinnen.

**24.Mai 1993:** Haider sieht in einem Interview mit dem WIENER die Freiheitlichen als die "Juden von heute" und Vranitzky als "Nadelstreiffaschisten". Der Bundeskanzler sagt daraufhin eine Gespräch mit der FPÖ über den EG-Beitritt ab und erklärt, er werde "den Kerl" wegen seiner Äußerung nicht klagen, um ihm nicht eine Plattform zu geben, wo er seine Verbalausfälle fortsetzen könne. Er lasse Haider dabei allein, "sich in dem Mist zu wälzen, den er selber öffentlich gemacht hat."

**25.Mai 1993:** Vranitzky erklärt, Österreich werde sich *"ohne Wenn und Aber an der Europäischen Union beteiligen"*. Man hatte auch bisher schon den Eindruck, daß Österreich ziemlich bedingungslos nach einem Anschluß an Großeuropa hechelt. Hier fehlt ganz eindeutig ein Bruno Kreisky!

**26.Mai 1993:** Haider bietet an, sich für den "Nadelstreiffaschisten" zu entschuldigen, wenn sich Vranitzky für den "Kerl" entschuldige. Dieses Ansinnen bleibt unbeantwortet.

**27.Mai 1993:** Erster Verhandlungstag im Prozeß Paul Grosz gegen Richard Nimmerrichter. 'Staberl' hatte am 30.9.92 geschrieben, *"wer den Herrn Hitler überlebt hat, wird auch den Herrn Grosz überstehen"*. Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde legte verständlicherweise keinen besonderen Wert darauf, mit Hitler verglichen zu werden und klagte wegen übler Nachrede und Beleidigung. Da Nimmerrichter nicht erscheint, wird die Verhandlung vertagt.

**30.Mai 1993:** Schwere Brandanschlag in Solingen, fünf Türkinnen sterben durch eine Brandstiftung, die von einer Gruppe rechtsextremistischer Jugendlicher inszeniert wurde. In der Folge kommt es zu etlichen weiteren Brandanschlägen, aber auch zu antinazistischen Demonstrationen und Kundgebungen.

**2.Juni 1993:** Ergebnis einer Umfrage unter steirischen SPÖ-Funktionären. 68% der Funktionäre sind der Ansicht, die SPÖ sei zu ausländerfreundlich und verliere dadurch bei den Wahlen, die Hälfte meint, das Boot sei voll, ein Drittel ist der Ansicht, daß Ausländer den Österreichern Arbeit und Wohnungen wegnähmen.

**2.Juni 1993:** In einem NEWS-Interview sagt Waldheim: *"Ich habe das traurige Verdienst, daß an mir stellvertretend für die Kriegsgeneration alle Versäumnisse der Vergangenheitsbewältigung nachgeholt wurden."*

**2./3.Juni 1993:** Prozeß gegen den Kärntner Lehrer Otto Schatzmayr, der beschuldigt wird bei einer Nazi-Kundgebung in Graz einen Polizisten verletzt und im Schulunterricht NS-Propaganda betrieben zu haben. Schatzmayr bestreitet die Vorwürfe, seine ehemaligen Schüler sagen mehrheitlich für ihn aus. Trotzdem gibt es wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt UND NS-Wiederbetätigung eine bedingte Haftstrafe von 18 Monaten. Verteidiger und Staatsanwalt berufen.

**3.Juni 1993:** Anlässlich der Trauerfeier für die fünf Opfer des Solinger Brandanschlages ruft der deutsche Bundespräsident Weizsäcker zu mehr Wachsamkeit gegen den Rechtsextremismus auf.

**3./4.Juni 1993:** Haider beabsichtigt in Zukunft auf das Parteiprogramm zu verzichten, da Programme in der modernen Politik oft hinderlich seien. Er will mit einem Wertekatalog von zehn bis zwanzig Prinzipien das Auslangen finden. Bei einer Klubklausur in Baden kritisiert er auch die beabsichtigte weitere Ausländerzuwanderung.

**5./6.Juni 1993:** Weitere Brandanschläge gegen Ausländerwohnstätten in Deutschland.

**5./6.Juni 1993:** Parlamentswahlen in Lettland, wahlberechtigt ist etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung, nur die Inhaber der lettischen Staatsbürgerschaft von 1940 und deren Nachkommen. Der "Lettische Weg" wird mit 38% stärkste Partei, aber bereits an zweiter Stelle landet mit 13% der deutsche Rechtsextremist Joachim Siegerist mit seiner "Nationalen Unabhängigkeitspartei", der auf Grund seiner lettischen Herkunft kandidieren konnte.

**6.Juni 1993:** Kommunalwahlen in Italien, die vielfach als rechtspopulistisch eingestufte "Lega Nord" erreicht die größten Gewinne, auch die Neofaschisten können ihren Stimmenanteil verbessern. Ebenfalls gut schneiden die Reformkommunisten (PDS) und die Altkommunisten (Rifondazione Comunista) ab, während die Christdemokraten und die Sozialisten ins Bodenlose abstürzen.

**6.Juni 1993:** Die Wahlen in Spanien bringen den erwarteten Rechtsruck nicht, die Sozialisten büßen nur rund 1,2% der Stimmen ein.

**7.Juni 1993:** Peter Michael Lings zieht im STANDARD eine Bilanz nach den ausländerfeindlichen Ausschreitungen in Deutschland und vergleicht die Chancen des Rechtsextremismus mit den Chancen des Linksradikalismus. Er schreibt u.a.: *»..Die Ideologie der RAF war immer die Ideologie einer Minderheit. Sie mochte eine Zeitlang den einen oder anderen Intellektuellen anziehen, aber gerade in der Unterschicht stieß sie auf energische Ablehnung. Es gab nur sehr wenig "latente Marxisten" in Deutschland - während es doch eine Menge latente Faschisten gibt.*

*Vor allem aber lagen dem Kampf der RAF nie wirkliche Anliegen der vielzitierten "Massen" zugrunde: Die Bevölkerung litt nicht wirklich unter dem "Joch des Kapitalismus", den "autoritären Strukturen" der Staatsgewalt, oder dem "amerikanischen Imperialismus".*

*Demgegenüber ist das "Ausländerproblem" ein wirkliches Problem (auch wenn es von den Exponenten der Rechten maßlos übertrieben wird): Der Ärger der Bevölkerung darüber, daß Ausländer in den ärmeren Vierteln der deutschen Großstädte wohnen, ist wesentlich größer, als der Ärger darüber, daß Hans Martin Schleyer oder Alfred Herrhausen sich im Villenviertel vom Volk absetzten. Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren, ist um einiges realer als die Angst vor amerikanischen Atomraketen. Und wo die RAF inmitten einer Hochkonjunktur vergeblich eine Krise an die Wand malte, erlebt die Bevölkerung derzeit zumindest eine spürbare Rezession. (...)*

*Damit steht die deutsche Demokratie, so fürchte ich, vor einer wesentlich größeren Herausforderung, als jener, die sie mit dem Sieg über die RAF bestanden hat...«*

**7.Juni 1993:** Die österreichische Staatsbürgerschaft bleibt einem anerkannten Flüchtling aus dem Iran vorenthalten, weil er zweimal an antipersischen Demonstrationen teilgenommen hatte. Eine bemerkenswerte Logik, zum Flüchten hatte er Grund genug, das hat Österreich anerkannt, aber gegen das Teheraner Regime zu demonstrieren, das verhindert die Verleihung der Staatsbürgerschaft an dem seit 1980 hier lebenden Exilperser.

**7.Juni 1993:** Die Staatsanwaltschaft stellt das Verfahren gegen den Karikaturisten Gerhard Haderer ein. Dieser hatte im April in den OÖNachrichten (!!) einen fetten, nackerten Kurt Krenn gezeichnet, der vor einem zaundürren Jesus am Kreuz kniet. Darauf waren zahlreiche Anzeigen wegen des Verdachtes der *Herabwürdigung religiöser Lehren* erstattet worden. Bei einer solchen Gesetzeslage, daß ein fetter Bischof Anlaß für eine solche Anzeige sein könnte, fragt man sich schon ziemlich verblüfft, ob sich nicht in gewissen Bereichen unseres Landes der klerikalfaschistische Dollfußgeist noch höchster Wertschätzung erfreut...

**8.Juni 1993:** Der frühere Polizeichef des französischen Kollaborateur-Regimes während der Zeit der NS-Besetzung, Rene Bousquet, wird in Paris erschossen. Ihm hätte 1994 ein Prozeß wegen 'Verbrechen gegen die Menschheit' gedroht.

**8.Juni 1993:** Der Schweizer Nationalrat lehnt die Verschärfung des Asylrechtes mehrheitlich ab.

**8.Juni 1993:** Die anhaltenden Brandanschläge gegen Ausländer veranlassen die deutsche Polizei zum Aufruf, die Ausländer sollten Türen und Fenster entsprechend verschlossen halten. Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, fordert ein schärferes Vorgehen der Behörden gegen den rechtsextremistischen Terror.

**11.Juni 1993:** Der Sozialausschuß des Parlaments senkt die österreichische Ausländerbeschäftigungsquote von 10 auf 8 Prozent, damit soll der "Verdrängungswettbewerb" unter den ausländischen Arbeitnehmern eingedämmt werden.

**Mitte Juni 1993:** Der Europarat will eine Kampagne gegen den Rassismus organisieren, die 1994 starten und mehrere Jahre dauern soll.

**Erste Junihälfte / Mitte Juni 1993:** Die Diskussion um Bischof Krenn fördert interessante Koalitionen. Die Attacken gegen den St.Pöltner Bischof kommen von vielen Seiten, als Verteidiger treten (neben seinen alten Freunden wie dem Porno-Huemer) besonders die Kronenzeitung und Jörg Haider in Erscheinung.

Die Installierung von Dozent Friedrich Romig zum Europa-Referenten der St.Pöltner Diözese im Mai war ja ein deutliches Signal für diese neue geistige Achse. Romig ist ein eifriger Schreiber in der AULA, wir zitieren aus einem Beitrag dazu im ANTIFA-INFO Nr.47:

Der Herr Dozent schlägt dafür die Gründung eines "KAMPFBUNDES WIDER DEN LINKSEXTREMISMUS" vor, dem "alle 400 als 'rechtsextrem' eingestuften Organisationen sowie eine Reihe von integren, im Kulturleben bedeutenden Persönlichkeiten angehören sollten. Aufgabe des Bundes wäre es, die linken Aktivitäten im Lande zu beobachten, zu dokumentieren und gezielt zu verbreiten *<bitte, so steht es dort, aber es ist wohl zu vermuten, daß nicht die linken Aktivitäten gezielt verbreitet werden sollen, sondern die Dokumentationen über sie>*. Durch massive Protestaktionen wären sodann linksextreme Aktivitäten anzuprangern und die hinter ihnen stehenden Medien, Organisationen, Ministerien, Institute sowie Redakteure, Politiker, Politwissenschaftler und Förderer unter entsprechenden Druck zu setzen."

In einem Interview mit einer CV-Zeitschrift stellt Krenn jedoch die Existenz einer "Achse" zur FPÖ in Abrede, allerdings sei "*nicht etwas schlecht, nur weil es aus dem Mund des Doktor Haider kommt*".

**18.Juni 1993:** Heide Schmidt bezeichnet die Einführung des kommunalen Wahlrechtes für Ausländer als relevantes Instrument zu deren Integration.

**20.Juni 1993:** In Niederösterreich ist die Zeit stehengeblieben. Unter Gendarmerieschutz veranstalten, die 'Österreichische Landsmannschaft', die 'Aktionsgemeinschaft für Politik' und diverse Burschenschaftler unter "Absingen von Propagandaliedern" (wie die Gendarmerie berichtet) ihre Sommwendfeier. Als eine Gruppe von Antifaschisten gegen diese Zusammenrottung protestiert, werden, erraten!!, die Antifaschisten festgenommen. Weil die Sommwendfeier ist schließlich jedes Jahr..

**22.Juni 1993:** Der rechtsextremistische ungarische Politiker Istvan Csurka gründet nach dem endgültigen Bruch mit seiner bisherigen Gruppierung, der Regierungspartei 'Ungarisches Demokratisches Forum' (MDF), die "Ungarische Wahrheit". Mit einer nationalistischen und antisemitischen Linie sollen nicht nur Anhänger gewonnen, sondern auch Abgeordnete vom rechten Flügel der MDF abgeworben werden.

**24.Juni 1993:** Eine IFES-Umfrage bringt das Liberale Forum in Wien in der Wählergunst auf den zweiten Platz.

**25.Juni 1993:** Rechtsextremisten besetzen in Johannesburg in Südafrika gewaltsam das World Trade Centre, wo Verhandlungen über die Zukunft des Landes nach dem Ende der Apartheid stattfinden.

**25.Juni 1993:** Auf seine neue Bündnisoption setzt Jörg Haider: Er ist auf Privataudienz beim Papst. Nach der Rückkehr erläutert er seine Position. Zwar sei die FPÖ traditionell laizistisch, durch den Wählerzuwachs seien die FPÖ-Wähler aber jetzt überwiegend kirchlich gebunden, man sei daher von kühler Distanz in eine wohlwollend-freundliche Nähe gerückt. Die FP wolle zwar ihr laizistisches Element erhalten, die Trennung von Kirche und Staat verbiete aber nicht, daß man gemeinsame Wertvorstellungen habe, die einen gesellschaftspolitisch auf die gleiche Seite brächten. Nunja, die Krenns werden es zu würdigen wissen und die antiklerikalen Freiheitlichen können ja jetzt die Heide wählen.

**26./27.Juni 1993:** Wieder einmal eine Kostprobe zu den Möglichkeiten einer einpoligen Welt: Weil der irakische Diktator Saddam Hussein einen Mordanschlag gegen den früheren US-Präsidenten Bush geplant haben soll, werden 23 Marschflugkörper auf die Zentrale des Bagdader Geheimdienstes abgefeuert. In ebenfalls getroffenen Wohnvierteln kommen mindestens sechs Zivilisten ums Leben. "Sweet dream of liberty", hieß es seinerzeit schon bei Brecht...

**27.Juni 1993:** In Bad Kleinen in Mecklenburg-Vorpommern werden zwei mutmaßliche RAF-Mitglieder gestellt. Ein Polizist und ein RAFler werden erschossen. Nach einigen Tagen taucht die Vermutung auf, daß Wolfgang Grams *nach* seiner Überwältigung erschossen worden sein soll.

**28.Juni 1993:** Gerichtliche Niederlage der FPÖ. Der Vorwurf, den der St.Pöltner Vizebürgermeister Fritz Schöggel (SPÖ) 1991 im Wahlkampf gegen die Haider-Partei erhoben hatte, »*in dieser Partei herrscht noch sehr viel braunes Gedankengut, und wer nicht deutscher Nation ist, ist für die FPÖ offenbar nicht gesellschaftsfähig*«, ist laut Entscheidung des Oberlandesgerichts Wien nicht einklagbar, da es sich um ein bloßes Werturteil handle.

**29.Juni 1993:** Mit ÖAMTC und ARBÖ unzufrieden? Jetzt gibt es eine neue Möglichkeit sich als Autofahrer zu organisieren, die FPÖ gründet mit dem *Blauen Christophorus* eine eigene Autofahrerorganisation. Na schließlich haben ja bei einigen Gemeinderatswahlen Autofahrerlisten Mandate erungen. Also: Bbrrrrbbrrrr....

**30.Juni 1993:** Gerichtsverhandlung gegen den '*Gaubeauftragten der VAPO für Salzburg und Oberösterreich*', Günther Reinthaler und seinen Stellvertreter Jürgen Liphay wegen NS-Wiederbetätigung in Salzburg. Die Angeklagten geben sich sehr zahm. Hakenkreuzfahnen und NS-Materialien habe man aus Sammlergründen gehortet, die Wehrsportübungen seien Sanitätsübungen gewesen, die VAPO sei eine Bürgerprotestbewegung.

**5.Juli 1993:** Urteile in Salzburg, wegen Verstöße gegen das NS-Verbotsgesetz werden Günther Reinthaler zu vier Jahren und Jürgen Liphay zu 18 Monaten unbedingter Haft verurteilt. »*Diesen Umtrieben wurde zuwenig Augenmerk geschenkt. Es ist an der Zeit, das ernst zu nehmen.*«, sagt Richter Eckehart Ziesel. Ein deutliches Signal, der Versuch sich im Sinne der NSDAP zu betätigen IST ein Verbrechen! Langsam scheinen die Zeiten der obligaten Freisprüche in NS-Verfahren vorbei zu sein!

**5.Juli 1993:** Nächster Verhandlungstag gegen VAPO-Chef Gottfried Küssel in Wien. Der Angeklagte erklärt sich zu einem "Nationalsozialisten im Sinne des Jahres 1993" und sieht sich in der Tradition der SA Ernst Röhm. An den Holocaust *glaubt* er nicht, Hitler ist trotz mancher Fehler der größte deutsche Politiker des Jahrhunderts.

**6.Juli 1993:** In Estland wird auf Druck des Europarates das neue Ausländergesetz wahrscheinlich nochmals überarbeitet, das in seiner jetzigen Fassung die im Lande lebenden Russen diskriminiert.

**6./7.Juli 1993:** Die Verhandlung gegen Küssel geht weiter, Vorführung von Videodokumenten, Zeugenaussagen. Die Zeugen sagen aus Angst oder Solidarität wenig bis nichts aus.

**7.Juli 1993:** Vermutlich letzter Parlamentsauftritt vom ehemaligen Clubchef der Freiheitlichen, Norbert Gugerbauer. Weil er die Beschlußfassung über das neue Kartellgesetz noch mitgestalten wollte, ist er nach seinem angekündigten Rücktritt noch im Parlament geblieben. Den Beschluß des Kartellgesetzes hat er nicht mehr miterlebt, aber seit 1.Juli die für eine Politikerpension nötige Abgeordnetendienstzeit erreicht. Ein Hoch dem Privilegienkampf!

**7.Juli 1993:** Mehrere Tageszeitungen berichten darüber, daß Jägerstätter "*blind gegenüber dem Antisemitismus*" gewesen wäre. Die ANTIFA-INFO-Leser werden sich an den Beitrag von Andreas Maislinger ('*Franz Jägerstätter und die Juden*') im letzten ANTIFA-INFO erinnern, der nun in der Zeitung des 'Christlichen Lehrervereins' nachgedruckt wurde und von dort via APA den Weg in die Zeitungsredaktionen fand. Jägerstätter-Biographin Erna Putz äußert sich beängstigend naiv über die vorgebrachte Kritik: Aufgrund der damaligen Umstände im Innviertel habe Jägerstätter wenig über Juden und deren Situation unter dem Naziregime wissen können, da es im Innviertel und angrenzenden bayrischen Raum kaum Juden gegeben habe. Darum war in dieser Gegend wohl der nazistische Antisemitismus was Unbekanntes?

Eine Anekdote aus der NS-Zeit hierzu. Im Volke sprach man zwar darüber, ob es wahr sein könnte, daß der Name der deutschen Einheitsseife **RIF**, die Abkürzung für **Rein Jüdisches Fett** sei, aber was man den Juden passiert ist, das hat man überhaupt nie nicht auch nur zu ahnen gewagt. Die Nazis haben wohl aus den ermordeten Juden keine Seife gemacht, aber für möglich gehalten haben sie es, die Nichtwisser und Ahnungslosen!

**10.Juli 1993:** Die FPÖ kommt dem Ausschluß aus der *Liberalen Internationalen* zuvor. Als absehbar ist, daß auf der Tagung in Tallin die Partei ausgeschlossen werden wird, überreicht Holger Bauer eine schriftliche Austrittserklärung.

**11.Juli 1993:** In der ostslowakischen Stadt Spisske Podhradie wird ein nächtliches Ausgehverbot gegen Sinti und Roma verhängt. Das Verbot wird nach einigen Tagen durch Gerichtsentscheid wieder aufgehoben.

**11.Juli 1993:** Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, kritisiert die geplante Inschrift auf der zentralen Gedenkstätte in Berlin, »*Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft*«, die Opfer des NS-Terrors würden dadurch nivelliert.

**12.Juli 1993:** Der Kärntner Heimatdienst, laut Eigendefinition *eine überparteiliche Bürgerinitiative von rund 50.000 Kärntnern und Kärntnerinnen* beginnt eine *EG-kritische Aufklärungskampagne*. In einer Auflage von 262.000 Stück wird eine Flugschrift in Kärnten und der Südsteiermark "*Nein zur Maastricht-EG*" versandt, um dem *erschreckenden Informationsdefizit* der Bevölkerung zu begegnen, denn durch einen EG-Anschluß sei die *Eigenstaatlichkeit des Vaterlandes und die Landeseinheit Kärntens in einem künftigen Europa der Regionen in Gefahr*. Besonders gewarnt wird vor einem *Einschluß des Bundeslandes in eine mehrheitlich fremdsprachige Alpen-Adria-Region*. Es geht dem KHD um die *Wahrung der österreichischen Identität*, die vor allem durch eine *Bewahrung Kärntens vor multikulturellen und multiethnischen Einflüssen* gesichert werden sollte. Ja, wie man sieht, es gibt viele Gründe gegen einen EG-Beitritt, hört man manchen dieser Gründe, könnte man selber zu einem EG-Befürworter werden...

**13.Juli 1993:** Über den Besuch Jörg Haiders beim Papst schreibt Günter Traxler im Standard u.a.:

»*Rrrraus aus der Liberalen Internationale, rrrrein in die katholische Kirche ist die rrrrostfrische Linie, die Jörg Haider nun seiner Partei diktiert. Der gute Hirte muß eben stets obacht geben, daß die Herde der Schäflein nicht schrumpft, und wenn sie auf der einen Seite davonlaufen, muß man rechtzeitig den Zulauf von der anderen Seite organisieren. Er weiß ein Kirchenlied davon zu singen, wie leicht man ausgegrenzt ist, wenn man nicht selber rechtzeitig die anderen ausgrenzt, und (..) die l i b e r a l e Spreu vom Weizen trennt.(..)*

*Man versteht es ja, daß Menschen, die (..) so gründlich und so dauerhaft verkannt werden, Trost in der Religion suchen und - Krenn ist gnädig - auch finden. Was dem einen sein Damaskus, ist dem anderen St.Pölten. Zwar gibt es auch in der Kirche noch Menschen, die Haider verkennen, aber nun ließ er uns wissen: "Die reale Haltung der Kirche hätte nicht besser bewiesen werden können als durch die halb-stündige Privataudienz, die Papst Johannes Paul II. vor zwei Wochen dem FPÖ-Obmann gewährte."*

*Es ist soweit: Jörg Haider hat sich auserwählt zu interpretieren, was "die reale Haltung der Kirche" ist. Ob das alle Schafe freut, die er berufen will, sich über den blauen Kamm scheren zu lassen?»*

Auch das FPÖ-Zentralorgan 'Neue Freie Zeitung' weiß ausführlich über den Papstbesuch zu berichten: »Jörg Haider, der als Katholik von der Audienz tief berührt war, stellte in allen wesentlichen Fragen Übereinstimmung fest, korrespondieren doch die Grundwerte. Sie gilt es zu stärken, denn am Wertbewußtsein fehlt es heute überall.« Dann sind wir ja gerettet, mit den Grundwerten von katholischer Kirche (a la Krenn) und den Grundwerten a la Haider kann uns nix mehr passieren.

**13.Juli 1993:** Der zurückgetretene FP-Abgeordnete und Wirtschaftssprecher Helmut Peter spricht nach dem Austritt der FPÖ aus der Liberalen Internationalen von einem weiteren Schritt in Richtung Isolierung. Zur EG-Haltung der Partei sagt er die *einmütigen Europapartei* habe in dieser Frage zu einer *wankelmütigen, diffusen und schwammigen Haltung gewechselt*. Er werde seine Entscheidung über den weiteren Verbleib in der FPÖ im August treffen.

**13.Juli 1993:** In der Pariser Zeitung *Le Monde* ruft eine Gruppe von europäischen Intellektuellen zur Wachsamkeit gegen die zunehmenden rechtsextremistischen Strömungen auf.

**14.Juli 1993:** Die guten Nachrichten im Zusammenhang mit dem Neonazismus in Österreich halten an: In Wien werden Roman Baumberger und Robert Sramek zu dreieinhalb Jahren bzw. zwölf Monaten unbedingter Haft wegen Nazi-Schmieraktionen und Ansammlung von NS-Propagandamaterial verurteilt.

**14./15./16.Juli 1993:** In Terezin findet eine Arbeitstagung oberösterreichischer Lehrer statt. Die Tagung beschäftigt sich mit der Erarbeitung von Möglichkeiten, das Thema *Holocaust* in den Schulen pädagogisch einzubinden. Organisiert wird die Veranstaltung vom Pädagogischen Institut Linz und dem Projekt Gedenkdienst.

**15.Juli 1993:** In Deutschland gibt es wieder zwei bundesweite Polizeiaktionen gegen den Rechts extremismus, 67 Wohnungen werden durchsucht, gegen 75 Personen wird wegen Verstöße gegen das Vereinsgesetz Anzeige erstattet, gegen vierzehn Personen werden Ermittlungsverfahren eingeleitet.

**15.Juli 1993:** Im März hatte ein Polizist, der von Peter Pilz bei einer Demonstration um seine Dienstnummer gefragt worden war, diese mit "4711" angegeben und sie später auf "007" korrigiert. Nun stellte sich dieses Mitglied der Alarmabteilung, der Pilz als "Anarchisten" bezeichnet hatte, als Wolfgang Irshik, Bezirksrat der Wiener FPÖ heraus.

**Mitte Juli 1993:** Das Meinungsforschungsinstitut OGM veröffentlicht eine Untersuchung zum Thema "Stammwähler". So ist in der SPÖ von 1961 bis 1993 der Stammwähleranteil von 75 auf 47% zurückgegangen, bei der ÖVP von 72% auf 42%. Im Jahre 1974 waren noch 21% der Erstwähler Mitglied in einer politischen Organisation, heute sind es nur noch 5%. Diese Entwicklung sei der Ausdruck einer *Normalisierung*. In Österreich sind heute immer noch 17% aller Wähler Mitglied in einer Partei, im europäischen Durchschnitt sind es nur sechs Prozent.

**Mitte Juli 1993:** Die FPÖ-Anhänger sind weiterhin über die Haltung zum EG-Beitritt gespalten. 49% sind entschlossen mit NEIN und 39% sind entschlossen mit JA zu stimmen. Verständlich, daß Haider keinen eindeutigen Standpunkt für oder gegen die EG zu äußern wagt.

**16.Juli 1993:** Zum ersten Mal gedenkt das offizielle Frankreich der Judenverfolgungen im Lande durch das Marionetten-Regime von Vichy während des Zweiten Weltkrieges. Im Juli 1942 waren in Paris 13.000 Juden von der französischen Polizei interniert und später in die KZs abtransportiert worden. Bisher war dieses Thema in Frankreich tabu.

**16.Juli 1993:** In Los Angeles werden acht weiße Rassisten festgenommen, die Massaker unter Farbigen geplant hatten.

**16.Juli 1993:** Jörg Haider schlägt erneut ein Abkommen vor, daß der Landeshauptmann von Kärnten von der stimmstärksten Partei gestellt werden müsse.

**21.Juli 1993:** Im Zuge der Verbesserungen der österreichisch-italienischen Beziehungen sollen auch die von den italienischen Behörden noch gesuchten österreichischen Südtirolterroristen der Sechzigerjahre begnadigt werden.

**21.Juli 1993:** Der französische Verfassungsrat erklärt mehrere Punkte des neuen Ausländergesetzes für verfassungswidrig.



**22. Juli 1993:** Die steiermärkische ÖVP appelliert an die Bundespartei, die Option für eine Koalition mit der Haider-FPÖ offenzuhalten. Der geschäftsführende Obmann Hirschmann hat sich schon öfters dafür stark gemacht.

**26. Juli 1993:** Außenminister Mock erklärt, der Krieg im ehemaligen Jugoslawien sei vor allem auf unbarmherzigen Nationalismus zurückzuführen. Wer hätte das gedacht!?

**28. Juli 1993:** Das oberste Gericht in Israel spricht in der Berufungsverhandlung den zum Tode verurteilten John Demjanjuk frei. Das Gericht sieht es als nicht mit letzter Sicherheit erwiesen an, daß er wirklich der unter dem Namen "Iwan der Schreckliche" berüchtigt gewordene KZ-Scherge gewesen sei. Demjanjuk bleibt vorläufig in Haft, es werden weitere Ermittlungen zu im Verfahren ausgeschiedenen Gesichtspunkte eingeleitet.

**2. August 1993:** Gegen eine Direktwahl der Landeshauptleute sprechen sich der Salzburger LH Katschthaler (VP), Abgeordneter Khol (VP) und Klubobmann Fuhrmann (SP) aus.

**Anfang August 1993:** Der bayrische Ministerpräsident Stoiber hat das Landesamt für Verfassungsschutz beauftragt, Belege für die Verfassungswidrigkeit der *Republikaner* Schönhubers zu sammeln. Als Reaktion reinigt nun diese Partei ihr Programm von allzu deutlichen rechtsextremistischen Aussagen, auch werden einige besonders freizügig agierende Mitglieder ausgeschlossen.

**Anfang August 1993:** Heiterkeit löst eine Enttarnung in Deutschland aus. Drei Jahre lang war der Marketingspezialist Joachim Bürger als *Macho* durch die Medien gezogen ("*Ein Mann braucht keine intelligente Frau, er will bumsen und nicht diskutieren*") und hatte von einem einschlägigen Buch 280.000 Exemplare verkauft. Jetzt erklärte er, es sei darum gegangen, ein unbekanntes Produkt (ihn selbst) durch gezieltes Marketing erfolgreich zu vermarkten, unabhängig davon wie substanzarm das Produkt auch sein mag. Besonders bei den privaten TV-Stationen war Bürger ein gefragter Mann, sein Werbezeitgegentwert wurde auf ca. 400 Millionen Schilling berechnet.

**4. August 1993:** Der ehemalige Wirtschaftssprecher der FPÖ, der Präsident der Hoteliersvereinigung und 'Rössl-Wirt' in St. Wolfgang, Helmut Peter gibt seinen Austritt aus der FPÖ bekannt. In einem *Offenen Brief* rechnet er mit seinem Schulfreund Jörg Haider ab und schreibt u.a.:

»...Du (hast) die FPÖ (..) von der bürgerlichen Position einer nationalliberalen Partei an den rechten, konservativen Rand gerückt. Dort sammelst Du sehr erfolgreich die Stimmen der Menschen, deren Emotionen Du anheizt und verstärkst, ohne Rücksicht darauf, welche Geister Du dabei rufst (..) Deine wahrlich unselige Koalition mit vielem, was sich am rechten Rand des politischen Spektrums tummelt, macht nicht einmal vor den erzreaktionären Kreisen der katholischen Kirche halt (..) Deine (..) Politik hat Dich zum einsamen Alleinherrscher der FPÖ gemacht, der sein innerparteiliches, kritisches Potential verloren hat (..) Die bloße rhetorische Abgrenzung zu Rechtsextremismus und seinen fürchterlichen Auswirkungen in der Geschichte sind zu wenig, sie müssen tief empfunden und glaubwürdig sein. Beides wird Dir national, wie international nicht mehr abgenommen. damit verliert die FPÖ ihre letzte inhaltliche Positionierung im sich vereinigenden Europa und rutscht, in ihrer Reputation, auf die Ebene der Schönhubers und Le Pens ab...«

**6. August 1993:** Die Absicht, Jörg Haider das *Große Goldene Ehrenzeichen mit dem Stern für Verdienste um die Republik Österreich* zu verleihen, löst vehemente Kritik aus. Der Verleihungsvorschlag kommt von Nationalratspräsident Fischer. Begründung: Routineverleihung auf Grund der erreichten Abgeordnetendienstjahre...

**6. August 1993:** Kriemhild Trattinig in einem Interview mit dem STANDARD anlässlich der Versöhnung mit der FPÖ: "...ich kämpfe gegen die Diskriminierung der nichtberufstätigen Frauen, für die Familie. Die Gruppe ist groß. Ich habe es immer für den falschen Weg gehalten, Frauen in berufliche Erwerbstätigkeit zu drängen.

*Besser wäre es gewesen, Familienvätern ein entsprechendes Einkommen zu sichern. (....) Meine Muttersprache ist deutsch, bin somit Angehörige der deutschen Kulturgemeinschaft. Identitäts- und Kulturpflege muß für mich genauso ein Recht sein, wie für die Slowenen in Kärnten. In einem Europa der Regionen, sehe ich die Alpen-Adria-Region als Gefahr für das Deutsche. Wir wären eine sprachliche Minderheit. Diese Sorge teile ich mit dem Kärntner Heimatdienst, sonst stehe ich hinter Haiders EG-Kurs."*

**9. August 1993:** Axel Corti spricht zum 50. Jahrestag der Hinrichtung von Franz Jägerstätter einen Kommentar in Zeit im Bild, der entsprechende Kritik aus Nazikreisen hervorruft und denen sich auch Generalintendant Bacher mit einem Verweis an ZiB-Chef Broukal anschließt.

**10. August 1993:** Haider-Interview im STANDARD. Über das Abhandenkommen von Gesinnungsgenossen: *"Ich bin zu gutgläubig und nicht sehr vorsichtig...Meine Großzügigkeit und Toleranz werden mißbraucht."* Über die Stellung der FPÖ: *"Die FPÖ ist die einzige Partei mit gesellschaftsverändernder Strategie und damit Gegner des Systems. Das System verbündet sich gegen die FPÖ mit allen legalen und illegalen Mitteln."* Über das LIBERALE FORUM: *"Das ist eine sozialistische Partei, die ihre Chancen im Bereich der Grünwähler und der linkskatholischen Wähler wahrnimmt."* Was sind dann die Sozialdemokraten?: *"Die versuchen derzeit eine Wählerkoalition zu bilden. Nämlich einen Spagat zwischen der konservativen Arbeiterschaft (...) und einer linken Schickeria von bürgerlichen, linksorientierten Wählern. Das wird auf Dauer nicht funktionieren, denn da sind wir ein Störfaktor."* Über die österreichischen Arbeiter: *"Die Arbeiter waren in Österreich in Wahrheit nie links. Sie waren immer eine eher traditionell konservative Bewegung, (...) daher ist Arbeiterschaft für uns ein interessantes Potential, das auch kongenial ist zur geistigen Grundströmung der FPÖ."* Über Bischof Krenn: *"Die Ablehnung der pharisäischen Position der österreichischen Medien, die das willfährige Instrument einer politischen Jagdgesellschaft sind. Die versuchen jeden, der nicht links ist, mundtot zu machen. Krenn spricht aus, was die meisten österreichischen Bischöfe denken."* Über eine Regierungsbeteiligung der FPÖ: *"Wir werden in die Nationalratswahl gehen mit der klaren Aussage, in der Opposition zu bleiben. Die Große Koalition ist Realität. Wir werden gestärkt daraus hervorgehen und bereiten uns in der nächsten Phase auf die Regierungsverantwortung vor. Bei der Wahl 1998 werden wir sagen, was wir als Regierungspartei reformieren wollen...Es wird bei der Wahl noch einmal eine Demütigung der ÖVP durch den Wähler geben und damit ordentliche personelle Veränderungen. Wir werden dann nachdenken, ob wir bereit sind, mit einer neuen ÖVP zusammenzuarbeiten."* Über sich selber: *"Der Alte ist wieder da. Meine Gegner haben einen Fehler gemacht. Sie hätten im Frühjahr Wahlen machen müssen. Sie hätten uns in einer Irritationsphase erwischt, in der viel über uns hereingebrochen ist. Alles, was sie 1994 machen, bedeutet für sie eine weitere Schlappe."*

**11. August 1993:** Der Kärntner Landeshauptmann Zernatto (ÖVP) schließt die Wahl Haiders zum Landeshauptmann durch die ÖVP aus.

**Erste Augushälfte 1993:** Langsam laufen über das neue Aufenthaltsgesetz Diskussionen an. Besonders die vorgeschriebene Mindestwohnraumgröße von zehn Quadratmeter, die Bestimmung bei Fristversäumnis aus dem Ausland einen neuen Aufenthaltsantrag stellen zu müssen und die Sechswochenfrist für Behördenentscheidungen, nach deren Verstreichen eine Abschiebung droht, werden kritisiert. Aus formalen Gründen drohen jetzt auch seit Jahrzehnten hier anwesenden Leuten Schwierigkeiten. Aus verschiedenen Kreisen, von den Grünen bis zum Justizsprecher der ÖVP, werden Forderungen nach Gesetzesänderungen erhoben.

**13. August 1993:** Erwin Pröll (u.a. auch Vize-Bundesparteiobmann der ÖVP) meint zu möglichen Koalitionen: *"Ich glaube, man sollte niemanden ausgrenzen"*. Eine Koalition mit der Haider-FPÖ werde *"von Haider abhängen"*.

**13. August 1993:** Die angedrohte Versetzung Broukals vom Fernsehen zum Rundfunk wegen des Corti-Kommentars zu Jägerstätter, der den Unmut der alten Nazis hervorgerufen hatte, unterbleibt. Broukal bedauert, daß er mit dieser Art des Kommentars eine Neueinführung vorweggenommen habe, die erst für Ende September vorgesehen war. Der ORF-Betriebsrat bezeichnet die ohne Befassung des Betriebsrats ausgesprochene *"Verwarnung"* als *"gegenstandslos"*. Es bleibt trotzdem eine unglaubliche Zumutung, daß sich Bacher mit dem nationalsozialistischen Bodensatz gegen die antifaschistischen Äußerungen Cortis solidarisierte. Wie weiters nicht überraschend, sehen die österreichischen Medien diesen Skandal nicht als solchen.

**Mitte August 1993:** Der französische Verfassungsrat hebt zwei Artikel des neuen Ausländergesetzes auf und verlangt die Abänderung von sechs weiteren.

**14. August 1993:** Trotz offiziellem Verbot findet in Fulda der Rudolf-Heß-Gedenkmarsch der Neonazis statt. Die Polizei toleriert die Veranstaltung stillschweigend. Wieder einmal ein Beispiel für die geistige Verwandtschaft von gewissen Kreisen der Exekutive mit dem Rechtsextremismus.

**14./15. August 1993:** In Tokio findet eine Tagung über die japanischen Kriegsverbrechen statt. Seit sich der neue Premierminister Morihiro für japanische Untaten im Zweiten Weltkrieg entschuldigt hat, werden verstärkt Forderungen nach entsprechenden Wiedergutmachungen erhoben, von denen sich Japan bisher gedrückt hat.

**15. August 1993:** Haider begrüßt das österreichische Aufenthaltsgesetz als *"Einlenken der Regierung auf Positionen der FPÖ"*. Die restriktive Ausländerpolitik dürfe nicht umgekehrt werden, man werde darauf achten, daß die Linksaktivisten in den Regierungsparteien keine Oberhand bekommen.

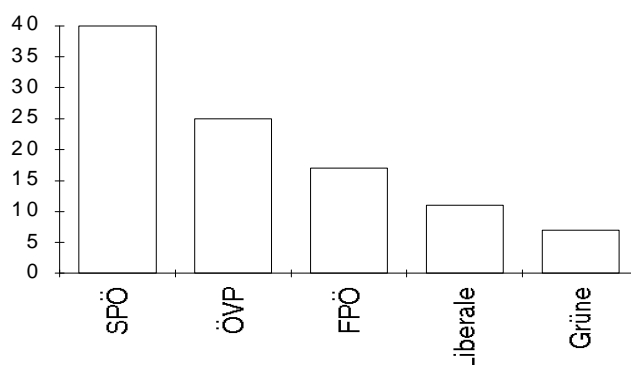
**16.August 1993:** Innenminister Löschnak nimmt zu den Vorwürfen betreffend Aufenthaltsgesetz Stellung. Von 12.000 Anträgen seien bisher nur sechzig abgelehnt worden. *"Wir müssen aufpassen, daß wir nicht die einzigen sind, die in Europa Familienzusammenführung betreiben."*

**18.August 1993:** Caritaspräsident Schüller meint zum Aufenthaltsgesetz: *"Diese Verwaltungsabsurditäten kann keine Parlamentspartei gewollt haben."* Laut einer Meinungsumfrage plädieren 61% der Österreicher für eine großzügige Auslegung des Gesetzes, 17% sind für ein hartes Durchgreifen der Behörden. Der Eifer der Regierung geht also weiter als die Stimmung der Bevölkerung.

**Zweite Augushälfte 1993:** Durch Artikel im PROFIL und im STANDARD kommt diese "Mikrophon-in-den-Mund-nehmen-und-fest-daran-lutschen"-Affäre um den ÖVP-Abgeordneten Burgstaller jetzt in die Öffentlichkeit. Zuerst hat der Burgstaller dazu gemeint *"Egal, wie ich es gesagt habe, ich dachte bei der Aufforderung, das Ding in den Mund zu nehmen, an einen Eislutscher. Ein Schwein, wer dabei an einen Penis denkt."* In der Folge zog er es vor, überhaupt nichts gesagt zu haben, dann war es ein anderer ÖVPler, den er nicht verraten wolle und schließlich entschuldigte er sich (nach Parteiaustritt) für die (angeblich gar nicht gemachte) Äußerung. Der Chronist verkneift sich weitere Kommentare...

**19.August 1993:** 74jährig stirbt nach langer Krankheit Hans Lebert. Der Schriftsteller und ehemalige Wagnersänger hatte sich durch die Wiederveröffentlichung des antifaschistischen Romans *Die Wolfs- haut* einen Namen gemacht. 1960 blieb dem Buch der Erfolg noch verwehrt, die Thematisierung der Mitschuld von Österreichern am Nationalsozialismus unerwünscht. Lebert: *"Zuerst war ich noch so naiv zu glauben, daß sie sich freuen, wieder Österreicher zu sein. Aber wie ich gesehen habe, daß die weiterhin frech sind, da bin ich wütend und immer wütend-melancholischer geworden."*

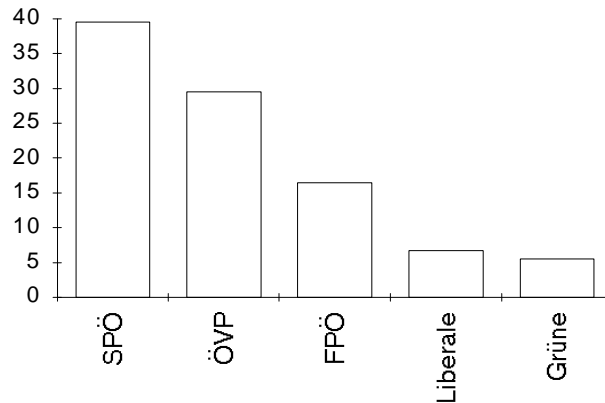
**19.August 1993:** Meinungsumfrage von IMAS: Derzeitiges Wählerverhalten:



**19.August 1993:** In Portugal wird gegen die Stimmen der Sozialisten und anderer oppositioneller Linksparteien ein restriktives Asylgesetz verabschiedet. Ausweisungen sollen in Hinkunft auf dem Verwaltungswege erfolgen.

**19.August 1993:** In Wien, Ober- und Niederösterreich und in der Steiermark finden insgesamt 26 Hausdurchsuchungen bei Personen statt, die im Verdacht der NS-Wiederbetätigung stehen. Zuerst wird dies als *starker Schlag* gegen den Rechtsextremismus gewertet, nach einigen Tagen ist man kleinlaut: Keine Haftbefehle, keine neuen Anhaltspunkte. Die Verdächtigen waren offenbar vorgewarnt worden. In der Wiener STAPO dürfte ein entsprechender Nazi-Sympathisant sitzen.

**20.August 1993:** Das Institut für Politikforschung kommt zu einem anderen Ergebnis im zu erwartenden Wählerverhalten, der ÖVP geht es hier deutlich besser:



**20. August 1993:** Auch Simon Wiesenthal schließt sich der Kritik an der hessischen Landesregierung an, deren Verantwortlichen den Nazi-Aufmarsch in Fulda geduldet hatten.

**20. August 1993:** Mit einer besonders dummen Meldung tritt SP-Bundesgeschäftsführer Marizzi an die Öffentlichkeit. Er bezeichnet das Bundesheer als "*phantastische Einrichtung*", das "*wieder Schule der Nation*" werden müsse. Man könnte eigentlich annehmen, daß ein Spitzenpolitiker soviel Zeitgeschichtskennntnisse haben müsse, zu wissen, daß in *Mein Kampf* Hitler das Militär als "*letzte und höchste Schule*" bezeichnet hat. Derweilen sind zumindest die Präsenzdiener weit von dieser Ansicht entfernt. Ihre Meinung über das Bundesheer ist üblicherweise nach Absolvierung dieser *Schule* noch schlechter als vorher.

**20. August 1993:** Haider übt Kritik am Aufenthaltsgesetz, er fordert die Beseitigung von *bürokratischen Hemmnissen*. Auch das Antiausländervolksbegehren der FPÖ habe sich nicht gegen in Österreich lebende Gastarbeiter gerichtet. Haider liberaler als Löschnak?

**20. August 1993:** Der deutsche Innenminister Kanther bezeichnet den geduldeten Nazi-Aufmarsch in Fulda als *widerwärtig* und spricht sich für eine härtere Gangart gegen Nazi-Organisationen aus. Zur Zeit wird das Verbot der "*Sozialrevolutionären Arbeiterfront*" und des "*Förderwerks Mitteldeutsche Jugend*" geprüft, es handelt sich dabei um Nachfolgeorganisationen der verbotenen "*Nationalistischen Front*".

**Zweite Augushälfte 1993:** Die Einwohner des Dörfchens Dolgenbrodt in Brandenburg (vormals DDR) sollen Geld gesammelt haben (2.000 DM) und damit Brandstifter für die Zerstörung des Asylbewerberheims angeworben haben. Am 1.11.92 war ein ehemaliges Jugendheim, das für eine Unterbringung von Asylanten adaptiert worden war, niedergebrannt worden.

**26. August 1993:** Bericht des deutschen Amtes für Verfassungsschutz. In Deutschland organisiert sich der Rechtsextremismus zunehmend, 1992 gab es insgesamt 2.584 rechtsextremistische Gewalttaten, was eine Zunahme gegenüber 1991 um 74% bedeutet, im vergangenen Jahr gab es dabei 17 Todesopfer, die Mitglieder rechtsextremer Gruppen werden auf knapp 42.000 geschätzt, davon sollen ca. 6.400 "gewaltbereit" sein, es bestehen 82 als rechtsextrem eingestufte Organisationen.

**27. August 1993:** Gegen eine Verschärfung der Gesetze zum Rechtsextremismus sprechen sich in der BRD die FDP und die SPD aus. Die FDP hält die bestehenden Gesetze für ausreichend, die SPD eine Verschärfung für eine bloße Scheinlösung, man solle die bestehenden Gesetze endlich konsequent anwenden. Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Bubis, wirft der Regierung vor, sie habe aus den Ausschreitungen nicht die nötigen Konsequenzen gezogen und die Gefahr von rechts verharmlost.

**Zweite Augushälfte 1993:** Diskussionen über die Tiroler Landeshymne. SPÖ-Chef Hans Tanzer äußert, daß Textstellen wie *Ganz Deutschland, ach, in Schmach und Schmerz* und *Gott sei mit Euch, mit dem verrat'nen Deutschen Reich* nicht dem Tirol-Verständnis von heute entsprächen. Sofort gibt es natürlich Proteste gegen diese Ansicht, FPÖ-Generalsekretär Meischberger nennt Tanzer einen *vaterlandslosen Gesellen*, dem es an Geschichts- und Traditionsverständnis mangle und der bekannte und berühmte Kronenzeitungsdichter Wolf Martin schuf dazu folgendes Machwerk:

*Beim Feiern komme uns nicht mehr*

*der Hofer in den Sinn.*

*Der war ein Erzreaktionär.*

*Wo kämen wir da hin?*

*Was brauchen wir ein Vaterland  
und Stolz auf unsern Widerstand  
im künftigen Tirol?*

*Wir hau'n die Helden auf den Mist,  
die Heiligen dazu.*

*Wer Schütze ist, gilt als Faschist.*

*Wir fangen ihn im Nu!*

*Die Anderln, die sind out am Inn,  
vom Isel der wie das vom Rinn,  
im linken Land Tirol.*

*Nicht länger sei die deutsche mehr  
die heimische Kultur.*

*Wir hol'n ein Immigrantenheer*

*und leisten einen Schwur:*

*Wir ruhen nicht und rasten nicht,*

*bis jede Tradition zerbricht*

*im Multikultiro!*

Man sieht, Wolf Martin wurde im Ochsenberger-Prozeß vom Verteidiger nicht umsonst als Journalist mit ähnlicher Schreibe wie der Angeklagte angeführt. Der antisemitische Kult um das *Anderl von Rinn* ist für den Krone-Reimer also auch eine erhaltenswerte Tradition und in Tirol gibt es keine Tiroler Kultur und Tradition, sondern eine deutsche. Bloß bemerkenswert, daß seinerzeit der Andreas Hofer mit seinen Leuten gegen die Franzosen UND die Bayern gekämpft hat (wobei nicht aus den Augen verloren werden darf, daß der Tiroler Widerstand sich speziell auch gegen die aufklärerischen Maßnahmen der Franzosen richtete).

**29. August 1993:** Bundespräsident Klestil spricht sich für eine rasche Änderung des Aufenthaltsgesetzes aus. Die Bestimmungen des Gesetzes erweisen sich immer wieder als schikanös und existenzbedrohend gegen langjährig in Österreich lebende Ausländer.

**Ende August 1993:** Bei Hausdurchsuchungen in der Nazi-Szene fallen den Behörden nicht nur diverse Propagandamaterialien in die Hände, sondern auch Bastelanleitungen für Sprengsätze, die von der amerikanischen NSDAP-AO vertrieben werden.

**1. September 1993:** Für gewaltig hält der ausgetretene ÖVP-Eislutscher Burgstaller seinen Einfluß auf die Wähler. Drei bis vier Prozent vom rechten Rand werde die Partei bei den nächsten Wahlen durch seinen Austritt verlieren, in Wien sei eine "*grüne ÖVP-Bagage*" am Werk, mit Haider könnte man rein programmatisch viel besser arbeiten als mit der linken Szene, "*mit der man sich verhabert hat*".

**1. September 1993:** In Theresienstadt wird eine Gedenktafel für den 1942 dort ermordeten Leiter der sudetendeutschen Sozialdemokraten Ludwig Czech in Anwesenheit von Havel, Vranitzky und dem ehemaligen SPD-Vorsitzende Vogel enthüllt.

**1. September 1993:** Der französische Premierminister beabsichtigt eine Verfassungsänderung, um die aufgehobenen Bestimmungen des neuen Einwanderungsgesetzes in Geltung zu setzen.

**1. September 1993:** Bundeskanzler Vranitzky spricht sich gegen eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes aus, es solle der Vollzug verbessert werden.

**4. September 1993:** Einige zehntausend Menschen nehmen in Ungarn an der Beisetzung des 1957 in Portugal im Exil verstorbenen "Reichsverwesers" Miklós Horthy teil, darunter auch sieben Minister der

jetzigen Regierung. Horthy hatte von 1919 bis 1944 Ungarn als nationalistischer Diktator regiert, jetzt versuchen rechte Kreise in Ungarn ihn vom Status des Faschisten und Hitler-Verbündeten freizumachen. Obwohl unter seiner Herrschaft rund 600.000 ungarische Juden der Vernichtungsmaschinerie der Nazis ausgeliefert wurden, rechnet man ihm nun an, daß er angeblich die Deportation der Budapester Juden zu verhindern versucht habe. Das erinnert an die Argumentation der Selektionsärzte in den KZs, die sich damit zu verteidigen trachteten, daß sie nicht soundsoviele Juden in den Tod geschickt, sondern soundsoviele "gerettet" hätten, die sie als "arbeitsfähig" aussortiert hatten.

**Anfang September 1993:** In der Schweiz sammelt die Schweizer Volkspartei Unterschriften für ihre *Initiative gegen die illegale Einwanderung*. Ein Volksbegehren soll eingeleitet werden.

**7. September 1993:** Der slowakische Premierminister Meciar äußert sich über die slowakischen Roma: *Eine sehr negative Erscheinung bei den Roma ist auch deren hohe Krankheitsrate. Das nächste, was wir berücksichtigen müssen, ist die vermehrte Reproduktion einer sozial nicht anpassungsfähigen Bevölkerung. Wir können einfach keine Familienpolitik mit Kinderbeihilfen machen und dadurch Druck auf Familien ausüben, sodaß wir die vermehrte Reproduktion unterstützen, weil die in einer sozialen Gruppe geschieht, in der schon Kinder Kinder gebären oder Großmütter noch Kinder gebären.*

**12. September 1993:** Die burgenländischen Kroaten versuchen wieder einmal, zweisprachige Ortstafeln, wie im Staatsvertrag von 1955 vorgesehen, aufzustellen. In Frankenua/Frakanava mit 85% kroatisch sprechenden Bewohnern wird dieses Experiment gestattet. Frühere Anläufe scheiterten formal an fehlenden gesetzlichen Ausführungsbestimmungen. Warum diese wohl 38 Jahre nach dem Staatsvertragsabschluß immer noch fehlen? Aus Minderheitenwertschätzung?

**12. September 1993:** Das Aufenthaltsgesetz stößt nun auf organisierte Kritik. Aus dem Bereich von SOS-Mitmensch wird eine 10-Punkte-Petition vorbereitet, die folgende Änderungen des Gesetzes verlangt:

1. Keine Abschiebung für Menschen, die in Österreich bisher ein Aufenthaltsrecht hatten und integriert sind,
2. Für Familienzusammenführungen auch Großeltern in die Gastarbeiterquoten einrechnen.
3. Abschaffung der Sippenhaftung, keine Abschiebung der Familie, wenn der Familienerhalter die Arbeit verliert.
4. Abschaffung des automatischen Verlustes der Aufenthaltsbewilligung, wenn die Behörde sechs Wochen lang keine Entscheidung trifft.
5. Zulässigkeit auch vom Inland aus Neuanträge für den Aufenthalt stellen zu können.
6. Bleiberecht, wenn alle Voraussetzungen erfüllt sind.
7. Recht auf Berufung im Asylverfahren, keine Abschiebungen während des Berufungsverfahrens.
8. Schutz der Privatsphäre, Aufhebung der Bestimmung, daß Wohnungen ohne Hausdurchsuchungsbefehl durchsucht werden dürfen, wenn darin mehr als fünf Ausländer vermutet werden.
9. Keine Schubhaft für Kinder, Jugendliche und Asylwerber.
10. Keine Abschiebung von Flüchtlingen aus Formalgründen.

Es gibt seit Inkrafttreten des Aufenthaltsgesetzes bereits eine Menge entsprechend haarsträubender Behördenentscheidungen. Abschiebungsbescheide gegen türkische Jugendliche, die fast ihr ganzes Leben in Österreich verbracht haben, wegen Verwaltungsübertretungen, Asylabweisung, weil eine Asylwerberin aus der Türkei zwar von der Polizei mehrfach zusammengeschlagen worden war, sich dies aber nicht gegen sie persönlich gerichtet habe, sondern die Polizei "nur" den Aufenthaltsort ihres Gatten aus ihr herausprügeln wollte, drei Wochen Schubhaft für einen Studenten aus Nigeria, weil dieser seinen Paß nicht vorweisen konnte: Er lag auf der zuständigen Behörde zur Visumsverlängerung, was man nicht glaubte und auch nicht nachprüfte. Auslieferungen von politisch Verfolgten an den Iran, Abschiebung von Kurden in die Türkei etc.

**12. September 1993:** Bei den Parlamentswahlen in Norwegen gewinnen die Sozialdemokraten (pro-EG) und das konservative Zentrum (anti-EG).

**13. September 1993:** In der Krenn-nahen Zeitschrift "Der 13." erscheint ein Aufruf eines "Patriotischen Clubs": »SOS Mitbürger! Verbündet Euch und sammelt Eure Kräfte im Kampf gegen Volks- und Heimatfeindlichkeit und die Preisgabe Österreichs an internationale Mächte!« Zu den Unterzeichnern ge-

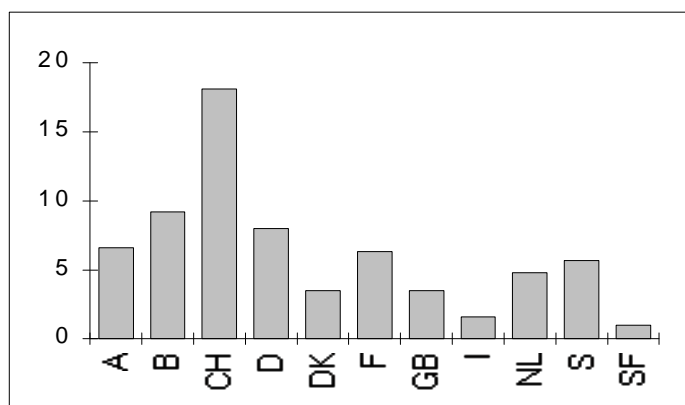
hören FPÖ-Grundsatzreferent Mölzer und Kurt Dieman. Unter den *internationalen Mächten* verstand man seinerzeit hauptsächlich das "*Freimaurer- und Judentum*".

**13. September 1993:** In Washington wird zwischen Israel und den Palästinensern ein Friedensabkommen unterzeichnet. Die PLO verzichtet programmatisch auf die Zerstörung Israels und dieses erkennt die PLO an und gibt grünes Licht für eine Autonomie der besetzten Gebiete.

**13. September 1993:** Eine Gruppe von fünfzig mexikanischen Indianer versucht in Wien vor dem Völkerkundemuseum für die Rückgabe der Federnkrone Montezumas zu demonstrieren. Als der Demonstrationzug von der vorgesehenen Route abweicht, greift die Polizei zu. Nach einem Gerangel landen 25 der Azteken zur Abschiebung im Gefängnis.

**14. September 1993:** Der Vizeregensekretär des Europarates, Peter Leuprecht, sagt, daß das Wiederaufflammen von Ethnozentrismus und Rassismus und die Nichtlösung der Minderheitenprobleme Frieden und Stabilität in Europa bedrohten.

Ausländeranteile in verschiedenen europäischen Staaten:

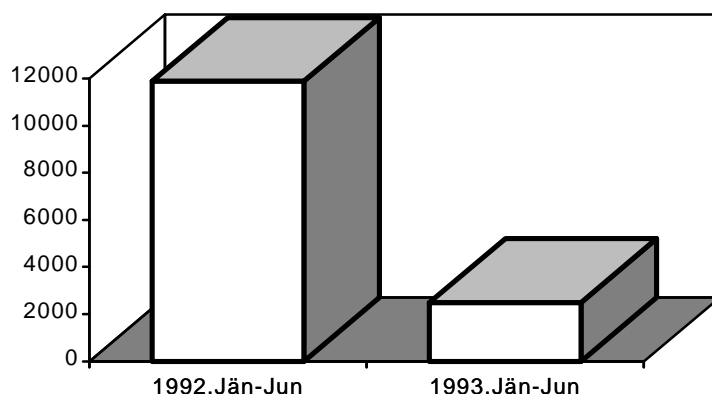


**14. September 1993:** Die CDU beschließt in Berlin eine Resolution gegen den Rechtsextremismus. Die Zunahme rechtsextremistisch motivierter Anschläge und Gewalttaten, das dreiste Auftreten der Neonazis in der Öffentlichkeit müsse auf den entschiedenen Widerstand des Rechtsstaates stoßen.

**14. September 1993:** Ein Gipfel der Landeshauptleute zeigt sich mit Innenminister Löschnak einig: Eine Änderung des Aufenthaltsgesetzes sei nicht nötig, "Härtefälle" sollten mit Hilfe einer ministeriellen Beratungsstelle einheitlich vollzogen werden.

**14./15. September 1993:** Die FPÖ ist mit dem Gipfel zum Aufenthaltsgesetz zufrieden, Haider bezeichnet Löschnak als *unseren besten Mann in der Regierung*.

**Mitte September 1993:** Zwischenbilanz zum Asylgesetz. Seit dem Inkrafttreten sind die Asylanten um rund 80% zurückgegangen. Das Verblüffende: Die Anerkennungsquote ist trotzdem nicht gestiegen.



**16. September 1993:** Im Parlament wird endlich ein Ausschuß zur Kontrolle der staatlichen Geheimdienste eingerichtet. Staatspolizei, Heeresnachrichtendienst und Heeresabwehramt entziehen sich bisher jedweder demokratischen Beaufsichtigung. Von den Grünen wird besonders die Tätigkeit der

Heeresgeheimdienste kritisiert, Rudi Anschöber spricht von *Mega-Stapo*. Auch die Staatspolizei fiel ja die längste Zeit durch Schnüffeltätigkeiten gegen linksgerichtete Organisationen auf, obwohl es in Österreich gegen die politische Linke nicht die geringsten gesetzlichen Beschränkungen gibt, während die rechte Szene, die sehr wohl solchen Beschränkungen unterliegt, ständig verharmlosend behandelt oder (wie im Zusammenhang mit den jüngsten Hausdurchsuchungen wieder aufgefliegen) sogar begünstigt wird.

**17. September 1993:** Zwei schlechte Nachrichten für den klagefreudigen FPÖ-Chef Haider: Das Wiener Landesgericht weist die Klage gegen Peter Pilz ab, dieser hatte Haider als *politischen Ziehvater und Ideologen des rechtsextremen Terrorismus* bezeichnet - nach dem Richterspruch überwiegend ein *politisches Werturteil* und keine Tatsachenbehauptung: Klage abgewiesen. Das Landesgericht Klagenfurt urteilt: Haider hat seine Behauptung, der grüne Kandidat für die Bundespräsidentenwahl, Robert Jungk, habe eine *Jubelbroschüre für das Dritte Reich* verfaßt, persönlich im ORF zu widerrufen. Haider wird die Berufungsmöglichkeiten ergreifen.

**17. September 1993:** Bei einer Nachwahl für das Londoner Stadtparlament erringt die rechtsextreme *British National Party (BNP)* den Sitz. Der Kandidat hatte die Zwangsdeportation von ausländischen Zuwanderern gefordert.

**19. September 1993:** Parlamentswahlen in Polen. Der Westen ist empört, das *Linksbündnis* (Nachfolgeorganisation der ehemaligen kommunistischen Regierungspartei PVAP) wird mit rund 20% der Stimmen stärkste Partei, vor der Bauernpartei (15%), die ebenfalls eine volksdemokratische Vergangenheit hat. Der Reformblock, die Partei, die Präsident Walesa unterstützt, schafft knapp die 5%-Hürde. Nicht mehr im Parlament sind die betont katholischen Gruppierungen, die rechtsstehende KPN verliert rund die Hälfte ihres Stimmenanteils.

**19. September 1993:** Wahlen in Hamburg, starke Verluste für die SPD (-8%) und die CDU (-10%), Gewinne für die Grünen (+6%) und für eine CDU-Abspaltung, die die 5%-Hürde schafft. Die FDP fällt unter diese Grenze und bleibt ebenso draußen wie die beiden rechtsextremistischen Wahlwerber Republikaner (4,8%) und DVU (2,8%).

**19. September 1993:** In der jetzigen Konstellation sei ein NATO-Beitritt Österreichs kein Thema, meint Bundeskanzler Vranitzky in einem TV-Interview. Österreich wolle mit seiner speziellen Neutralität neue Elemente in die EG und in ein europäisches Sicherheitssystem einführen.

Da hat er recht, die österreichische Neutralität ist wirklich eine spezielle, dehnbar wie Kaugummi und beliebig interpretierbar.

**20. September 1993:** Im Zuge der allgemeinen Minderheitenfeindlichkeiten setzt die westungarische Stadt *Sopron* ein Signal: Die Stadt heißt jetzt auch wieder *Ödenburg*, rund 10% der Bevölkerung sind deutschsprachig.

**September 1993:** Das rechtsextreme deutsche "Intellektuellenblatt" *Junge Freiheit* erfreut sich großer Beliebtheit. Für Veranstaltungen anlässlich einer "Sommeruniversität" konnte man den FPÖ-Mölzer gewinnen und Kurt Krenns Europareferenten Friedrich Romig (der, der gerne den *Kampfbund gegen den Linksextremismus* gründen will). Romig hält eine Hommage an den katholischen Staatsrechtler Carl Schmitt, der für seine Ablehnung der Demokratie bekannt war. Ein Erik Kuehnelt-Leddin aus Tirol nennt sich auf der "Sommeruniversität" *Ritter von* (und macht sich dadurch wegen Verstoßes gegen das Verbot, Adelstitel zu führen, strafbar) und fordert eine *organisch herangebildete und hierarchisch gegliederte Regierungsform*, also die Wiedererrichtung des Feudalismus.

**20. September 1993:** Die steirischen ÖVP- und FPÖ-Häuptlinge, Hirschmann und Schmid, fordern gemeinsam ein Zusammenrücken ihrer Parteien auf Bundesebene.

**21. September 1993:** Verschärfung der Krise in Rußland. Präsident Jelzin erklärt das Parlament für aufgelöst und will Neuwahlen ansetzen. Nach der gültigen Verfassung fehlt ihm jedes Recht zu einer solchen Maßnahme. Trotzdem nimmt die *demokratische Welt* diesen Putschversuch mit Beifall zur Kenntnis. Das Parlament läßt sich dieses Vorgehen nicht bieten und erklärt seinerseits Jelzin für abgesetzt. Der Präsident behält im Staat die Oberhand, kann jedoch die Abgeordneten einstweilen nicht zur Aufgabe zwingen.

**21. September 1993:** Haider präsentiert ein Schriftstück der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zur weiteren EG-Entwicklung. Demnach soll das Mitspracherecht der kleinen Mitglieder eingeschränkt werden. Die Einstimmigkeitsregel soll durch eine *höher qualifizierte Mehrheit* ersetzt werden. Großartige Aussicht etwa für den Transit durch Österreich.



**23. September 1993:** John Demjanjuk wird von Israel nach den USA abgeschoben, nach dem Freispruch im Zweifel vom Vorwurf im KZ Treblinka "Ivan der Schreckliche" gewesen zu sein, wurde in Israel kein weiteres Verfahren mehr eingeleitet.

**23. September 1993:** Behandlung des Anti-Ausländervolksbegehrens der FPÖ im Parlament. Haider bezeichnet sich in seinem Redebeitrag, daß »die FPÖ Anwalt der Interessen der österreichischen Bevölkerung sein wird«. Das Volksbegehren wird mit Stimmenmehrheit abgelehnt. Das LIBERALE FORUM spricht sich für ein *Höchstmaß an Gleichberechtigung* für länger in Österreich lebende Ausländer aus.

**24. September 1993:** Andreas Mölzer wird selbst der FPÖ etwas zu heiß. Er wird von Haider als Leiter des Freiheitlichen Bildungswerkes abgelöst und bleibt nur Vorsitzender des Bildungswerkskuratoriums.

**26. September 1993:** Der neue Tiroler Landeshauptmann Weingartner erklärt, eine Beendigung der Ausgrenzung Haiders komme für ihn nicht in Frage.

**Zweite Septemberhälfte 1993:** Wenig Freude für die Rechtsextremisten. In Moskauer Archiven tauchen 600 Aktenordner mit 80.000 Schriftstücken auf, die Unterlagen über Bau und Betrieb des KZs Auschwitz enthalten, u.a. den Schriftwechsel über die Errichtung und die technische Ausrüstung der Gaskammern und Krematorien. Die Leugnung des Holocaust wird dadurch auch im eigenen Anhängerkreis der Nazis schwieriger werden.

**27. September 1993:** Daß Alexander Solschenizyn nicht nur ein Gegner des Kommunismus war, sondern ein vernagelter Reaktionär ist, beweist er auf einer Gedenkfeier für die Opfer des revolutionären Terrors der französischen Revolution. »*Jede Revolution entfesselt die elementarsten Instinkte der Barbarei, die dunklen Kräfte des Neides, die Habgier des Hasses.*« Also war vermutlich auch die französische Revolution ein Fehler...

**Ende September 1993:** Zunehmende Kritik an der Absicht des Innenministers, ab Jänner auf den Meldzetteln zwingend die Angabe des Religionsbekenntnisses vorzuschreiben. Laut Konkordat aus der klerikalfaschistischen Zeit ist der Staat zur Mithilfe bei der kirchlichen Mitgliedererfassung verpflichtet. Diese sonderbare Bestimmung sollte schleunigst gekündigt werden, statt daß man darüber nachdenkt, wie man dieses System nach Abschaffung von Haushaltslisten und Lohnsteuerkarten aufrechterhält.

**27./28./29./September 1993:** Der Prozeß gegen Gottfried Küssel kommt in die Endphase. Der VAPO-Führer weiß, daß er vermutlich nicht ganz billig davonkommen wird. Es wird daher versucht, die Aktivitäten möglichst zu verharmlosen

Die Wehrsportübungen werden mit Schülerstreichen verglichen, die man aus Spaß an der Freude durchgeführt habe, die Versammlungen waren bloße Besäufnisse. alles in allem: Die VAPO ist (laut Verteidiger) ein trostloser Haufen.

Urteil am 29.9.: Einstimmig schuldig in den Hauptfragen, die dem §3a des Verbotsgesetzes unterliegen: Daher zehn Jahre Haft für Küssel. Ein deutliches Signal gegen die rechtsextreme Szene!

**30. September 1993:** In Zukunft dürfen kurdische Asylwerber nur nach Rückfrage im Innenministerium abgeschoben werden

**30. September/1. Oktober 1993:** Besuch von EG-Präsident Jacques Delors in Österreich. Seine Aussage, daß sich Österreich bei einem EG-Beitritt die Neutralität aufzeichnen kann, wird von den meisten Medien barmherzig verschwiegen, auch die Regierung äußert sich nicht dazu.

**2. Oktober 1993:** In Passau findet wiederum die übliche Zusammenrottung der DVU statt. Rund 2000 Teilnehmer füllen die Nibelungenhalle. Außerhalb demonstrieren etwa gleich viele gegen die rechtsextremistische Veranstaltung, überwacht von einem polizeilichem Großaufgebot. 57 Personen (hauptsächlich aus dem DVU-Lager) werden vorübergehend festgenommen.

**3./4. Oktober 1993:** Bewaffnete Auseinandersetzungen in Moskau. Nachdem die Anhänger des Parlamentes einen Gegenputsch versuchen, läßt Jelzin Panzer auffahren und seine Vormacht mit Waffengewalt wiederherstellen.

**2. Oktober 1993 1993:** Die italienische Zeitung CORRIERE DELLA SERA berichtet, Tito hätte "alles" über Waldheims Kriegsvorgangheit gewußt und ihn damit erpreßt. Auch der KGB und Simon Wiesenthal hätten Waldheim vierzig Jahre "gedeckt", um dafür persönliche und politische Gefälligkeiten zu erhalten. Diese Gefälligkeiten sollen sich hauptsächlich in einer araberfreundlichen Haltung niederschlagen haben. Sehr viel dürfte jedoch von diesen Meldungen nicht zu halten sein.

**2.-3.Oktober 1993:** In Bozen findet eine Tagung zum Thema *Europaregionen* statt. Die Chancen der Beziehungen EG - Staat - Regionen sollen abgeschätzt werden. Der *Europäisierung der Regionen* soll eine *Regionalisierung Europas* entgegengesetzt werden.

**2.-3.Oktober 1993:** Landesparteitag der Kärntner FPÖ. Haider wird mit 100% der Stimmen in seinem Amt als Landesparteiobmann bestätigt. Er erklärt, „*ich will wieder Landeshauptmann von Kärnten werden und ich werde es auch werden!*“ In einem Notariatsakt legt er fest, im Fall der Wahl die gesamte Legislaturperiode als Landeshauptmann zur Verfügung zu stehen. (Eine zweite Periode wird sich aber vermutlich nicht ausgehen, weil ab 1998 ist der Haider ja Bundeskanzler, wie er gerne verlautbart). Zur Krise der Verstaatlichten weist er auch ein Rezept: „*Die überbezahlten Manager der Verstaatlichten haben in fünf Jahren mit 60 Milliarden Steuermitteln 40.000 Arbeitslose produziert. Hinaus aus Österreich mit diesen Schufften!*“

**3.Oktober 1993:** Im 82.Lebensjahr stirbt in Linz Professor Peter Kammerstätter an den Folgen eines Schlaganfalls. Eine Sondernummer des ANTIFA-INFO zum Ableben von Prof. Kammerstätter ist in Arbeit.

**5.Oktober** Haider-Tournee durch Oberösterreich. Auf Kundgebungen in Braunau, Steyr und auf dem Urfahrer Jahrmarkt erblühen die *Einisoger*-Sprüche. Als Manager könnte man in der Verstaatlichten auch Grenzdebile hinsetzen.

**7.Oktober 1993:** Begeisterter Applaus des *gesunden Volksempfindens* für den Haider-Spruch zur "Grapsch-Affäre", Frau Dohnal sei nur deswegen beleidigt, „*weil bei ihr nicht gegrapscht wurde*“. Schenkelklatzendes Gelächter. Allerdings qualifiziert die stellvertretende FPÖ-Obfrau Edith Haller diese Äußerung als „*typische Männeraussage*“.

**7.Oktober 1993:** Pech für Gerd Honsik und seine Fluchthelfer in Österreich. Das oberste spanische Verwaltungsgericht weist seinen Antrag auf Asyl ab und erklärt den Neonazi zu einem gewöhnlichen Justizflüchtling. Honsik soll sich angeblich auf Mallorca aufhalten.

**9.Oktober 1993:** Die Zeitschrift SÜDTIROL-PROFIL berichtet, der Bozener Stadtrat und Landtagskandidat der *Südtiroler Volkspartei*, Roland Atz, solle bei einer Debatte über die Unterbringung von Sinti und Roma in Bozen gesagt haben, diese „*gehören alle derschlagen und vergast*“. Atz bestreitet diese von zwei Zeugen bestätigte Aussage und will gesagt haben, man könne die Sinti und Roma doch nicht erschlagen und vergasen.

**11.Oktober 1993:** Als *nicht vollziehbar* kritisiert die Salzburger Bürgerliste das Aufenthaltsgesetz. Die hohe Zahl der Anträge lasse eine zeitgerechte Bearbeitung nicht zu.

**12.Oktober 1993:** Der Oberste Gerichtshof hebt ein Urteil wegen NS-Wiederbetätigung gegen den Kärntner Lehrer Otto Schatzmayr auf. Dieser war verurteilt worden, weil er im Unterricht „*Hitler mehrfach positiv bewertete*“ - diese Formulierung sei zuwenig substantiell, genauere Tatumstände und eine Aufgliederung des Verhaltens seien anzuführen. Hoffentlich haben einige Schüler entsprechend mitsternographiert...

**Erste Oktoberhälfte 1993:** Heide Schmidt vom LIBERALEN FORUM kritisiert das aus der klerikal-faschistischen Zeit stammende Konkordat und fordert die Neuverhandlung. Alles was greifbar ist, von der Bischofskonferenz bis Zilk, wird darauf von der katholischen Kirche in die Schlacht geworfen. Die gesellschaftlichen und finanziellen Privilegien will sich die Kirche nicht nehmen lassen. Bischof Weber nennt die Schmidt-Forderungen „*unnötig und wenig überlegt*“. Was beides a) nicht Sache der Beurteilung durch Herrn Weber und b) unzutreffend sein dürfte. Über ein Abkommen, daß zwischen einer katholischen Diktatur und dem Vatikan abgeschlossen wurde, zu diskutieren, dürfte so *unnötig* nicht sein und Frau Schmidt hat sich diese Aussage sicherlich gut *überlegt*. Konfessionslose und/oder antiklerikale Wähler gibt es in Österreich auch hunderttausende...

**12.Oktober 1993:** Der deutsche Bundesverfassungsgerichtshof bestätigt, daß der Vertrag von Maastricht verfassungskonform sei. Allerdings werden Vorbehalte festgelegt nach denen die nationalen Rechtsvorschriften nicht automatisch im EG-Recht aufgehen könnten.

**Mitte Oktober 1993:** Zur Zeit halten sich 73.000 bosnische Kriegsflüchtlinge in Österreich auf. Die Anzahl der Asylwerber ist drastisch zurückgegangen. Waren es 1992 noch 16.700 so werden für 1993 nur noch rund 5.000 erwartet.

**14.Oktober 1993:** Schuldig gesprochen wird in Südafrika der Mörder des KP-Sekretärs Chris Hani.

**15.Oktober 1993:** Der heurige Friedensnobelpreis geht an Nelson Mandela und Frederik De Klerk für den Demokratisierungsprozeß in Südafrika.

**18.Oktober 1993:** Meinungsumfrage zum Wahlverhalten: Z.Z. könnte die SPÖ mit 40%, die ÖVP mit 28%, die FPÖ mit 19% der Stimmen rechnen. Das LF käme auf 7%, die Grünen erreichten 5%.

Eine umgekehrte Frage, welche Partei auf keinen Fall wählbar sei, brachte als Ergebnis: FPÖ 38%, Grüne 23%, LF 14%, SPÖ 11% und ÖVP 8%.

**18.Oktober 1993:** Die FPÖ ersetzt ihr Parteiprogramm auf Weisung von Jörg Haider durch sechzehn Thesen. *Härteres Durchgreifen* wünscht man sich in der Justiz und bei den Ausländergesetzen, die Interessen des *kleinen Mannes* sollten besser gewahrt werden, aber in einem *sozialen Netz* und nicht in einer *Hängematte*. Als Grundwerte sieht man *Demokratie, Freiheit, Gerechtigkeit, Heimat*. Unter dem Stichwort *Heimat* versteht man einen „*positiven Patriotismus ... der nichts mit Chauvinismus und Rechtsradikalismus zu tun hat*“.

**18.Oktober 1993:** Als *jüdisches Abhandeln* bezeichnet Siegfried Dohr, Vorsitzender der GEWERKSCHAFT DES ÖFFENTLICHEN DIENSTES die Gehaltsverhandlungen über die Beamtenbezüge. Als ihm antisemitische Ausdrucksweise vorgeworfen wird, meint er, dies sei eine Art stehende Redewendung, ähnlich wie *orientalische Basarmethoden*.

**19.Oktober 1993:** Heide Schmidt sagt, die ÖVP mache einen Fehler, wenn sie nicht eindeutig sagt, wie sie zu Haider steht. Wenn sich einzelne ÖVP-Funktionäre die FPÖ-Option offenhielten, dann treibe man mit diesem Lavieren die Haider-Gegner zur SPÖ und zum LF. Aber die Bürger hätten ein Recht zu wissen, ob die ÖVP Jörg Haider für regierungsfähig halte oder nicht. Haider selber meint zu dieser Debatte, die durch entsprechende Äußerungen des steirischen LH Krainer verursacht wurde, daß ihm egal sei, wer vor ihm Regierungschef werde, 1998 sei er Kanzler.

**19.Oktober 1993:** Die tschechische Generalstaatsanwaltschaft beginnt mit einer Prüfung, ob die Aktivität der rechtsextremistischen *Republikaner* gegen die Verfassung verstoße, da nach geltendem Recht Organisationen zu verbieten seien, deren Programm oder Tätigkeit Moral, öffentliche Ordnung, Rechte und Freiheiten der Bürger bedrohten.

**19.Oktober 1993:** Die Gewerkschaftsfraktion AUF (Aktionsgemeinschaft Unabhängiger und Freiheitlicher) bei der Wiener Polizei fordert die Ausrüstung der Polizisten mit Elektroschock-Geräten gegen Demonstranten.

**19.Oktober 1993:** Die Angeklagten im Prozeß um den Brandanschlag auf die KZ-Gedenkstätte in Sachsenhausen vom September 1992 werden mangels an Beweisen freigesprochen.

**20.Oktober 1993:** Der Obmann der *Südtiroler Volkspartei*, Siegfried Brugger bleibt doch im Amt. Er war wegen der Affäre um die rechtsextremistischen Äußerungen des Stadtrates Atz zurückgetreten als der Parteivorstand Atz mehrheitlich das Vertrauen ausgesprochen und eine Streichung von der Landtagswahlliste abgelehnt hatte. Die Angelegenheit hatte der SVP auch heftige Kritik seitens der österreichischen Parteien angebracht. In der SVP forderte der sozialdemokratische Parteiflügel vehement die Entfernung von Atz.

**21.Oktober 1993:** Der slowakische Kulturminister Dušan Slobodnik verliert einen Prozeß um den Vorwurf, er habe eine *faschistische Vergangenheit*. Das Gericht nimmt es als erwiesen an, der Politiker sei in seiner Jugend aktiv in der rechtsextremistischen *Hlinka-Jugend* gewesen.

**22.Oktober 1993:** Das Nationalbewußtsein der Österreicher hat sich weiter gefestigt: 92% sind ziemlich bis sehr stolz darauf, Österreicher zu sein.

**26.Oktober 1993:** Der Obmann des Volksgruppenzentrums in Klagenfurt, Karel Smolle, erklärt, daß sich das Klima des Dialoges zwischen Mehrheit und Minderheit wesentlich verbessert habe, die österreichische Volksgruppenpolitik verfolge nicht mehr das Ziel strikter Assimilierung. Offen geblieben ist vor allem die Forderung nach einer gesetzlichen Vertretung der Minderheiten.

**27.Oktober 1993:** Haider bezichtigt in der EG-Frage die Regierungsparteien des „*Ausverkaufs österreichischer Interessen*“ und sagt über sich und die FPÖ: „*Wir sind die wirklichen Patrioten, die die Funktion eines Schutzpatrons für die Österreicher haben*“. Die Art und Weise wie besonders die ÖVP mit Außenminister Mock an der Spitze in dieser Frage agiert, verschafft allerdings Haider mehr als genug Munition für solche Attacken.

**28.Oktober 1993:** Das abgeschlossene Wahlbündnis zwischen den GRÜNEN und den VEREINTEN GRÜNEN platzt wieder als sich herausstellt, daß die VGÖ reihum mit allen Parteien (außer der SPÖ)

Bündnisgespräche führte. Haider plauderte aus, daß VGÖ-Sekretär Pelikan und FP-Generalsekretär Meischberger entsprechende Gespräche geführt hatten. Darauf kündigen die GRÜNEN das Bündnis wieder.

**28.Oktober 1993:** Die ÖVP entdeckt die HEIMAT. Jeder Mensch habe ein Anrecht auf eine Gemeinschaft, die Geborgenheit vermittele, dies habe aber nicht mit einer „*Blut-und-Boden-Romantik*“ zu tun.

**29.Oktober 1993:** Kreisky würde im Grabe als Brummkreisel rotieren, wenn er Außenminister Mocks Sprüche hören könnte: laut Mock ist eine Mitgliedschaft Österreichs in der NATO mit der Neutralität vereinbar.

**30.Oktober 1993:** Wieder eine Drehung im FPÖ-EG-Karussell. Generalsekretär Grasser äußert in der ORF-Pressestunde, man sei grundsätzlich für einen EG-Beitritt. In der EG sollte Österreich mit den ehemaligen EFTA-Ländern und anderen Staaten einen Block bilden und sich so schnell wie möglich an die NATO annähern. Zur Budgetpolitik sagt er, die FPÖ würde außer bei Bildung und Landesverteidigung überall eine zehnpromzentige Kürzung durchziehen.

**1.November 1993:** Der Salzburger ÖVP-Landtagsklubobmann Schausberger spricht sich gegen eine Regierungsbeteiligung Haiders aus, würde aber einen akzeptablen anderen FP-Kandidaten billigen.

**2.November 1993:** Nach Absegnung der neuen Parteithesen durch den Parteivorstand präsentiert Haider diese der Öffentlichkeit. Die Thesen sollen jetzt nicht mehr das Parteiprogramm ersetzen, sondern seien ein *mittelfristiges Handlungsprogramm*. U.a. solle ein Höchstmaß an direkter Mitbestimmung nach Schweizer Muster erreicht werden, sicherheitspolitisch müsse *Recht und Ordnung* abgesichert werden, „zum Schutz der kulturellen Identität und des sozialen Friedens“, sowie zur „Absicherung gewachsener Volksgruppen“ solle ein Einwanderungsstopp verfügt werden.

**Anfang November 1993:** Rechte Siege bei Wahlen in den USA und in Israel. Die Demokraten unterliegen bei Bürgermeister- und Gouverneurswahlen den Republikanern, die Arbeiterpartei dem Likud-Block. U.a. wird der Jerusalemer Bürgermeister Teddy Kollek, der sich immer besonders um das friedliche Zusammenleben der multinationalen Stadt bemüht hat, abgewählt.

**4.November 1993:** Wegen NS-Wiederbetätigung wird in Klagenfurt ein ehemaliger Miliz-Offizier, der fünfzigjährige Ewald Friesacher, zu einer Haftstrafe von einem Jahr (bedingt) verurteilt. Er hatte in einem von ihm herausgegebenem Kalender geschrieben, das römische Imperium sei von den Juden unterwandert worden und dadurch untergegangen, die Vernichtung von sechs Millionen Juden sei „*Lug und Trug*“.

**4.November 1993:** In Bozen findet wieder eine militärische Gedenkfeier vor dem faschistischen Siegesdenkmal statt. Die Neofaschisten nehmen an der Feier teil, die SVP protestiert.

**6.November 1993:** Nationalratspräsident Fischer meint zwar, die Neutralität bleibe für Österreich auch in der EG wichtig. In der Folge spricht man allerdings bei den Verhandlungen in Brüssel gar nicht mehr über den Neutralitätsstatus und gibt lediglich in Wien eine entsprechende Stellungnahme ab. EG-Ratsvorsitzender Claes bezeichnet jedenfalls die Neutralität als „echte Schwierigkeit“.

**Anfang November 1993:** Auch Innsbruck hat einen *braunen Fleck*. Die Gedenktafel der SS am Kriegerfriedhof Tummelplatz solle entfernt werden verlangt der Politikwissenschaftler Reinhold Gärtner.

**9.November 1993:** Zum Jahrestag der *Reichskristallnacht* finden zahlreiche Gedenkfeiern statt.

**10.November 1993:** Wieder zwei FPÖ-Kandidaten mit einschlägiger Vergangenheit: In OÖ. kandidiert für die Eisenbahnerwahlen Rudolf Wundsam (vormals VAPO) und für die Tiroler Landtagswahl ist Werner Königshofer vorgesehen, der in den Siebzigerjahren einer der Tiroler Spitzenfunktionäre der NDP war.

**10.November 1993:** Der Kärntner FPÖ-Geschäftsführer Reinhart Gaugg soll nach einem Bericht der KÄRNTNER TAGESZEITUNG auf die Frage, was ihm das Wort *NAZI* sage, geantwortet haben: „*Neu, attraktiv, zielstrebig, ideenreich.*“ FP-Generalsekretär bezeichnet zuerst die Äußerung als *widerlichen Fälschungsscherz*, in der Folge verweist Gaugg und meint, die Zeitung habe seine Äußerung aus dem Zusammenhang gerissen.

Im STANDARD schreibt Traxler dazu u.a.: „*Aufgefordert, eine Charakterisierung der FPÖ zu liefern, würden wohl jedem Haider-Fan, ja sogar Haider selbst, auf Anhieb die Stichworte einfallen: Neu, Attraktiv, Zielstrebig, Ideenreich. Nun ist die Aufregung darüber groß, daß dem Führer der Haider-Geschäfte in Kärnten, Reinhart Gaugg, auf die Frage 'Was sagt Ihnen das Wort Nazi?' nicht spontan eingefallen ist:*

*Freiheitlich, Populistisch, Österreichisch. Wie sie es machen, immer ist es verkehrt, und nicht einmal die Nörgler vom DÖW können erklären, woran das liegt...*

**14. November 1993:** Die umstrittene neue "Zentrale Gedenkstätte" in Berlin wird eingeweiht. Großräumig gegen Protestdemonstrationen abgesperrt legen Regierungsfunktionäre Kränze nieder unter der Inschrift „*Den Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft*“, die alle zu Opfern macht, zu *Opfern der Gewaltherrschaft* einerseits, aber auch zu *Opfern des Krieges*, dem damit die Täter abhanden kommen.

**Mitte November 1993:** Die weißen Rechtsextremisten in Südafrika wollen sich nicht mit dem Ende der Apartheid abfinden. Von der Drohung mit Sprengstoffanschlägen bis zum Verlangen nach der Errichtung eines separaten Burenstaates reichen die Forderungen.

**18. November 1993:** Kritik am Aufenthaltsgesetz durch Caritas-Chef Schüller. Bloß 9% der Anträge sei von Neuzugezogenen, 91% betreffe schon länger in Österreich lebende Gastarbeiter.

**22. November 1993:** Nach dem Urteil gegen das Fernsehmonopols des ORF droht in Österreich jetzt eine Verquickung der WAZ-Gruppe mit einem kommerziellen Fernsehprogramm. Aus lauter Angst vor der KRONENZEITUNG wagen es die meisten Politiker bisher nicht, gegen eine solche Medienmacht Position zu beziehen.

P.M. Lingens schreibt im STANDARD dazu u.a.: *„...Darüber hinaus wäre diese zweite Anstalt nicht irgendeine, sondern sie wäre die Fernsehanstalt der Mediaprint. diese Gesellschaft vereinigt bekanntlich bereits Kronenzeitung, Kurier, Basta, Trend und Profil um nur die einflußreichsten zu nennen. Jedes Fernsehen, auch und gerade das sogenannte 'Verlegerfernsehen' wäre daher so von der Mediaprint dominiert, wie jetzt schon der Zeitungsmarkt.*

*Das ist demokratiepolitischer Wahnsinn. Und zwar obwohl ich den konkreten Eigentümern keinerlei düstere politische Absichten nachsagen kann: Sie haben die Schreibweise der genannten Zeitungen in keiner Weise vereinheitlicht oder gelenkt und wollen ausschließlich Geld verdienen.*

*Aber schon im günstigsten Fall bedeutet das, daß sie dem (...) Zwang zur maximalen Reichweite besonders willig nachgeben werden. Noch schlimmer ist nur die jederzeit mögliche Alternative: daß sich neue Eigentümer (oder auch nur Manager) dieses relativ größten Medienkonzerns der Welt einmal nicht aufs Geldverdienen, sondern auf die Durchsetzung einer Weltanschauung (oder auch nur einer politischen Linie) verlegen: Dann haben wir wirklich Albanien - und zwar vor der Wende.“*

**20. November 1993:** Die tatsächlichen Tatumstände bleiben ungeklärt. Zwar bringt das Expertengutachten zum Tode des mutmaßlichen RAF-Aktivisten Wolfgang Grams das Ergebnis, daß dieser durch einen Schuß aus seiner eigenen Waffe starb, von wem jedoch der Schuß abgegeben worden war, läßt sich nicht mehr feststellen. Zeugen hatten ausgesagt, Grams sei aus nächster Nähe von GSG-9-Beamten ermordet worden.

**21. November 1993:** Kommunalwahlen in Italien. Die Korruptionsparteien der Regierungskoalition verschwinden praktisch von der Bildfläche. Als neue politische Schwerpunkte bilden sich rechts die Neofaschisten und die Lega Nord heraus, links die PDS und ihre Bündnispartner. Bei den Südtiroler Landtagswahlen sinkt die SÜDTIROLER VOLKSPARTEI von ca. 60 auf 52% der Stimmen ab, die neue FREIHEITLICHE PARTEI SÜDTIROLS erzielt auf Anhieb 5,7%. Zweitstärkste Partei in Südtirol (und stärkste Partei der italienischen Wähler) bleiben mit 12,5% (+ 2,2%) die Neofaschisten.

**Zweite Novemberhälfte 1993:** Überall verzichten die Politiker angesichts der angespannten Budgetlage auf eine Erhöhung ihrer Bezüge für 1993. Lediglich in Oberösterreich braucht man für das kommende Jahr auch entsprechend mehr Einkommen. Ratzenböck reagiert auf eine entsprechende Kritik von FPÖ-Achatz mit der Übersendung einer Verzichtserklärung für die Bezugserhöhung, die Achatz genüßlich vor laufender Fernsehkamera unterschreibt. SP-Obmann Hochmair ist mit dem Landeshauptmann in dieser Frage ein Herz und eine Seele. Was soll man zu soviel Borniertheit noch sagen?

**24. November 1993:** Neue Ermittlungen im Falle Sabukoschek. Die gerichtlichen Voruntersuchungen gegen den Grazer Primararzt wegen des Verdachtes, er sei 1942 als *Judenkommissär* in Belgrad an Erschießungen beteiligt gewesen, gehen weiter. Weitere Zeugenaussagen bringen neues Material.

**25. November 1993:** In seiner Funktion als Mitglied der Rechtskommission des Europarates äußert ÖVP-Abgeordneter Schwimmer Kritik an der slowakischen Minderheitenpolitik. Das geänderte Ortstafelgesetz verlangt eine slowakische Transskription der ungarischen Bezeichnungen, im Namensrecht müßten auch bei den weiblichen ungarischen Namen die slawischen Endungen auf -owa angehängt werden (aus der *Marika Lengyel* würde dann die *Marika Lengyelowa*).

**27. November 1993:** Die FPÖ nützt die Geschehnisse im Falle Haas wieder einmal für ihre Interessen aus. *Lebenslang müsse lebenslang bleiben*, fordert man und bedeckt den gesamten Strafvollzug mit Schuldzuweisungen.

**27./28. November 1993:** Der Tiroler FPÖ-Landesparteitag geht nicht ohne Probleme über die Bühne. Haider schmolzt zuerst und kommt mit Verspätung zum Parteitag, weil sein Wunschkandidat, der Bob-Olympiasieger Appelt in der Vorwahl durchgefallen war. Der bisherige FP-Klubobmann wird an nicht wählbare Stelle zurückgereiht.

**Ende November 1993:** Mit zarter Hand werden auch in Tschechien die Rechtsextremisten behandelt. Skinheads üben Gewalt gegen Roma und Vietnamesen aus, gegen rechtsextreme Rockband *Branik* mit Songs in denen gefordert wird, Vietnamesen mit Benzin anzuzünden, stellt die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen ein und in Prag wird der Verleger Miroslav Gabriel freigesprochen, der die berüchtigten *Protokolle der Weisen von Zion*, eine antisemitische Fälschung des seinerzeitigen zaristischen Geheimdienstes, neu herausgegeben hatte.

**Anfang Dezember 1993:** Die algerischen islamischen Fundamentalisten fordern alle Ausländer zum Verlassen des Landes auf und beginnen mit Terroranschlägen, die beinahe täglich Todesopfer fordern.

**Anfang Dezember 1993:** In den Niederlanden ist man im lfd. Jahr mit rund 35.000 Asylwerbern konfrontiert. Das traditionell liberale Klima in diesem Land sieht zur Vermeidung von Konflikten die Förderung der raschen Ausländerintegration vor. Z.B. werden Ausländerkinder prinzipiell nur in holländischer Sprache unterrichtet, um die rasche Anpassung von Einwanderern zu sichern.

**Anfang Dezember 1993:** Angeblich ein Bestseller: Von Haiders Buch *Die Freiheit, die ich meine* sollen bereits in den ersten Tagen über dreißigtausend Exemplare abgesetzt worden sein. Wie Pressebesprechungen zu entnehmen war, enthält das Buch keinerlei politische Neuigkeiten.

**3. Dezember 1993:** In Österreich beginnt eine Terrorserie gegen Personen, die im Bereich der Ausländerbetreuung engagiert sind. Erste Opfer sind die ORF-Moderatorin Silvana Meixner und der Hartberger Pfarrer Janisch, die durch Briefbomben verletzt werden. Eine Bombe, die für Caritas-Präsident Schüller bestimmt ist, wird rechtzeitig entdeckt.

**5. Dezember 1993:** Der Wiener Bürgermeister Zilk wird durch eine Briefbombe schwer verletzt. Bomben, die für den Obmann des slowenischen Vereines *Artikel VII*, Wolfgang Gombocs, und für die Grün-Politikerin Madeleine Petrovic bestimmt sind, können rechtzeitig entdeckt werden.

**5. Dezember 1993:** Beim zweiten Wahlgang der italienischen Bürgermeisterwahlen setzen sich bei den Stichwahlen hauptsächlich die Linkskandidaten durch.

**6. Dezember 1993:** In einer Wiener Rechtsanwaltskanzlei explodiert die nächste Bombe. Sie war an einen türkischen Verein gerichtet, der inzwischen in Konkurs gegangen ist, die Briefbombe landet so beim Masseverwalter und verletzt eine Angestellte. Bomben an Terezija Stoisits (Grüne Minderheitensprecherin) und Frauenministerin Dohnal können rechtzeitig entschärft werden.

Die Bomben sind von Briefen begleitet mit dem Satz „*Wir wehren uns. Graf Ernst Rüdiger von Starhemberg*“.

**6. Dezember 1993:** Haider holt seinen NAZI-Definierer Gaugg aus der Schußlinie. Haider selbst übernimmt die Geschäftsführung für die Kärntner FPÖ. Dafür kündigt er den Einzug Mölzers in den Nationalrat für 1994 an. Der Vordenker steigt also nach kurzer Pause weiter auf.

**7. Dezember 1993:** Selbst die anfangs mit ihren Einschätzungen sehr vorsichtige Staatspolizei ist nun eindeutig der Meinung, daß der oder die Attentäter im rechtsextremen Lager zu suchen sind. Lediglich die KRONENZEITUNG sucht sie immer noch in serbischen Geheimdienstkreisen, wie einem *besonderen Kommentar* zu entnehmen ist. Am nächsten Tag nimmt man vor allem Haider in Schutz, es sei grotesk, „*der FPÖ im allgemeinen und Jörg Haider im speziellen die alleinige Schuld am Bombenterror in die Schuhe zu schieben*“, schreibt Peter Gnam. Wer, bitte, hat der FPÖ & Haider die ALLEINIGE (!!!) Schuld am Bombenterror gegeben?

Haider selber verspricht verbale Zurückhaltung und läßt FPÖ-seitig die ausgesetzte 300.000 Schilling Belohnung verdoppeln.

Am 9.12. verdächtigt die Kronenzeitung einen türkischen Asylanten als Bomberverschicker. Manche Leser warten gespannt, ob demnächst die geheimen jüdisch-bolschewistischen Hintermänner entlarvt werden...

**8.Dezember 1993:** Die Attentäter von Mölln werden zu Höchststrafen verurteilt. Wegen der Brandanschläge vom Herbst 1992 und wegen dreifachen Mordes erhalten die beiden Rechtsextremisten Peters und Christiansen lebenslänglich bzw. zehn Jahre.

**8.Dezember 1993:** Um 11h findet in ganz Österreich eine *Bedenkminute* statt. Vizekanzler Busek verkündet *Zehn Gebote für Sicherheit, Stabilität und politische Kultur in Österreich*: Das Vertrauen in die Republik stärken, den Bürgerinnen und Bürgern das Gefühl der Sicherheit zu geben, das Gewalklima abzuwenden, die Ordnung des Staates zu gewährleisten, die Verrohung der politischen Sitten zu verhindern, eine wirksame Landesverteidigung zu sichern, die internationale Kriminalität fernzuhalten, soziale und wirtschaftliche Sicherheit auszubauen, die Solidarität zu stärken, kein politisches Kleingeld aus den Attentaten zu schlagen.

**8.Dezember 1993:** Nach einem Bericht des Innenministeriums haben die rechtsextremistischen Aktivitäten zugenommen. 1992 gab es 492 rechtsextremistische Straftaten.

**9.Dezember 1993:** Nein, keine weiteren Enthüllungen der Krone, weit abseits von den Neonazis. Auch der STAPO-Chef hat noch geäußert, die österreichischen Neonazis wären zu blöd zum Briefbombenbasteln, aber trotz Krone, STAPO und alledem: Zwei Rechtsextremisten aus dem VAPO-Umkreis sind in Haft!

**9.Dezember 1993:** Revision von Verbotsgesetzverfahren vor dem Obersten Gerichtshof. Der Salzburger Altnazi Rebhandl erhält eine Strafverschärfung, statt einem Jahr bedingt, gibt es sechs Monate unbedingt und ein Jahr bedingt. Der Freispruch des Spaniers Varela wird bestätigt, die Staatsanwaltschaft hatte nur wegen Mängel in der Rechtsbelehrung der Geschworenen berufen.

**9.November 1993:** Das angeblich so fehlerfreie Aufenthaltsgesetz soll jetzt doch geändert werden. Der Innenausschuß des Parlaments einigt sich darauf, die kritisierte Sechswochenentscheidungsfrist zu ändern, auch der Aufenthalt ausländischer Studenten soll erleichtert werden.

**10.Dezember 1993:** Die beiden Festgenommenen stammen aus Küssels VAPO. Sie werden als der 28jährige Elektrotechniker Peter Binder und der 26jährige Ex-Söldner Alexander W. bezeichnet. Noch ist der genaue Tathergang und die Beteiligung weiterer Personen ungeklärt.

**10.Dezember 1993:** Peter Pilz wiederholt seinen Vorwurf gegen Haider und bezeichnet ihn neuerlich als „geistigen Ziehvater des rechtsextremen Terrorismus“.

**11.Dezember 1993:** Der Kärntner Landwirtschaftskammerrat Franz Schmied gibt seinen Rücktritt bekannt. Er hatte in einer Sitzung über einen Besuch im Landtag geäußert: „*Ich war im Landtag. Da kann man wirklich das Grausen kriegen. Die Bagage g'hört vergast!*“

**11.Dezember 1993:** In der Nacht wird in NÖ. das größte Waffenlager ausgehoben, das in Rechtsextremistenkreisen je gefunden wurde.

**12.Dezember 1993:** Wahlen in Rußland. Nach bei Redaktionsschluß vorliegenden Meldungen dürfte die rechtsextremistische Liberal-demokratische Partei Wladimir Schirinowskij als stimmenstärkste Partei hervorgegangen sein.

**11.Dezember 1993:** Wahlen in Chile. Bereits im ersten Wahlgang erreicht der Kandidat des Mitte-Links-Bündnisses (Christdemokraten und Sozialisten), Eduardo Frei, mit 58% der Stimmen die absolute Mehrheit, der rechte Gegenkandidat erhält 24%, ein ehemaliger Pinochet-Minister nur 6%.

**12.Dezember 1993:** Der ehemalige Handelsminister und Vizekanzler Fritz Bock stirbt im 83. Lebensjahr. Er war nach dem Einmarsch Hitlers 1938 mit dem ersten "Prominententransport" ins KZ Dachau gebracht worden.

**12.Dezember 1993:** Auf einer Bundesparteileitungssitzung empfiehlt Haider seiner Partei bei öffentlichen Meinungsäußerungen behutsam zu sein, weil *"den Mächtigen ist jedes Mittel recht, um der FPÖ zu schaden."*

**12.Dezember 1993:** Für eine weitergehende Entschärfung der Fremdenetze spricht sich ÖVP-Justizsprecher Graff aus.

**13.Dezember 1993:** Das VAPO-Handbuch rät festgenommenen Neonazis mit dem Ganovenspruch: *"Sagst du ja, bleibst du da, sagst du nein, gehst du heim"*. Für einen Beschuldigten bestehe keine Verpflichtung zur Aussage oder dazu, die Wahrheit zu sagen. Ein weiterer Verdächtiger wird festgenommen.

**13./14.Dezember 1993:** Besorgt äußern sich westliche Politiker über den relativen Wahlsieg des russischen Rechtsextremisten Schiriniowskij, der rund ein Viertel der Wählerstimmen auf sich vereinigen konnte. Daß Schiriniowskij, Jelzin durch seine Empfehlung bei der Verfassungsabstimmung mit JA zu stimmen, massiv unterstützte, wird allerdings weitgehend mit Schweigen übergangen. Der Extremist plant offensichtlich für die Zukunft. Wenn Jelzin (was ja nicht besonders unwahrscheinlich ist), bei den nächsten Präsidentenwahlen abgewählt wird, könnte der Russen-Nazi als Nachfolger die Machtstellung dieser Position exzessiv ausnützen.

**13./14.Dezember 1993:** Die Festnahme von Franz Radl junior und senior scheint einen Schritt vorwärts bei den Ermittlungen in Sachen Briefbombenterror zu bedeuten. Der Junior ist einschlägig vorbestraft und auch der Senior (im Gegensatz zu den Behauptungen in verschiedenen Medien) scheint durchaus kein unbeschriebenes Blatt zu sein. Das ANTIFA-INFO hatte in der Nummer 25 vom September 1987 folgenden Bericht abgedruckt:

#### DER ALLTÄGLICHE FASCHISMUS

FEHRING

Rechtsextreme Propaganda

im Bahnhofrestaurant

*Wenn ein Oberösterreicher Urlaub macht und aus der "Heimat des Führers" in die Ferne reist, so braucht er doch den Geist von gestern nicht zu vermissen.*

*Er fährt z.B. nach 8350 Fehring in der Steiermark und geht bei Gelegenheit auch in das dortige Bahnhofrestaurant. Hei, wird dort jeder zünftige Rechtsextremist seine Freude haben!*

*Stoßweise liegen die verschiedensten Neonazizeitschriften und andere rechtsextremistische Schriften auf, von der bekannten Zeitschrift "MUT" liegen ganze Jahrgänge herum, zerblättert und zerlesen von Schülern und Lehrlingen, die im Bahnhofrestaurant ihre Wartezeit verbringen.*

*Und daß dies kein Zufall ist, beweist ein Leserbrief in einer der aufliegenden MUT-Nummern:*

*"Da ich ihr ausgezeichnetes Magazin noch mehr Landsleuten zugänglich machen will, ersuche ich Sie, mir ab Jänner 1986 monatlich zwei Exemplare von "MUT" zu senden. Franz Radl".*

*Und wer ist der "Franz Radl"?*

*Erraten! Der Pächter des Bahnhofrestaurants von Fehring!*

*Ob sich die österreichischen Bundesbahnen etwas dabei denken, wenn eines solchen Geistes Kind die Bahnhofgaststätte betreibt?*

Sicherlich nicht, kann man heute sagen, auch die STAPO, die alles so gut im Griff hat, denkt sich schließlich nichts..

**Bewiesen ist aber wieder einmal: ANTIFA-INFO-Leser wissen mehr!**

**14.Dezember 1993:** In Wien wird eine alte Tradition aus den Sechziger- und Siebzigerjahren wiederbelebt. Ein massives Polizeiaufgebot schützt die "Julfest" zweier bekannter rechtsextremistischer Vereine gegen antifaschistische Demonstranten. Dabei kommt es auch wieder zu entsprechenden Prügelorgien. Ist ja auch klar, schließlich hat die Polizei die rechtsextreme Szene *fest im Griff* und den Antifaschisten muß man schon zeigen, wer hier das Sagen hat. Die *Kritischen Demokraten* (Handbuch des österr. Rechtsextremismus, Seite 153ff) und die *Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP)* (Handbuch Seite 110ff) sind nach Polizeiverständnis vermutlich schutzwürdige Einrichtungen.

**14.Dezember 1993:** Laut "NATIONALZEITUNG" wäre der "ewige Bund zwischen Deutschland und Rußland der größte Segen für Europa". Dieser Bund wurde in München zwischen dem rechtsextremistischen Zeitungsverleger Gerhard Frey und Wladimir Schiriniowskij abgeschlossen. Der russische Nationalist hat ein Zuckerl zu bieten: Die Oder-Neisse-Linie (Westgrenze Polens) sei nicht das letzte Wort in der Geschichte, das ehemalige Ostpreußen könnte gemeinsam von Rußland und Deutschland verwaltet werden.

**14.Dezember 1993:** In Paris wird der 66jährige Gründer des rechtsextremistischen ŒUVRE FRANÇAISE (französisches Werk), Pierre Sidos, von einer Antiterrorereinheit wegen antisemitischer Drohungen festgenommen.



**Mitte Dezember 1993:** Gegen Küssel läuft ein Kündigungsverfahren wegen seiner Wohnung in Wien-Währing. Die leerstehende Wohnung dient nach wie vor als Zusammenkunfts- und Unterschlupf für die Rechtsextremistenszene. Hausbewohner fühlen sich dadurch gefährdet. Besonders der im Zusammenhang mit den Briefbomben-Ermittlungen festgenommene Gerhard Endres hielt sich häufig dort auf.

**15.Dezember 1993:** Ex-VAPO-Aktivist und FPÖ-Kandidat bei den Eisenbahnerwahlen, Rudolf Wundsam, tritt aus der FPÖ aus, er wolle "*seine Person der öffentlichen Diskussion entziehen und der FPÖ keinen Schaden zufügen.*" In diesem Zusammenhang muß auch auf die Unbeweglichkeit der österreichischen Zeitungen hingewiesen werden. Von einem MA-Mitarbeiter war eine österreichische Tageszeitung schon Wochen vorher auf die Kandidatur des Neonazis für die FPÖ hingewiesen worden, aber der Sache weiter nachzugehen, war den dortigen Journalisten wohl zu mühsam gewesen.

**16.Dezember 1993:** Als sechste Volksgruppe nach Kroaten, Slowenen, Ungarn, Tschechen und Slowaken werden die Roma als eigene Volksgruppe anerkannt.

**16.Dezember 1993:** Alle Jahre wieder beschenkt Weihnachtsmann Bregartner den Welser ÖTB. Zum fünften Mal gibt es eine halbe Million Schilling für die rechtslastigen Turner, obwohl diese schon im Jänner einen großen Aderlaß durch den Austritt von rund 100 Mitgliedern erleiden mußten, die mit der ideologischen Ausrichtung der Organisation nicht einverstanden waren.

**16.Dezember 1993:** Die rechtsextreme Konservative Partei in Südafrika will aus der Provinz Oranje einen exklusiven weißen Buren-Staat machen.

**17.Dezember 1993:** Die FPÖ zieht einen Videofilm zurück, in welchem behauptet worden war, der spätere Bundeskanzler Raab habe 1938 bei Hitlers Einzug jubelnd im Spalier gestanden. Als Beweis zeigte man eine Wochenschauszene, in der ein Mann mit einer raab-ähnlichen Physiognomie mit deutschgrüßender Hand in der Menge steht.

**17.Dezember 1993:** Keine Hilfe von der STAPO für die Grünen. Peter Pilz geht an die Öffentlichkeit, daß man von staatspolizeilicher Seite trotz einer langen Liste von Morddrohungen gegen Politikerinnen und Politiker der Grünen nicht einmal zu einem Sicherheitsvortrag bereit gewesen sei. Der Innenminister antwortet, der Grüne Klub sei mit Sicherheitsinformationen versorgt worden.

**18.Dezember 1993:** Nach langer, schwerer Krankheit verstirbt der Braunauer Bezirksverantwortliche des MAUTHAUSEN AKTIV, Obmann des Kulturausschusses im Braunauer Gemeinderat, Wolfgang Simböck, im 44. Lebensjahr.

**19.Dezember 1993:** Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel besucht Bürgermeister Zilk im Krankenhaus.

**20.Dezember 1993:** Ein von einem Amateurfunker abgehörter Funkspruch mit einer Morddrohung gegen Caritaspräsident Schüller veranlaßt diesen sich aus der Öffentlichkeit zurückzuziehen, da er sich von der STAPO im Stich gelassen fühlt.

**21.Dezember 1993:** Weit haben sie es gebracht, die russischen Kommunisten. Eine parlamentarische Zusammenarbeit mit Schiriniowskij wird von ihnen nicht ausgeschlossen, die "Liberaldemokratische Partei" sei nicht faschistisch.

**21.Dezember 1993:** Der Präsident der "Liberalen Internationale", Otto Graf Lambsdorff, stuft Schiriniowskij als ein Phänomen des rechten Populismus wie Haider ein.

**21.Dezember 1993:** Schiriniowskij besucht Österreich. Er trifft sich in Kärnten mit einem Geschäftsfreund, dem Holzhändler Edwin Neuwirth, einem ehemaligen SSler und gegenwärtigen Holocaust-Leugner. Ein geplanter TV-Auftritt des Russen in Deutschland wird abgesagt, ihm in der Folge eine neue Einreise in die BRD verweigert. Kurz darauf wird der Extremist aus Bulgarien ausgewiesen, wo er die Absetzung des Staatspräsidenten verlangt hatte. Auch für Österreich soll er in Zukunft kein Einreisevisum mehr erhalten. Schiriniowskij ergeht sich nach diesen Abfuhren in dumpfen Kriegsdrohungen.

**21.Dezember 1993:** Das Amt des Bundeskanzlers soll abgeschafft, Bundespräsident und Bundeskanzler in einer Hand vereinigt werden, schlägt FPÖ-Chef Haider vor. Wenn er 1998 Bundeskanzler sei, wäre es nicht auszuschließen, daß er auch bei der Bundespräsidentenwahl kandidiere. Diese Omnipotenzträume finden wenig Applaus bei den anderen Parteien.

**22.Dezember 1993:** Die Sicherheitsbehörden geben an, die Drahtzieher der Briefbombenanschläge, aber nicht den Bombenbastler selbst, ermittelt zu haben. Bei den Festnahmen gab es offensichtlich Vorwarnungen für die Rechtsextremisten, wie Ausräumungsspuren bei den Hausdurchsuchungen ergaben. Der Bombenbastler wird als pedanter Arbeiter mit ausgezeichneten physikalischen und chemischen Kenntnissen bezeichnet, Bomben dieser Bauart sind bisher in der Terrorszene noch nirgends aufge-

taucht. Die zehn Bomben sind in einer Aktionswoche mit dem Motto "Freiheit für Küssel" verschickt worden und auf die zehn Haftjahre für den österreichischen Naziführer bezüglichen.

**23.Dezember 1993:** Ergebnis einer Meinungsumfrage zum Rechtsextremismus. Für eher immun gegen den Rechtsextremismus halten unser Land 57%, als eher anfällig stufen es 27% ein, 68% sehen Anzeichen für ein Zunehmen des rechten Extremismus.

**27.Dezember 1993:** Fremdenhaß in Ägypten. Bei einem Bombenanschlag in Kairo werden acht österreichische Touristen zum Teil erheblich verletzt. Islamische Fundamentalisten vermögen die europäischen Rechtsextremisten zu überbieten, wie auch die Mordserie an Ausländern in Algerien beweist.

**27.Dezember 1993:** Ergebnis einer Meinungsumfrage. Welche "Dauergäste" sind den Österreichern willkommen, welche nicht: Auf die heftigste Ablehnung stoßen die Moslems (37%) gefolgt von Afrikanern und Asiaten. Aber auch EG-Bürger werden von rund 10% abgelehnt. Die deutlichste Fremdenabneigung haben Menschen mit niedrigem Einkommen, schlechter Bildung und hohem Alter.

**28.Dezember 1993:** Noch eine Meinungsumfrage: Unter den Zukunftsängsten stieg von 1991 auf 1993 die Angst vor einem neuen Faschismus von 9 auf 16%.

**30.Dezember 1993:** Der Vatikan anerkennt Israel. Was auch nicht unbedingt als sehr verfrüht bezeichnet werden kann. Schließlich setzt der Kirchenstaat diesen Schritt als letzter aller europäischen Staaten.

**30.Dezember 1993:** Der Filmemacher Axel Corti stirbt nach kurzer, schwerer Krankheit. Mit seinen Filmen über Jägerstätter und den jungen Hitler hatte er auch brisante zeitgeschichtliche Themen aufgegriffen.

**31.Dezember 1993:** Simon Wiesenthal begeht seinen 85. Geburtstag. Auch das ANTIFA-INFO gratuliert auf diesem Wege nachträglich. In mehr als 1000 Fällen hat Wiesenthal mitgeholfen, Naziverbrecher vor die Gerichte zu bringen. Die bekanntesten Fälle: Die Festnahme Adolf Eichmanns, der die "Endlösung der Judenfrage" organisierte, die Ausforschung Franz Stangls (Kommandant des KZs Treblinka) und in jüngster Zeit von Josef Schwammberger, dem Kommandanten des Ghettos von Przemyśl. Ein wichtiger Erfolg gelang ihm seinerzeit als Nazikreise behaupteten, das *Tagebuch der Anne Frank* sei eine Fälschung: Wiesenthal forschte Karl Silberbauer aus, der damals in Amsterdam das Mädchen festgenommen hatte.

Zum **Jahresende 1993/94** wird ein Abschiebungsfall bekannt, der ein bezeichnendes Licht auf die österreichischen Verhältnisse wirft. Der nigerianische Student Emmanuel O. wurde innerhalb von drei Jahren dreimal ohne seinen Reisepaß angetroffen. Er führte zwar Führerschein und Studentenausweis mit sich, als Ausländer muß er aber einen Reisepaß vorweisen können. Obwohl er mit einer Österreicherin verheiratet ist, wurde deswegen gegen ihn ein fünfjähriges Aufenthaltsverbot verhängt, weil *"er nicht bereit ist, sich den speziell für Fremde geltenden Bestimmungen, die ein geordnetes Fremdenwesen sicherstellen sollten, zu unterwerfen."*

## 1994

**1.Jänner 1994:** Die FPÖ nimmt ein eigenes Privatradio in Betrieb, daß den Wahlkampf in Kärnten unterstützen soll.

**4.Jänner 1994:** Für den 12. Februar lädt die rechtsextreme slowenische NATIONALSOZIALE PARTEI nach Laibach zu einem Kongreß. Erwartet werden: Schiriniowski (Rußland), Bossi (Lega Nord, Italien), Georgievski (Mazedonien).

**4.Jänner 1994:** Den Hang von Jugendlichen zu Computerspielen bezeichnet Dr. Steinhardt von der TU Wien als Möglichkeit sich mit einer *"bezwingbaren Autorität"* auseinanderzusetzen. Rund 15% benutzen dabei auch rechtsextreme Spiele. Nicht viel intelligenter sind aber dabei auch formal *"antinazistische"* Spiele wie "Wolfenstein", wo man massenhaft Nazis massakrieren muß, um aus einer Nazi-Festung zu entkommen...

**5.Jänner 1994:** 1993 wurden in Österreich 1497 Asylwerber anerkannt, das waren knapp 20% der Asylsuchenden. Das UNO-Hochkommissariat für Flüchtlinge kritisiert jedoch die Vorgangsweise der österreichischen Behörden, die die Fluchtgründe zu schnell und vereinfacht überprüften.

**6.Jänner 1994:** Am traditionellen Dreikönigstreffen der ÖVP vertritt der steirische Landesgeschäftsführer Hirschmann wieder einmal seine These, die ÖVP müsse sich auch die Option für eine kleine Koalition mit der FPÖ offenhalten. Auch Außenminister Mock will diese Möglichkeit nicht ausschließen. Er und der Klubobmann im burgenländischen Landtag, Kaplan, wollen auch den Gang in die Opposition nicht ausschließen. Obmann Busek will verstärkt mit dem Begriff "Heimat" operieren und den Österreichern vermitteln, daß sie auf ihre Heimat stolz sein können und sich von anderen Europäern unterscheiden. Der als Gast anwesende holländische Ministerpräsident Lubbers sagt, daß die EU zum Unterschied vom amerikanischen Schmelztiegel der Nationen die Identität ihrer Mitgliedsstaaten erhalten wolle.

**8.Jänner 1994:** Mit Giftanschlägen droht ein Neonazi, falls Gottfried Küssel nicht aus der Haft entlassen werde. Das Innenministerium geht zum Schein auf die Forderungen ein und stellt einen Fluchthubschrauber bereit. Der Briefschreiber reagiert aber nicht.

**9.Jänner 1994:** Gerade hatte er noch von Mäßigung gesprochen, beim Neujahrestreffen seiner Partei in Klagenfurt vor 4.000 Zuhörern ist Haider aber wieder voll in Fahrt. Nach den indirekten Koalitionsangeboten durch hochrangige ÖVP-Funktionäre schießt er sich hauptsächlich auf die SPÖ ein.

**10.Jänner 1994:** Die Aussage eines Neonazi-Aussteigers aus Deutschland, Haider habe persönliche Kontakte mit der NS-Szene, wird von FPÖ-Sprechern zurückgewiesen, entsprechende Klagen werden angekündigt.

**10.Jänner 1994:** Als lächerliche Scheindebatte bezeichnet der Klubobmann des LIBERALEN FORUMS, Friedhelm Frischenschlager, die Diskussion über die Identitätskrise der Österreicher. Diese werde von Busek herbeigeredet, um aus Selbstverständlichkeiten ein Wahlkampfthema zu machen.

**10.Jänner 1994:** Der Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde referiert auf Einladung des BUNDES SOZIALISTISCHER AKADEMIKER in Wels. Er bezeichnet es als politische Fahrlässigkeit, das Problem der "braunen Flecken" anstehen zu lassen. Eine großzügige Geldspende weist Paul Grosz zurück und schlägt vor, das Geld für eine Einladung an vertriebene Welser Juden zu verwenden.

**Jänner 1994:** In Wiener Polizeikreisen sucht man nach einer Gruppe, die sich "Notwehrgemeinschaft der Sicherheitswachebeamten" (abgekürzt NS) nennt, die Flugblätter an alle Dienststellen verbreitet, in denen die "Unterwanderung unserer Staatsführung durch jüdische Kreise" beklagt wird. Die österreichische Regierung bestünde zur Gänze aus Freimaurern und zu einem Teil aus Juden bzw. Judenstämmigen, die Einwanderungspolitik zerstöre die rassische Eigenart eines Volkes durch Umvolkung, durch Ansiedlung von Rassenfremden und sei damit Tatbestand des Völkermordes. Verbotsgesetz und die Urteile gegen Küssel und Reinthaler werden beklagt. Für Dienstposten bei einer künftigen neuen GESTAPO wäre also bereits geeignetes Personal vorhanden...

**13.Jänner 1994:** Massive Liberalisierungen im Ausländerrecht fordert der VP-Wissenschaftssprecher Brünner, Familienzusammenführungen müßten erleichtert, für ausländische Studenten Barrieren abgebaut werden. Für die schrittweise Einführung des Ausländerwahlrechtes spricht sich die JVP Steiermark aus.

**13.Jänner 1994:** Die FPÖ stünde der ÖVP für eine Regierungskoalition ab Herbst 1994 zur Verfügung, sagt FP-Generalsekretär Grasser. Ziel der FPÖ sei es, die Zweidrittelmehrheit der Großen Koalition zu brechen.

**14.Jänner 1994:** Der STANDARD berichtet, daß Haider im April 1992 auf einer Veranstaltung der *Jungen Bürger* in Hochheim (Deutschland) gastiert habe. Die *Jungen Bürger* sind eine bekannte rechtsextremistische Organisation, die die Veranstalter von Pogromen gegen Asylantenheime als *neue Freiheitshelden* sehen. Als Haider zuerst dementiert, veröffentlicht die Zeitung am 17.1. ein Foto das Haider flankiert von zwei Funktionären dieser Organisation zeigt. Daraufhin läßt der FP-Chef verkünden, daß sich so viele Menschen mit ihm fotografieren ließen...

**16.Jänner 1994:** Der angebliche Überfall von Skinheads auf eine Behinderte in Halle a.d.S. stellt als erfunden heraus. Das Mädchen hatte behauptet, Skins hätten ihr ein Hakenkreuz in die Wange geritzt. Rund 10.000 Menschen hatten deshalb an einer antifaschistischen Protestdemonstration teilgenommen.

**Mitte Jänner 1994:** Debatten gibt es in Wien, auf welche Art des sechzigsten Jahrestages des Februaraufstandes von 1934 gedacht werden soll. Die Veranstaltung eines Spektakels mit nachgestellten Kampfszenen, wie von den VHS und dem Republikanischen Club geplant, findet nicht die Zustimmung der Politiker.

**17. Jänner 1994:** Der "Baulöwe" Robert Rogner ist auf der FPÖ-Liste als Kandidat für einen Regierungssitz in Kärnten vorgesehen.

**17. Jänner 1994:** Die SPÖ lehnt den Vorschlag der ÖVP, ein Berufsheer aufzustellen, kategorisch ab.

**17. Jänner 1994:** Der im Zusammenhang mit den Briefbombenanschlägen festgenommene H.G. Ley wird aus der Untersuchungshaft entlassen, nach der Entlassung von Radl sen. sind somit noch Peter Binder, Alexander Wolfert und Franz Radl jun. in Haft. Der Küssel-Stellvertreter Endres bleibt aus anderen Gründen in U-Haft

**18. Jänner 1994:** Meinungsumfrage zur Politikverdrossenheit. Die Ergebnisse im Vergleich zu 1991: 71% (75%) sind einigermaßen zufrieden, 5% (15%) sehr zufrieden, 23% (9%) nicht zufrieden mit Demokratie, den Parteien und dem politischen System. Nach Parteien änderten sich die Anteile der "nicht Zufriedenen" so: SPÖ 15% (11%), ÖVP 19% (9%), FPÖ 39% (23%), Grüne 16% (33%).

**18. Jänner 1994:** Groteske um Hamburger Schüler, die nach Österreich auf Skikurs fahren wollten. Da in der betr. Klasse Asylantenkinder waren, konnte die Einreise erst über Regierungsintervention erreicht werden. Umgekehrt wurde dasselbe Problem Richtung Bayern bekannt. Auch hier durften Ausländerkinder bei Klassenfahrten nicht nach Bayern einreisen.

**20. Jänner 1994:** Bürgermeister Zilk wird aus dem Krankenhaus entlassen und tritt seinen Dienst wieder an.

**20. Jänner 1994:** Das Parlament "entschärft" die Sechs-Wochen-Frist im Aufenthaltsgesetz.

**20. Jänner 1994:** Die ungarische "Weltnationale Partei für Volksherrschaft" betrachtet sich als Nachfolgeorganisation der faschistischen "Pfeilkreuzler", die seinerzeit mit Hitler kollaboriert hatten.

**20. Jänner 1994:** In Deutschland finden in fünf Bundesländern Hausdurchsuchungen bei Rechtsextremisten statt.

**20. Jänner 1994:** In Klagenfurt wird die Vincenz-Rizzi-Gesellschaft gegründet, die sich als Ziel das bessere Zusammenwirken der Volksgruppen stellt.

**21. Jänner 1994:** Außenminister Mock überschlägt sich wieder für die NATO, als ein nicht näher genannter hoher westlicher Diplomat meint, Österreich solle an der "*Partnerschaft für den Frieden*" der NATO teilnehmen. Mock dazu: Österreich habe keine Berührungängste gegenüber der NATO und sei bereits durch seine Verflechtungen mit der EU in westliche Verteidigungsstrukturen eingebunden, de facto auch im militärischen Bereich. Daß Mock & Konsorten keine Berührungängste haben, ist seit Jahrzehnten bekannt. Daß die Österreicherinnen und Österreicher vielleicht trotzdem nicht so NATO-geil sind wie unser(??) merkwürdiger Außenminister, dürfte aber auch zutreffen.

**21. Jänner 1994:** In Sachsenanhalt schlagen sieben Rechtsextremisten fünf Antifaschisten in ihren Wohnungen mit Baseballschlägern krankenhaushausreif.

**21. Jänner 1994:** Zwei Amerikaner erwarten für ihre Klage gegen das US-Justizministerium auf Herausgabe der Unterlagen, die dazu führten, daß Waldheim 1987 auf die WATCHLIST gesetzt wurde, einen Erfolg.

**21. Jänner 1994:** Die Kriegsdrohungen des russischen Extremisten Schirinowskij führen dazu, daß in Finnland die EU-Gegner von 43 auf 27% zurückfallen, auch in Schweden sinkt die Ablehnung von 46 auf 39%, in Norwegen von 60 auf 53%.

**23. Jänner 1994:** Innenminister Löschnak in der TV-Pressesendung. U.a. weist er daraufhin, daß Kontakte zwischen einem der Verdächtigen und dem Ehemann der nö. FPÖ-Abgeordneten Rosenkranz bestehen, was alsbald heftige Proteste der FPÖ ("Sippenhaftung") hervorruft. Man sei von der Stärke der rechtsextremen Szene "*überrascht*" worden. Ja, wenn man jahrzehntelang die ach so harmlosen NS-Nostalgiker unbehelligt ihre Wehrübungen abhalten läßt, dann ist es in der Tat überraschend, wenn das Gelernte praktisch angewandt wird.

**23. Jänner 1994:** Zum Jahrestag des "Lichtermeeres" wird von SOS-MITMENSCH in Wien eine Kundgebung veranstaltet. Die erwarteten 10.000 Teilnehmer werden nicht erreicht, die Polizei schätzt (wie immer) entsprechend niedrig (2.000), gegen 5.000 werden es wirklich gewesen sein, was allerdings auch nicht unbedingt sehr spektakulär ist.

**23. Jänner 1994:** Die Ablehnung des EU-Beitrittes soll der Hauptwahlschlager von Kurt Steinhausers Anti-EG-Liste ÖSTERREICH MUß ÖSTERREICH BLEIBEN sein. Steinhauser trat bisher u.a. als Gründer der "SOS Bürgerprotestliste - Das Boot ist überfull" in Erscheinung.

**23.Jänner 1994:** Hunderte Antifaschisten verhindern in Berlin die öffentliche Präsentation der Umstellung der rechtsextremen Zeitschrift JUNGE FREIHEIT auf wöchentliches Erscheinen.

**24.Jänner 1994:** Flugblattaktion der Grazer Burschenschafter. Gewarnt wird vor "*Überfremdung und Vermischung der Völker*", denn schließlich sei schon das Römische Reich am Konzept der multikulturellen Gesellschaft zugrunde gegangen. Die Grazer ÖH kritisiert diese Aktion und stellt fest, daß die Burschenschafter nach mehr als zwanzigjähriger Pause jetzt wieder verstärkten Zulauf hätten.

**25.Jänner 1994:** Die Parteibuchwirtschaft abgeschafft hat Haider als Landeshauptmann in Kärnten. So ernannte er den parteilosen Arthur Traußnig zum Bezirkshauptmann von Wolfsberg. Auf der Liste der FPÖ für die Landtagswahl scheint der parteilose Traußnig jetzt als unabhängiger Kandidat auf. Zufälle gibt es...

**26.Jänner 1994:** Die Moskauer Staatsanwaltschaft ermittelt gegen Schirinowskij wegen Kriegspropaganda, ein Delikt, das in Rußland mit einer Strafe von bis zu acht Jahren bedroht ist.

**26.Jänner 1994:** Einstweilen wollen die ungarischen Behörden der neuen Pfeilkreuzler-Partei noch nicht mit einem Verbot begeben. Ja, ihr Demokraten, schont eure Nazis!

**26.Jänner 1994:** Das bayrische Verwaltungsgericht bestätigt das Verbot des NATIONALEN BLOCKS.

**26.Jänner 1994:** Zuerst hatte der deutsche NS-Aussteiger Hasselbach behauptet, Haider hätte persönliche Kontakte mit der österreichischen Neonazi-Szene gehabt, dann kann er diese Angaben plötzlich (angeblich aus Furcht um Leib und Leben) nicht mehr bestätigen.

**27.Jänner 1994:** In Auschwitz wird des 49. Jahrestages der Befreiung gedacht. Zahlreiche Parlamentarier des Europaparlamentes nehmen daran teil.

**28.Jänner 1994:** In Wien stirbt im 93. Lebensjahr die Vorsitzende der Sozialistischer Freiheitskämpfer, Rosa Jochmann.

**28.Jänner 1994:** Nähere Umstände zur Schändung des Eisenstädter Judenfriedhofes im Oktober 1992 werden bekannt. Der mutmaßliche Täter ist ein 24jähriger, der auch als Anführer einer Skinheadgruppe, die für Haider Saalschützerätigkeiten übernommen haben, in Erscheinung getreten ist. FP-Generalsekretär Meischberger ordnet ihn aber vorsichtshalber den "Linkschaoten" zu, obwohl sich der Verdächtige 1991 in einem FALTER-Interview als "Nationalsozialist" bezeichnet hatte. In einem psychiatrischen Gutachten wird ihm allerdings "*schizoide Verhalten mit krankhaftem Sendungsdrang*" bescheinigt.

**29.Jänner 1994:** In Südafrika wollen die Inkatha-Partei der Zulus und die rechtsextremen Weißen nicht an den Wahlen teilnehmen.

**29.Jänner 1994:** Vortrag des Linzer Theologen Niewiadomski in St.Pölten. Er warnt vor der Entwicklung, daß die ideologischen Grenzen zwischen wertkonservativ und rechtsradikal zunehmend verwischt würden. Auf subtile Weise würde der christlichen Tradition von der Gleichheit aller Menschen der Glaube an die Ungleichheit entgegengesetzt und das Prinzip des Stärkeren zur natürlichen Auslese eingebracht. Das damit verbundene Bedürfnis nach Selbstdurchsetzung rechtfertige die Gewaltakzeptanz.

**30.Jänner 1994:** TV-Pressestunde mit FPÖ-Generalsekretär Meischberger. Innenminister Löschnak sei bei den Briefbombenattentaten *nachlässig* gewesen. Für die Nationalratswahlen strebe man ein Ergebnis von 20% an. Zum EU-Beitritt bleibt es weiterhin die Taktik der FPÖ, keine klare Stellung zu beziehen. Bei den EU-Gegnern herrscht mittlerweile sowieso der Eindruck, die FPÖ sei gegen den Beitritt und gegenüber den EU-Befürwortern kann man ja argumentieren, sich ohnehin nicht gegen den Beitritt ausgesprochen zu haben.

**30.Jänner 1994:** Die Gespräche zwischen Israel und der PLO lassen auf einen baldigen Durchbruch hoffen.

**31.Jänner 1994:** Die Versöhnung Haider und Kriemhild Trattinig fand keinen Abschluß. Die ehemalige FPÖ-Politikerin scheint auf der Kärntner Kandidatenliste überhaupt nicht auf. Als Grund dafür wird vermutet, daß ihr Bruder, der FPÖ-Politiker Siegfried Huber, erklärt hat, bei den Landtagswahlen Zernatto (ÖVP) unterstützen zu wollen.

**31.Jänner 1994:** Schirinowskij warnt Ungarn vor einem NATO-Beitritt und schlägt die Gründung einer "Osteuropäischen Gemeinschaft" vor. Wenn sich Ungarn von Rußland abwende, werde es „*Stiefelputzer für deutsche und britische Offiziere*“ sein.

**1. Februar 1994:** Haider erklärt die "Ausländerfrage" zum FPÖ-Hauptwahlthema für die heurigen Urnen-gänge. Im Gegensatz zum schiefgegangenen Volksbegehren vom Vorjahr müsse man in der Wahlzelle seine Meinung ja nicht offen deklarieren...

**Ende Jänner 1994:** Das Bundesvermögensamt Berlin lehnt die Anbringung einer Jägerstätter-Gedenktafel am ehemaligen *Reichsgerichtsgebäude* ab, da der hingerichtete Wehrdienstverweigerer „eine Person mit Bedeutung für (seine) Gruppe, aber nicht für die Allgemeinheit ist“. Dr. Maislinger, den ANTIFA-INFO-Lesern ja kein Unbekannter, wendet sich mit entsprechendem Informationsmaterial an den deutschen Botschafter in Wien und erreicht, daß diese Maßnahme einer Überprüfung unterzogen wird.

**1. Februar 1994:** Haider erklärt das "Ausländerproblem" zum Hauptthema der kommenden FPÖ-Wahlkämpfe. In der Wahlzelle könne man ja anonym bleiben, deutet er den Unterschied zwischen dem danebengegangenen Volksbegehren des Vorjahres und seinen Erwartungen für die Nationalratswahlen an.

**1. Februar 1994:** Eine unheilige Allianz in Südafrika: Die weißen Rechtsextremisten und die Zulu-Partei "Inkatha" wollen gemeinsam die bevorstehenden Wahlen boykottieren.

**2. Februar 1994:** Haider bekräftigt sein Bekenntnis zur „*ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich*“.

**2. Februar 1994:** Anlässlich eines Besuches von Vizekanzler Busek in Israel wird an der Hebräischen Universität in Jerusalem der *Kardinal-König-Lehrstuhl für Österreichische Studien* eingeweiht. Die Finanzierung erfolgt durch das österreichische Wissenschaftsministerium und den Verein *Österreichische Freunde der Hebräischen Universität*.

**4. Februar 1994:** Die JVP der Steiermark kritisiert das Naheverhältnis von LH Krainer zu Haider. Die „*volksverhetzende Diskriminierungspolitik*“ dürfe nicht salonfähig gemacht werden.

**4. Februar 1994:** Anlässlich des Jahrestages der Gründung des LIBERALEN FORUMS zieht Heide Schmidt eine positive Bilanz. Sie bedauert, aufgrund einer Fehleinschätzung solange in der FPÖ verweilt zu haben und fordert u.a. die Einführung des Kommunalwahlrechtes für Ausländer.

**4. Februar 1994:** Walter Köhler, beschuldigt, den jüdischen Friedhof in Eisenstadt geschändet zu haben, wehrt sich gegen die Vorwürfe. Er sagt, daß ihn der wegen des Verdachtes der Beteiligung an den Briefbombenanschlägen in U-Haft sitzende Peter Binder seinerzeit (gemeinsam mit einem anderen VA-PO-Neonazi) aus Rache für seinen Ausstieg aus der VAPO der Friedhofsschändung beschuldigt habe.

**4. Februar 1994:** Seit Einführung der verschärften Grenzüberwachung im Jahre 1990 wurden 33.352 Personen bei Versuchen, illegal die Grenze zu überschreiten, aufgegriffen.

**5. Februar 1994:** In Paris demonstrieren rund 20.000 Menschen gegen Ausländerhaß und Rassismus.

**6. Februar 1994:** Nicht sehr viel Freude macht der Kärntner Bauunternehmer Rogner, der als "Unabhängiger" auf der Kärntner FPÖ-Liste für die Landtagswahl kandidiert, seinem Parteifreund in einem PROFIL-Interview. Er hält nichts von einem Ausländerwahlkampf, er würde lieber ökonomische Schwerpunkte setzen. Ein Einwanderungsstopp sei noch nicht nötig, Österreich solle so viele Ausländer aufnehmen, wie es tragen könne. Die Erneuerung des Haiderschen Bekenntnisses zur NS-Beschäftigungspolitik wird ebenfalls kritisiert, die **NAZI-Definition (Neu, Attraktiv, Zielstrebig, Ideenreich)** des freiheitlichen Vizebürgermeisters von Klagenfurt, Reinhart Gaugg sei eine „*furchtbare Aussage*“. Als Reaktion wird ihm auferlegt, sich künftig solcher Äußerungen enthalten zu müssen.

**7. Februar 1994:** Auch Ruth Feldgrill-Zankel, VP-Vizebürgermeisterin in Graz, rügt das Verhalten Krainers zu Haider. Sie wolle sich jedenfalls mit Haider „*nicht in ein gemeinsames Boot*“ setzen.

**7. Februar 1994:** Der russische Außenminister Kosyrew wirft den baltischen Staaten ethnische Säuberungen vor, die den russischen Nationalisten in die Hände spielten.

**7. Februar 1994:** Robert Eiter von der *Initiative Welser gegen Faschismus* warnt im Zusammenhang mit den Lehren aus dem Jahr 1934 davor, faschistischen Tendenzen den Boden zu bereiten.

**9. Februar 1994:** Die steirische ÖVP sieht sich gerade durch den drohenden Ausländerwahlkampf der FPÖ veranlaßt, gegenüber Haider statt mit Ausgrenzung, mit Dialog zu reagieren.

**Erste Februarhälfte 1994:** Nicht nur in Österreich, auch in der Schweiz verursacht der Druck der Rechtsparteien eine Änderung der Regierungspolitik. Entsprechende neue Rechtsvorschriften zur Einschränkung des Asylrechtes werden vorbereitet.

**11. Februar 1994:** In Italien stellen Umberto Bossi (LEGA NORD) und der Medienmulti Silvio Berlusconi (FORZA ITALIA) ihr Wahlübereinkommen vor. Für die Wahlen im März habe man einen *eisernen Pakt* abgeschlossen. In Oberitalien werden die Parlamentssitze zwischen LEGA und FORZA im Verhältnis 3:1 aufgeteilt, in Süditalien (wo die LEGA nicht kandidiert) wird Berlusconi wahltechnische Bündnisse mit den Neofaschisten abschließen. Meinungsumfragen sagen diesem rechten Bündnis nach dem neuen Mehrheitswahlrecht über 50% der Parlamentssitze voraus.

**11. Februar 1994:** Haider (!) fordert die anderen Parteien auf, „*sich im Ton gegenüber der FPÖ zu mä-ßigen.*“

**12. Februar 1994:** Gedenkfeiern zum 60. Jahrestag des Februaraufstandes von 1934. Bei der Hauptveranstaltung im Linzer HOTEL SCHIFF, wo 1934 der Aufstand ausbrach, spricht Bundeskanzler Vranitzky. Er sagt u.a.: „*Es sollen keine Wunden aufgerissen werden, zum Selbstbewußtsein und zum Selbstverständnis unserer Partei gehört aber, daß gesagt wird: Es waren nicht die Sozialdemokraten, die die Demokratie zerstört und die Abwehrkräfte gegenüber den Nationalsozialisten geschwächt haben.*“ Die Lehre aus dem Bürgerkrieg des Jahres 1934 müsse es sein, daß „*die Unversöhnlichkeit Österreich niemals wieder spalten darf,*“ deshalb sei mit „*Entschiedenheit jenen gegenüberzutreten, die sich dieser Sprache schon wieder bedienen.*“ Damals mögen die „*Freiheitskämpfer schlecht vorbereitet und schlecht ausgerüstet gewesen sein, aber im Recht waren sie.*“ Was in Wien auch einige ehemalige Heimwehler anerkennen: Sie legen an der Gedenkstätte der Februarkämpfer einen Kranz nieder. In Innsbruck warnt der wissenschaftliche Leiter des DÖW, Wolfgang Neugebauer, vor Deutschnationalismus und Ausländerfeindlichkeit, die „*nicht nur in kleinen neonazistischen Gruppen und bei Terroristen zu finden sind, sondern auch in der Haider-FPÖ, von der eine reale Gefahr für das politische System ausgeht.*“

In Wien allerdings kneift die SPÖ vor den Nachfolgern ihrer damaligen Gegner. Die geplanten Veranstaltungen mit nachgestellten Szenen aus dem Februar 1934 werden nach Interventionen der ÖVP abgesagt. Das von den Wiener Volkshochschulen angeregte Projekt *Bruderkrieg 1934* führt sogar dazu, daß sich im Wiener Gemeinderat ÖVP und FPÖ gegen die Subvention der VHS aussprachen.

**13. Februar 1994:** Bei den Stichwahlen für die Provinzialregierung im sizilianischen Catania wird ein Neofaschist mit 66% der Stimmen zum Provinzpräsidenten gewählt. Allerdings nehmen weniger als 40% der Wahlberechtigten an der Wahl teil.

**13. Februar 1994:** In Straßburg tagen Delegierte von 134 antirassistischen Organisationen aus 34 Ländern unter dem Motto „*Europäische Jugend: Vereinte Aktion gegen Rassismus und Nationalismus*“. Es ist das bisher umfassendste Treffen dieser Art. Für Mitte März ist eine europaweite Aktionswoche geplant.

**14. Februar 1994:** Der SPIEGEL berichtet, daß es in den letzten beiden Jahren wiederholt Geheimtreffen zwischen dem Chef der "Reps", Schönhuber, und dem bayrischen Ministerpräsidenten Streibl gegeben habe. Die beiden Politiker bezeichnen diese Zusammenkünfte als rein privat.

**Mitte Februar 1994:** Nicht mit Ruhm bekleckert sich Unterrichtsminister Scholten. Der *Österreichische Staatspreis für Europäische Literatur 1992* wurde an Salman Rushdie verliehen, der immer noch vom Todesurteil der iranischen Fanatiker bedroht wird. Scholten hält nun eine offizielle Preisübergabe für ein Sicherheitsrisiko.

**16. Februar 1994:** Eine Demonstrantenschar der FPÖ dringt während einer Sitzung in den Salzburger Landtag ein, um dort eine Protestresolution wegen eines Hausabbruches vorzulegen. Erst als Polizeikräfte aufmarschieren beendet man die Störaktion. Als ein Abgeordneter äußert, er fühle sich durch das Verhalten der FPÖler an die Dreißigerjahre erinnert, antwortet ihm der Salzburger FP-Stadtparteiobmann Mitterdorfer (ein Richter!!), er wünsche diese Zeit „*gerade euch nicht.*“

**16. Februar 1994:** Haider (in seiner gewohnten gepflegten und zurückhaltenden Art) hält in Ried im Innkreis vor anderthalbtausend Zuhörern seine Aschermittwochrede.

Eine Initiative von sieben Kulturgruppen veranstaltet am selben Tag eine Veranstaltungsserie *Kultur sprengt Grenzen*, die mit „*der Überzeugungskraft der Kunst aufzeigen, mahnen, aufrütteln und wachsam halten*“ soll. Die Teilnahme von ca. dreizehnhundert Menschen an dieser Veranstaltung ist ein sehr positives Zeichen! Denn ansonsten sind es meist wesentlich mehr Menschen, die im Bierzelt ihren Politstadlabend feiern, als die sich zu einer doch nicht ganz so einfach gestrickten Protest- und Bedenkveranstaltung zusammenfinden.

**17. Februar 1994:** Für sein couragiertes Auftreten für Demokratie und gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wird ORF-Chefredakteur Josef Broukal mit dem Ehrenzeichen der B'nai B'rith Maimonides Loge in Wien ausgezeichnet. Anders hat dies bekanntlich ORF-Chef Bacher gesehen, der vergangenes Jahr Broukal wegen eines Kommentars von Axel Corti zum 50. Todestag Franz Jägerstätters (allerdings vergeblich) zu maßregeln versuchte.

Corti hatte am 9.8.93 unter anderem gesagt:

*»Ist Jägerstätter überhaupt all denen, die ihre 'Pflicht' erfüllt haben, zumutbar, so wurde ich heute gefragt.*

*Ist er uns, die wir Angst haben und die wir es uns richten und unsere kleinen Klugheiten züchten und hegen und pflegen, ist uns so einer zumutbar - ein Sturschädel, einer, der mühselig ist, ein Schwieriger, der sei Gewissen wachhält wie eine unbequeme Flamme?*

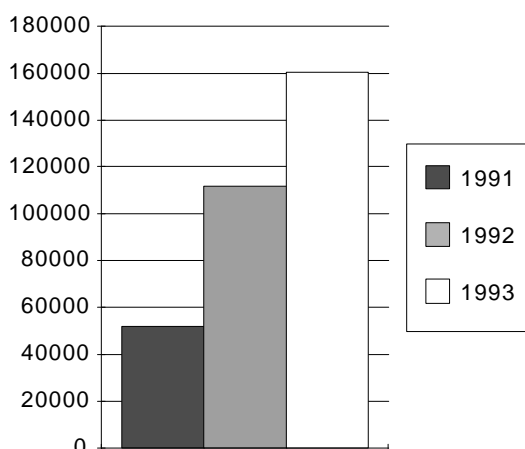
*Wie hieß das damals: "Licht aus!", so riefen die Luftschutzwarte. Der hielt seine Flamme am Brennen, der machte nicht Licht aus. Konnte der denn überhaupt beurteilen, ob das rechtens war, so genau, so wörtlich, so absolut seine Religion zu leben? Konnte der das beurteilen? Seine Frau hat ihn sogar angefleht, es so zu machen, wie alle anderen, in Gottes Namen einzurücken. Aber gerade in Gottes Namen konnte Jägerstätter eben nicht einrücken, in eine Armee, die andere Länder überfallen hatte, die einen Aggressionskrieg führte. Er wußte, daß die Nazis seine Religion verfolgten. Er wußte es, er hatte es erlebt, er erlebte es trotz aller möglichen Militärgeistlichen. Ist so ein Unbedingter, ist so einer, der nicht auf Kosten anderer, sondern mit aller eigenen Konsequenz schwierig war, überhaupt zumutbar - u n s ?*

*Dann ist da noch eine andere Frage. Sind Pfaffen zumutbar? Pfäffische Pfaffen? Oder sind vielleicht Priester, Bischöfe zumutbarer, die sich wirklich mühen, in Zweifeln und wieder und wieder neu zu beginnen? Sind die zumutbar, die sich unter der sogenannten Pflichterfüllung duckten und die Augen verschlossen und die Ohren und den Mund? Ist eigentlich dieser eigenartige Jesus je zumutbar gewesen, dieser Sturschädel, dieser mühselige Mann, den die Machthaber heute im Maule führen am Sonntag vormittag? Und am Nachmittag sitzen dieselben dann wieder bei ihren schlaun Kombinationen, weil Dienst ist ja bekanntlich Dienst und irgendwo muß man sich ja erbauen dürfen...*

*Und wäre Jägerstätter nicht bis zuletzt geblieben, sondern wäre zum Beispiel geflohen, über die Grenze, weil er aus Gewissensgründen nicht in dieser Armee, die mit seinem Vaterland nichts zu tun hatte, dienen wollte - wäre Jägerstätter geflohen, bekäme der heute bei uns Asyl in Österreich? - Hoch klingt das Lied vom braven Mann. Ich glaube, wir sollten ihn vor den Lesebüchern bewahren.«*

**18. Februar 1994:** Die neue Ausländergesetzgebung in Österreich bewirkte entsprechende Änderungen:

Von 1991 bis 1993 gehen zwar die Abschiebungen von 9.607 leicht auf 8.857 zurück, die der Zurückweisungen (nach gelungenem illegalen Grenzübertritt) von 9.843 auf 5.437, aber die Ausweisungen steigen von 1.640 im Jahre 1991 auf 3.846 im Vorjahr. Am deutlichsten ist die Entwicklung beim häufigsten Vorgang, der Zurückweisung an der Grenze:



Die von Innenminister Löschnak präsentierte Kriminalstatistik weist für 1993 überraschend einen geringfügigen Rückgang der Delikte auf (strafbare Handlungen gegen Leib und Leben, -4,4%, gegen frem-



des Vermögen, -3,3, alle Strafhandlungen zusammen, -0,5). Die rechtsextremistischen Straftaten allerdings stiegen an: Es gab 525 Anzeigen wegen entsprechender Straftaten, dazu gab es dann 20 Festnahmen und 113 Hausdurchsuchungen. Bei 183 Delikten konnten die Täter ermittelt werden, aber bisher wurden nur 56 davon auch verurteilt.

**18.Februar 1994:** Gegen die Wahl Schirinowskijs ins russische Parlament läuft ein Anfechtungsverfahren wegen zahlreicher Verstöße gegen das Wahlgesetz.

**20.Februar 1994:** Die österreichischen EU-Fanatiker kommen ins Schwitzen, die Schweizer entscheiden in einem Referendum, daß bis 2004 der LKW-Transit durch ihr Land abzubauen ist. Wenn die Verhandlungen in Brüssel für Österreich zur Transitproblematik kein klares Ergebnis bringen, dürfte sich bei der Volksabstimmung im Juni kaum eine Mehrheit für den Beitritt aussprechen. Die falschen Verbündeten meldeten sich sofort: Haider drohte auch für Österreich mit einem Antitransitvolksbegehren.

**21.Februar 1994:** In Tschechien bleibt die Rückgabe ehemaligen jüdischen Eigentums ungeregelt. Von der Rückstellung der Enteignungen sind bisher nur die Verstaatlichungen durch die Kommunisten ab 1948 betroffen, nicht aber die Beschlagnahmen durch die Nazis von 1938 bis 1945.

**21.Februar 1994:** In Rom verletzen jugendliche Rechtsextremisten einen Tunesier schwer. „*Italien den Italienern, Juden und Afrikaner raus!*“ Die Bilder und die Slogans gleichen sich ziemlich überall..

**24.Februar 1994:** Terezija Stoisits von den Grünen kündigt einen Gesetzesantrag an, daß zwei Jahre legal in Österreich lebende Ausländer eine "Wohnbürgerschaft" mit Kommunalwahlrecht erhalten sollten.

**24.Februar 1994:** Flüchtlingspfarrer Janisch bittet in einem Brief an den Innenminister um einen Gnadenakt für ca. 4.000 illegal in Österreich lebende Ausländer.

**24.Februar 1994:** Verzögerungen im Bundeskanzleramt gibt es immer noch zur Aufstellung von zweisprachigen Ortstafeln im Burgenland. Die Grünen vermuten, die Verzögerung könnte mit den heurigen Wahlen in Zusammenhang stehen.

**24.Februar 1994:** 32% der Österreicher unterstützen die Forderung Haiders nach einer "Dritten Republik". Das ergibt eine Meinungsumfrage der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft. Da hat die FPÖ ja noch einiges an Strimmenpotential!

**25.Februar 1994:** Der Gemeinderat von Offenhausen fordert den Dichterstein-Verein auf, vom Stein Inschriften wie *Sippenreinheit* zu entfernen und auch Dichter in die Inschriften aufzunehmen, die in der NS-Zeit verboten waren. Ansonsten werde man schauen, „*daß die Veranstaltungen des Dichtersteinvereins nicht mehr bei uns stattfinden werden*“, so Bürgermeister Mittendorfer. Die Skepsis bleibt aber, der Wirt hat sich mit seinen Gästen schon solidarisiert (und ein Angebot der SPÖ, in seinem Lokal Tagungen abzuhalten, zurückgewiesen). Der klare Standpunkt der Gemeinde ist jedenfalls erfreulich!

**25.Februar 1994:** Ein israelischer Rechtsextremist richtet in einer Moschee in Hebron ein Blutbad an. Dutzende Palästinenser werden beim Morgengebet niedergeschossen. Der Friedensprozeß im Nahen Osten erleidet durch dieses Verbrechen einen schweren Rückschlag.

**Zweite Februarhälfte 1994:** Diskussionen löst ein Interview von Bischof Krenn mit einer italienischen Zeitung aus. U.a. meint er: „*Ich sehe, daß viele Katholiken auf der Rechten sind und daß sich deren Führer der Kirche annähern.*“ Auf die Frage, ob er Haiders Ideen teile, bzw. etwas Gutes an dem finde, was dieser sage oder tue: „*Warum nicht?*“ Die Kirche habe nicht das Recht diese Bewegung zurückzuweisen. Krenn rede zwar mit allen, er habe aber gewisse Schwierigkeiten mit den Liberalen, weil der Liberalismus die Erbsünde der bürgerlichen Politik sei. So ist ihm die ÖVP „*ein bißchen zu liberal*“. Sie habe zwar viele Verdienste um die Kirche, aber sei heute ein wenig zu sehr vom Liberalismus angesteckt. Nicht nur Lob für Haider und Kritik für die ÖVP gab es, auch die österreichischen Theologen erhielten was aufs Dach. Österreich habe „*keine großen Theologen.* Bei uns hat die Theologie kein sehr hohes Niveau“. Als Beispiel führt er die *Mariatroster Erklärung* zur Empfängnisverhütung an, diese habe „*die Subjektivität zur Norm erhoben*“ und sei deswegen ein theologischer Fehler.

Die ÖVP stellt dem Bischof die Frage, wie solche Äußerungen mit der Äquidistanz (=gleicher Abstand) zu wahlwerbenden Gruppen vereinbar sei.

Schade, daß Krenn so spät geboren wurde. Er hätte wunderbar in die ausgehende Erste Republik gepaßt. Zu den Zeiten von Seipel, von Starhemberg, Dollfuß, Heimwehr und Vaterländischer Front hätte sich bestimmt die Sünde des Liberalismus nicht so verbreiten können...

**28. Februar 1994:** Höchste Zeit ist es nach Ansicht der INITIATIVE WELSER GEGEN FASCHISMUS für eine koordinierte Bekämpfung des Rechtsextremismus in der Stadt. Angriffe auf das kirchliche Jugendzentrum D22 durch Welser Rechtsextremisten zeigen, daß nicht weiterhin verharmlost werden darf. Stadt, Polizei, Schulen und demokratische Organisationen müßten ein Maßnahmenpaket schnüren. So sollten auch die Berufsschulen und die Polytechnischen Lehrgänge in die in den Mittelschulen angelaufenen antifaschistischen Aktivitäten einbezogen werden, in diversen Stadtvierteln, wo es an Angeboten für sinnvolle Freizeitgestaltung mangelt, sei dafür vorzusorgen. Der Einsatz von Streetworkern, der sich in Linz und Braunau ausgezeichnet bewährt hat, sollte auch eingerichtet werden.

**Ende Februar 1994:** Manchmal ist er auch zu schlau, der Jörgl. Die Inserate in Tirol, der verstorbene ÖVP-Landeshauptmann Wallnöfer würde heute FPÖ wählen, tragen ihm nicht nur eine gerichtliche Untersagung ein, sondern kosten der FPÖ offensichtlich bei den Landtagswahlen erheblich Stimmen.

**28. Februar 1994:** Staberl wird wieder einmal verurteilt. Seine Schreibe, „*wer den Herrn Hitler überlebt hat, wird wohl auch den Herrn Grosz überstehen*“, bringt ihm eine Geldstrafe von 240.000 Schilling ein. Außerdem muß die Kronenzeitung dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde eine Entschädigung von 50.000 Schilling zahlen.

Weder Nimmerrichter noch Dichand werden an diesen Summen besonders zu kiefeln haben. Interessant ist aber ein Leserbrief, den Staberl in der Folge abdruckt. Ein Leser fordert die Einrichtung eines Spendenkontos. Dieser Leser trägt einen nicht unbekannt Namen. Im HANDBUCH DES ÖSTERREICHISCHEN RECHTSEXTREMISMUS kommt ein *Konrad Windisch* gleich an sieben Stellen vor. Funktionär des *Bundes Heimattreuer Jugend*, des *Kameradschaftsrings nationaler Jugendverbände*, des *Nationalen Ideologiezentrum*, Schriftleiter der *Kommentare zum Zeitgeschehen* und auch sonst überall dabei. Sehr passend, daß der Herr Windisch für den Herrn Nimmerrichter Geld sammeln will..

**1. März 1994:** Die Salzburger SPÖ zieht ihre Absicht, für ein Ausländerkommunalwahlrecht einzutreten, vorsichtshalber wieder zurück. Man fürchtet wohl um Stimmen bei der Landtagswahl.

**2. März 1994:** Die Beitrittsverhandlung Österreichs zur EU werden abgeschlossen. Nach Marathonverhandlungen wurde ein Kompromiß gefunden, der Teile des Transitabkommens rettet. Die Frage, wie unvermeidbar der Anschluß Österreichs an die EU ist, wird damit aber auch nicht beantwortet. In der Bevölkerung erfolgt jedoch ein deutlicher Umschwung zugunsten des Beitrittes.

**3. März 1994:** Geringe Lernfähigkeit beweist die israelische Regierung. Nach dem Massaker von Hebron überlegt man eine Verbreiterung der Regierungsbasis und will dafür die rechtsextreme "Scheideweg"-Partei gewinnen, der man dafür das Innenministerium anzubieten überlegt.

**3. März 1994:** Lange Ohren scheint die FPÖ zu besitzen. Generalsekretär Meischberger gibt in Innsbruck jedenfalls Äußerungen wieder, die am 1. März vor einer Pressekonferenz zwischen Journalisten über Meischberger gefallen waren. Gut informiert war der FP-Funktionär auch über ein Gespräch zwischen einem APA-Korrespondenten und der Sekretärin des Tiroler Landeshauptmanns über die EU-Verhandlungen.

**3. März 1994:** Das Justizministerium stimmt der Anklageerhebung gegen Walter Köhler wegen der Schändung des jüdischen Friedhofs in Eisenstadt vom Oktober 1992 zu. Köhler hatte Kontakt mit der VAPO und versuchte sich als Saalschutz für Haider. Trotzdem hatte die Kronenzeitung massiv versucht, Köhler als "Linksextremisten" hinzustellen.

**4. März 1994:** Die Vorsitzende des LIBERALEN FORUMS, Heide Schmidt übt heftige Kritik an Bischof Krenn und spricht von einer „*geistigen Achse*“ zwischen Krenn und Haider.

**5. März 1994:** Meinungsumfrage zum EU-Beitritt nach dem Verhandlungsabschluß: Die Befürworter stiegen um 5% auf jetzt 44%, die der Gegner von 34 auf 37%, die Unentschlossenen nehmen ab. Auch unter den FPÖ-Anhängern haben jetzt die Befürworter des Beitrittes eine Mehrheit.

**5. März 1994:** Brandanschlag mit einem Molotow-Cocktail auf die Clubräume der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Salzburg. Es entsteht geringer Sachschaden.

**6. März 1994:** Bischof Weber sagt, es dürfe keine offene oder versteckte Wahlwerbung der Kirche geben.

**7. März 1994:** Einstellung zu den Juden in Deutschland: Rund 20% haben immer noch eine ausgesprochen antisemitische Einstellung. Auffällig, daß auf dem Gebiet der ehemaligen DDR eine deutlich positivere Anschauung ermittelt wurde. So glauben in den Altbundesländern 44%(!!), daß „*die Juden*

den Holocaust für ihre eigenen Zwecke ausnutzen“, während nur(?) 19% der Ostdeutschen diese Ansicht vertreten.

**8.März 1994:** Nach der Ansicht des zuständigen Generals hätte das Massaker von Hebron verhindert werden können. Die Behörden in Israel haben bisher vier der fünf zur Verhaftung ausgeschriebenen Führer der rechtsextremistischen Kach-Partei festgenommen.

**9.März 1994:** Bis zum 50. Jahrestag der Gründung der Zweiten Republik will man die Frage der Entschädigung der Nazi-Opfer einer Lösung zuführen. Das erklärten SPÖ und ÖVP bei einer Diskussion in Wien. Im Volksglauben herrscht zwar die Meinung, Österreich hätte die NS-Opfer großzügig entschädigt (man denke nur an das berühmte Gerücht, die zurückgekehrten Juden wären jahrzehntelang von der Steuerzahlung befreit gewesen), in Wirklichkeit hat man häufig sogar nicht einmal sichergestellte Wertgegenstände zurückgegeben.

**13.März 1994:** Ein alter Nazi ist nach Wallhalla (oder wie das heißt) abgereist. Der Obmann der *Glaserbacher*, Hans Ivo Lukesch hat den Löffel abgegeben. Als die Amerikaner nach 1945 hochkarätige Nationalsozialisten in Glaserbach internierten, haben sie wahrscheinlich auch nicht vermutet, daß es dereinsten in den rechtsextremen Kreisen eine Auszeichnung sein würde, ein *Glaserbacher* zu sein.

**13.März 1994:** Landtagswahlen in Kärnten, Salzburg und Tirol. Großer Verlierer ist die SPÖ, sie fällt in Kärnten von 46% auf 37,4, in Salzburg von 31,2 auf 27,1 und in Tirol von 22,9 auf 19,9. Die ÖVP steigt in K von 21 auf 23,75, in S fällt sie von 44 auf 38,6 und in Tirol von 48,7 auf 47,3% und hält damit aber die absolute Mandatsmehrheit. Die FPÖ steigt in K von 29 auf 33,3%, in S 16,4 auf 19,5, in Tirol aber nur von 15,6 auf 16,2% (hier hat sich die Wallnöfer-Inseratserie kontraproduktiv ausgewirkt), die Grünen bleiben in K mit 1,6 (1,7)% erfolglos, verbessern sich in S auf 7,2 (6,2)% und in T auf 10,6 (8,1)%. Das LIBERALE FORUM erreicht (wohl hauptsächlich wegen des Wahlrechtes nirgends ein Mandat und erhält 2,55 (K), 5,75 (S) und 3,34% (T) der Stimmen.

In Kärnten und Tirol wechselt die SPÖ nach diesem Desaster die Parteiführung aus.

**13.März 1994:** Wahlen in Niedersachsen. Durch das Ausscheiden der FDP erringt die SPD die absolute Mandatsmehrheit. Die "REPs" steigen zwar von 1,5 auf 3,8%, scheitern aber an der 5%-Klausel.

**13.März 1994:** Die Regierung in Israel entschließt sich endlich zu Maßnahmen: Zwei rechtsextreme Parteien werden verboten (KACH und KAHANE LEBT). Wenn die vorige Regierung nicht so fördernd gegenüber der rechtslastigen Siedlerbewegung gewesen wäre und die jetzige nicht so tolerant: Man täte sich wahrscheinlich beim Friedensprozeß um einiges leichter. Eigentlich ist es zutiefst tragisch, daß der militante Rechtsextremismus auch in Israel sein Unwesen treiben kann. Der Anteil der Juden unter den Nobelpreisträgern ist überproportional hoch, aber anscheinend bleiben trotzdem noch genügend rassistisch-rechtsextreme Idioten für Faschistenparteien übrig...

**13.März 1994:** In den USA wird der Bericht veröffentlicht, der zum Einreiseverbot für Kurt Waldheim führte. Nach diesem Bericht habe Waldheim als Nachrichtenoffizier an einer Reihe von zu verurteilenden Aktionen mitgewirkt oder teilgenommen, es gäbe aber keine Beweise, daß er selber Kriegsverbrechen begangen habe.

**Erste Märzhälfte 1994:** Verschoben werden muß der Plan des "Personenkomitees 50 Jahre Stalingrad", in Wolgograd ein Denkmal für die 6.Armee zu errichten, deren Untergang in der Schlacht um Stalingrad die Wende im Zweiten Weltkrieg einleitete. Mehrere russische Veteranenverbände haben sich gegen die Errichtung des Denkmals an der vorgesehenen Stelle ausgesprochen. Interessant in diesem Zusammenhang, daß diejenigen Kreise, die sonst immer eifrig betonen, man möge die Vergangenheit endlich ruhen lassen, sich jetzt besonders für dieses späte Heldenmal der geschlagenen Krieger einsetzen.

**16.März 1994:** Der russische Extremist Schirinowskij äußert die Absicht, Prag zu besuchen. Der Plan scheitert daran, daß sich die einladende Partei, die rechtsextremen *Republikaner*, weigert, für die Reisekosten aufzukommen.

**17.März 1994:** In Frankreich beginnt ein Kriegsverbrecherprozeß gegen den einstigen Milizchef von Lyon, der beschuldigt wird, 1944 an der Erschießung von sieben Juden beteiligt gewesen zu sein. Der Angeklagte war über Jahrzehnte von Kirchenkreisen und Freunden in der Justiz dem Strafrecht entzogen worden. Zudem hatte es auch in Frankreich kein sehr ernsthaftes Bemühen gegeben, mit der eigenen Vergangenheit aufzurechnen.

**17.März 1994:** Die oö. Ausgabe der Kronenzeitung liegt nicht ganz auf der zentralen Linie. Man vergißt in Linz hin und wieder darauf, daß man ja eigentlich als Haider-Zentralorgan fungieren sollte. So schrieb

man ungeniert darüber, daß der öö. FPÖ-Spitzenkandidat (Ex-Teamtormann) Klaus Lindenberger vergangenes Jahr sozialschmarotzenderweise trotz Beteiligung an einer Maklerfirma Arbeitslosengeld bezogen habe. FPÖ-Obmann Achatz muß sich einen neuen Spitzenkandidaten suchen, Lindenberger verzichtet.

**Zweite Märzhälfte 1994:** Die bevorstehende EU-Abstimmung bringt in der FPÖ und bei den Grünen Konflikte hervor. Das Dafür und Dagegen innerhalb der Organisationen ist noch nicht ausgestanden. Die FPÖ hat es sich ja für einen Sonderparteitag vorbehalten, eine endgültige Entscheidung zu treffen, die Grünen haben sich schon entschieden, Monika Langthaler sorgt aber immer wieder für gegenläufige Meldungen. Schaut so aus als ob die einzige Partei, die geschlossen gegen den EU-Anschluß auftritt, die KPÖ ist. Und der gebricht es einigermaßen an Durchsetzungskraft...

**18.März 1994:** Israel erwägt die Umsiedlung der Siedler aus Hebron. Premier Rabin bezeichnete die jüdische Besiedlung von Hebron als „*dumm und gefährlich*“.

**20.März 1994:** Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein. Die Großparteien und die FDP verlieren, die Grünen steigen von 6 auf 10,6% der Stimmen, die Republikaner verbessern sich leicht, der Zuzug zu den Rechtsextremisten dürfte aber einstweilen zum Stillstand gekommen sein.

**25.März 1994:** Die Weigerung der irakischen Botschaft für zwei Wehrdienstverweigerer Heimreisezertifikate auszustellen, bewahrt zwei Iraker einstweilen vor der Abschiebung. Die UNO-Flüchtlingsorganisation aberkennt Österreich den Status eines "sicheren Drittlandes". Der Umgang mit gefährdeten Flüchtlingen in unserem Land ist nach wie vor gemeingefährlich.

**25.März 1994:** In Lübeck wird mit Molotow-Cocktails ein Brandanschlag auf die örtliche Synagoge verübt, ein Schulungsraum brennt aus. Es ist dies der erste Brandanschlag auf eine Synagoge in Deutschland nach 1945. Die Täter werden in rechtsextremen oder antiisraelischen Kreisen vermutet.

**26.März 1994:** Am 26.3.1940 wurde in Wackendorf in Kärnten der katholische Priester Anton Kutej verhaftet und ins KZ Dachau eingeliefert, wo er am 16.2.1941 erschlagen wurde. Er hatte sich zur slowenischen Muttersprache bekannt und für Hitlerdeutschland den Militärdienst verweigert. Das Beschämende heute, vierundfünfzig Jahre später: Die Enthüllung einer Gedenktafel an der Wackendorfer Kirche findet ohne das offizielle Kärnten statt, die Tafel wird mittels privater Spenden finanziert, da sich die Gemeinde weigert, die Kosten zu übernehmen. Das offizielle Kärnten sieht es wohl auch heute als gerechtfertigt an, daß die Nazis ihre Gegner ins KZ sperren und umbrachten, einen Jägerstätter-Gesinnungsgenossen, noch dazu aus der slowenischen Minderheit, das braucht Hitlers treuester Gau auch 1994 nicht. Heil Hitler auf immerdar!

**26.März 1994:** 1993 waren in Österreich im Durchschnitt 660 Personen in Schubhaft. 24 Selbstmordversuche wurden verübt.

**27.März 1994:** In Deutschland finden Demonstrationen gegen den Lübecker Brandanschlag statt. Die Polizei hat einstweilen noch keine konkreten Spuren.

**27./28.März 1994:** Wahlen in Italien. Es siegt deutlich der Rechtsblock aus der FORZA, der LEGA und den Neofaschisten. Der Eindruck, die Italiener seien ein politisch aktives und aufgeklärtes Volk, mag doch getäuscht haben. Aber es wäre wohl auch in Österreich zu erwarten, daß eine Koalition aus Haider, Dichand und Konsorten eine Mehrheit erringen würde. Jedem Land die Regierung, die es verdient. Die Regierungsbildung dürfte allerdings nicht allzu einfach werden, da innerhalb der Rechtsblockes kein Konsens über die weitere Vorgangsweise besteht.

**27.März 1994:** Bei den türkischen Kommunalwahlen verdoppeln die islamischen Fundamentalisten ihren Stimmenanteil.

**28.März 1994:** Finanzstaatssekretär Ditz läßt die Kosten für die "Hausaufgaben" berechnen, die Haider der Regierung für seine Zustimmung zum EU-Beitritt aufgegeben hat. Er kommt auf Belastungen in der Höhe von 30 Milliarden Schilling und sagt: „*Das Paket zeigt, daß Haider inkompetent ist, sobald es um Sachfragen geht.*“

**28.März 1994:** Schwierig ist in Deutschland die Beurteilung von rechtsextremistischen Straftaten. Das Urteil gegen den Vorsitzenden der NPD wegen Leugnung des Holocausts wird vom Bundesgerichtshof aufgehoben, weil das verurteilende Landesgericht in der Urteilsbegründung nicht auf die Frage der Rassenideologie ausreichend eingegangen ist.

**28.März 1994:** Erfolglos blieb eine Anzeige des Katholischen Familienverbandes in Wien gegen die Kabarettgruppe HABSURG RECYCLING wegen *Herabwürdigung religiöser Lehren*. Zwar ist die Richterin der

Ansicht, daß eine Religionsverspottung vorliege, aber die verfassungsmäßig gewährleistete Kunstfreiheit reihe vor. Wozu man auch sagen muß, niemand wird dazu gezwungen, eine Kabarettvorstellung mit antireligiöser Ausrichtung zu besuchen, was dem einen weltanschaulich heilig ist, muß deswegen ja nicht juristisch als Staatsheiligtum abgesichert werden.

**29.März 1994:** Das Verfahren wegen NS-Wiederbetätigung gegen den Klagenfurter FPÖ-Vizebürgermeister Gaugg wird eingestellt. Seine Definition für NAZI mit *neu, attraktiv, zielstrebig, ideenreich* verstößt nicht gegen das Verbotsgesetz: Begründung der Staatsanwaltschaft: Es sei nicht nachzuweisen, daß die Äußerung *vorsätzlich* und/oder *absichtlich* gemacht wurde. Dem FP-Politiker wird somit von der Staatsanwaltschaft bescheinigt, er wisse nicht was er redet. Vor kurzem erhielt in Leoben ein junger Mann sieben Monate bedingt, weil er Hitler als *Supermann* bezeichnet hatte. Aber der war ja auch bloß Hilfsarbeiter und kein freiheitlicher Berufspolitiker...

**29.März 1994:** Der tschechische Präsident Havel kritisiert die Haltung von Polizeibehörden seines Landes. Immer wieder bleibt die Polizei bei Skinheadsausschreitungen in einer passiven Stellung.

**29.März 1994:** Als Bestätigung eines Trends zu *Reformparteien* bezeichnet FP-Generalsekretär Grasser das italienische Wahlergebnis. Er könne sich die Gründung eines europäischen Dachverbandes dieser *Reformparteien* vorstellen. Einbeziehen in einen solchen Verband könne man die LEGA NORD, die FORZA und die Schweizer FREISINNIGEN.

**30.März 1994:** Die Hälfte der ÖVP-Funktionäre ist dafür, daß sich die Partei eine Koalitionsmöglichkeit mit der FPÖ offenhalten soll. In der SPÖ sind immerhin auch 16% der Funktionäre dieser Ansicht.

**Ende März 1994:** In Belgrad erscheint eine Neuauflage der berüchtigten antisemitischen Hetzschrift *Protokolle der Weisen von Zion*. Bekanntlich stammte die Urfassung vom zaristischen Geheimdienst, der dafür eine Brüsseler Pamphlet aus dem Jahre 1865 verwendete, welches sich gegen Napoleon III. und nicht gegen die Juden gerichtet hatte.

**Ende März 1994:** Die Welser Initiative gegen Faschismus verbucht wieder einen Erfolg. In Zusammenarbeit mit der Welser Polizei erreicht sie, daß in Zukunft der schwunghafte Handel mit diverser "brauner Ware" auf den Flohmärkten unterbleiben wird.

Die Flohmarktbesucher erhalten ein entsprechendes polizeiliches Informationsblatt mit den Bestimmungen des Abzeichengesetzes.

("Abzeichen, Uniformen oder Uniformteile einer in Österreich verbotenen Organisation dürfen öffentlich weder getragen noch zur Schau gestellt, dargestellt oder verbreitet werden...")

**1.April 1994:** Caritaspräsident Schüller spricht sich dafür aus, das Aufenthaltsgesetz humaner auszugestalten und statt Menschen in die Illegalität zu treiben, besser befristete Aufenthaltsgenehmigungen auszustellen.

**3.April 1994:** Auf einem Parteitag der LIBERAL-DEMOKRATISCHEN PARTEI läßt sich Schirinowskij bis zum Jahre 2004 als Parteiführer bestätigen. Der amerikanische Fernsehsender CNN präsentiert Beweise, daß der rabiate Antisemit einen jüdischen Vater hatte.

**Anfang April 1994:** Nach Zwischenfällen bei kurdischen Kundgebungen in Deutschland beabsichtigen die Behörden Kurden, die dabei festgenommen worden waren, in die Türkei abzuschicken.

**5.April 1994:** Die Kärntner SPÖ schließt ein Abkommen mit der FPÖ nicht aus. Nachdem die Verhandlungen mit der ÖVP gescheitert sind, setzt sich Ausserwinkler mit Haider zusammen. Ja, wenn es um die persönliche Macht und Herrlichkeit geht, dann vergißt man die politischen Prinzipien vorsichtshalber. Ausserwinkler schließt lediglich aus, daß die SPÖ Haider zum Landeshauptmann wählt.

**6.April 1994:** Im Parlament fordert die FPÖ eine *Nullquote* für die Einwanderung nach Österreich. Innenminister Löschnak sagt, die weltweite Mobilität könne auch mit rigorosem Einwanderungsverbot nicht unterbunden werden. Jetzt zögen hauptsächlich nur mehr Kinder von langjährigen Gastarbeitern, Studenten und Ehegatten zu, die den Arbeitsmarkt nicht belasteten. Nach seiner Schätzung halten sich z.Z. ca. 80.000 Ausländer illegal in Österreich auf.

**6.April 1994:** Vranitzky pfeift Ausserwinkler zurück, indem er einen SP-FP-Pakt ausschließt und dem designierten Kärntner SP-Obmann empfiehlt, wieder Verhandlungen mit der ÖVP aufzunehmen.

**7.April 1994:** FP-Generalsekretär Scheibner sagt zur österreichischen Neutralität: „Wir brauchen die Neutralität nicht zu streichen, weil sie ja längst obsolet ist, Österreich handelt ja nicht wie ein Neutraler in Friedenszeiten - denn dann hätten wir ein absolutes Verbot von Überflügen und der Durchfuhr von

*Kriegsmaterial für Kriegsparteien zu befolgen gehabt.“ Außer sei es „ein Holler als Neutraler in die WEU gehen zu wollen.“* Schlußfolgerung des Freiheitlichen daher: Österreich soll möglichst bald einen Beschluß über einen NATO-Beitritt fällen.

**8.April 1994:** Sonderparteitag der FPÖ über den EU-Beitritt. Haider verordnet seiner Partei folgenden Beschluß: Im Parlament werde man gegen den Beitritt stimmen, den FP-Wählern aber keine Abstimmungsempfehlung geben. Also weiter die unbeirrte Fortsetzung der bisherigen *Wasch-mir-den-Pelz-aber-mach-mich-nicht-naß-Politik*. Ein erheblicher Prozentsatz der FP-Wähler ist ja für einen EU-Beitritt. So bleiben aber beide Möglichkeiten offen: Für die Gegner hat man ohnedies vor, im Parlament dagegen zu sein und den Befürwortern hat man ja kein bestimmtes Verhalten vorgeschrieben.

**10.April 1994:** Auf einem erweiterten Bundesvorstand der Grünen wird für den Bundeskongreß Ende April eine Nein-Empfehlung für die EU-Volksabstimmung formuliert. Der Kärntner Bischof Kapellari erklärt zwar, eine Empfehlung für die Volksabstimmung zu geben, stünde den Bischöfen nicht zu, gibt aber dann trotzdem eine Beitrittsempfehlung ab.

**12.April 1994:** Die Finanzierung des GEDENKDIENTES ist auch in Zukunft gesichert. Das ergibt ein Gespräch zwischen Vranitzky, Scholten und Rauch-Kallat.

**14.April 1994:** 73jährig stirbt in München der sozialistische Publizist Bernt Engelmann, der mit seinen *Tatsachenromanen* und seinen politischen Hintergrundberichten viel zur Aufklärung über die kapitalistische Wirklichkeit beigetragen hat. Besonders seine *Schwarzbücher* über die Verfilzung von Wirtschaft und Politik erregten Interesse.

**15.April 1994:** Auch in der zweiten Instanz verliert Haider seinen Prozeß gegen Pilz, der ihm 1992 vorgeworfen hatte, *Ziehvater des rechtsextremen Terrorismus* zu sein. Pilz erklärt dazu, das Gericht habe bestätigt, daß Haider nicht darüber befinden könne, in welcher Art und Weise seine rechtsextremen Tendenzen kritisiert werden dürfen. Der Grüne Politiker fragt auch den Kärntner SP-Chef Ausserwinkler, ob er es wirklich für notwendig halte, sich von Haider zum Landeshauptmann machen zu lassen.

**15.April 1994:** Die letzten Verhandlungen SP-FP in Klagenfurt enden ohne Ergebnis.

**15.April 1994:** In St.Pölten weiht Bischof Krenn die neue Parteizentrale der FPÖ ein. Er spricht vom Auftrag zum Guten und Wahrhaftigen, wer zu Gott aufschau, könne auch die Vorurteile gegenüber politischen Parteien überschreiten, der Herr wohne in der Parteizentrale und es herrsche darin Güte und gegenseitiges Verstehen. So sei es.

**17.April 1994:** Anläßlich des 50. Jahrestages seiner Hinrichtung wird für den Priester und christlichen Pazifisten Max Josef Metzger von LH Krainer und BM Stingl am Grazer Karmeliterplatz eine Gedenktafel enthüllt. Metzger war wegen seiner antinazistischen Haltung zum Tode verurteilt worden.

**18.April 1994:** PROFIL berichtet über den Ermittlungsstand in Sachen Briefbombenanschläge. Nicht der früher verdächtige Ekkehard Weil gilt jetzt als noch nicht ausgeforschter möglicher Tatbeteiligter, sondern zwei andere deutsche Staatsbürger. Der schon in der DDR wegen nazistischer Betätigung vorbestrafte Bendix Wendt alias "Dr. Vanda", der als Sprengstoffachmann gilt und der 41jährige Peter N., Diplomingenieur der Chemie, nach dem die deutsche Polizei zur Zeit vergebens fahndet.

**18.April 1994:** In Kärnten verhandeln SPÖ und ÖVP über Landeshauptmann und Landesregierung. Ein Verhandlungsergebnis ist noch nicht in Sicht.

**18.April 1994:** In Krems legt der FP-Gemeinderat Rosenkranz 1.200 Unterschriften gegen eine Nitsch-Ausstellung in der ehemaligen Minoritenkirche vor, die vor 200 Jahren stillgelegt wurde und jetzt als Ausstellungshalle dient. Der FP-Landtagsabgeordnete Hrubesch spricht sogar von "Blasphemie". Nunja, den neuen FP-Fürsprecher Krenn wird es freuen...

**18.April 1994:** Innenminister Löschnak bestätigt den Bericht im PROFIL über den Ermittlungsstand zum Briefbombenterror. Gegen die Hauptverdächtigen Österreicher Binder, Radl und Endres werde Vollanzeige erstattet. Ob den verdächtigen Deutschen eine Mittäterschaft nachgewiesen werden könne, sei fraglich.

**19.April 1994:** Überraschende Übereinkunft zwischen FPÖ und ÖVP in Kärnten. Zernatto bleibt Landeshauptmann, die FP erhält dafür den zweiten VP-Sitz in der Landesregierung und praktisch alle wesentlichen Ressorts. Die FP garantiert, daß in den nächsten drei Jahren kein Neuwahlantrag gestellt wird, läßt sich aber zusichern, daß nach der nächsten Landtagswahl die größere der beiden Parteien den LH stellt.

**19. April 1994:** In Wien beginnt der Prozeß gegen fünf Mitglieder der "Wehrsportgruppe Trenck", denen vorgeworfen wird, den Sturz der Regierung geplant zu haben. Die Angeklagten versuchen sich und ihre Gruppe als politisch ahnungs- und harmlos hinzustellen. Die Gerichtsverhandlung wird auf Ende Mai vertagt.

**20. April 1994:** Zernatto tritt aus dem FP-Pakt aus. Nach seiner Aussage veranlaßte ihn das Verhalten der FP dazu, besonders das Verlangen, daß nicht er, sondern die FP die Regierungserklärung abgeben werde.

**20. April 1994:** Im ORF-Landesstudio in Klagenfurt randalieren mehrere FP-Funktionäre und verlangen lautstark, daß eine FP-Stellungnahme zur Kündigung des Paktes zwischen FP und VP ausgestrahlt werden müsse.

**21. April 1994:** Der VP-Nationalrat Andreas Khol erklärt, die Zeitschrift AULA klagen zu wollen, weil sie in ihrer neuesten Nummer ohne sein Wissen einen STANDARD-Kommentar des Abgeordneten nachgedruckt habe und so den Anschein erweckte, er würde die AULA als Diskussionsforum nützen.

**21. April 1994:** Haider bietet der ÖVP an, daß die FP den Landeshauptmann stelle und die VP die geplanten Regierungspositionen der FPÖ übernehme.

**22. April 1994:** In Kärnten einigen sich SPÖ und ÖVP darauf, daß der bisherige VP-Landeshauptmann weiterhin im Amte bleiben soll. Der designierte SP-Obmann Ausserwinkler zeigte durch den gesamten Verhandlungsablauf seine Unfähigkeit für diese Funktion. Seine Verhandlungen mit der FPÖ alleine wären schon ausreichender Grund dafür gewesen, ihn in seinen erlernten Beruf zu expedieren. Was soll schließlich die verbale Distanzierung von Haiders FPÖ, wenn man dem Populisten dann bei der ersten besten Gelegenheit machtlüstern in den Popo zu kriechen versucht? In der ÖVP sieht weiterhin ein Teil der Funktionäre in einer VP-FP-Koalition eine Möglichkeit die seit dem Frühjahr 1970 bestehende SPÖ-Kanzlerschaft zu beenden.

In der Kronenzeitung zeigt Staberl in der Folge noch massiver seine völlige Übereinstimmung mit Haider: Der große Hasser von Parteizeitungen betet nur noch die Haider-Statements nach. Wenn Haider sagt, Zernatto sei durch einen Befehl aus Wien zum Ausstieg aus der Koalition mit der FPÖ veranlaßt worden, dann ist das für Herrn Nimmerrichter ein unantastbares Dogma, welches er nicht zu verkünden aufhört.

**22. April 1994:** Im STANDARD schreibt P.M. Lingens unter dem Titel *Auf jeden Fall ein Hampelmann* über die Kärntner Entwicklung u.a. folgendes:

*„Man kann mit Erhard Busek glücklich sein, daß Christof Zernatto doch noch ein Licht aufgegangen ist - besser spät, als gar nicht. Aber man kann auch erschüttert sein, daß ein Mann, der Politik zu seinem Beruf gemacht hat, erst die persönliche Erfahrung einer "Regierungserklärung der FPÖ" braucht, um zu begreifen, daß er in Kärnten Haiders Hampelmann geworden wäre.*

*Für drei Jahre dieser Hampelmannschaft hätte Zernatto u.a. in Kauf genommen:*

- *daß der nächste Landeshauptmann mit Sicherheit Jörg Haider geheißen hätte, weil die Kärntner VP die Kärntner FP natürlich niemals stimmenmäßig überholt hätte;*
- *daß die Freiheitlichen die Partei Zernattos wie schon in der Koalition des Jahres 1989 aufgerieben hätten, weil die Wähler natürlich lieber zum Schmied als zum Schmiedl gehen, wenn sie die Sozialisten los sein wollen;*
- *und daß Franz Vranitzky die kommenden Parlamentswahlen mit dem ständigen Hinweis auf den drohenden blauschwarzen "Bürgerblock" bestritten hätte.*

*Mann kann es auch härter formulieren: Für drei Jahre LH-Jahresgehälter hätte Zernatto die ÖVP geopfert.*

**22. April 1994:** Bei seinem Staatsbesuch in den USA beschäftigte sich Bundeskanzler Vranitzky auch intensiv mit Fragen der österreichischen Vergangenheitsbewältigung. So erklärte er in New York, Österreich werde sich an der Restaurierung und Erhaltung der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau beteiligen, auch mit verschiedenen jüdischen Organisationen wurden Kontakte geknüpft.

**22. April 1994:** Die FPÖ beabsichtigt die Wahl Zernattos zum Kärntner Landeshauptmann zu verhindern. Da zur LH-Wahl mindestens Zweidrittel der Abgeordneten anwesend sein müssen, geht bei einem Auszug der FP-Fraktion eine Stimme zur Beschlußfähigkeit ab.

**22. April 1994:** Meinungsforscher bestätigen wieder: Die SPÖ ist überaltert, jeder zweite Anhänger ist bereits über fünfzig, der Anteil der Jungwähler ist auf 17% gesunken. Die ÖVP hat sich in dieser Hinsicht leicht verbessert (23% Jungwähler). Den höchsten Jungwähleranteil haben die Grünen und das Liberale Forum.

**23. April 1994:** Die italienischen Neofaschisten verlangen die Revision der Verträge von Osimo, die die Grenzziehung zwischen Italien und Jugoslawien regeln. Da jetzt Jugoslawien nicht mehr bestehe sei die italienisch-slowenische Grenze neu zu verhandeln. Diese Absichtserklärung der Neofaschisten alarmiert die Südtiroler: Sie befürchten auch Vorstöße der Rechtsextremen gegen das Südtiroler Autonomieabkommen.

**23.-26. April 1994:** Eine Reihe von Sprengstoffanschlägen weißer Rechtsextremisten sollen vor den ersten allgemeinen, freien Wahlen in Südafrika die Wähler verunsichern. Doch hat dies keinen nennenswerten Einfluß auf den Wahlablauf.

**24. April 1994:** In El Salvador siegt bei den Stichwahlen der Kandidat der rechtsextremen Arenapartei mit 68% überlegen über die Linkskoalition. Die Wahlbeteiligung liegt bei nur 46%.

**25. April 1994:** Großdemonstrationen in Italien. Zum Jahrestag der endgültigen Befreiung vom Faschismus demonstrieren hunderttausende gegen den alten und neuen Faschismus, gegen die Neue Rechte.

**25. April 1994:** Haider vertritt die Ansicht, Zernatto habe das Abkommen mit der FPÖ gebrochen, weil die SPÖ bei den Agrarverhandlungen die EU-Ausgleichszahlungen an die österreichischen Bauern in Frage gestellt habe, darauf sei Zernatto auf Weisung aus Wien umgefallen. Für VP-Obmann Busek kündigt Haider an, daß dieser nur noch eine Gnadenfrist bis zum Herbst habe.

Der FP-Parteitag hatte zwar beschlossen, daß die FPÖ-Mandatare im Parlament gegen den EU-Beitritt stimmen sollten, ansonsten jedoch keine Abstimmungsempfehlung abgegeben werde. Dieser Parteitagsbeschuß hindert Haider aber nicht daran, eine Anti-EU-Kampagne anzukündigen unter dem Motto: „Wir schützen Österreich - wir machen Ordnung“.

**26. April 1994:** Haider überlegt, ob er den *Lügner und Vertragsbrecher* Zernatto nicht auf Einhaltung des Regierungspaktes klagen könne. Er kündigt einen Dauerboykott der Wahl des Kärntner Landeshauptmannes an.

**26. April 1994:** Druckfehler oder Wunschvorstellung? Die AULA Nr.4/94 kündigt jedenfalls folgenden Vortrag in Klagenfurt an: *Renaissance des Nationalsozialismus in Europa?*

**27. April 1994:** Vom ORF live übertragen, wird in den USA Richard Nixon eingegraben. Er sei verabschiedet mit einem letzten "Nixon - Mörder!"

**29. April 1994:** Die Wiener grüne Gemeinderätin Huemer sagt zur geplanten Errichtung eines Denkmals für die Gefallenen der 6. Armee in (Stalin-)Wolgograd: Die deutsche Wehrmacht habe eine Blutspur durch Rußland gezogen und jetzt benehme sich Österreich mit Attitüden eines Kolonialisten und mache Wirtschaftskontakte von der Denkmalerrection abhängig.

**29. April 1994:** Nach dem Vorwurf ausgetretener Mitglieder, die VGÖ sei unter Buchners Führung zu weit nach rechts gerückt, tritt Josef Buchner als Parteiobmann zurück.

**29. April 1994:** Die Führer der neonazistischen *Nationalen Front* und der *Nationalen Weltherrschaftspartei* in Ungarn werden festgenommen, ein Strafverfahren wird eingeleitet.

**29. Mai 1994:** Das tschechische Parlament beschließt die Rückgabe von Objekten, die in der Zeit der deutschen Besetzung vom NS-Regime "arisiert" wurden.

**1. Mai 1994:** Auf dem EU-Kongreß der Grünen wird die Europäische Union als *Europa der industriellen Verödung* kritisiert. Das Verhandlungsergebnis der Regierung habe die schlimmsten Erwartungen erfüllt, die Neutralität werde aufgegeben, nach vier Jahren Übergangsfrist drohe der ökologische Absturz. Mit einer Mehrheit von 87,3% beschließen die Delegierten eine NEIN-Empfehlung für die Volksabstimmung.

Der Auftritt von Außenminister Mock am Kongreß bringt endlich einmal eine etwas klarere Äußerung zur Frage der österreichischen Neutralität. Mock stellt für die kommenden Jahre eine weitere Volksabstimmung über die Abschaffung der Neutralität in Aussicht. Er wird dafür von anderen Regierungspolitikern zusammengepiffen, die sich zwar keineswegs für eine *immerwährende* immerwährende Neutralität aussprechen, aber betonen, die Frage sei zur Zeit "nicht aktuell". Man will offenbar erst die EU-



Beitrittsabstimmung hinter sich bringen und die Wähler nicht mit Wahrheiten späterer Jahre verunsichern.

**1.Mai 1994:** In den Kärntner Sonntagszeitungen inseriert Haider: „*Bevor überhaupt ein Hahn krähen konnte, hat Zernatto mich verraten.*“ Tja, da hätte man in Kärnten endlich einen neuen Erlöser gehabt und dann spüren die Jünger nicht!

**3.Mai 1994:** Parlamentswahlen in Holland. Die Regierungskoalition erleidet eine schwere Niederlage (Christdemokraten -20 Sitze, Sozialdemokraten -12 Sitze), die rechtsextremen Zentrumsdemokraten erreichen nur 1,5% und steigen von einem auf drei Mandate. Die Meinungsumfragen hatten der Antiausländerpartei bis zu 8% der Stimmen vorhergesagt.

**4.Mai 1994:** Das Europaparlament stimmt mit überwältigender Mehrheit für die Erweiterung der EU.

**4.Mai 1994:** Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignaz Bubis, ist der Ansicht, daß bei den Bundestagswahlen im Oktober, die rechtsextremen Parteien den Einzug in den Bundestag nicht schaffen werden. Er spricht sich gegen ein Verbot von rechtsextremistischen Gruppen aus, weil er eine politische Auseinandersetzung und ein entschiedenes Vorgehen der Staatsgewalt gegen rechte Gewalttäter vorziehe.

**5.Mai 1994:** Haider schlägt für Kärnten die Wahl eines *Unabhängigen* zum Landeshauptmann vor: Der parteilose FPÖ-Mandatar Rogner solle diese Funktion übernehmen.

**6.Mai 1994:** Mit einiger Verzögerung liegt das Resultat der ersten freien Wahlen in Südafrika vor. Der ANC Mandelas erhielt 62,65%, die bisher regierende weiße Nationale Partei der Klerks 20,4% und die Zulu-Partei Inkatha 10,5%. Die extremistischen Gruppen scheiterten an der 5%-Klausel. Der neue Präsident Nelson Mandela bildet eine Konzentrationsregierung aller drei Parteien.

**6.Mai 1994:** Gegen 35 Stimmen beschließt der Nationalrat den Beitritt zur EU. Die obligate Volksabstimmung dazu wird endgültig für den 12. Juni festgesetzt.

**7.Mai 1994:** Forscher Ton von Sektionschef Matzka, zuständig im Innenministerium für Flüchtlingsfragen: In einer Aktennotiz, die nun in die Medien dringt, ordnet er an, *mit dem Knaben heimzufahren*. Der *Knabe* ist ein 23jähriger afrikanischer Flüchtling.

**6.Mai 1994:** In Norwegen zeichnet sich nach den neuesten Meinungsumfragen eine deutliche Mehrheit gegen einen EU-Beitritt ab.

**6.Mai 1994:** Rechtliche Schritte gegen den ORF-Hauptabteilungsleiter Brandstätter droht FP-Generalsekretär Meischberger an, weil der Inlandsreport-Moderator am 5.5. den FP-Auszug aus dem Kärntner Landtag als *menschenverachtend* bezeichnet hatte. Brandstätter kündigt seinerseits eine Klage gegen Meischberger an, weil dieser behauptet hatte, Zernatto hätte Brandstätter den Posten des Kärntner ORF-Landesintendenten versprochen.

**6.Mai 1994:** In Deutschland soll die *Auschwitz-Lüge* dezitiert unter Strafe gestellt werden. Die bisherige rechtliche Zugriffsmöglichkeit auf Leugner der NS-Massenmorde (Beleidigung und Verunglimpfung Verstorbener) wird nicht mehr als ausreichend empfunden.

**8.Mai 1994:** Befreiungsfeier im ehemaligen KZ-Mauthausen. Tausende Menschen aus 23 Ländern nehmen daran teil. Besonderen Applaus ernten die Teilnehmer aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawiens, die unter einem gemeinsamen Schild zur Kundgebung marschieren. Die Ansprache auf dem Appellplatz hält Bundeskanzler Vranitzky.

**8.Mai 1994:** Erster Durchgang der Parlamentswahlen in Ungarn. Als stärkste Partei gehen die Sozialisten hervor (von 11 auf 33%), die bisherige rechtsstehende Regierungspartei Demokratisches Forum fällt von ca. 25 auf 12%, auch die ebenfalls rechte Kleinlandwirtepartei fällt von 12 auf 9%.

**9.Mai 1994:** Die westeuropäische Union (Verteidigungsbündnis der EU) berät Assoziierungsverträge mit Polen, Ungarn, Tschechien, Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen und der Slowakei.

**9.Mai 1994:** In der FPÖ bildet sich eine Pro-EU-Plattform, die, um den EU-Befürwortern in der Haider-Partei *den Rücken zu stärken*, an die Öffentlichkeit tritt.

**9.Mai 1994:** Aufgrund eines italienischen Haftbefehles wird in Argentinien der 81jährige ehemalige SS-Offizier Priebke festgenommen, der beschuldigt wird, für das Massaker in den ardeatischen Höhlen bei Rom mitverantwortlich zu sein.

**9.Mai 1994:** In Brüssel unterzeichnen als erste "neutrale" Staaten Finnland und Schweden die Friedenspartnerschaft mit der NATO.

**10.Mai 1994:** Der FP-Mandatar Rogner erklärt, er wolle sein Kärntner Landtagsmandat zurücklegen. Er sei es nicht gewohnt „ständig ein- und auszuziehen“.

**11.Mai 1994:** In Italien legt Berlusconi seine Ministerliste vor: Fünf Minister stellen die Neofaschisten. Der Vorsitzende des Ministerkomitees des Europarates, Claes, äußert dazu sein *tiefes Bedauern*.

**11.Mai 1994:** In Magdeburg, der Hauptstadt von Sachsen-Anhalt machen Rechtsextremisten Jagd auf Afrikaner. Als denen Türken zu Hilfe kommen, entwickelt sich eine Straßenschlacht mit mehreren Verletzten. Die Polizei greift zu spät und mangelhaft ein, erst gegen Mitternacht kann die Ruhe wieder hergestellt werden. Die 49 festgenommenen Randalierer werden postwendend wieder auf freien Fuß gesetzt.

**11.Mai 1994:** Das Liebäugeln mit einer Koalition zwischen ÖVP und FPÖ (oder zwischen FPÖ und ÖVP?) können so manche VP-Funktionäre nicht lassen. Nach ÖAAB-Chef Josef Höchtel wollen nun auch Kukacka und (wie immer) Hirschmann eine Kleine Koalition nicht ausschließen. Industriesprecher Barstenstein meint, Haider würde in Regierungsverantwortung anders agieren als heute. Das Kärntner Beispiel genügt den Herren offenbar immer noch nicht.

Für die SPÖ ergibt sich daraus auch schon der Hauptpunkt für den Nationalratswahlkampf: Es droht eine FP-VP-Regierung, wenn die Leute nicht die SPÖ stärken...

**13.Mai 1994:** Die VP-Generalsekretäre Korosec und Molterer betonen: Eine Koalition auf Bundesebene mit der FPÖ komme nicht in Frage. „*Wir grenzen uns von Haider ab, weil Haider sich von der politischen Kultur ausgrenzt.*“

In der FPÖ hingegen wird weiterhin mit einer baldigen Ablöse Buseks gerechnet, der in der ÖVP der Hauptgegner einer Kleinen Koalition ist.

**12.Mai 1994:** FPÖler, die für den EU-Beitritt eintreten, werden in Wien vom LIBERALEN KLUB präsentiert. Darunter sind: Tassilo Broesigke (ehem. Rechnungshofpräsident), Wilfried Gredler (ehem. Klubobmann), Norbert Gugerbauer (ehem. Klubobmann), Erwin Hirnschall (3. Landtagspräsident in Wien), Ludwig Rader (3. Landtagspräsident in der Steiermark), Gerulf Stix (ehem. 3. Nationalratspräsident), Gustav Zeilinger (ehem. Volksanwalt).

Hirnschall weist das Ansinnen Haiders zurück, mit ihm auf eine Anti-EU-Tournee zu gehen und auf den Veranstaltungen die Pro-Eu-Argumente vorzutragen.

FP-Generalsekretär Grasser konkretisiert die Anti-EU-Kampagne: Die FPÖ sage nein zu 70.000 zusätzlichen Arbeitslosen, grenzenloser Kriminalität und 15 Milliarden jährlich für dunkle Kanäle.

**14./15.Mai 1994:** In der Nähe von Brünn findet ein Treffen von rund 1000 Skinheads aus Tschechien, Polen, Italien, Österreich und Deutschland statt. Obwohl Präsident Havel vor kurzem die Polizei wegen ihres toleranten Verhaltens gegenüber dem Rechtsextremismus gerügt hatte, findet diese wieder keinen Anlaß, gegen die konspirativ vorbereitete Zusammenkunft vorzugehen oder den Umzug "Sieg-Heil"-rufender Skins zu unterbinden.

**Mitte Mai 1994:** Das Schicksal von fünf Kosovo-Albanern, denen die Abschiebung aus Österreich droht, bewegt Österreich. Die Männer hatten sich dem serbischen Wehrdienst entzogen und versucht nach Aufhalten in Kroatien bzw. Slowenien über Österreich nach Deutschland zu gelangen. In den exjugoslawischen Staaten hatten sie sich illegal aufgehalten, da sie dort die Abschiebung befürchteten. Ein Schicksal, daß ihnen jetzt mit österreichischer Hilfe bevorstehen könnte.

**16.Mai 1994:** Gegen Edwin Neuwirth, der vergangenes Jahr den russischen Rechtsextremisten Schirinowskij bewirtet hatte, wird jetzt wegen seiner Äußerung, ihm sei nicht bekannt, daß es in Deutschland Gaskammern gegeben hätte, einige Untersuchungen, sagten aus, daß es keine gegeben habe, hinsichtlich des Verdachtes der NS-Wiederbetätigung ermittelt.

**Mitte Mai 1994:** Die Debatte um den EU-Beitritt brachte dessen Befürworter auf die Idee, die Wähler mittels einer Angst-und-Schrecken-Kampagne von der unabdingbaren Notwendigkeit eines Beitrittes zu überzeugen. Entsprechende Wirtschaftsgutachten wurden lautstark verbreitet, die mit Wirtschaftsrückgang und vermehrter Arbeitslosigkeit drohten. EU-kritische Wirtschaftswissenschaftler wie Rothschild oder Rozsenich sind von diesen Berechnungen nicht so überzeugt, bzw. halten sie für unseriös, wie auch eine Karikatur im STANDARD vom 18.5. darstellte.

**16.Mai 1994:** Nachdem die Magdeburger Polizei vorerst versuchte hatte, die ausländerfeindlichen Ausschreitungen als eine Art *b'soffene G'schicht* zu bagatellisieren, entschließt man sich nun doch nach den entsprechenden öffentlichen Reaktionen, zu Maßnahmen. Man fandet nach den "Rädelsführern" und nimmt solche auch in Haft.

**17.Mai 1994:** Die Magdeburger Polizei war einen Tag vor den Ausschreitungen vom Verfassungsschutz gewarnt worden, doch man nahm diese Warnung nicht ernst. Ein Zeuge sagt sogar aus, ein Polizist hätten einen Ausländer festgehalten, während die Hooligans auf ihn einprügelten. Bekannt wird auch, daß im Nachbarbundesland Sachsen die Einrichtung eines polizeilichen Sonderkommission gegen den gewalttätigen Rechtsextremismus, dort die Bildung einer entsprechenden Szene erstickt habe, Prävention also mit Erfolg betrieben werden könne. Eine Vorgangsweise, die aber bisher von anderen deutschen Regionalbehörden nicht übernommen wurde.

Jetzt demonstrieren Magdeburger gegen die ausländerfeindlichen Ausschreitungen.

**17.Mai 1994:** Haider schlägt vor, am 12.6. gemeinsam mit der EU-Abstimmung in Kärnten eine Volksbefragung abzuführen, wer in Kärnten Landeshauptmann werden solle. Ein Vorschlag, dem aus Gründen der Rechtssituation, nicht nähergetreten werden kann. Haider versteht es aber immer wieder, seine Anliegen am geschicktesten zu formulieren und dadurch die anderen Politiker entweder in Zugzwang zu setzen oder sie schlecht ausschauen zu lassen.

Wegen der EU-Politik Haiders tritt der Bürgermeister von Flattach (und Bruder von Kriemhild Trattinig), Siegfried Huber, aus der FPÖ aus.

**18.Mai 1994:** Besonders kirchliche Kreise setzen sich für ein anderes Verhalten des Innenministeriums im Zusammenhang mit den von Abschiebung bedrohten Kosovo-Albanern ein. Es wird sogar von einem "Kirchenasyl" gesprochen.

**18.Mai 1994:** Brandanschlag auf ein Ausländerwohnheim in Hamburg, in Lüneburg schießen zwei Rechtsextremisten auf eine Asylantenunterkunft.

**18.Mai 1994:** Der tschechische Ministerpräsident Klaus reagiert verstimmt auf die Verleihung des *Europäischen Karlspreises* an Alois Mock durch die *Sudetendeutsche Landsmannschaft* und dessen Äußerung in der *SUDETENDEUTSCHEN ZEITUNG*, die die Vertreibung der Sudetendeutschen 1945 mit den ethnischen Säuberungen in Exjugoslawien verglich.

Die *Sudetendeutsche Landsmannschaft* war immer eine ziemlich weit rechts angesiedelte Organisation, die Vertreibung von 1945 sicherlich kein humanistisch-rechtsstaatlicher Akt, aber er kann wohl auch nicht losgelöst von der vorherigen Geschichte gesehen werden, nicht losgelöst vom Verhalten mancher sudetendeutscher Kreise in der Monarchie (wo die Gleichberechtigung des slawischen Bevölkerungsteiles verhindert wurde) und zur Zeit der NS-Herrschaft gesehen werden. So schrieb der österreichische Historiker und Essayist, Karl Tschupplik, schon 1935, von den Sudetendeutschen gehe das Unglück aus, sie seien die Erfinder des Nationalsozialismus, die Katastrophenmänner Deutschlands. Die österreichische Ausgabe der NSDAP entstand 1904 als "Deutsche Arbeiterpartei" in Böhmen, hatte 1911 drei Mandatare im Reichsrat, verwendete den Begriff von der *Brechung der Zinsknechtschaft*, der später zum Propagandaarsenal Hitlers gehörte und nannte sich 1918 in "Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei" um. Sicherlich kann man jetzt nicht diese rechtsextremistischen Tendenzen allen Sude-tendeutschen vorhalten, aber man sollte sie auch nicht einfach vergessen.

**19.Mai 1994:** In Kärnten scheitert schon der fünfte Versuch, den Landeshauptmann zu wählen. Für den Fall einer neuerlichen Blockade durch die FPÖ wollen die Kärntner Bürgermeister eine Großdemonstration organisieren.

**19.Mai 1994:** Vranitzky zieht für Österreich eine Friedenspartnerschaft mit der NATO in Erwägung. Eine solche Partnerschaft wäre mit der Neutralität vereinbar, weil sie keine Mitgliedschaft wäre. So der Kanzler. Die österreichische Neutralität ist ja inzwischen mit allem vereinbar, da sie ohnedies nur noch im Volksglauben existiert.

**19.Mai 1994:** Klestil warnt im Zusammenhang mit der Debatte um die Abschiebung der fünf Kosovo-Albaner vor einem Präzedenzfall. Wenn sie aus einem sicheren Drittland eingereist seien und nun doch in Österreich bleiben könnten, wäre „eine Schleuse offen, die gefährlich wird.“ Bei einem Besuch im Volksgruppenzentrum sagt der Bundespräsident, der österreichische Staatsvertrag sei erfüllt und gehöre somit der Geschichte an. Die Minderheitenvertreter sind nicht dieser Meinung und urgieren noch offene Punkte, wie zweisprachige topographische Aufschriften und im Schulwesen.

**20.Mai 1994:** In Prien am Chiemsee betonen der CSU-Politiker Gauweiler, der Vorsitzende des europakritischen *Bundes Freier Bürger*, Brunner und Jörg Haider auf einer Veranstaltung des dortigen Bauernverbandes Gemeinsamkeiten ihrer politischen Positionen.

**20.Mai 1994:** Keine zufälligen Ausschreitungen betrunkenen Hooligans, sondern geplante Provokationen: Das waren nach dem jetzigen Erhebungsstand die Magdeburger Ausschreitungen.

**20.Mai 1994:** Befriedigt äußert man sich in VP-Kreisen über den Vorstoß Vranitzkys zur NATO-Partnerschaft.

**20.Mai 1994:** Die Meinungsforscher sehen ein Abflachen der EU-Zustimmung. Z.Z. stehe es 46 zu 36 zu 15 zwischen Zustimmungern, Ablehnern und Unentschlossenen.

**21.Mai 1994:** Mock am Sudetendeutschen Tag in Nürnberg: „*Die Vertreibung aller Volksdeutschen wäre nicht möglich gewesen, wenn Adolf Hitlers Kampf um den "deutschen Lebensraum im Osten" nicht ganz Europa in Flammen gesteckt hätte.*“

**22.Mai 1994:** Erwin Hirschall (FPÖ) sieht in Haiders Anti-EU-Kampagne eine Maßnahme zur Stimmenmaximierung für die NRW.

**26.Mai 1994:** Der Klubobmann des LIBERALEN FORUMS, Frischenschlager, bezeichnet die herrschende österreichische Asylpraxis als "*brutal und inhuman*", sie habe den Bezug zur Menschlichkeit und zur Menschenrechtlichkeit verloren. Von 1991 bis 1993 seien die Aufnahmeanträge von 27.306 auf 4.744 zurückgegangen.

**28.Mai 1994:** In der Diskussion um die geplante Abschiebung von Kosovo-Albanern sagt ÖGB-Präsident Verzetnitsch, Wehrdienstverweigerern sollte Asyl gewährt werden, wenn sie von der Todesstrafe bedroht sind.

**28.Mai 1994:** Haider sagt bei einer Anti-EU-Veranstaltung in Salzburg, man solle am 12. Juni der Regierung einen Denkzettel verpassen.

**Ende Mai 1994:** Haiders Werbetour in der BRD für die Europawahl mit dem deutschen EU-Gegner Brunner und seinem *Bund freier Bürger* stößt auf Widerstand. In Hamburg und Dortmund hagelt es Eier und Farbbeutel gegen die beiden rechtslastigen Politiker.

**Ende Mai 1994:** Interessantes Ergebnis einer Meinungsumfrage in Deutschland anlässlich des fünfzigsten Jahrestages der alliierten Landung in der Normandie: 64% empfinden es als positiv, daß Deutschland den 2. Weltkrieg verloren hat, 69% sehen das Kriegsende von 1945 als Befreiung, 13% als Niederlage. Aber nur 56% sehen Deutschland als verantwortlich für den Krieg. Immerhin 3% sind Anhänger der neonazistischen Propaganda, es habe im Deutschland Hitlers keine Massenmorde in den KZs gegeben.

**30.Mai 1994:** Brav und bieder geben sich in Wien fünf Mitglieder der rechtsextremen Wehrsportgruppe Trenck vor Gericht. Früh- bis spätpubertäre Lümmel und Lauser möchten sie jetzt gewesen sein, die neonazistische Propaganda und bewaffnete Bandenbildung eh nicht so gemeint hätten. Der Prozeß wird vertagt.

**2.Juni 1994:** Haider sagt außerhalb Bayerns wegen der *massiven Bedrohung durch linke Chaoten* seine weiteren Auftritte mit Brunner ab.

**3.Juni 1994:** Weil sich Teile der öö. SP-Jugendorganisationen gegen die EU als *Integrationsmodell, welches den Interessen der westeuropäischen Großkonzerne diene*, aussprechen, gibt es massive Versuche, diese wieder auf Parteilinie zu bringen. Landesrat Ackerl droht mit finanziellen Konsequenzen.

**6.Juni 1994:** Busek bezeichnet Haider als *demokratisch unmündig*. Er schüre wider besseres Wissen die Ängste der Menschen, z.B. durch die Behauptung, Österreich müsse Trinkwasser in die EU liefern. Die Äußerung Haiders, bei der Abstimmung am 12.6. solle der Regierung ein *Denkzettel* gegeben werden, erweist sich für die gesamte Anti-EU-Agitation als sehr kontraproduktiv.

**6.Juni 1994:** Große Gedenkveranstaltungen zum 50. Jahrestag der Landung in der Normandie. Der endgültige Untergang Nazideutschlands wurde damals durch die Errichtung dieser zweiten Front in die Wege geleitet.

**6.Juni 1994:** Für die Vereinheitlichung der europäischen Gesetzgebung gegen den Rechtsextremismus spricht sich die deutsche Justizministerin Leutheusser aus. In manchen europäischen Ländern sind weder NS-Symbole noch die Verbreitung nazistischer Propaganda verboten.

**7.Juni 1994:** Die FPÖ stellt ihre Verhinderungstaktik in Kärnten ein. Zwar schlägt man noch vor, Ambrozy (SPÖ) solle Landeshauptmann werden, als dieser ablehnt, bleibt man bei der folgenden Abstimmung doch im Saal und ermöglicht dadurch die Wahl Zernattos. Etwas anderes ist der FP wohl auch nicht übriggeblieben. SPÖ und ÖVP hatten vereinbart, bei einem neuerlichen Auszug der FP die bisherige Landesregierung provisorisch bis auf weiteres im Amte zu belassen, außerdem kam der Boykott bei der Kärntner Bevölkerung im weniger an.

**7.Juni 1994:** Die Attacke Haiders gegen den Innsbrucker Finanzrechtler Doralt von 1992 (im Zusammenhang mit dessen Bewerbung um den Rechnungshofpräsidenten) endet damit, daß Haider im Fernsehen in einer FP-Belangsendung eine Ehrenerklärung gegenüber dem Angegriffenen abgeben muß.

**9.Juni 1994:** Simon Wiesenthal richtet einen Brief an den Welser Bürgermeister. Gerade in Zeiten, da sich Österreich um die Aufnahme in die EU bemühe, sei die SS-Gedenktafel in der Sigmundkapelle dem internationalen Ansehen abträglich. Zehn der zwölf EU-Mitgliedsstaaten seien Opfer der NS-Aggression gewesen, nirgends werde ein Gedenken an die SS in einer solchen Form hochgehalten wie in Wels, man möge daher die Tafel der SS-Kameradschaft entfernen.

**10.Juni 1994:** Letzte Meinungsumfragen zum EU-Beitritt sprechen von einer 60%-Zustimmung für den Beitritt. Die Regierungskoalition hat ihre Agitation auf zwei Hauptargumentstränge ausgerichtet. Einerseits auf die Schürung von Ängsten vor den Folgen eines Nichtbeitrittes, andererseits darauf, den EU-Gegnern ihre Gemeinsamkeit mit Jörg Haider vorzurechnen. Massiven Einfluß auf das Abstimmungsverhalten nimmt auch die KRONENZEITUNG, die in den letzten Wochen vor dem 12. Juni eine sehr clevere Pro-EU-Kampagne durchführte. Gespannt kann man sein, was an dem Gerücht dran ist, daß die Regierung für eine entsprechende propagandistische Unterstützung dem Kronenzeitungseigentümer Dichand Zugeständnisse bei der Vergabe der privaten Radio- und Fernsehizenzen in Aussicht gestellt haben soll.

Die Staberl-Leser zeigen sich in ihren Leserzuschriften einigermmaßen verwirrt. Sie hatten nicht damit gerechnet, daß Herr Richard Nimmerrichter in einer speziellen Frage plötzlich nicht einer Meinung mit Haider sein könnte...

**10.Juni 1994:** Siegfried Brugger, Obmann der Südtiroler Volkspartei, lehnt jede Zusammenarbeit mit der neuen italienischen Regierung ab. Er rechnet damit, daß im Falle von Neuwahlen die Neofaschisten weiter gestärkt würden und der andere Koalitionspartner Berlusconi, die Lega Nord aufgerufen würde.

**12.Juni 1994:** Ein unerwartet hoher Sieg der EU-Befürworter. Fast Zweidrittel der Wähler stimmen mit JA ab, in keinem einzigen Bezirk gibt es eine NEIN-Mehrheit, am größten ist die Zustimmung im Burgenland, am geringsten in Tirol. Das massive Engagement Haiders gegen die EU war wohl ein wichtiges Element für diesen Abstimmungsausgang. Eine Unzahl von Leuten äußerte, eigentlich eher gegen den EU-Beitritt gewesen zu sein, aber im Zweifelsfall nicht mit Haider abstimmen gewollt zu haben. Dieser besitzt sogleich die unglaubliche Frechheit, die NEIN-Stimmen für sich zu reklamieren und sich als Gewinner zu deklamieren. In Wirklichkeit ist die Abstimmung die bisher schwerste Niederlage Haiders, die ihm (gemäß Meinungsumfragen) auch einen Rückgang an Wählerstimmen bescheren soll. Er selber spricht aber davon, 1998 das *sozialistische Österreich* beenden zu wollen.

**12.Juni 1994:** Wahlen ins Europaparlament. Die Ergebnisse sind in den einzelnen Ländern recht unterschiedlich. Insgesamt gibt es jedoch eine Stärkung der Rechten. Die Rechtsextremisten verfügen jetzt über 24 Sitze, die Grünen verloren zehn und halten bei 31, durch den großen Erfolg in England steigen die Sozialdemokraten (trotz der Verluste in vielen anderen Ländern) leicht auf 200, die europäische Volkspartei hat (ohne *Forza Italia*) jetzt 148 (statt 162).

Die Ergebnisse in den einzelnen EU-Staaten:

**Belgien:** Verluste für die Sozialdemokraten, Gewinne für Liberale und Rechte.

**Dänemark:** Schwere Verluste für Sozialdemokraten, Gewinne für Rechte und Konservative, auch für die Anti-EU-Gruppen.

**Deutschland:** Verluste für die SPD, leichte Gewinne für CDU/CSU und die Grünen. Die FDP scheidet deutlich an der 5%-Klausel, die PDS knapp. Die rechtsextremistischen Republikaner erreichen nur 3,9% und scheiden aus dem Europaparlament aus. Auch Haiders Freund Brunner bleibt erfolglos.

**Frankreich:** Sowohl die Regierungsparteien als auch die Sozialisten verlieren, ebenso die Grünen und die Kommunisten. Erfolge gibt es für den rechten EU-Gegner de Villiers und für den Ex-Sozialisten Tapie. Die Rechtsextremisten Le Pens erhalten 9,5%.

**Griechenland:** Verluste der Sozialisten (37,7%) und der Neuen Demokraten (32,9%). Gewinne des nationalistischen *Politischen Frühlings* (8,4%). Linksallianz 6,3%, Kommunisten 6%.

**Großbritannien:** Schwere Niederlage für die Konservativen, mit nur 28% fallen sie auf einen historischen Tiefstand. Die Labour Party erreicht 44%.

**Irland:** Keine besonderen Veränderungen, die Regierungspartei Fianna Fail gewinnt leicht, die Labour Party bleibt gleich.

**Italien:** Berlusconi's *Forza* erreicht 30,6%, die Lega Nord 6,6, die Neofaschisten kommen auf 12,5%. Die Volkspartei (Ex-Christdemokraten) erreicht 9,5% (früher 32,9!), die PDS (Ex-KP) nur 19,1%, was zum Rücktritt des Parteivorsitzenden führt. In Südtirol verlieren die Neofaschisten ihre relative Mehrheit in der italienischen Bevölkerung an die *Forza*.

**Luxemburg:** Leichte Verluste für die Christdemokraten (31,5%), gleichbleibende Sozialdemokraten (27,4%), Gewinne für Liberale und Grüne.

**Niederlande:** Starke Gewinne für Christdemokraten (30,8%), starke Verluste für Sozialdemokraten (23%), Gewinne für Rechts- und Linksliberale, Verluste für die Grünen.

**Portugal:** Die Sozialisten mit 34,8% knapp vor den regierenden (rechtsstehenden) Sozialdemokraten (34,2%), die Christdemokraten kommen auf 12%, das Wahlbündnis Kommunisten und Grüne erreicht 11,5%.

**Spanien:** Verluste für die Sozialisten (30,7%), starke Gewinne für die Volkspartei (40,2%) und die Vereinte Linke (13,5%).

**12.Juni 1994:** Wahlen in vier der neuen deutschen Bundesländer. Die SPD bleibt hinter ihren Erwartungen, die CDU hält sich besser als zu vermuten, die PDS gewinnt überall deutlich dazu und ist jetzt bezüglich der Bundestagswahlen im Herbst optimistisch, da sie allein im ehemaligen Ostberlin fünf Direktmandate erreichen könnte und damit nicht mehr unter die 5%-Klausel fiel. Durchgefallen sind überall die Republikaner.

**15.Juni 1994:** Eine Gruppe zehn- bis fünfzehnjähriger Kinder soll in Zürich auf einem jüdischen Friedhof über 100 Grabsteine umgestürzt haben.

**18./19.Juni 1994:** FPÖ-Parteitag in Linz. Unter dem Motto *Wir schützen Österreich - wir machen Ordnung* versammeln sich rund 500 Delegierte um ihren Parteiführer, den sie mit 96,6% als Obmann wiederwählen. Heftige Angriffe gibt es dabei gegen den Wiener Hirnschall, der sich als EU-Befürworter engagiert hatte. Haider sagt, es sei sein Ziel, Österreich als *einziges Land, das noch sozialistisch ist, auf einen nichtsozialistischen Kurs zu bringen*.

Der Einfahrer mit seiner Stammtischpolitik bei der EU-Abstimmung hat, so scheint es, Haider innerparteilich derweilen noch nicht geschadet. Es wird abzuwarten sein, ob sich das jetzige Tief für die FPÖ, das sich in Umfragen nach der EU-Abstimmung abzeichnete, bis zu den Nationalratswahlen hält. Die sich abzeichnende Konjunkturverbesserung dürfte allgemein die Griffigkeit von Bierzeltargumenten beeinträchtigen.

**19.Juni 1994:** Auf den Pinter ist die VGÖ gekommen. Der Ex-Fußballtrainer und Haider-Freund wird als Nachfolger für den zurückgetretenen Josef Buchner zum neuen Vorsitzenden der Vereinten Grünen gewählt.

**20.Juni 1994:** Die Anklagen wegen der Briefbombenanschläge vom Vorjahr sollen noch im Sommer fertiggestellt werden. Der Untersuchungsrichter und der Staatsanwalt dieses Verfahrens wurden wiederholt schriftlich und telephonisch bedroht. Die Ermittlungen gegen verdächtige Mittäter aus Deutschland hat bisher noch zu keinen ausreichenden Beweismitteln geführt.

**21.Juni 1994:** FP-Generalsekretär Meischberger sieht optimistisch in die Zukunft. Man erwarte sich 20% der Stimmen bei den Nationalratswahlen.

**21.Juni 1994:** Der Prozeß gegen Gottfried Küssel muß teilweise neu aufgerollt werden. Wegen eines Formfehlers müssen die Anklagepunkte um die VAPO-Gründung nochmals verhandelt werden. Küssel war vergangenes Jahr wegen NS-Wiederbetätigung zu zehn Jahren Haft verurteilt worden.

**22.Juni 1994:** Eine wichtige historische Entdeckung publiziert der Kronenzeitungsschreiber Ingomar Pust: Der Angriff Hitlerdeutschlands auf die Sowjetunion im Jahre 1941 war ein Präventivschlag in Notwehr, weil die *Rote Armee* damals kurz vor einem Angriff auf Deutschland gestanden sei. Seltsam bloß, daß die so angriffslüsternen Sowjetarmeen zu beträchtlichen Teilen sehr rasch aufgegeben wurden und

das deutsche Oberkommando sich schon im Oktober 1941 (allerdings etwas voreilig) zu verkünden getraute, der Bolschewismus sei besiegt.

**Zweite Junihälfte 1994:** Haider besucht die USA und besichtigt dort auch das HOLOCAUST-MUSEUM in Washington.

**24.Juni 1994:** Der Klagenfurter FP-Obmann tritt aus der FPÖ aus, weil er nicht den versprochenen Posten als Bundesratsmitglied erhalten hat.

**26.Juni 1994:** Regionalwahlen in Italien. Erfolge für die Linken, ein erster Rückschlag für die Forza.

**26.Juni 1994:** Wahlen in Sachsen-Anhalt. Verluste der CDU (jetzt 34,4%), Gewinne für die SPD (jetzt 34%) und die PDS (nunmehr 19,9%). Schwere Verluste für die FDP (unter 5%), Grüne knapp im Landtag, Republikaner ohne Chance, der scheinbar unaufhaltsame Aufstieg des SSlers Schönhuber scheint beendet zu sein

**26.Juni 1994:** In Polen siegt zwar bei den Kommunalwahlen relativ das *Demokratische Linksbündnis*, aber die rechtskonservativen katholischen Kleingruppen haben aus ihrer Niederlage vom vergangenen Herbst gelernt, wo sie alle an der 5%-Klausel gescheitert waren, ihr *Bündnis für Polen* kann sich als starke neue Kraft etablieren.

**.Zweite Junihälfte 1994:** In Tschechien droht 76.000 Romas die Ausbürgerung. Sie sind aus der Slowakei eingewandert und haben es verabsäumt, sich rechtzeitig um die tschechische Staatsbürgerschaft zu bemühen.

**Zweite Junihälfte 1994:** In der Slowakei ist vorerst immer noch keine Lösung über die Regelung der Rechte für die ungarische Minderheit im Lande abzusehen.

**Ende Juni 1994:** Eine Kehrtwendung Haiders zeichnet sich ab. Der bisherige FPÖ-Chefideologe Andreas Mölzer dünkt in Ungnade gefallen zu sein. Das rechtsextremistische Gehabe des "Umvolkers" scheint vom Parteiobmann nunmehr eher als Belastung, denn Vorteil gesehen zu werden. Mölzer dürfte nicht in den Nationalrat entsandt werden.

**25./26. Juni 1994:** Anlässlich des fünfzigsten Todestages von Sylvester Heider, der am 22. Juni 1944 als Mitglied der Widerstandsgruppe Leoben-Donawitz als erster im bewaffneten Partisanenkampf gegen die deutsche Wehrmacht gefallen ist, findet am Achertörl-Thalerkogel bei Trofaiach eine Gedenkveranstaltung statt. Es sprechen u.a. Max Muchitsch, einer der letzten Überlebenden aus dieser Widerstandsgruppe (und Verfasser der Monographie "*Die Partisanengruppe Leoben-Donawitz*", Europa-Verlag 1966), Fritz Inkret von den Sozialistischen Freiheitskämpfern und Nationalrat Kurt Wallner.

**29.Juni 1994:** Der Landespartei sekretär der öö. FP legt seine Funktion zurück, weil er mit Landesobmann Achatz keine Arbeitsbasis mehr sieht.

**30.Juni 1994:** In Hannover wird ein 15jähriger Kurde, der Plakate für die in Deutschland verbotene *Nationale Befreiungsarmee* klebte, von der Polizei "auf der Flucht" erschossen.

**Anfang Juli 1994:** Das Aufenthaltsgesetz ist ein Jahr alt. Die Kritik daran verstummt nicht, speziell gibt es immer wieder Probleme für Menschen, die sich schon lange Zeit in Österreich aufhalten. So wurde anfangs z.B. verlangt, jeder Ausländer müsse zehn Quadratmeter Unterkunftsraum nachweisen, was alleine schon Abschiebungsgrund für über 100.000 Ausländer gewesen wäre, hätte man die Bestimmung nicht nachträglich geändert.

**3.Juli 1994:** Der russische Rechtsextremist Schirinowskij trifft als Mitglied einer Delegation zur Parlamentarierversammlung der KSZE in Wien ein. Er erklärt, den dritten Weltkrieg werde Rußland gewinnen und führt auch sonst sein übliches Gehabe vor.

**Anfang Juli 1994:** Meinungsumfrage in Österreich: Zur Zeit könnte die Parteien mit folgenden Stimmenanteilen rechnen: SPÖ: 41%, ÖVP: 28-29%, FPÖ: 15-16%, Grüne: 8%, Liberales Forum: 6%, andere: 1%.

**8.Juli 1994:** Nur zu Haftstrafen zwischen drei und vier Jahren werden acht Rechtsextremisten verurteilt, die bei einem Überfall auf einen Jugendklub in Hoyerswerda im Februar 1993 einen 22jährigen getötet hatten.

**8.Juli 1994:** Der deutsche Innenminister Kanther erklärt, die Grenzkontrollen zu Österreich blieben auch nach dem EU-Beitritt aufrecht, Deutschland würde dadurch keine Außengrenze los, da Österreich seine Außengrenze nicht genügend sichere. In Österreich ist dies Anlaß, wieder die Aufstellung entsprechender Grenzschutzeinheiten zu ventilieren.

**8.Juli 1994:** Die Kärntner Landesregierung beabsichtigt den "unabhängigen" FPÖ-Landtagsabgeordneten Traußnig als Bezirkshauptmann von Wolfsberg außer Dienst zu stellen, um das Prinzip der Gewaltentrennung zu wahren. Traußnig kündigt rechtliche Maßnahmen dagegen an. Er war zur Zeit der Landeshauptmannschaft Haider als unabhängiger und parteiloser Bewerber auf den Posten des Bezirkshauptmannes gehievt worden und hatte dann als "*Parteiloser*" für die FPÖ kandidiert. Solche "*unabhängige Parteilose*" würden wahrscheinlich auch die anderen Parteien massenhaft auf die Füße bringen...

**9.Juli 1994:** In einem Interview mit LE MONDE erklärt Nelson Mandela, die rechtsextremistischen Bewegungen in Südafrika hätten jede Unterstützung verloren, bei der letzten Kundgebung von TerreBlanche seien weniger als hundert Besucher gewesen.

**Erste Julihälfte 1994:** In der nordmährischen Stadt Vsetin versucht der *Demokratische Bund der Roma* eine eigene Bürgerwehr aufzustellen, deren Aufgabe es sein sollte, für Ordnung innerhalb der eigenen Reihen zu sorgen. Diese private Roma-Polizei werde bei den Romas eher akzeptiert und respektiert als die tschechische Polizei. Dadurch könnten die Roma Mitverantwortung für die Bewältigung der Probleme mit Straftätern aus ihren Reihen übernehmen.

**12.Juli 1994:** Nun läßt es Mock aus dem Sack: Die Abschaffung der österreichischen Neutralität kann ohne Volksabstimmung durchgeführt werden. Nachdem die EU-Abstimmung mit einem so überwältigenden Erfolg geschafft wurde, wird nun mit der (auch formalen) Aufgabe der Neutralität in den nächsten Jahren sicherlich zu rechnen sein.

**12.Juli 1994:** Grünes Licht für deutsche Militäreinsätze im Ausland gibt der deutsche Bundesverfassungsgerichtshof. Hört man bald für die kommenden Strafexpeditionen wieder das berüchtigte "*Germans to the front*" ?

**12.Juli 1994:** Einer der großen Geistesheroen im österreichischen Parlament, John Gudenus, belegt, daß er über ein lautstarkes Schimpfwörterrepertoire verfügt. In einer Debatte über den Ankauf der *Sammlung Leopold* nennt der FPÖ-Mandatar Wissenschaftsminister Busek "Koalitionstrottel" und "Idiot".

**12.Juli 1994:** Der Anwalt Gottfried Küssels beantragt die Haftentlassung des Neonazis. Da er bei der oberstgerichtlich angeordneten teilweisen Prozeßwiederholung mit einer weitaus geringeren Strafe (als der zehn Jahre in der ersten Verhandlung) rechne, solle der Angeklagte gegen Gelöbnis auf freien Fuß gesetzt werden.

Fast möchte man wetten, daß Küssel im zweiten Durchgang tatsächlich mit einer wohlwollenden Strafe rechnen kann...

**Erste Julihälfte 1994:** Debatten in Deutschland über den Widerstand gegen Hitler. So wird von verschiedener Seite verlangt, aus der Berliner Gedenkausstellung Ausstellungsstücke über den kommunistischen Widerstand zu entfernen.

Schließlich ist der Nationalsozialismus hauptsächlich an der kommunistischen Sowjetunion gescheitert. Ohne das Bündnis der westlichen Alliierten mit Stalin, hätte man ja das NS-Regime noch, dann bräuchte man auch den Widerstand vom Juli 1944 nicht zu feiern und könnte sich mit den Feiereien auf den *Tag der Machtergreifung* (30.1.), *Führers Geburtstag* (20.4.) und den *Marsch zur Feldherrnhalle* (9.11.) beschränken.

**Juli 1994:** Wiedergutmachung im neuen Deutschland: In der DDR war eine KZ-Aufseherin aus dem KZ Ravensbrück von 1946 bis 1954 in Haft. Sie erhielt jetzt eine Haftentschädigung von 64.000 DM zugesprochen, 600 DM pro Haftmonat. KZ-Opfer hatten seinerzeit maximal 150 DM Haftentschädigung erhalten.

**14.Juli 1994:** Im Alter von 81 Jahren stirbt in Salzburg Robert Jungk, einer der ersten Kritiker der Atomgefahren. Als Friedensaktivist und Antifaschist hat er sich ebenfalls bleibende Verdienste erworben. Als er für die GRÜNEN zur Bundespräsidentenwahl kandidierte, entblödete sich Jörg Haider nicht, Jungk zu beschuldigen, er habe im Schweizer Exil in den Dreißigerjahren eine "Jubelbroschüre" über den Nationalsozialismus verfaßt, weil er davor warnte, die Existenzfähigkeit Hitlerdeutschlands zu unterschätzen.

**Mitte Juli 1994:** Würde der österreichische Kanzler direkt gewählt, so siegte zur Zeit Vranitzky mit 57% vor Busek mit 11% und Jörg Haider mit 6%. Für den letzteren offenbar noch ein weiter Weg bis zur Kanzlerschaft im Jahre 1998...

**14.Juli 1994:** Bei seinem Parisbesuch läßt sich der deutsche Bundeskanzler Kohl von einer Reihe Angehöriger von Widerstandskämpfern begleiten.



**14.Juli 1994:** In einem APA-Interview äußert der bekannte Widerstandskämpfer Carl Szokoll (Teilnehmer an der Verschwörung am 20. Juli 1944), daß es in Österreich zwar gute Gesetze gegen die NS-Wiederbetätigung gäbe, es aber bei der Umsetzung an Durchschlagskraft mangle.

**14.Juli 1994:** Laut einer *market*-Meinungsumfrage halten 43% der Österreicher Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhaß für ein ernstes, 17% für überhaupt kein Problem.

**15.Juli 1994:** Der Verfassungsgerichtshof ändert das Asylgesetz. Im §20 wird gestrichen, daß nur "offenkundige" Mängel im Asylverfahren im Rechtsweg angefochten werden können. In der Öffentlichkeit ist man sich nicht einig: Die Kritiker des Innenministers meinen, es handle sich um eine Niederlage für Löschnak, dieser selbst sagt, er fühle sich bestätigt, weil nur ein Wort gestrichen worden sei.

Interessant in der zweiten Julihälfte auch die Kampagne der Kronenzeitung, die fast täglich verkündet, wie hoch der Anteil der ausländischen Straftäter und Gefängnisinsassen sei, aber ihren Leser beharrlich verschweigt, daß der überwältigende Teil dieser Täter weder Gastarbeiter noch Asylanten, sondern Kriminaltouristen sind, die also weder um Asyl, noch um Aufenthalts- oder Arbeitsbewilligung anzusuchen pflegen und normal auch keine Zuwanderungsabsichten haben.

**15.Juli 1994:** In Linz rafft man sich dazu auf, im Gedenken an den hingerichteten Mitverschworenen des 20. Juli 1944, Oberstleutnant Robert Bernadis, die Stadionauffahrt in *Robert-Bernadis-Straße* umzubenennen. Eine Maßnahme, die Anbetracht der Tatsache, daß Hermine Bernadis, die Witwe des Widerstandskämpfers, noch am Leben ist, doch noch irgendwie rechtzeitig passierte, aber insgesamt betrachtet war man in Österreich allerorts weitaus schneller, den Helden der deutschen Wehrmacht Kriegerdenkmäler zu setzen.

**Zweite Julihälfte 1994:** Nicht gut geht der Versuch des weit rechtsstehenden neuen italienischen Regierungschefs Berlusconi aus, vorbeugend per Dekret die U-Haft für Korruptionstäter abzuschaffen. Ein Proteststurm erzwingt die Rücknahme, die Ermittlungen gegen Berlusconis eigenen Konzern werden fortgesetzt.

Bemerkenswert auch die italienische Gesetzesbestimmung, nach der der Regierungschef im Dekretweg Gesetze erlassen kann. Eine Vorgangsweise, die ansonsten eher in halb- oder ganzdiktatorischen System Usus ist.

**18.Juli 1994:** Außenminister Mock bestellt Anton Pelinka zum Vertreter Österreichs im europäischen Ausschuß gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

**19.Juli 1994:** Als Auftakt einer Anschlagserie sprengen unbekannte Täter in Buenos Aires das jüdische Zentrum. Die tagelange Suche nach Verletzten und Toten erbringt rund hundert Todesopfer des Anschlages.

**20.Juli 1994:** Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, rügt die Versuche, den kommunistischen Widerstand gegen Hitler auszugrenzen. Er sagt, für ihn war Widerstand Widerstand, der Widerstand der Konservativen habe allerdings sehr spät eingesetzt.

Das sei bei dieser Gelegenheit auch einmal gesagt: Der Widerstand der Arbeiterparteien gegen Hitler begann schon 1933 (bzw. in Österreich 1938) und nicht erst als offensichtlich war, daß der größte Feldherr aller Zeiten den Krieg verloren hat.

In Österreich würdigt der Bundespräsident den Widerstand, Nationalratspräsident Fischer ruft zur Vergegenwärtigung auf, daß man den Widerstand gegen Hitler als die "*Geburt der österreichischen Nation*" betrachten könne.

**21.Juli 1994:** Der baden-württembergische Verfassungsschutz stuft erstmals die *Republikaner* als rechtsextreme Partei ein.

**21.Juli 1994:** Mit einem Dekret des Innsbrucker Bischofs Stecher wird den Katholiken untersagt, den antisemitischen Kult um das *Anderl von Rinn* fortzusetzen. Er bezeichnet die Ritualmordlegende als "albergläubische Verirrung", die zeitgleich mit dem Hexenwahn Verbreitung gefunden habe. Anlaß für das Dekret war, daß trotz früherer Verbote am 18. Juli wieder eine Wallfahrt zur Judenstein-Kirche stattfand.

**22.Juli 1994:** In Deutschland erfreuen sich die rechtsextremistischen Gewalttäter immer zuerst der wohlwollenden Unterstützung der Polizei und der Behörden. Nach gewissen Nachdenkpausen folgen jeweils doch noch Maßnahmen und Gerichtsstrafen. So werden jetzt drei Magdeburger Gewalttäter zu drei bis dreieinhalb Jahren Haft verurteilt.

**22. Juli 1994:** Die Kärntner Landesregierung beschließt die Beurlaubung von Traußnig (siehe 8.7.). Der "parteilose" FPler hat sechs Wochen Zeit, dagegen zu berufen.

**23./24./25. Juli 1994:** Eine Gruppe Skins randaliert im ehemaligen KZ Buchenwald in Thüringen. Mit "Sieg-Heil"-Rufen ziehen sie durch die Gedenkstätte und richten erheblichen Sachschaden an. Die Polizei nimmt nur Personalien auf und läßt den ganzen Skin-Bus abreisen. Erst nach entsprechenden Protesten entschließen sich die Sicherheitskräfte zu Festnahmen.

**24. Juli 1994:** Die ÖVP gedenkt der Ermordung des klerikalfaschistischen Diktators Dollfuß durch die Nazis vor sechzig Jahren. Dollfuß, der Mörder der österreichischen Demokratie, hat durch seine Politik ganz wesentlich dazu beigetragen, daß den Nazis Österreich 1938 wie eine reife Frucht in den Schoß fiel. Ein Gedenken an ihn erscheint als entbehrlich.

**25. Juli 1994:** Trotz des Widerstandes der Fundamentalisten auf beiden Seiten, schreitet der Friede im Nahen Osten fort. Ein Gipfel zwischen Israel und Jordanien soll den jahrzehntelangen Konflikt beilegen.

**25. Juli 1994:** Das Parlament beschließt gegen die Stimmen der FPÖ die Einrichtung eines *Nationalfonds für Opfer des Nationalsozialismus*. Eine Aktion, die im Jahre 1994 auch nicht gerade als Sofortmaßnahme eingestuft werden kann. In NS-Kreisen geistert seit Jahrzehnten das Gerücht, zwecks Wiedergutmachung bräuchten Juden in Österreich keine Steuern zu zahlen. In Wirklichkeit hatten (und haben) anerkannte NS-Opfer lediglich Anspruch auf eine gewisse Steuerermäßigung, die etwa auf der Ebene der Abschreibmöglichkeiten für Invaliden liegt und keineswegs Steuerfreiheit bringt.

**26. Juli 1994:** Der Welser Bürgermeister Bregartner besteht weiterhin auf der Beibehaltung der SS-Gedenktafel in der Gemeindekapelle, das Innenministerium habe bestätigt, an der SS-Kameradschaft IV sei nichts Anrüchiges. Eine Ansicht, die das Innenministerium nicht teilt, lediglich sei in einem Verfahren zu einem Artikel zum 100. Geburtstags Hitlers in der Vereinszeitung der Herausgeber freigesprochen worden, der angeblich nicht gewußt hätte, was für ein "Schmarrn" in seinem Vereinsblatt stünde, der Verfasser selber sei nicht mehr verhandlungsfähig gewesen.

Hier aus dem "Schmarrn" im SS-Kameradschaftsblatt: *„Denken wir dabei an den 100. Geburtstag jenes Schöpfers eines Reiches aller Deutschen, das seit jeher der Traum der besten Söhne aller deutschen Stämme war. Denken wir an den Getreuesten aller Getreuen, der als Blutzzeuge unwandelbarer Hingabe an Volk und Reich in den Götterhimmel eingegangen ist.*

Frage an Bregartner: Selber auch getreu bis in den Tod? Oder ist es nur so fesch, wenn man (beim Lustwandeln durch Wels) häufig ein freudiges Schulterklopfen durch alte Nazis erleben kann?

Jedenfalls: Wenn alle untreu werden, einer bleibt treu: "Genosse" Bregartner.

**27. Juli 1994:** Die Rechtsextremisten in Südafrika haben eingesehen, daß sie für einen Bürgerkrieg keine Chance haben. Sowohl die *"Afrikaan Weerstandsbeweging"* als auch die *Konservative Partei* wollen nun in Verhandlungen treten. Ihr Ziel bleibt immer noch die Errichtung eines eigenen Staates der Weißen.

**27. Juli 1994:** Resultat einer OGM-Umfrage: Die FPÖ ist für 52% der Österreicher eine unwählbare Partei. Sie überholt damit erstmalig die KPÖ, die vergleichsweise nur noch von 41% als unwählbar bezeichnet wird. Andere Parteien sind zu 28% (Grüne), 20% (Liberales Forum, 13% (SPÖ) und 9% (ÖVP) unwählbar.

**Ende Juli 1994:** Proteste ruft die Einladung des neuen deutschen Bundespräsidenten Herzog zu den Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestages des Warschauer Aufstandes hervor. Herzog verwechselte nicht nur den Warschauer Aufstand von 1944 mit dem Ghetto-Aufstand von 1943, er ist auch als Vertreter Deutschlands nicht unbedingt gerne gesehen.

Der Aufstand von 1. August 1944 war ein Versuch der *Heimatarmee* der polnischen Exilregierung in England, vor dem Vormarsch der sowjetischen Truppen, in Polen eigene befreite Gebiete aufzuziehen. Die Sowjetunion fand daran kein Gefallen und stoppte den Vormarsch ihrer Truppen, die für die Dauer des Aufstandes dringend einer Ruhepause bedurften...

**28. Juli 1994:** Während eines Urlaubsaufenthaltes stirbt der Ehrenvorsitzende des Verbandes der österreichischen Individualpsychologen, Erwin Ringel, an einem Herzanfall. Insbesondere als Mahner gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit hatte er sich auch um den Antifaschismus verdient gemacht.

**28. Juli 1994:** Die Diskussion über die Ausländerquoten: Die ausländischen Studenten sollen ausgenommen werden, verlangen das Wissenschaftsministerium und die ÖH, der Innenminister ist dagegen.

**Ende Juli 1994:** Zur Teilnahme an einem europaweiten Anti-Nazi-Camp lädt die "Jugend gegen Rassismus in Europa" vom 13. Bis 20. August nach Reinwarzhofen in Bayern.

**30.Juli 1994:** Von rund zwanzig tschechischen Rechtsextremisten wird eine Gedenkveranstaltung im ehemaligen KZ Theresienstadt verhindert. Die angerückte Polizei greift nicht ein. In der Folge wird der dafür verantwortliche Polizeichef zum Rücktritt veranlaßt.

**30./31.Juli 1994:** In verschiedenen deutschen Städten kommt es zu rechtsextremistischen Ausschreitungen, so liefern 300 Neonazis in Doberlug-Kirchhain (Brandenburg) der Polizei eine Straßenschlacht.

**1.August 1994:** Der deutsche Bundespräsident Herzog bittet bei der Gedenkveranstaltung zum fünfzigsten Jahrestag des Beginns des Warschauer Aufstandes um Vergebung: „*Heute verneige ich mich vor den Kämpfern des Warschauer Aufstandes wie vor allen polnischen Opfern des Krieges: Ich bitte um Vergebung für das, was ihnen von Deutschen angetan worden ist.*“

**2.August 1994:** In Wels schrauben unbekannte Täter <sup>1</sup> die SS-Tafel in der Sigmarkapelle ab. Bürgermeister Bregartner läßt sie wieder anschrauben.

Vielleicht könnte ihn einmal jemand fragen, was eigentlich der Unterschied zwischen einem Sozialisten und einem Nationalsozialisten ist?

**3.August 1994:** Vor 50 Jahren wurde das "Zigeunerlager" in Auschwitz liquidiert, die letzten Insassen umgebracht. Eine Gedenkveranstaltung der Roma und Sinti erinnert an den Massenmord an diesen Völkern. Trotz Einladungen an eine Reihe politischer Persönlichkeiten Deutschlands, nimmt niemand davon an dieser Gedenkveranstaltung teil.

**2.—5. August 1994:** Gottseidank, jetzt stimmt auch bei der Welser ÖVP die Welt wieder! Stadtrat Gruber, ein ganz übler Antifaschist, ist zurückgetreten, Parteiobmann Steger hofft jetzt, den Beschluß des Welser VP-Parteitag vom Juni 1992 <sup>2</sup> endlich revidieren zu können: Gruber hatte seinen Parteikollegen damals aufgenötigt, GEGEN die "braunen Flecken" sein zu sollen. Gewesen sei man es eh nicht, betont Obmann Steger, aber im Oktober könne man den Beschluß auf dem nächsten Parteitag aufheben. Dann marschiert auch die VP wieder im gleichen Schritt und Tritt und in dicht geschlossenen Reihen mit dem Kameraden Bregartner. Der "erzrote" Robert Eiter läßt ja sonst die Schwarzen mit "diesem Braune-Flecken-Kram" nicht in Ruhe, obwohl die ÖVP wegen dieses Themas schon um ihre Existenz fürchtete. Offenbar ist es im Wels der Neunzigerjahre politisch existenzgefährdend, gegen den Nationalsozialismus zu sein. Heil Hitler!

**4.August 1994:** Man hat es schon fast nicht mehr geglaubt, nun ist es doch noch soweit geworden, die Anklage gegen Hans-Jörg Schimanek jun. ist fertiggestellt. Um den Sohn des gleichnamigen karenzierten ORF-Redakteurs und zurzeitigen niederösterreichischen FPÖ-Landesrates war es seit seiner kurzzeitigen Verhaftung im Jänner 1992 ganz still geworden, jetzt wird das Verfahren wegen Verstoßes gegen den § 3a des Verbotsgesetzes doch eröffnet. Ihm wird führende Betätigung in der nazistischen VAPÖ (*Volkstreue Außerparlamentarische Opposition*) vorgeworfen. Die ebenfalls zur Anklage stehenden wehrsportlichen Übungen in Langenlois bezeichnet er als "Selbstzweck" aus "Spaß an der Freude". Interessant, daß solche Gruppen ihren Spaß an der Freude nie am Surfen, Kegeln oder Bergsteigen haben...

**5.August 1994:** Die Diskussion um die ausländischen Studenten geht weiter. Jetzt studieren knapp 20.000 Ausländer in Österreich. Die Aussage von Innenminister Löschnak, wonach eine Erhöhung der Quoten mißbräuchlich verwendet werden könnte (dann erklärten sich einfach zuwanderungswillige Ausländer als Studenten), wird zurückgewiesen: Jeder ausländische Student müsse nicht nur die Stu-

---

<sup>1</sup> Die *Welser gegen Faschismus* haben mit dieser Aktion nichts zu tun. Ihr Ziel ist und bleibt es, die SS-Tafel OFFIZIEL zu entfernen!

<sup>2</sup> **Zweite Junihälfte 1992:** Nicht viel Neues in Wels. Die ÖVP hatte einen Brief an die SS-Kameradschaft IV geschrieben und entsprechende Aufklärung zur Haltung in einigen Fragen verlangt. Die Antwort fiel (wie nicht anders zu erwarten) unbefriedigend aus, die ÖVP fordert nun ebenfalls die Entfernung der SS-Gedenktafel. Bürgermeister Bregartner, der treueste Freund der Kameraden, verweigert jedoch weiterhin die Zustimmung, er wartet auf Maßnahmen des Innenministeriums. Auf dem Stadtparteitag der ÖVP stimmen ca. 70% der Delegierten der Forderung nach der Entfernung der SS-Tafel zu.

dienberechtigung, sondern auch den Studienerfolg nachweisen. Die Uni Innsbruck hatte 1992/93 mit 21,2% (!) den höchsten Ausländeranteil aufzuweisen, die geringsten Anteile hatten die Linzer (5,4%) und die Grazer (4,3%) Universität.

**5. August 1994:** Die Sängerin Stefanie Werger hatte die FPÖ wegen Werbemißbrauch auf 270.000 Schilling geklagt. Der FP-nahe italienische Privatsender *Radio Tele Uno* hat das Lied "Wir brauchen Männer" widerrechtlich verwendet, wie der Oberste Gerichtshof nunmehr feststellt.

**5. August 1994:** Die FPÖ hat wieder einen Wahl-Gag entdeckt. Kanzlergattin Christine Vranitzky und Kanzlertochter Claudia Knehs wird im Zusammenhang mit der Kampagne *Sport statt Drogen*, die durch die Charity-Golfturniere von Frau Vranitzky gefördert und durch die Fa. Teleaxis, bei der Frau Knehs beschäftigt ist, vermarktet wird, vorgeworfen, „*hier wird doppelt kassiert*“. Auch die *Grünen* machen sich über die Wohltätigkeit Frau Vranitzkys lustig, Peter Pilz inserierte:

*Liebe Giftlerinnen und Giftler!*

*"Wenn Kinder nach dem Lernen auf den Golfplatz gehen, kommen ihnen Drogen sicher nicht in den Sinn." Das sagt Euch Christine Vranitzky. Daher: Laßt Euer Rauschgift zu Hause und kommt zu ihr auf den Golfplatz Freudenaus: einlochen statt einrauchen. Bitte unbedingt Handicap angeben!*

**5. August 1994:** Ein Besuch des ungarischen Ministerpräsidenten Horn in der Slowakei soll u.a. auch die Frage der ungarischen Minderheit einer Klärung zuführen.

**6./7. August 1994:** Wieder gibt es in verschiedenen Orten Deutschlands Ausschreitungen von Rechts-extremisten. Überraschenderweise greift jetzt einmal die Polizei doch etwas deutlicher ein. In Baden-Württemberg und in Bayern kommt es zu entsprechenden Festnahmen von Randalierern.

**7. August 1994:** Ein Kommentar aus der *Kronenzeitung*. Im Gegensatz zu den Meinungen der Herren Nimmerrichter, Gnam oder Pust gibt es unter den Lokalredakteuren doch auch welche, die andere Ansichten vertreten. Auf den oberösterreichischen Lokalseiten fand sich zu den Vorgängen um den Rücktritt des Filmemachers und VP-Stadtrates Andreas Gruber in Wels folgender Text:

Rasch zeigt sich, daß der neue Linzer FP-Nationalrats-Spitzenkandidat Dr. Michael Krüger keine eigenständiger politischer Kopf ist, sondern auch nur ein Sprachrohr, aus dem die alten Haider-Töne heraus-sprudeln. Seine neueste Botschaft: Der Rücktritt des Welser VP- Kulturstadtrates Andreas Gruber, der wieder ganz als Filmemacher arbeiten will, sei ein "Freiheitlicher Erfolg gegen die linke Kulturschickeria". "Daß Gruber nun das Feld räumt, stimmt mich hochofrenet, da er als Förderer der linken Kulturmachos bekannt war"; sagt Krüger und droht der "linken Kulturschickeria" mit einem "Rückzugsgefecht". Hinter diesen sonnenstichigen Worthülsen verbirgt sich wohl eher der FP-Ärger über Grubers Kampf gegen "braune Flecken" in Wels und seine engagierte filmische Aufarbeitung des Nazi-Faschismus und seiner Folgen. Aber das zuzugeben, ist Krüger zu feig. Pö

**7. August 1994:** Das israelische Außenministerium drückt sein Erstaunen darüber aus, daß Waldheim vom Papst eine der höchsten Auszeichnungen der katholischen Kirche verliehen wurde.

**9. August 1994:** Als *Kämpferin für die Schwachen*, als *Frau mit Biß* wird in der Rubrik KOPF DES TAGES im STANDARD die ÖGB-Frauenvorsitzende, unsere Freundin Irmgard Schmidleithner vorgestellt. Als ihr großes Vorbild bezeichnet sie Rosa Jochmann, bei der ihr die Bescheidenheit und der enorme Kampfgeist imponierten.

**10. August 1994:** Die schriftliche Urteilsbegründung gegen den deutschen NPD-Vorsitzenden Deckert (ein Jahr bedingt wegen Volksverhetzung) liest sich wie ein Plädoyer für den Antisemitismus: Der Angeklagte sei eine „*charakterstarke, verantwortungsbewußte Persönlichkeit mit klaren Grundsätzen*“, dem seine politische Überzeugung Herzenssache sei, die er mit „*mit großem Engagement und erheblichen Aufwand an Zeit und Energie*“ verfechte. Auf Grund seiner betont nationalen Einstellung nehme er den Juden das „*ständige Insistieren auf den Holocaust bitter übel*“. Dabei dürfe nicht außer acht gelassen werden, daß „*Deutschland auch heute noch weitreichenden Ansprüchen politischer, moralischer und finanzieller Art aus der Judenverfolgung ausgesetzt ist, während die Massenverbrechen anderer Völker ungesühnt bleiben*“.

Diese Sympathieerklärung des Gerichtes für den Angeklagten ruft stürmische Proteste hervor, die Staatsanwaltschaft beruft.

**10. August 1994:** Nach den Protesten aus Österreich und Südtirol wird von italienischer Seite der beabsichtigte Vertreter der Neofaschisten aus der Südtirolkommission zurückgenommen.

**11. August 1994:** FPÖ-Volksanwalt Schender bezeichnet das Aufenthaltsgesetz als zu rigid. Löschnak (nicht Haider!) meint dazu, eine reine Ausrichtung der Ausländerpolitik nach ausschließlich humanitären Gesichtspunkten sei unmöglich, da könne man gleich alle Ausländer nach Österreich einladen. Euer Chronist kann sich allerdings nicht vorstellen, daß Schender solches in seiner Kritik gefordert haben könnte..

**11. August 1994:** Der Stellvertreter Küssels in der VAPO, Gerhard Endres, wird wegen NS-Wiederbetätigung zu zwei Jahren Haft verurteilt. Er selber war der Ansicht, bei der VAPO habe es sich um eine lose Plattform von liberalen (!! ) bis radikalen Elementen gehandelt, während der Staatsanwalt sie als militanteste und radikalste Gruppe der nationalen Szene bezeichnete. Als unbestritten rechtsextrem sieht sogar der Verteidiger den Angeklagten, aber er sei dies in keiner strafbaren konkret nationalsozialistischen Form gewesen. Teilweise ist auch die Staatsanwalt dieser Ansicht, weil er sich für eine außerordentliche Milderung des Strafausmaßes ausspricht. So kommt Endres mit zwei Jahren Haft davon.

**Erste Augushälfte 1994:** Die Staatsanwaltschaft ruft das Verhalten der Grazer *Richard-Wagner-Gesellschaft* auf den Plan. Im neuen Jahrbuch des Vereins war ein Nachdruck eines Artikels von NS-Propagandaminister Goebbels zu finden, sowie ein Flugblatt der *Jungen Nationaldemokraten* gegen die "moderne Kunst" Der Grazer Kulturstadtrat Strobl (VP) streicht sofort die Subventionen der Stadt. Bemerkenswert, daß im Jahrbuch auch der ehemalige Landessekretär der Vorarlberger KPÖ, Reinhard Farkas, der sich seinerzeit ziemlich rasch von links nach rechts entwickelt hat, als Beitragsschreiber über die Richard Wagnerschen "Ganzheitslehre" aufscheint.

**12. August 1994:** Die Kärntner FPÖ spricht sich gegen eine Änderung des Landtagswahlrechtes aus, das den Kärntner Slowenen eine Vertretung im Landtag ohne die Erreichung der für andere Parteien gültigen Prozentklausel ermöglichen sollte. Auch eine Einbeziehung der slowenischen Minderheit zu den Veranstaltungen zur 75-Jahr-Feier der Volksabstimmung am 10.10.1995 wird von der FPÖ abgelehnt.

**12. August 1994:** Die israelitische Kultusgemeinde protestiert gegen das unverständlich milde Urteil über Gerhard Andres. Von Politikern verschiedener Parteien wird die Verurteilung Endres' begrüßt (Cap, Graff, Stoitsits).

**Mitte August 1994:** Die Verleihung einer hohen Vatikanischen Auszeichnung an Waldheim veranlaßt den amerikanischen Außenminister Christopher zur Bekräftigung des Einreiseverbotes für den ehemaligen UNO-Generalsekretär in die USA.. Mock, der Waldheim gerne die Teilnahme an der 50-Jahr-Feier der UNO im Jahre 1995 ermöglichen möchte, kritisierte diese Stellungnahme scharf.

**14. August 1994:** Eine Gruppe von jüdischen Kindern wird in Buenos Aires von einer Bande Neonazis angegriffen. Rascher Polizeieinsatz verhindert schwerere Verletzungen.

**13./14./15. August 1994:** Massiver Polizeieinsatz verhindert in Deutschland die geplanten Aufmärsche der Neonazis anlässlich des siebten Todestages von Hitlerstellvertreter Rudolf Heß. Die Nazis weichen ins Ausland aus und randalieren samstags vor der deutschen Botschaft in Luxemburg Eine versuchte Schändung der KZ-Gedenkstätte Buchenwald wird durch die Festnahme von sechs Rechtsextremisten verhindert..

**15. August 1994:** Anlässlich seines Rückzuges aus der Politik kritisiert der Welser Regisseur und nunmehrige Ex-ÖVP-Stadtrat Andreas Gruber den Welser Bürgermeister Bregartner. Die Tafel der SS-Kameradschaft IV in der Sigmarkapelle sei für bestimmte Menschen ein Symbol für all das, was damals passiert ist. Ihn ängstige es, wenn er in persönlichen Begegnungen auf seine Feststellung, das NS-Regime sei ein verbrecherisches gewesen, immer öfter ein erstauntes oder trotziges WIESO? als Antwort bekomme. Bregartner sei sich dieser Zusammenhänge nicht bewußt. Mehr als Gruber die weitgehende politische Isolation und die Nachrede verletzt hätten, gäben sie ihm zu denken, **weil damit gesagt sei, daß in Wels oder sonstwo in Österreich ein Politiker, der gegen rechtsextreme Tendenzen Stellung nimmt, auf Dauer nicht tragbar ist.**

**16. August 1994:** In Mannheim werden die beiden Richter, die in ihrem Urteil ein so großes Verständnis für die NS-Hetze des NPD-Funktionärs Deckert zeigten, von ihrer Funktion entbunden.

**16. August 1994:** Die FPÖ legt ihr Wahlziel fest: Man wolle stärker werden und nicht allzu weit von der 20-Prozent-Marke entfernt sein.

**Mitte August 1994:** Kontroversen ruft die Festnahme der Funktionärin der Terrorgruppe EIN TIROL Karola Unterkirchner hervor. Sie war während einer Wanderung auf italienischem Gebiet festgenommen worden. In Italien war sie seinerzeit in Abwesenheit wegen der Mitwirkung an Sprengstoffanschlägen in Abwesenheit zu zehn Jahren Haft verurteilt worden. Österreichische Politiker sprechen von einem un-

*freundlichen Akt* (Khol, ÖVP) und von *Menschenraub* (Meischberger, FPÖ). Verschiedene österreichische Medien verharmlosen die rechtsextremen Tiroler Bombenwerfer wieder einmal zu *Südtirolaktivisten*.

**17.August 1994:** Im Prozeß gegen fünf Mitglieder der "Wehrsportgruppe Trenck" werden alle Angeklagten freigesprochen, da der Vorwurf der Bildung einer bewaffneten Verbindung nicht eindeutig nachgewiesen werden könnte. Die Staatsanwaltschaft wird Nichtigkeitsbeschwerde anmelden. In der Beweissicherung soll sich die Stapo wieder einmal nicht gerade mit Ruhm bekleckert haben. Gegen das Urteil protestieren u.a.: Der Bundesverband der Israelitischen Kultusgemeinden, Karl Delfs, Vorsitzender der SJ, Heide Schmidt, Bundessprecherin des LIBERALEN FORUMS.

**17.August 1994:** Landeshauptmannstellvertreter Ausserwinkler schlägt vor, daß zukünftig die Kärntner Slowenen einen beratenden Vertreter zu den Ausschuß- und Plenarsitzungen im Kärntner Landtag entsenden können sollten.

**18.August 1994:** Nach Angaben des Innenministeriums wurde Karola Unterkirchner (sogar laut STANDARD bloß eine Südtirol"aktivistin", irgendwie seltsam, daß es seinerzeit beispielsweise nirgendwo RAF-"Aktivisten" gegeben hat) eindeutig auf italienischem Gebiet festgenommen. Nun wird darum gerätselt, ob ihr Begleiter ein Provokateur des italienischen Geheimdienstes war oder dieser bloß durch Telefonabhören (großer Lauschangriff?) über den geplanten Ausflug informiert war.

**18.August 1994:** Nationalratspräsident Fischer empfängt zwanzig israelische Jugendliche, die auf Einladung der Bundesregierung auf *Spurensuche* in Österreich sind, zu einer Gesprächsrunde im Parlament.

**18.August 1994:** Durch die Erklärung Buseks über die Fortsetzung der großen Koalition sei diese "eingefroren" sagt FP-Generalsekretär Meischberger, die ÖVP nur noch ein "sozialistisches Beiwagerl", die Bevölkerung teile der FPÖ die Oppositionsrolle zu, es gehe nun um die Teilung in ein sozialistisches und ein nichtsozialistisches Österreich. Bleibt bloß eine Frage unbeantwortet: Was ist an der SPÖ so "sozialistisch"?

**20.August 1994:** Die amerikanische Abgeordnete der Republikaner, Carolyn Maloney, verlangt die Veröffentlichung des CIA-Aktes über Kurt Waldheim. Sie bezeichnet es als empörend, daß die Unterlagen über Waldheims Vergangenheit nicht schon vor dessen Bestellung zum UNO-Generalsekretär veröffentlicht wurden.

**23.August 1994:** Wieder einmal Justizpech für Haider. Er hatte das DÖW mittels einer einstweiligen Verfügung gezwungen, den Umschlag des "Handbuches des österreichischen Rechtsextremismus" zu überkleben. Der Buchumschlag hatte Haider und die deutsche Reichskriegsflagge gezeigt. Im Berufungsverfahren wird diese Verfügung aufgehoben, Haider muß die Prozeßkosten zahlen.

**23.August 1994:** Die "VEREINTEN GRÜNEN ÖSTERREICHS" können auch nach dem Rücktritt ihres Obmannes Puchner bei den NRW kandidieren. Während Parlamentsparteien lediglich die Unterschrift von drei Abgeordneten für die Einbringung der Kandidatur brauchen, müssen Kleinparteien rund 2.500 gemeindeamtlich bestätigte Unterstützungserklärungen einbringen, um in ganz Österreich kandidieren zu dürfen. Für die VGÖ unterschreiben zwei FPÖler und der Ex-ÖVP-Mann Burgstaller ("Eislutscher").

**24.August 1994:** Die Bombe, die vor der zweisprachigen Volksschule in Klagenfurt gefunden wird und mehrere Polizisten zum Teil schwer verletzt, zeigt wieder einmal mit aller Deutlichkeit die große Augenklappe der Sicherheitsbehörden über dem rechten Auge. Mit überschlagendem Eifer wird betont, es gäbe keine Hinweise, daß der Anschlag aus der rechten Szene komme, viel eher hält man das "Rotlicht-Milieu" für verdächtig. Ein ermittelnder Stapo-Mann zeichnet sich durch besondere Scharfsicht aus, er fragt in der betroffenen Schule, ob die Zweitsprache Englisch oder Französisch sei. Kärntner Slowenen? Offenbar noch nie gehört. Mit solch hochqualifizierten Fachleuten ist es für das Innenministerium selbstverständlich überhaupt kein Problem, dem Terrorismus in Österreich zu Leibe zu rücken. Bräuchte sich bloß der Bombenbastler selber in die Luft zu sprengen, schon könnte es sein, daß man ihn identifiziert...

**Zweite Augushälfte 1994:** Der Chef der deutschen *Republikaner*, der EX-SSler und Ex-ARD-Journalist Franz Schönhuber versucht mit Gerhard Frey ("NATIONALZEITUNG") ein Abkommen gegen die drohende "linke Volksfront" zu schließen. Dieser beabsichtigte Pakt mit dem als verfassungsfeindlichen Rechtsextremisten eingestuften Frey, ruft auch in der Partei Schönhubers massive Ablehnung hervor. Er wird in der Folge sogar abgesetzt. Nach den Niederlagen bei den Europawahlen und diversen Landtagswahlen stehen die Chancen für die "REPs" bei den Bundestagswahlen erfreulicherweise ohnedies recht schlecht.

**25. August 1994:** Haider will zum Klagenfurter Bombenanschlag auch "linke Kreise" nicht ausschließen. Im ORF-Sommergespräch verbreitet er überhaupt gleich die Theorie, rechtsextremistische Aktionen könnten linke Provokationen sein. Dazu zitiert er Hans Weigel, der jüdischer Herkunft und ein engagierter Antikommunist war: „*Wenn ich Kommunist wäre, würde ich nachts heimlich Hakenkreuze malen...*“ Wieder einmal verkündet Haider auch, er habe dazugelernt: „*Ich will nicht mehr der Oppositionelle sein, auf den jeder hinhalten kann. Ich glaube, ich komme jetzt in eine Phase, wo ich sehr gefordert sein werde.*“

**26. August 1994:** Die Aussagen Haiders in den Sommergesprächen rufen empörte Stellungnahmen hervor. Ein Schuldirektor, dem Haider Alkoholprobleme nachsagte, will klagen, die ÖBB dementieren, daß sie in bestimmten Bereichen nur Ausländer einsetzte, die Arbeiterkammer in Salzburg weist die Verantwortung für zwei erappte Schwarzarbeiter zurück, die bei einem Subunternehmer entdeckt wurden, der für ein von der AK geleastes Gebäude arbeitete.

**28. August 1994:** Auf der Welsener Messe präsentiert Haider nach der Staatsanwältin Höbinger-Lehrer seinen zweiten Überraschungskandidaten: Den Lucona-Aufdecker Hans Pretterebner, der ja bereits in den Siebzigerjahren als ziemlich weit rechts angesiedelter Publizist in Erscheinung getreten war.

**28. August 1994:** Die tschechischen Republikaner fordern, daß die Gedenktafel für Oskar Schindler, die im Frühjahr in Svitavy angebracht worden war, entfernt werden müsse. Die Tafel drücke "Sympathie mit dem Faschismus" aus und solle die Sudetendeutschen rehabilitieren.

**30. August 1994:** Die Krawalle in Magdeburg vom 12. Mai bringen mehreren weiteren Rechtsextremisten Haftstrafen zwischen drei Monaten und drei Jahren.

**31. August 1994:** Interview mit Jörg Haider im STANDARD, er sagt u.a.: „*Ich möchte mich jetzt verstärkt auf grundsätzliche Fragen konzentrieren. Dazu gehört, die Partei neu zu ordnen und den Weg zu definieren, wie eine freiheitliche Gesellschaft aussehen soll. Wir werden den Weg zum Bürgerrechtsstaat nicht schaffen, wenn wir den Parteienstaat nicht überwinden. Die repräsentative Demokratie ist überholt. Es soll in Zukunft weder eine SPÖ, noch eine ÖVP, noch eine FPÖ geben, sondern Wahlbewegungen, Bürgerrechtsbewegungen, weniger repräsentative Demokratie. Im Zeitalter der Telekommunikation braucht doch wirklich der Bürger nicht mehr den Politiker, der ihm übersetzt, was er angeblich an Informationsvorteilen hat. Das ist doch nicht mehr gegeben.*“

Erst mit Verzögerung setzten die Reaktionen der anderen Politiker ein. Die Reduzierung des politischen Einflusses der Parteien laufe auf die Etablierung von populistischen Führerpersonen hinaus. Haider sieht wohl richtig, daß (durch das Umsichgreifen der gesellschaftlichen Individualisierungstendenzen) die Bedeutung von Weltanschauungsgemeinschaften abgenommen hat. Er will diese Entwicklung offenbar in seinem persönlichen politischen Interesse massiver nützen. Das innerparteiliche Regulativ für den Einfluß einzelner, daß sich diese nicht nur gegenüber den Wählern, sondern auch innerhalb ihrer Organisation legitimieren müssen und dadurch eher nicht in der Lage sind, einsame Entscheidungen zu fällen, zwingt zu Konsens. Bloße Wahlbewegungen, die einzelne Führerfiguren unterstützten, brächten ja letztlich nicht den Ersatz der repräsentativen Demokratie durch mehr Basisdemokratie, sondern die weitere Reduzierung des repräsentativen Charakters unseres Staatswesens auf einige wenige Einzelpersonen. Schon heute orientieren sich viel zu viele Leute daran, ob der Vranitzky telegen, der Haider frech und die Schmidt fesch ist. Früher hat Haider ja schon die Vereinigung der Funktionen von Bundespräsident und Bundeskanzler in einer Position gefordert: Sein Traum ist es offensichtlich, von einer *breiten Volksbewegung* direkt in diese Funktion gewählt zu werden und dadurch als Einzelperson den Volkswillen repräsentieren zu können oder das, was er für den Volkswillen hält.

Politiker von ÖVP und SPÖ äußern sich u.a. so: Die repräsentative Politik sei das einzige politische System, das dem Bürger gerechten Interessensausgleich, Stabilität und Regierbarkeit garantiere, Haider wolle die Grundlagen der Republik zertrümmern (Molterer, ÖVP). Haider wolle das derzeitige System durch eine Bewegung der Volkserhebung mit ihm als Führerfigur ersetzen, die Ausschaltung wichtiger Kontrollinstrumente würde eine Dynamik auslösen, die in eine diktatorähnliche Gesellschaftsform mündete (Cap, SPÖ).

**31. August 1994:** Der Vorsitzende der Grazer Richard-Wagner-Gesellschaft, Franz Ehgartner, will nun doch nicht zurücktreten, auch die Jahrbücher mit dem Goebbels-Artikel sollen nicht eingezogen werden. Daraufhin tritt der provisorische Obmann Weyringer aus der Gesellschaft aus und will einen neuen Verband gründen.

**31. August 1994:** In Graz treten vier kurdische Schubhäftlinge in den Hungerstreik. Sie sind Mitglieder der in der Türkei verbotenen PKPML (maoistische Kommunisten) und sollen trotz Verhaftungswellen gegen Mitglieder ihrer Partei abgeschoben werden.

**2. September 1994:** ÖVP und Grüne kritisieren die Ermittlungen nach dem Klagenfurter Bombenattentat. Innenminister Löschnak weist in der Folge diese Kritik mit der Aussage zurück, weltweit würden neun von zehn Bombenanschlägen nicht aufgeklärt.

**3. September 1994:** Für eine Wahlrechtsänderung, die den Kärntner Slowenen eine Vertretung im Landtag sicherte, spricht sich Parlamentspräsident Fischer bei einem Treffen mit seinem slowenischen Amtskollegen aus.

**5. September 1994:** Unser "bester Minister", Alois Mock, möchte auch zu "Kerneuropa" gehören. Nachdem konservative Politiker in Frankreich und Deutschland von einem Kerneuropa aus Frankreich, Deutschland und den Beneluxstaaten gesprochen hatten, weist er nicht etwa dieses anmaßende Vormachtstreben zurück, nein, Mock möchte auch gerne mittun. Wieder einmal kann man feststellen: Der Kreisky hat schon gewußt, warum er wegen der Installierung Mocks als Außenminister den Ehrenvorsitz in der SPÖ zurückgelegt hat.

**7. September 1994:** Cap bezeichnet Haiders Pläne der Vereinigung von Bundespräsident und Bundeskanzler in einer Funktion und die Einführung von Abstimmung unter Nutzung der Telekommunikation als *neofaschistisches Manifest*. Das volksgewählte Staatsoberhaupt ("Führer-Präsident") sei praktisch unabsetzbar, die öffentlichen Medien diesem Zugriff ausgesetzt. Haider konstruiere das Bild eines unfreien Menschen in einer mafiosen Gesellschaft, die von einer schmarotzierenden Klasse beherrscht werde. Hilfe dagegen biete nur die "faschistische Haiderrevolution" um darauf die "Führergesellschaft" zu errichten. Haider sehe sich als "einzig unfehlbaren Führer", alle müßten sich so verhalten wie er.

**8. September 1994:** Die EU strebt eine Vereinheitlichung der gesetzlichen Bestimmungen gegen den Rechtsextremismus an. Man wolle gemeinsam gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit kämpfen und dazu die unterschiedlichen Gesetze harmonisieren. Seitens einzelner Länder soll es Überlegungen geben, Rechtsvorschriften ähnlich dem NS-Verbotsgesetz in Österreich zu schaffen.

**8. September 1994:** In Eisenstadt stellen die Grünen dreisprachige Ortstafeln auf: kroatisch Zeljezno, ungarisch Kismarton. In Siegendorf und Großwarasdorf zweisprachige.

**8. September 1994:** Haiders Plädoyer für eine Direktwahl des Bundeskanzlers veranlassen die Meinungsumfrager verstärkt zu fragen, wen die Österreicher bei einer solchen Wahl wählen würden. Ein Ergebnis: Vranitzky 52%, Haider 10%, Busek 8%, Schmidt 4%, Petrovic 3%.

**11. September 1994:** Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen. In beiden neuen deutschen Bundesländern gewinnt die jeweilige Regierungspartei die absolute Mehrheit, In Sachsen die CDU (+0,1 auf 53,9%), in Brandenburg die SPD (+14 auf 52,2%). In beiden Ländern verbessert sich die PDS erheblich, während FDP und Grüne an der 5%-Klausel scheitern. Die Republikaner bleiben erfolglos.

**Erste Septemberhälfte 1994:** Die jüdische Gemeinde in Buenos Aires hat Angst. Seit dem Überfall vom 18.7. durch mutmaßliche iranische Terroristen ging eine Unzahl weiterer Attentatsdrohungen ein.

**12. September 1994:** Ein weiterer Quereinsteiger für die FPÖ. Der Obmann eines New Yorker Österreicherclubs, Klaus Heiss, war bei seiner Bewerbung um einen ÖVP-Listenplatz abgeblitzt und wandte sich daher an Haider.

**12. September 1994:** Als "sozialpolitische Brutalotruppe" bezeichnet Sozialminister Hesoun die FPÖ. Haider hatte gefordert, daß oftmals Arbeitslosen die Pension gekürzt werden sollte. Hesoun weist daraufhin, daß davon besonders die Beschäftigten im Fremdenverkehr, der Bauwirtschaft und die Land- und Forstarbeiter wegen der saisonalen Arbeitslosigkeit betroffen wären.

**13. September 1994:** Das Vorbild für die Umformung der FPÖ in eine "Wahlbewegung" ist die FORZA ITALIA von Silvio Berlusconi. Für 1998 will, man so zweitstärkste Partei werden und mit Hilfe der ÖVP Haider als Kanzler installieren. Generalsekretär Meischberger bezeichnet die ÖVP als eine "Untergruppierung der SPÖ" und erwartet sich vor allem, der Volkspartei Stimmen abzunehmen.

**17. September 1994:** Als "schwieriges Problem aus demokratischer Sicht" bezeichnet Georg Ball das den Einzug Walter Lütfls in den Sektionsvorstand der Wiener Ingenieurkammer. Lütft, der seinerzeit wegen der Leugnung der KZ-Kammern als Kammerpräsident zurücktreten mußte, errang mit seiner Liste drei Mandate.



**17. September 1994:** In der Berliner S-Bahn werfen zwei Skins einen Schwarzafrikaner aus dem fahrenden Zug, nachdem sie zuvor auf ihn eingestochen hatten. Eine nachkommende Zugsgarnitur trennt ihm ein Bein ab. Die Fahrgäste, die das Geschehen miterleben, kümmern sich ausnahmslos nicht darum, der Schwerverletzte wird erst zufällig am nächsten Morgen gefunden.

**18. September 1994:** Landtagswahlen in Vorarlberg. Die ÖVP sinkt von 51 auf 50% der Stimmen und behält die absolute Mehrheit, die FPÖ wird mit 18,4% (1989: 16,1%) und 7 (6) Mandaten zweitstärkste Partei, die SPÖ verliert 5% und hat jetzt 16,3% und 6 (8) Mandate. Die GRÜNEN verbessern sich dank des schlechten Abschneidens der GRÜNEN BÜRGERLISTE (diese verlieren im Vergleich zur 1989 kandidierenden VGÖ zwei Drittel ihrer Stimmen) um ein Mandat auf drei (von 5,2 auf 7,7%).

**18. September 1994:** Wahlen in Schweden. Die Sozialdemokraten steigen von 37,7 auf 45,4% und erreichen mit der Linkspartei (Ex-KP), die von 4,5 auf 6,2%, steigt wieder eine regierungsfähige Mehrheit. Die Parteien der bürgerlichen Koalition büßen zum Teil erheblich ein.

**19. September 1994:** In Wien wird der kurz nach seinem 80. Geburtstag verstorbene Erwin Scharf zu Grabe getragen. Scharf war nach dem Februaraufstand von 1934 Aktivist der REVOLUTIONÄREN SOZIALISTEN, kämpfte nach zweijähriger NS-Haft ab 1944 in den Reihen des ÖSTERREICHISCHEN FREIHEITSBATAILLONS in Jugoslawien. Nach 1945 wurde er als Vertreter der RS Zentralsekretär der SPÖ - SOZIALDEMOKRATEN UND REVOLUTIONÄRE SOZIALISTEN (wie die Parteibezeichnung damals lautete). Nach schweren Auseinandersetzungen über den Kurs der Partei wurde er 1948 aus der SPÖ ausgeschlossen und gründete 1949 die SOZIALISTISCHE ARBEITERPARTEI, die über weite Strecken mit der KPÖ zusammenarbeitete und 1956 mit ihr fusioniert wurde. Scharf war der erste Nationalratsabgeordnete, der die immerwährende Neutralität für Österreich forderte. Nach der Verschmelzung mit der KPÖ übernahm er auch in dieser Partei leitende Funktionen, war aber immer dem konservativen Parteiflügel zuzurechnen.

**21. September 1994:** Anlässlich seines Rückzuges aus dem Parlament bedauert Parlamentspräsident Lichal, daß „Werte verloren gehen.“ Er sagt: *„Es ist für mich eine schreckliche Vision, den Menschen irgendwelchen Einflüssen auszuliefern. Eine Entpolitisierung der Politik gibt es nicht. Die Entideologisierung eröffnet den Weg zu den Führern.“*

**21. September 1994:** Wahlen in Dänemark. Die Sozialdemokraten verlieren sieben Mandate (jetzt 62), die Liberalen erreichen 42 (+13), bei den anderen Parteien gibt es nur geringe Verschiebungen. Eine linke "Einheitsliste" zieht mit sechs Sitzen neu ins Parlament.

**21. September 1994:** Das Fernsehduell Vranitzky - Haider macht die Arbeiterkammer zu einem der wesentlichen Wahlkampfthemen. Der steirische AK-Direktor Zacharias bezieht, dank eines Vertrages aus der Rechberger-Zeit, 180.000 Schilling im Monat. Haider hält dem Kanzler eine Tafel mit diesem Betrag unter die Nase und verbessert damit erheblich seinen Einfluß auf bisherige SPÖ-Wähler.

**22. September 1994:** Die Fremdenpolizei sucht im ERNST-KIRCHWEGER-HAUS in Wien-Favoriten nach abzuschiebenden Ausländern. Dabei wird der bekannte antifaschistische Journalist Wolfgang Purtscheller von der Polizei erheblich mißhandelt und muß mit Seitenbandriß ins Spital eingeliefert werden, nachdem ihm zuerst im Wachzimmer ärztliche Hilfe und die Verständigung seines Anwaltes verweigert worden war. Die Polizei beschlagnahmt auch seine journalistischen Unterlagen und verweigert die Herausgabe. Zwei Afrikaner wandern in Schub- bzw. U-Haft. Der eine obwohl er vom Verwaltungsgerichtshof Verfahrenshilfe im Verfahren wegen des verhängten Aufenthaltsverbotes bekommen hat.

**23. September 1994:** Aus der Welser Sigmarkapelle verschwindet die Gedenktafel der SS-Kameradschaft. Unbekannte Täter montieren sie ab und nehmen sie diesmal auch mit. Abgeschraubt war sie ja schon einmal am 2.8. worden. Die INITIATIVE WELSER GEGEN FASCHISMUS zöge es vor, wenn die Tafel offiziell entfernt worden wäre. Man stellt sich allerdings die Frage, was jetzt Bürgermeister Bregartner machen wird? Hängen er und die SS-Kameraden eine neue Tafel auf?

**25. September 1994:** In der Schweiz gibt es Volksabstimmung über ein Antirassismugesetz. Obwohl nur einige rechte Kleingruppen die Volksabstimmung durchsetzten und die Ablehnung des Gesetzes verlangten, stimmen immerhin nur 55% der Schweizer für das Gesetz.

**26. September 1994:** Der Haussegen zwischen Haider und Kriemhild Trattning hängt immer noch schief. Er hatte sie zwar 1993 mit der Erstellung eines "Freiheitlichen Wertekataloges" beauftragt. Der Wertekatalog handelt, wie nicht anders zu erwarten, von der deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft u.ä. und interessiert Jörg Haider jetzt offensichtlich weniger als früher. Wenn man in Wiens Arbeiterbezirken größere Einbrüche unter den Nachfahren der seinerzeitigen "Ziaglbehm" (Ziegelarbeiter aus Böhmen)

erzielen will, dann ist die deutsche Volks- und Kulturgemeinschaft nicht unbedingt das erfolgversprechende Programm...

**26. September 1994:** In der neuen Ausgabe der AULA äußert auch Otto Scrinzi seine Bedenken über den neuen Haider-Kurs zum Deutschtum. *„In der national-freiheitlichen Stammwählerschaft macht sich zunehmendes Unbehagen breit. Es scheint unverkennbar, daß die FPÖ zur amerikanischsten Partei im Lande wird, ihre schnodderigen Amerikanismen in der sprachlichen und optischen Selbstdarstellung eingeschlossen. Bei vielen volksbewußten Freiheitlichen, und das kann unter den gegebenen Umständen nur deutschbewußt heißen, wächst die Sorge, daß der harte ideologische Kern von Kernfäule bedroht ist.“*

Ja, der harte Kern der FPÖ heißt eben nicht mehr "Deutsch", der heißt "Haider". Nur die Haiderbewußten haben Karriereaussichten, die national-freiheitliche Stammwählerschaft ist nicht mehr maximierbar, also entbehrlich?

Ganz abschreiben will Haider seine Deutschnationalen aber doch noch nicht, er äußert: *„Ich glaube, daß es in meiner Amtszeit als Obmann nie einen Zweifel daran gegeben hat, daß die FPÖ als freiheitliche Bewegung auch ein starkes nationales Bekenntnis hat.“*

**27. September 1994:** Schwere Rückschlag für Küssel. Bisher hat der Neonazi sein Bemühen darauf gelegt, seine Tätigkeit in der VAPO zu verharmlosen und zu bagatellisieren. Als es nun um eine Geburtstagsfeier am 20.4.1991 geht, wird auch von vier Zeugen geleugnet, daß es sich um eine Hitler-Geburtstagsfeier gehandelt und Küssel dort eine politische Rede gehalten habe. Richterin Eckbrecht läßt die Zeugen im Gerichtssaal festnehmen, da dem Gericht ein Videoband vorliegt, das das Gegenteil beweist. Küssel im Originalton am Hitlergeburtstag: *„Macht, Kameraden, Macht, wir wollen uns nicht mehr in den Hinterzimmern treffen. Wir wollen die Macht erobern. Wir werden zahlen, wir werden sitzen, wir werden sterben, aber wir werden siegen.“* Zur Zeit schaut es mehr nach SITZEN aus. Unter den festgenommenen Zeugen sind Hans-Jörg Schimanek jun. und Rudolf Wundsam, der bei den letzten Personalvertretungswahlen der Eisenbahner in Linz für die FPÖ kandidierte.

In Deutschland macht die Naziszene für den "ostmärkischen Kameraden" mobil...*„Freiheit für Gottfried Küssel“*, heißt das Motto unter dem am 1. Oktober für den VAPO-Chef demonstriert werden soll. Denn: *„Sein 'Verbrechen' war kein Rauschgifthandel, kein Raub, kein Mord, sein 'Verbrechen' war seine politische Meinung, sein Kampf für unser gemeinsames deutsches Volk und Vaterland.“*

**1. Oktober 1994:** Der Südtiroler Landeshauptmann Durnwalder sieht die Autonomie bedroht, die Regierung Berlusconi sieht in ihrem Haushaltsentwurf eine Budgetkürzung für Südtirol in der Höhe von rund sechs Milliarden Schilling vor.

**2. Oktober 1994:** Wahlen in der Slowakei, der nationalistische Populist Meciar wird mit 35% stärkste Kraft.

**2./3. Oktober 1994:** Arbeiterkammerwahlen in Österreich. Die sozialistische Fraktion geht von knapp 60 auf 54% zurück, der ÖAAB verliert von 29 auf 26,4%, die Freiheitlichen steigen von 7,7 auf 14,4%, die Wahlbeteiligung sinkt von 48 auf 30%. AK-Präsident Vogler spricht anfangs trotzdem von einem *„ganz, ganz großartigen Erfolg“*, eine Ansicht die in der SPÖ dann aber doch von niemandem geteilt wird.

**4. Oktober 1994:** Mit schönen Zukunftsaussichten konfrontiert Jörg Haider vor 2000 Zuhörern am Graz Hauptplatz einige Leute, die seine Rede durch Zwischenrufe zu stören versuchen: *„Die, die da hinten schreien, werden - wenn ich etwas zu sagen habe - ihre Luft noch brauchen. Zum Arbeiten!“* Wie man das wohl verstehen könnte?

**Anfang Oktober 1994:** In Krems läuft eine Spendenaktion zur Errichtung eines Denkmals am jüdischen Friedhof an. Das ca. eine Million Schilling teure Mahnmal soll zu je einem Drittel vom Land, von der Stadt und aus Spenden finanziert werden. Krems hatte vor 1938 eine starke jüdische Gemeinde, deren Vernichtung bisher ein Tabuthema im besonders nazistischen Krems gewesen war.

**5. Oktober 1994:** Neuerliche Briefbombenserie in Österreich, diesmal mit vier Bomben: An den Wieser-Verlag in Klagenfurt, der slowenische Literatur herausgibt, an einen Verein zur Ausländerbetreuung in Dornbirn, an die Papierfabrik Hallein und an das Tiroler Stift Wilten, das Asylanten betreut. Infolge eines "Konstruktionsfehlers" explodiert keine der an sich scharfen Bomben. Es kann angenommen werden, daß diese "Aktion" im Rahmen der von deutschen Neonazis angesagten "Aktionswoche" stattfindet. Während es vergangenes Jahr zehn Bomben, für 10 Jahre Haftstrafe des Gottfried Küssel, waren, könnten sich die vier Bomben auf die vier Jahre Haft für den Salzburger VAPO-Führer Günther Reinthaler beziehen.

**5.Oktober 1994:** Die FPÖ spricht sich für einen NATO-Beitritt innerhalb der nächsten vier Jahre aus. Nachdem auch die Koalitionsparteien immer deutlicher auf Distanz zur Neutralität gehen, ist es durchaus möglich, daß die FPÖ die "Altparteien" auch hier vor sich hertreiben wird.

**5.Oktober 1994:** FP-Volksanwalt Schender kritisiert das Aufenthaltsgesetz, es treffe mit Gastarbeitern und deren Ehepartnern die falschen Adressaten.

**5.Oktober 1994:** Im Küssel-Prozeß geht es um eine Diskussion mit Mitgliedern der JUNGEN ÖVP, denen Küssel die Errichtung einer "demokratischen Diktatur" vorschlug: Der Beste aus dem Volk solle auf vier Jahre zum Diktator gewählt werden. Wer würde sich für eine solche Wahl wohl anbieten...

**5.Oktober 1994:** Nach Angaben des Justizministeriums wird die Anklageerhebung zu den vorjährigen Briefbombenanschlägen gegen Binder und Radl jun. noch einige Zeit auf sich warten lassen.

**6.Oktober 1994:** Als "total ausgeschlossen" bezeichnet die ÖVP eine Koalition mit der FPÖ. Wenn man etwas sooft so total ausschließen muß, dann kann nach österreichischem Brauch eher damit gerechnet werden..

**6.Oktober 1994:** Die Justiz will jetzt die Terrorbekämpfung forcieren.

**7.Oktober 1994:** Interview im STANDARD mit dem nö. FPÖ-Landesrat Schimanek über die Vorwürfe gegen seinen Sohn, von den im Zuge des Küsselprozesses auch ein "Lehrvideo" auftauchte, das ihn bei der Vorführung des fachgerechten Gurgelabschneidens zeigte. Schimanek sen. steht zu seinem Junior, es gäbe keine Sippenhaftung, der Vorwurf der falschen Zeugenaussage treffe nicht zu, da man sich 1994 nicht an jedes Detail aus dem Jahre 1991 erinnern könne, er werde seinen Sohn voll unterstützen wo er könne, daß er zu seinem Recht komme.

**7.Oktober 1994:** Letzte Wahlgeplänkel, Vranitzky will auch nach der Wahl an den umstrittenen Innenminister Löschnak festhalten, Haider bezeichnet sich selbst als De-Facto-Innenminister von Österreich, der burgenländische FP-Obmann vermutet, es könne sich bei der neuen Briefbombenserie um eine "wahltaktische Angelegenheit" handeln.

**7.Oktober 1994:** Der österreichische Verwaltungsgerichtshof rügt die Asylpraxis. Die Abschiebung in Drittländer bedürfe der Prüfung, ob die Abgeschobenen dort vor einer weiteren Abschiebung sicher sind, bei Kriegsdienstverweigerern sei zu prüfen, ob diese einer verfolgten ethnischen Minderheit angehören. Manfred Matzka vom Innenministerium sieht durch diese Entscheidungen "*24 Millionen möglicherweise Asylberechtigten*" auf Österreich zukommen.

**Letzte Meinungsumfragen vor der Wahl 1994:** Die SPÖ 38%, die ÖVP 26%, die FPÖ 22%, die Grünen 8%, das Liberale Forum 5%.

**9.Oktober 1994:** Ganz halten die Umfragen der Wählerentscheidung nicht stand. Die SPÖ verliert wesentlich mehr als vorhergesagt, sie erreicht nur noch 35,23% der Stimmen, gegenüber 1990 42,8% (minus 14 Mandate). Von den 2.412.778 Stimmen und 95 Sitzen des größten Erfolges im Jahre 1979 sind noch rund 1,550.000 Wähler und 66 Sitze geblieben. Die ÖVP erreicht nur mehr ca. 1,220.000 Stimmen (minus 4,4% auf 27,7) und 52 Abgeordnete (vorher 60). Das beste Resultat hatte die VP 1966 mit 2,191.000 Stimmen. Die FPÖ steigt von 782.648 auf eine runde Million und hat jetzt 22,6 statt 16,6% und 42 statt 33 Mandate. Die GRÜNEN verbessern sich um gut 80.000 Stimmen auf ca. 310.000 (13 statt 10 Sitze), was ein recht bescheidener Erfolg ist, da gleichzeitig die VGÖ von 92.000 auf 5.500 fallen, der Stimmenzuwachs also sogar unter dem Verlust der bürgerlichen Grünpartei liegt, was interessanterweise in den Wählerstromanalysen in den Medien in der Folge überhaupt nicht erwähnt wird. Das LIBERALE FORUM schafft die 4%-Hürde deutlich und erreicht ca. eine Viertelmillion Stimmen (5,7%) und 10 Sitze.

Das besonders Ungute am Wahlergebnis ist die gemeinsame rechnerische Mehrheit von ÖVP und FPÖ.

Der FPÖ gelingen massive Einbrüche in die sozialdemokratischen Wählerschichten.

	SPÖ	FPÖ
Wien	-11,8%	+7,3%
NÖ	-7,4%	+6,0%
OÖ	-7,2%	+6,7%
Stmk	-6,6%	+6,7%

Bgld	-5,4%	+5,6%
Krtn	-5,9%	+3,6%
Sbg	-6,3%	+3,7%
Trl	-5,8%	+5,2%
Vrbg	-7,6%	+6,9%

In Linz verliert die SPÖ ebenfalls massiv: von 55.100 auf 42.700, die FPÖ steigt hier von 16.900 auf 22.700 und wird, wie auch in vielen anderen Orten, zweitstärkste Partei.

**10.Oktober 1994:** In einem KURIER-Interview bekommt FPÖ-Sonderbotschafter Mock von seinem Parteichef Busek endlich einmal einen entsprechenden Anpfiff wegen seiner ständigen Agitation für eine kleine Koalition.

Mock trifft sich allerdings am selben Abend zu einer Besprechung mit Haider. Von der SPÖ müßte jetzt endlich die Entfernung dieses Ministers aus der Regierung zur Koalitionsfrage gemacht werden. (Auch in Buseks Interesse!).

**10.Oktober 1994:** Im Küssel-Prozeß wird der Angeklagte mit der Aussage eines Aussteigers aus dem Nazimilieu belastet. Der deutsche Ex-Nazi Hasselbach gab zu Protokoll, man habe ihm eine Briefbombe geschickt, Auftraggeber seien Küssel oder Reinthaler gewesen.

**10./11.Oktober 1994:** Über 40 Hausdurchsuchungen in rechtsextremen Kreisen, inklusive Gefängniszellen von einsitzenden Neonazis. Vorerst gibt es keine Hinweise, daß im Zusammenhang mit den Briefbomben Beweismaterial gefunden worden ist. Wäre auch einigermaßen überraschend, schließlich hat der Innenminister ja am 8.10. im Fernsehen die Hausdurchsuchungen angekündigt. Attentäter, die dann noch Spuren unbeseitigt ließen, wären dann ja noch dümmer als es der Innenminister erlaubte...

**11.Oktober 1994:** In Deutschland wird gegen den NPD-Vorsitzenden Deckert neuerlich eine Anklage wegen Volksverhetzung erhoben. Der erst jüngst zu einer äußerst milden Strafe Verurteilte hatte in einem Brief an das Präsidium des ZENTRALRATES DER JUDEN IN DEUTSCHLAND die Forderung aufgestellt, die Juden sollten ihre Koffer packen und nach Israel auswandern.

**11.Oktober 1994:** Simon Wiesenthal erhält den Menschenrechtspreis der Grazer Universität.

**11.Oktober 1994:** Haider beabsichtigt auf seinem Weg ins Amt des Bundeskanzlers noch eine Zwischenstufe einzuschalten, er will 1996 Bürgermeister von Wien werden. Obwohl er vor der Wahl eine Koalition zur jetzigen Zeit ausschloß, erklärt Haider nun, eine ÖVP-Regierung mit von der FPÖ "delegierten Fachleuten" auf Ministerposten unterstützen zu wollen, allerdings müsse zuerst Busek als VP-Chef abgelöst werden. Busek weist dieses Angebot als "Packelei" zurück.

**11.Oktober 1994:** Die "Rotlicht-Theorie" zur Bombe vor der zweisprachigen Schule in Klagenfurt wird auch offiziell zurückgezogen. Die vier Briefbomben wiesen exakt die gleiche Zusammensetzung des Sprengstoffes auf wie die Rohrbombe. Bleibt die Frage offen: Warum hat man sich nach dem Klagenfurter Anschlag derartig bemüht, ein politisches Motiv für die Bombe auszuschließen?

**12.Oktober 1994:** Als "Lust am Denkmittel" bezeichnet im STANDARD P.M.Lingens die Wahlscheidung der Österreicher. Nach seiner Meinung habe die Koalitionsregierung mehr Stimmen verloren als sie zu verlieren verdient habe: „In den wenigsten Ländern streuen die Bürger (und die Journalisten) ihrer jeweiligen Regierung Blumen - aber nur Österreich kennt diese Wollust, ihr Reißnägel zu streuen.“

**Zur NRW 1994:** Verdiente Glückwünsche zu Jörg Haiders Wahlerfolg vom Vorsitzenden der NATIONALEN FRONT in Frankreich, Jean-Marie Le Pen, der seine Gratulationsaussendung mit den Worten „Nationalisten aller Länder vereinigt Euch!“ schließt. Der designierte Präsident der EU-Kommission Jacques Santer findet das Wahlergebnis der FPÖ als „kein gutes Signal“, Haider sei ein „Rechter, ein Radikaler“ mit inakzeptablen Ansichten.

#### Interessant das Wahlverhalten nach Berufsgruppen:

	Selbst.	Beamte	Angest.	Arbeiter
SPÖ	10	35	29	44
ÖVP	40	23	25	15

FPÖ	30	14	22	33
Grüne	9	18	12	5
Lib.F.	10	9	11	1

umgekehrt dargestellt:

	SP	ÖVP	FPÖ	Grüne	LF
Selbst.	8	39	30	21	32
Beamte	30	22	14	41	29
Angest.	25	24	22	27	36
Arbeit.	37	15	34	11	3

Die FPÖ ist also ganz deutlich zur zweiten Arbeiterpartei geworden, ein Vorgang, der weniger als Verdienst der FPÖ, denn als Versäumnis der SPÖ anzurechnen ist. Kurios die Überrepräsentation der Beamten bei den GRÜNEN, lauter Lehrer?

Was uns in der Zukunft erwartet, zeigt das Jungwählerverhalten:

	Jungwähler	Gesamt
SPÖ	31	34,9
ÖVP	19	27,7
FPÖ	25	22,5
Grüne	12	7,3
LF	11	6

Die Jungwähler haben sich in den letzten acht Jahren für die FPÖ verdoppelt (1986: 12%) und für die ÖVP fast halbiert (33% vor acht Jahren). Die GRÜNEN und das LF sind bei den Jungwählern sehr deutlich, die FPÖ ist etwas überrepräsentiert, ÖVP und SPÖ weisen die Überalterung ihrer Wählerschaft aus.

Der steirische Landeshauptmann Krainer meint, nichts sei ausgeschlossen, über alles müsse geredet werden, eine Koalition mit der FPÖ dürfe nicht ausgeschlossen werden.

**11.Oktober 1994:** Bei 26 inhaftierten Neonazis und (um die Unschuldsvermutung bei den noch nicht Verurteilten aufrechtzuerhalten:) mutmaßlichen Neonazis werden die Gefängniszellen durchsucht, umfangreiches Material wird dabei beschlagnahmt.

**12.Oktober 1994:** Küssel wird wieder mit einem Videoband konfrontiert: Singend: „*Gebt Gas, ihr alten Germanen, so schafft ihr die zehnte Million!*“ - Er hält diesen Text für "ironisch"

**12.Oktober 1994:** Gegen den Vorsitzenden des Wiener Landesgerichts, Woratsch, wird erhoben, ob es zutrifft, daß er wiederholt für Schimanek jun. interveniert haben soll.

**13.Oktober 1994:** Der angekündigte Umbau der FREIHEITLICHEN PARTEI in eine Wahlbewegung beginnt: Das Generalsekretariat wird aufgelöst.

Haider wird vom FP-Parlamentsklub mit 98% zum Klubobmann gewählt (wer war der Schuft, der ihn nicht gewählt hat?), Stellvertreter werden M. Reichhold, E. Stadler und H. Partik-Pablé.

**14.Oktober 1994:** Ein Abstimmung über die Pflichtmitgliedschaft in allen Kammern fordert Jörg Haider. In der Folge schließen sich faktisch alle für diese Bereiche Verantwortlichen dieser Forderung an. Es gibt wieder einmal ein flottes Dahintreiben der "Altparteien".

Daß diese Strategie der FPÖ letztlich eine entscheidende Schwächung der Interessenvertretungen der Unselbständigen bringen wird, wagen selbst die Arbeiterkämmerer nicht laut zu sagen. Die Industriellenvereinigung wird sich ohne AK sicher noch leichter tun...

**14.Oktober 1994:** Friedensnobelpreis für Rabin, Peres und Arafat. Einer der es sich verdient hätte, in dieser Reihe als Erster genannt zu werden, lebt leider nicht mehr: Bruno Kreisky.

**14 1994:Oktober 1994:** Haider schlägt der ÖVP vor, gemeinsam einen ÖVPIer als ersten Nationalratspräsidenten zu wählen.

**14.Oktober 1994:** Der Naziaussteiger Hasselbach sagt aus, Peter Binder, einer der Briefbombenverdächtigen, sei in Berlin in der Bombenherstellung geschult worden, was dieser bestreitet (nona!).

**14.Oktober 1994:** Rasch ausgeforscht waren drei junge Salzburger, die in der Nacht vom 12. Auf den 13. Oktober versucht hatten, mit einer Rohrbombe den Briefkasten eines leerstehenden Ausländerwohnheimes in Piesendorf zu sprengen.

**Anfang und Mitte Oktober 1994:** Die Burschenschaften bereiten einen "gesamttiroler Freiheitskommers" vor, was selbstverständlich auch die Antifaschisten auf den Plan ruft. Dies wiederum veranlaßt die Polizei zu entsprechenden martialischen Vorbereitungen.

Die öffentliche Kritik an der Veranstaltung der rechtsextremistischen Gruppierungen führt immerhin dazu, daß es eine Reihe von Absagen aus dem katholisch-konservativen Bereich gibt, auch eine geplante Gedenkmesse wird gestrichen. Vorerst zieht auch der gerne als "Menschenrechtsexperte" titulierte ÖVPLer Ermacora seine Zusage zurück, um dann aber doch seine vorgesehene Rede zu halten. Aber Ermacora hat sich ja überdies schon besonders engagiert für das "Menschenrecht" auf die "Auschwitzlüge" (Agitation in der AULA gegen das Verbotsgesetz) hervorgetan, ist neuerdings auch Obmann des KAMERADSCHAFTSBUNDES, paßt also unbedingt in die Burschenschafterumgebung.

Das Antifa-Plakat gegen die Burschenschafterveranstaltung war der SPÖ und den GRÜNEN zu aggressiv und der Festausschußsprecher Franz Watschinger (Sohn des NDP-Gründers Rudolf W.) drohte mit Klagen.

**15.Oktober 1994:** Verärgert zeigen sich die Ermittler gegen die österreichischen Neonazis über den Justizapparat. Bewilligungen für Hausdurchsuchungen wurden von den zuständigen Richtern in zahlreichen Fällen verweigert, dann befand es der Innenminister für notwendig, die Durchsuchungen im Fernsehen anzukündigen, Küssel konnte allem Anschein nach in seiner Gefängniszelle weiterhin Beiträge für neonazistische Schriften verfassen.

**15./16.Oktober 1994:** In Berlin werden Aktivisten der WIKING JUGEND wegen Sprengstoffbesitz und NS-Propagandamaterial festgenommen

**16.Oktober 1994:** Bundestagswahlen in Deutschland: CDU/CSU verlieren 2,3% (jetzt 41,5), die FDP fällt gleich um 4,1% auf 6,9, die SPD gewinnt weniger als erwartet dazu (von 33,5 auf 36,4%), die GRÜNEN kehren mit 7,3% zurück (+2,3%, vorher nur mit den Ostabgeordneten vertreten), die PDS verdoppelt ihren Stimmenanteil beinahe (auf 4,4%) und zieht infolge von vier Direktmandaten in den Bundestag ein.

Gleichzeitig finden auch drei Landtagswahlen statt: In Thüringen erreichen die Christdemokraten 42,5% (-2,9), die Sozialdemokraten 29,5 (+6,7), die PDS 16,6 (+6,9), in Mecklenburg-Vorpommern gibt es 37,7% für die CDU (-0,6), für die SPD 29,5 (+2,5), für die PDS 22,7 (+7%), im Saarland erhält die SPD 49,4 (-5,0), die CDU 38,6 (+5,2) und die GRÜNEN bekommen 5,5% (+2,9). In allen drei Ländern scheitert die FDP an der 5%-Klausel.

Erfreulich: Rechtsextremistische Gruppierungen reißen bei keiner Wahl etwas, die REPUBLIKANER, geschwächt durch heftigste interne Machtkämpfe, bleiben ohne Bedeutung.

Der Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis meint dazu, daß der Mißerfolg der rechtsextremen Parteien noch nicht bedeute, daß die Gefahr von rechts endgültig gebannt sei, denn immerhin könnten sich nach Meinungsumfragen 17% der deutschen Wähler vorstellen, auch eine rechtsextreme Partei zu wählen.

**17.Oktober 1994:** Bürgermeister Zilk überreicht dem Leiter des JEWISH WELCOME SERVICE in Wien, Leon Zelman das *Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um das Land Wien*. Zelman wirkt seit Jahrzehnten auch in der antifaschistischen Aufklärung, vor allem in Schulen.

**17.Oktober 1994:** Ein Erfolg Österreichs bei der europäischen Konferenz zur *Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit* in Bonn: Auf österreichischen Vorschlag sollen die internationalen Bestimmungen über die Auslieferung flüchtiger Personen dahingehend geändert werden, daß Delikte nach dem NS-Verbotsgesetz nicht mehr als politische Straftaten angesehen werden. Der mit Hilfe österreichischer Behörden nach Spanien geflüchtete, rechtskräftig zu zwei Jahren Haft verurteilte Gerd Honsik könnte dann zur Strafverbüßung ausgeliefert werden.

**17./18.Oktober 1994:** Als Attrappe stellt sich eine Paketbombe heraus, die einer Anwaltskanzlei in Feldkirch (Vbg.) zugegangen ist.

**18.Oktober 1994:** Der Sicherheitssprecher des LIBERALEN FORUMS, Moser, spricht sich für die Aufhebung des Neutralitätsgesetzes aus.

**19.Oktober 1994:** Das Endresultat der NRW, inklusive der Wahlkartenstimmen, liegt vor. Die SPÖ sinkt auf 34,92% und verliert gegenüber dem vorläufigem Ergebnis ein Mandat, das das LF gewinnt:

**SPÖ: 65, ÖVP: 52, FPÖ: 42, Grüne: 13, LF: 11**

**19.Oktober 1994:** Urteil im Verfahren gegen Gottfried Küssel. Nachdem der Verteidiger anfangs sehr optimistisch war und man auch in der Öffentlichkeit mit einer "österreichischen Lösung" im zweiten Verfahren (geringere Strafe und, infolge der schon längeren U-Haft, baldige bedingte Entlassung) rechnete, lief die Sache dann doch anders ab. Der Prozeß wurde von der Richterin Klothilde Eckbrecht sehr konsequent geführt, neue Belastungsbeweise (speziell Videobänder) tauchten auf und Küssel erhält diesmal statt zehn, elf Jahre Haft.

Die zweite Überraschung gibt es als Küssel nach einiger Nachdenkzeit auf Rechtsmittel verzichtet.

**21.Oktober 1994:** Im STANDARD erscheint unter dem Titel "**Gegen die Sprengkraft von Worten**" ein Kommentar von Daniel Glattauer zum neuen Küssel-Urteil in dem es u.a. heißt:

*„...Jetzt ist er wieder hart verurteilt worden. Das verdankt er treuen Gefolgsleuten, die mit feierlicher Akribie die schönsten Erinnerungen an mitreißende Veranstaltungen auf Videobändern festgehalten haben. Er verdankt es ferner einer Richterin, die die Wahrheit nicht nur liebt, sondern ihr auch nachspürt - und die so auf immer neues Beweismaterial vom Machtgehabe der VAPO stieß. (...)*

*Elf Jahre Haft für Gottfried Küssel. Mitleid, Verzeihung kommt nirgendwo auf. Dafür hält der Verurteilte das Kinn noch immer deutlich zu hoch. Zuletzt, in die Enge getrieben, hat er Ansätze von Einsicht über die Gefahr seiner Worte gezeigt. Zu dürftig für neun Verhandlungstage. Zu wenig deutlich für eine Botschaft an seine Kameraden.*

*Trotzdem die Frage: Hat nicht auch das zweite Wiener Geschworenengericht zu hart geurteilt? Küssel ist kein Mörder, kein Räuber, kein Betrüger, sondern ein Propagandist. Elf Jahre Haft für falsche Worte? Greift da das Verbotsgesetz nicht zu hoch? - Nein, das tut es nicht. (...)*

*Strafe heilt nicht, aber sie zeigt auf und sie schreckt ab. Küssel selbst werden elf Jahre Gefängnis vielleicht zum Nach-, sicher nicht mehr zum Umdenken zwingen. Auch jene, die bereits tüchtig gemacht wurden, Briefbomben zu versenden, werden sich durch das Urteil nicht von ihrem rechten Weg abbringen lassen. Um die jahrelang so konsequent unterschätzte Neonazi-Szene endlich in den Griff zu bekommen, bedarf es mehr als einiger harter Wahrsprüche von Geschworenen.*

*Aber es geht schon um die Zukunft, schon um die nächste Welle, schon um mögliche neue Blüten des Rechtsterrors. Eindeutige Urteile können sie im Keim ersticken. Es darf nicht immer wieder passieren, daß Worte solange als harmlos gelten, bis sie bereits Taten nach sich gezogen haben. Schon für die Möglichkeit, Nachfolge-Küssels die Lust am Anheizen zu nehmen, sitzt Gottfried Küssel - völlig zu Recht. Und gar nie lange genug.“*

In derselben STANDARD-Ausgabe setzt sich P.M.Lingens in seiner Kolumne mit dem Unterschied zwischen den erfolglosen deutschen "Reps" und der FPÖ auseinander. Er schreibt dabei u.a.:

*„...Aus den Auswertungen der österreichischen Wahlergebnissen wissen wir indessen, daß keineswegs nur tumbe Angehörige einer bedrängten Unterschicht, sondern auch ausnehmend viele Wirtschaftsführer die FPÖ angekreuzt haben.*

*Das sind die ungleich gefährlicheren, weil grundsätzlichen Sympathisanten: Ihnen mißfällt, genau wie Haider, "dieses System" mit seiner "Parteienwirtschaft"; und ihnen gefällt, genau wie Jörg Haider, das Führerprinzip, das - durch Wahlen - legitimiert - an Stelle des "abgewirtschafteten Parteienstaates" treten soll.*

*Faschismus, meinte Jean Paul Sartre, ist vor allem Charaktersache. Noch viel mehr gilt das für die Sympathie gegenüber einer Rechten, die nicht so radikal ist, daß man für die eigene Zukunft fürchten müßte, nicht so antidemokratisch, daß man sie verbieten könnte, und nicht so braun, daß man sich die Finger beschmutzte.*

*Jörg Haider erfüllt die unbewußten Sehnsüchte der faschistoiden Seele auf erlaubte Weise - das ist sein Erfolgsrezept.*

*In den neuen deutschen Bundesländern hätte dieses Rezept vermutlich auch Erfolg. Daß die Reps dort keinen Zulauf haben, liegt eher daran, daß sich ihre potentiellen Sympathisanten bereits jenseits des Parteiensystems befinden: statt zu Wahlen zu gehen, zünden sie lieber Häuser an.*

*In den alten Bundesländern dagegen erweist sich der faschistoide Nährboden offenkundig als karg. Zwar gibt es auch dort die "braune Szene" mit ihren Wehrsportgruppen und Sprengstoffexperten. Aber das sind wie in Österreich Außenseiter. (...) Dort hingegen, wo die faschistoide Rechte sich politisch organisierte, wo sie, über den braunen Rand hinausreichend, politische Macht gewinnen wollte, ist sie im Westen Deutschlands gescheitert.*

*Hierzulande hat sie Haiders FPÖ.*

*Natürlich hat das mit dem enormen Fingerspitzengefühl des FP-Führers zu tun, der sich zwar immer nach rechts bewegt, nie aber sichtbare Grenzen überschreitet. Aber es gibt auch eine zweite Seite: das - gegenüber Deutschland - wesentlich größere österreichische Reservoir.*

*Und dieses wesentlich größere Reservoir ist eine Folge der geringeren Bewältigung der Vergangenheit.*

*Bewältigung der Vergangenheit hätte geheißen, aus ihr zu lernen. Zum Beispiel: daß nicht ein Staatsstreich, sondern die Verächtlichmachung des Parteienstaates am Anfang des Dritten Reiches gestanden ist; daß das Schüren der Wut gegen "die da oben" zu den wichtigsten Treibsätzen der NS-Bewegung gehörte; und vor allem, daß die Judenvernichtung nicht in Auschwitz begonnen hat, sondern dort, wo Fremd- und Anderssein verteufelt wurde.*

*Die im Ausland so oft geschmähten Deutschen haben diese Lektion erstaunlich gut gelernt. Die im Ausland so viel beliebteren Österreicher vergleichsweise schlecht."*

**20.Oktober 1994:** Die Landeshauptleute von Tirol und Südtirol, Weingartner und Durnwalder, distanzieren sich vom "Freiheitskommers" der Burschenschaftler, ebenso die Tiroler Schützen und der CV. Die FPÖ unterstützt natürlich die Veranstaltung.

**21.Oktober 1994:** Laut Justizministerium hätten sich die Vorwürfe gegen den Wiener Gerichtspräsidenten Woratsch, zugunsten von Schimanek jun. interveniert zu haben, nicht bestätigt. Bleibt somit offiziell ungeklärt, warum das anhängige Verfahren seit Jahren offensichtlich verschleppt wird.

**Zweite Oktoberhälfte 1994:** Die zweite Briefbombenserie und die Klagenfurter Rohrbombe waren von einem Bekennerschreiben an ehemaligen den slowenischen Außenminister Peterle begleitet. Eine SALZBURGER EIDGENOSSENSCHAFT bekennt sich nicht nur zu den laufenden Anschlägen, sondern auch zur Bombenserie des Vorjahres (was allerdings als Entlastungsversuch für die in U-Haft sitzenden Verdächtigen Radl und Binder zu werten ist.) In der Folge wird kritisiert, daß es solange dauerte bis der Inhalt des Bekennerschreibens an die Öffentlichkeit gelangte. Die Polizei sucht nun nach einem "Hobbyhistoriker", der sich mit der bajuwarischen Besiedlung Kärntens beschäftigt hat (vor allem mit dem Bajuwarenherzog Odilo oder Oadilo) und die Fähigkeit zur Herstellung von Silberfulminat besitzt.

**22.Oktober 1994:** Mit Transparenten wie "Dem Faschismus werden wir nicht weichen" findet eine antifaschistische Demonstration gegen den "Freiheitskommers" der deutschnationalen Burschenschaftler in Innsbruck statt. Über viertausend Demonstranten werden von rund tausend martialisch gerüsteten Gendarmen bewacht. Die österreichische Geschichte beweist den österreichischen Ordnungshütern offenbar immer noch, daß die Gefährdungen von LINKS auszugehen pflegen. Zwar sollen sich unter die antifaschistischen Demonstranten auch eine Handvoll italienischer Neofaschisten gemengt haben, aber deswegen brauchte man keine Helme, Schilde und Schlagstöcke. Die benötigte man um den Staat vor den mitdemonstrierenden rund hundert verummten Wiener Autonomen zu beschützen. Die "Sicherheits"kräfte meinen dazu, daß „Zur Vorbeugung von gefährlichen Angriffen gegen Leben, Gesundheit oder Eigentum von Menschen, personenbezogene Daten Anwesender mit Bild- und Tonaufzeichnungsgeräten ermittelt werden.“ In seiner Ansprache sagt Anton Pelinka, beim Kommers „erheben die Falschen die Forderung nach der schönen Idee von Tirol. Die Deutschnationalen haben Tirol vernichtet.“ (Abkommen zwischen Mussolini und Hitler, die Südtiroler auszusiedeln).

Rund 1.200 Burschenschaftler versammeln sich abends zum "Gesamttiroler Freiheitskommers" im Kongreßhaus. Zur Eröffnung werden Grußbotschaften von Otto Scrinzi und dem Salzburger Bischof Eder verlesen, dann halten die FPÖler Dillersberger und Meischberger ihre Ansprachen, gefolgt vom Kameradschaftsbundpräsidenten Ermacora, der meint, die Zeit des diplomatischen Schachspieles sei abgelaufen und für die seinerzeitigen Südtirolterroristen eine Amnestie fordert.



Entfallen muß für diesen Tag der sonst übliche Umzug der Burschenschaftler in voller Wuchs. Die Antifa-Demo raubt den Herren Burschenschaftlern diesmal die Herrschaft über die Straße.

Ein Ereignis am Rande der Demo bedarf nach wie vor der Aufklärung. Am 21.10. wird in Innsbruck-Mühlau der Wiener Schulsprecher und Aktivist der AKTION KRITISCHE SCHÜLER, Harald Hanisch knapp vor 2h früh von einem Güterzug überrollt. Für die Polizei ist der Fall schnell erledigt: Selbstmord. Laut Zugführer lag der Körper "scheinbar leblos" auf den Schienen. Die Nickelbrille des Toten ist verschwunden, der Ort des angeblichen Selbstmordes ist für einen Ortsunkundigen kaum erreichbar. Und: Warum sollte Hanisch zur Antifa-Demo nach Innsbruck fahren, um sich dann dort einen Tag vorher heimlich in der Nacht vor einen Zug zu legen?

Angehörige vermuten, daß Harald, der an seinem Äußeren von der Weite als Linker zu erkennen war, Opfer einer Auseinandersetzung mit rechten Schlägern war, die ihn zur Verwischung der Spuren (im Umweg über einen für Ortskundige mit einem Auto problemlos erreichbaren Firmenhof) auf die Schienen legten.

Die Polizei jedenfalls interessiert sich dafür herzlich wenig. Erst auf Druck der Angehörigen und der Öffentlichkeit bequemt man sich zu neuen Erhebungen. Was wird dabei herauskommen?

**25.Oktober 1994:** Drohanrufe gegen das zweisprachige Gymnasium und die zweisprachige HAK in Klagenfurt.

**26.Oktober 1994:** Zum Nationalfeiertag wird zwölf vor dem NS-Regime in die USA geflüchteten Wienern die österreichische Staatsbürgerschaft wieder zuerkannt. Der Älteste dieser Neuösterreicher ist 92 Jahre alt. Nach der Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes im Jahre 1993 ist die Wiederverleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft erleichtert worden. Rund 900 Personen sind seither wieder zu Österreichern geworden. Ein beachtlicher Akt der Vergangenheitsbewältigung, 55 Jahre nach dem Beginn der Vertreibungen reparierte man bereits die Gesetzeslage.

**28.Oktober 1994:** Der nähere Inhalt des Bekennerbriefes zu den rechtsextremistischen Anschlägen wird veröffentlicht. Danach hat der "KAMPFTRUPP HERZOG OADILLO VON BAYERN" den Anschlag auf das "*groß-slowenische und panslawistische Umvolkungsinstitut RENNER-VOLKSSCHULE*" getätigt, was mit Angaben zur Technik der Bombe belegt wird, gleichzeitig wird mit weiteren Anschlägen gedroht. Den beim Anschlag verletzten Gendarmen wird geraten nach Wien zu fahren und sich „*an der Schulter ihrer Tschuschenhäuptlinge Klestil, Vranitzky, Busek, Mock, Löschnak, Klima, Lacina, Scholten (offensichtlich ein asiatischer Jude mit deutschem Namen), Michalek, Hesoun, Dohnal, Verzetnitsch, Petrowitsch, Stoitsits, Zilk, Weingartner (dunkelhäutig, wahrscheinlich Zigeuner), Krainer u.s.f. ausweinen!*“

Weitere Drohungen gibt es gegen die Minderheitenfunktionäre Sturm, Wieser, Srb und Gombocz, die man auffordert, nach Slowenien ins Exil zu gehen und gegen die Benützer der slowenischen Sprache („*...wer in Hinkunft auf österreichischem Staatsgebiet die slowenische Sprache benützt, muß damit rechnen, verletzt oder getötet zu werden..*“)

**30.Oktober 1994:** Das Christentum soll wieder die Basis des politischen Handelns für die ÖVP werden, fordert ÖAAB-Obmann Höchtl in der TV-Pressestunde, der die Partei "Mitte rechts" ansiedeln will (dazu bräuchte er ja nicht sehr viel Umsiedlungstätigkeit zu organisieren). Zwar sei z.Z. wegen des EU-Beitrittes eine Koalition ÖVP-FPÖ nicht zielführend, eine Ausgrenzung Haiders nütze aber nur diesem.

**31.Oktober 1994:** Busek sieht sich offenbar in der Zwangslage, dem rechten VP-Flügel entscheidende Positionen einräumen zu müssen. Neuer schwarzer Klubobmann im Parlament soll der Extremkatholik Andreas Khol werden.

**4.November 1994:** Die italienische Armee legt am faschistischen Siegesdenkmal in Bozen unter Anwesenheit eines Abgeordneten der FORZA ITALIA trotz der Proteste von Südtiroler Politikern einen Kranz nieder. Mit der Vergangenheitsbewältigung ist es in Italien ganz augenscheinlich auch nicht weit her.

**5.November 1994:** In Stuttgart verhindert die Polizei die Gründung einer rechtsextremistischen Organisation.

**7.November 1994:** Der neugewählte Nationalrat konstituiert sich. Die Wahl des Präsidiums bringt bereits im ersten Wahlgang den FPÖler Herbert Haupt auf den Posten des dritten Nationalratspräsidenten. Die vorausgegangene Wahl des ersten und zweiten Präsidenten (Fischer, SPÖ und Neisser, ÖVP) erfolgte ohne Gegenkandidaten, um die Position des 3. Präsidenten gibt es außer durch Haupt noch Kandidaturen von Stoitsits (GRÜNE) und Motter (LF). Haupt erhält 91 von 174 gültigen Stimmen, auf Stoitsits entfallen 29, auf Motter 28. SPÖ und ÖVP hatten ihren Abgeordneten die "*Abstimmung freigegeben*".

Das fängt ja gut an. GRÜNE und LF hätten sich wohl auch auf die Nominierung eines(r) gemeinsamen Kandidaten(in) einigen können und von der SPÖ hätte man freilich erwarten dürfen, daß sie zumindest empfohlen hätte, Haupt nicht zu wählen, von VP-Klubobmann Khol war ohnedies nichts anderes zu erhoffen gewesen.

**7.November 1994:** Rechtsextremistische Morddrohungen langen beim Innenministerium ein. „50 Jahre Imperialismus, verjudeter Kapitalismus, Linkssozialismus sind genug“, 25 "Staatsfeinde" werden "zum Tode verurteilt".

**8.November 1994:** Rechtsruck in den USA. Bei den Kongreßwahlen verlieren die Demokraten die Mehrheit, die Republikaner kontrollieren jetzt Kongreß und Senat und gewinnen auch bei den Gouverneurswahlen. Im Repräsentantenhaus steigen die Republikaner von 178 auf 226 Sitze, die Demokraten von Präsident Clinton fallen von 256 auf 197.

**9.November 1994:** Grotteskes Kasperltheater um den Schauspieler Leon Askin. Wegen seiner jüdischen Herkunft hatte er in der NS-Zeit in die USA emigrieren müssen und dort in Hollywood eine erfolgreiche Filmkarriere gemacht. Als er jetzt auf Einladung des Wiener Bürgermeisters Zilk 87jährig in seine ehemalige Heimatstadt zurückkehrte, wurde ihm die Aufenthaltsgenehmigung verweigert, weil er seinen Aufenthalt nicht aus dem Ausland, sondern in Wien beantragt hatte. Ein bißchen die Juden sekkieren, das macht erkennbar auch heute den Paragraphenreitern großen Spaß. Die Eltern des Schauspielers waren im KZ ermordet worden, da ist es höchst angebracht, dem Überlebenden zu beweisen, daß man das "Juden raus" noch nicht ganz verlernt hat.

Der geduldige alte Herr wird aus der von einer unverschämten Bürokratenbande inszenierten Grotteske durch die Wiederverleihung der österreichischen Staatsbürgerschaft erlöst.

**9.November 1994:** Staberl Nimmerrichter wird in 2. Instanz "im Zweifel" freigesprochen. Es sei ihm nicht eindeutig nachzuweisen gewesen, daß er mit dem Satz "Wer Herrn Hitler überlebt hat, wird wohl auch den Herrn Grosz überstehen", den Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde beleidigen wollte. Es bleibt nur das Delikt der "üblen Nachrede", für das die Kronenzeitung eine lächerliche Entschädigung von 45.000 Schilling bezahlen muß.

**10.November 1994:** Der deutsche Innenminister Kanther gibt das Verbot der WIKING-JUGEND bekannt. Diese Organisation ist seit Jahrzehnten als militante rechtsextremistische Gruppe in der Art der "Hitler-Jugend" aufgetreten.

**13.November 1994:** Bischof Krenn verlangt eine Art Vorzensur für alle ORF-Sendungen, die den Eindruck vermittelten, daß die Kirche spräche.

**13.November 1994:** Zur Verbesserung der Integration der dritten Ausländergeneration sollen in Deutschland geborene Ausländerkinder mit achtzehn automatisch die Wahlmöglichkeit zwischen der deutschen und der Staatszugehörigkeit der Eltern erhalten.

**13.November 1994:** In Schweden stimmen 52,2% für den EU-Beitritt.

**Mitte November 1994:** Die Öffentlichkeit beschäftigt sich mit eigenartigen Presseförderungs-methoden in der Steiermark: Publikationen, die im Rechtsextremismushandbuch des DÖW aufgelistet sind, werden durch Einschaltung von Inseraten der Landesregierung subventioniert. Neben der AULA werden LOT UND Waage (Alpenländischer Kulturverband Südmark, lt. DÖW-Handbuch: deutschnationale Kleingruppe im Vorfeld des Rechtsextremismus) und NEUE ORDNUNG (bemerkenswert wegen rechtsextremistischer Buchempfehlungen) gesponsert. Zuerst einmal verteidigt sich der zuständige Referent damit, daß man es seit Jahren so mache und dies sei „nie problematisiert“ worden. Heuer findet diese Problematisierung statt.

**Mitte November 1994:** Nach dem spurlosen Verschwinden der SS-Gedenktafel aus der Welser Sigmaringkapelle hat Kamerad Bregartner selbstverständlich mit nordischer List ein artgerechte Lösung bereit. Die SS-Kameraden dürfen eine Nachbildung auf Pappendeckel aufhängen. Aber um weitere Anschläge des bolschewistischen Weltfeindes zu verhindern, müssen Kapellenbesucher ab sofort den Eingangsschlüssel für die Sigmaringkapelle beim Reichsschlüsselverwahrungsamts im Bürgermeisterbüro holen. Das Kirchlein bleibt nämlich versperrt.

Selbstverständlich schüttet der Welser Stadtführer auch sein Füllhorn wieder über den ÖTB aus. Die treudeutschen Turner erhalten trotz eines Massenaustrittes von Mitgliedern für 1995 mit 520.000 Schilling die höchsten Subventionen in ganz Österreich. Gut Heil!

**15. November 1994:** Bundespräsident Klestil spricht bei seinem Staatsbesuch in Israel vor der Knesset. Das Problem die Beteiligung von Österreichern am Holocaust in seiner Rede anzuschneiden, löst er österreichisch-elegant: „... *kein Wort der Entschuldigung könnte je den Schmerz über den Holocaust aus dem Gedächtnis löschen - namens der Republik Österreich verbeuge ich mich aber in tiefer Betroffenheit vor den Opfern von damals.*“

Die Verbeugungen der Republik vor den Opfern kann man in dieser Chronik weiter oben in der Praxis nachlesen: Die steirische Landesregierung fördert Presseerzeugnisse, die revisionistische Bücher empfehlen, der Welser Bürgermeister verbeugt sich weiterhin unbarmherzig vor der SS.

**15. November 1994:** In Österreich sollen erste Ausländerbeiräte in Kommunen eingerichtet werden. Dies wird bei einer Tagung über Ausländervertretung in Linz bekanntgegeben. In Graz sollen im Mai 1995, in Salzburg im Oktober Wahlen für diese Beiräte durchgeführt werden. Die Stadt Kufstein hat (sogar mit Zustimmung der FPÖ!) ebenfalls entsprechende Beschlüsse gefaßt.

**17. November 1994:** Der Wiener FP-Stadtrat Kabas spricht sich dafür aus, illegal in Österreich lebende Ausländer, die integriert sind und arbeiten, nicht auszuweisen. Er verlangt aber einen absoluten Einwanderungsstopp.

**November 1994:** Auf die Begnadigung durch Präsident Clinton hofft Leonard Peltier, ein Indianerführer, der seit achtzehn Jahren inhaftiert ist. Als seinerzeit die US-Regierung widerrechtlich Uranschürfrechte in einem Reservat beanspruchen wollte, kam es zwischen Widerstand leistenden Indianern und FBI-Agenten zu einem Schußwechsel, bei dem auch zwei FBI-Beamte getötet werden. Die indianischen Schützen werden später, weil sie in Notwehr gehandelt haben, freigesprochen. Im Zuge der Auseinandersetzungen waren 65 Indianer getötet worden (hat man dies damals bei uns irgendwo gehört, gesehen oder gelesen?). Peltier erhält wegen der Schießerei zweimal lebenslänglich. Aber solche Dinge, wenn sie in GODS OWN COUNTRY passieren, erreichen keine weltweite Publizität.

**17. November 1994:** AULA-Autor und Krenn-Berater Friedrich Romig meint in einem Beitrag im STANDARD, Demokratie sei kein Wert an sich, sondern nur eine "Technik". Dann sind Diktaturen wohl auch nur ein technisches Problem...

**18. November 1994:** Gegen das neue Purtscheller-Buch "*Die Ordnung, die sie meinen - 'Neue Rechte' in Österreich*" versuchen zwanzig Kläger eine Beschlagnahme zu erreichen. Matthäus Thun-Hohenstein (ÖVP), Leopold Guggenberger (Bürgermeister von Klagenfurt), John Gudenus und Kriemhild Trattinig (FPÖ), Kurt Dieman (Patriotischer Club), Gerhard Löwenthal (ehemals ZDF-Magazin „*die Milch wird sauer, das Bier wird schal, im Fernsehen spricht der Löwenthal ..*“) u.a. fühlen sich als "*Stimmungsmacher und Wegbereiter für einen neuen Antisemitismus, Rassismus und Sexismus*" dargestellt. Das Gericht weist die Klage ab: Es werde ihnen im Purtscheller-Buch lediglich eine politische Einstellung zugeordnet, die Gesellschaft nach rechts hin verschieben zu wollen, das sei politische Kritik und keine üble Nachrede, eine Beschlagnahme komme daher nicht in Frage.

**18. November 1994:** Laut einer Fessel-Studie punktet Haider jetzt unter den Wählern auch vermehrt durch Argumente. Die FPÖ entwickle sich von einer diffusen Protestpartei weg zur Partei zorniger junger Arbeiter und verunsicherter Pensionisten. Den Wählerstimmenplafond habe Haider noch lange nicht erreicht, allerdings will man ihn nicht als Bundeskanzler.

**20. November 1994:** Bei den Bürgermeister-Stichwahlen in Salzburg bleibt die FPÖ erfolglos.

In Wolfsegg wird außertourlich der Gemeinderat gewählt. Hier zeigt sich die praktische Grenze für die FPÖ. Als ÖVP-Koalitionspartner wird sie von den Wählern zur Mitverantwortung gezogen, verliert eines ihrer zwei Mandate und bleibt stimmenmäßig sogar hinter der KPÖ.

**20. November 1994:** In der ORF-Pressesendung fordert der Dritte Nationalratspräsident von SPÖ und ÖVP-Gnaden, Herbert Haupt (FPÖ) eine "Nachjustierung der Zweiten Republik": Einen volksgewählter starker Präsident mit direktem Einfluß auf das Regierungskabinett und regelmäßige Volksabstimmungen zu wichtigen Themen.

Die neue Wahlbewegung der Freiheitlichen, die an die Stelle der FPÖ treten soll, wird folgend beschrieben: Der äußere *Kreis vier* beinhalte bloß ein Informationsrecht, der *Kreis drei* berechtige zur aktiven Wahl auf Regionalwahlkreiskonventen, der *Kreis zwei* hat auch das passive Wahlrecht und der *Kreis eins* entspreche der FPÖ-Parteimitgliedschaft.

Also heißt die FP-Parteireform anscheinend, daß ein Parteibeitritt ein schwieriger Kreisverkehr werden soll.

**20. November 1994:** 3000 spanische Faschisten gedenken wie jedes Jahr ihres 1975 verbliebenen Caudillos Franco. Neben den Altfaschisten versammeln sich zunehmend mehr junge Rechtsextremisten und Skinheads um das Grabmonument. Die katholische Kirche gedenkt ebenfalls ihres Befreiers vor Säkularisierung in einer feierlichen Gedenkmesse.

**20. November 1994:** Die FORZA ITALIA Berlusconi hat sich rasch abgelutscht. Bei den Gemeinderatswahlen in Teilen Italiens erreicht sie nicht einmal 9% und wird von den Neofaschisten überholt. Gut schneidet die PDS ab, auch die Volkspartei (Nachfolgerin der DC) verbessert sich leicht.

**20. November 1994:** Bei den tschechischen Kommunalwahlen erreichen unabhängige Kandidaten fast 40% der Sitze, stärkste Partei wird die Demokratische Bürgerpartei von Václav Klaus, auf der Linken schneiden die Kommunisten vor allem in den Krisengebieten gut ab und liegen vor den Sozialdemokraten.

In der Slowakei waren ebenfalls unabhängige Kandidaten besonders erfolgreich. Nach den Unabhängigen stellen die "Demokratischen Linken" die meisten Bürgermeister, gefolgt von der HZDS Meciar und den Christdemokraten. In der Stadt Zilina wird der Vorsitzende der rechtsextremen Nationalpartei Bürgermeister.

**20. November 1994:** Staberl entdeckt wie großartig Österreich für die jüdischen NS-Opfer Wiedergutmachung leistet. Der österreichische Botschafter in Israel, ein gewisser Herbert Kröll, hatte in einem "vertraulichen Bericht" behauptet, die „zahlreichen Maßnahmen Österreichs zugunsten abstammungsmäßig Verfolgter seit 1945“ seien „wesentlich eindrucksvoller, als es die Medien stets darstellen.“ So sollen für rund 5.000 österreichische Pensionisten in Israel 1993 1,6 Milliarden Schilling an Leistungen überwiesen worden sein. Nach den Angaben der österreichischen Sozialversicherungen waren es allerdings nur gut 400 Millionen.

Die gesamte "Wiedergutmachung" belaufe sich laut Kröll auf 200 bis 300 Milliarden Schilling. Wie der Botschafter zu diesen hierlandes unbekanntem Zahlen kommt, ist im Bericht nicht vermerkt.

**Zweite Novemberhälfte 1994:** Die Lernfähigkeit in den "Altparteien" zeigt sich weiterhin als nicht sehr entwickelt. Die Wiener SPÖ-Stadträtin Smejkal soll ins Landtagspräsidium überwechseln. Dafür stünde ihr nach den gültigen Bestimmungen eine Abfertigung von 1,8 Millionen zu. Es bedarf wieder eines mächtigen Druckes seitens der Partei, um sie wenigstens dazu zu überreden, das Geld zumindest bis zum endgültigen Ausscheiden aus der Politik nicht anzugreifen. Der Haider kann sich wieder einen herunterlachen.

**25. November 1994:** Das Koalitionsabkommen von SPÖ und ÖVP ruft unerwartete Ablehnung hervor. Nicht nur Haider ist dagegen und gibt der Koalition "*höchstens zwei Jahre*". Wie ein Kritiker sagt, beinhaltet der Abkommenskompromiß das, was die ÖVP von Anfang an gefordert hat. Banker Vranitzky sieht die Gesellschaft augenscheinlich nur noch durch die kapitalistische Brille. Ein Beispiel nur dazu: Es stimmt zwar sicherlich, daß das erhöhte Karenzgeld in der Praxis mehr ein Anreiz für die Verschiebung der Hochzeit als eine Hilfe für alleingelassene Mütter ist, aber bei 30.000 Bezieherinnen von erhöhtem Karenzgeld zu sparen: Das hilft die Staatsfinanzen sanieren! Bei den 30.000 Spitzenverdienern den Spitzensteuersatz deutlich zu erhöhen: Das bringt sowenig, daß man solches gar nicht ins Auge faßt. Erstmals stellen sich diesmal die Gewerkschaften gegen die SPÖ-Führung und verlangen entsprechende Abänderungen.

**25. November 1994:** Eineinhalb Jahre bedingt erhält in Wien ein pensionierter Bundesheerunteroffizier. Er hatte innerhalb von 2 Jahren rund 300 Autoreifen ausländischer Fahrzeuge zerstochen.

**25. November 1994:** Dem Gemeinderat von Offenhausen liegt ein Resolutionsantrag des Bürgermeisters vor, in welchem der "Verein Dichterstein" ersucht wird, „*seine Tagungen an einem anderen Ort abzuhalten oder überhaupt zu unterlassen*“. Damit sieht Bürgermeister Mittendorfer seine Mittel gegen die "alten Nazis" ausgeschöpft. Ein 1992 eingeleitetes Verfahren wurde von der Staatsanwaltschaft eingestellt. Begründung: Die Denkmalsprüche stammen aus dem 19. Jahrhundert...

**25. November 1994:** In Bayern und Hessen werden rechtsextreme Waffen- und Sprengstofflager ausgehoben: 35 Maschinenpistolen, 4 Maschinengewehre, 92 Gewehre, 70 Pistolen, 40 Handgranaten, 8 Kilo Plastiksprengstoff, 100 Zünder und 22 Kilo Munition werden bei insgesamt 27 Hausdurchsuchungen sichergestellt.

**26. November 1994:** Friedhofschändung in Busenberg (Rheinland-Pfalz), 50 Grabsteine umgeworfen, andere mit antisemitischen Losungen, Hakenkreuzen und Davidsternen beschmiert.

**27. November 1994:** Die grüne Bundessprecherin Petrovic fordert Innenminister Löschnak auf, für das Projekt "GEDENKDIENTST" die nötigen Finanzmittel sicherzustellen.

**28. November 1994:** Sozialdemokraten anderwärts. Der schwedische Außenhandelsminister Hellström sagt in einem STANDARD-Interview: „Vorher haben sie (die schwedischen Unternehmer) gesagt, daß die schwedische Industrie aus der (EU-)Mitgliedschaft großen Nutzen ziehen wird. So ist es nur natürlich, daß sie auch einen Teil der Kosten trägt. Unser Prinzip ist, daß der EU-Beitrag aus der Produktion und nicht durch Reduzierung von Sozialausgaben finanziert wird.“

Wie hat schon vor längerer Zeit jemand den Unterschied zwischen schwedischen und österreichischen Unternehmern beschrieben? Die schwedischen Unternehmer denken sich neue Produktionsmethoden aus, die österreichischen neue Steuererleichterungen...

**28. November 1994:** In Bozen beginnt der Prozeß gegen Karola Unterkirchner, der die Mitwirkung an Sprengstoffanschlägen zur Last gelegt wird.

**28. November 1994:** Norwegen lehnt mit einer Mehrheit von 52,5% den Beitritt zur EU ab.

**29. November 1994:** AMNESTY INTERNATIONAL warnt vor einer Aushöhlung des Asylrechtes in Europa. Es sei eine Vereinheitlichung der europäischen Asylpraxis vonnöten, die den internationalen Standards entspreche, es dürfe aber keine Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners praktiziert werden.

**29. November 1994:** Eine aus Polizisten bestehende Gangsterbande in Italien wird auch verdächtigt, ausländerfeindliche Terror- und Mordanschläge verübt zu haben.

**29. November 1994:** Peinlich für die SPÖ: Nach der Kritik an den üblen Subventionsmethoden der schwarzen Landesregierung in der Steiermark für weit rechtsstehende Publikationen, wird den Sozialdemokraten nun vorgehalten, daß die AULA bei der Firma Leykam gedruckt wird. Aufsichtsratsvorsitzender dort ist der SPÖ-Landesgeschäftsführer Dörflinger.

**30. November 1994:** Vranitzky gibt im Parlament seine Regierungserklärung ab. Haider spricht vom "Verrat an den Schwächsten".

Ein Alternativvorschlag der FPÖ würde allerdings laut Finanzministerium dem Staat Mehrkosten von 70 Milliarden bringen. Wie sehr sich die Freiheitlichen dabei an den "kleinen Leuten" orientieren zeigen einige Beispiele: Mehr Druck in Richtung Überstundenleistung durch einen Überstundenabsetzbetrag, Investitionsprämie für Unternehmer, Steuerfreiheit für Kapitalbildungsrücklagen, Abschaffung der Börsenumsatzsteuer, Anhebung des Investitionsfreibetrages, Verschärfung der Bestimmungen über die Arbeitslosenvermittlungskriterien. Also lauter Dinge, für dich und mich und andere kleine Leute..

**30. November 1994:** Ergebnis einer Wählerbefragung in Wien (wenn am Sonntag GRW wären): SPÖ: 35-36%, FPÖ: 19-20%, Grüne: 15-16%, ÖVP:14-15%, LF: 13-14%. Die Aktien der ÖVP scheinen also ebenso weiter zu fallen wie die der SPÖ...

**Anfang Dezember 1994:** Anlässlich der Weihnachtsamnestie soll Walter Ochensberger begnadigt werden. Anscheinend sitzen im Justizministerium ein paar Leute, die endlich wieder in SIEG die ganze deutsche Wahrheit lesen wollen.

Die Fertigstellung einer Anklageschrift zu den zehn Briefbomben des Vorjahres ist hingegen immer noch nicht zu erwarten. Immer öfters verlautet, daß es gegen Radl und Binder wahrscheinlich zu keiner Anklageerhebung wegen der Anschläge kommen wird und die beiden sich "nur" wegen NS-Wiederbetätigung verantworten müßten. Also: Alles fest im Griff!

**1. Dezember 1994:** PDS-Fraktionschef Gysi und andere Funktionäre treten in Hungerstreik. Nachdem die linke Partei der Einzug in den neuen Bundestag gelungen ist, versucht man nun die unbequeme Partei durch Steuernachforderungen zu ruinieren. Interessant, daß lediglich die PDS als SED-Nachfolgepartei mit Forderungen konfrontiert wird. Die anderen ehemaligen DDR-Blockparteien (Ost-CDU und Bauernpartei, jetzt CDU, LDPD und NDPD, jetzt FDP) erhalten keine Steuernachzahlungsbescheide.

**2. Dezember 1994:** Jägerstätter-Diskussion in Braunau. Der Gemeinderatsbeschuß über die Jägerstätternichtehrung (keine Straße, kein Jägerstätterbrunnen), Jägerstätter als "Ärgernis" für die Kirche (Seligsprechungsprozeß) - das Thema, *Jägerstätter - eine Brücke zur Kriegsgeneration*, kann infolge der weitgehenden Abwesenheit der Kriegsgeneration nicht entsprechend ausgeleuchtet werden. Eine Meinung, die geäußert wird: „Gäbe es mehr Querulanten, dann hätte es auch den Faschismus nicht gegeben“. Für Bürgermeister Skiba ist das Thema noch nicht vom Tisch, Jägerstätter sei eine Chance, eine Entwicklung ein bißchen zu beeinflussen, die sonst in die grauenvolle Richtung von damals ginge.

**3.Dezember 1994:** Lediglich zu Bewährungsstrafen werden zwei tschechische Skinheads verurteilt, die 1993 vier junge Roma in einen Fluß gejagt hatten und sie am Verlassen des Wassers hinderten, bis einer ertrank. Nach Pressestimmen gibt das Urteil die Stimmung großer Bevölkerungsteile wieder. Nur 30% der Tschechen hätten keine rassistischen Vorbehalte.

**4.Dezember 1994:** Mit über 70% stimmen die Schweizer in einer Volksabstimmung der Verschärfung der Ausländergesetzgebung zu.

**5.Dezember 1994:** Für einen Beitritt zur NATO-Partnerschaft anfangs 1995 spricht sich Vranitzky aus. Selbstverständlich unter Neutralitätswahrung...

**5.Dezember 1994:** Ein im PROFIL nachgedruckter offener Brief von Alfred Hrdlicka an Wolf Biermann verhilft wieder einmal den Falschen zur moralischen Entrüstung. Der 1976 aus der DDR ausgebürgerte Biermann, jahrelang gefeierter Dissident, hatte nach der Vereinigung diese schöne Position eingebüßt und bemüht sich nun durch besonderen Eifer um die Gunst der Mächtigen. Den PDS-Sprecher Gysi bezeichnete er als Verbrecher, er möchte es nicht, daß ein Mann wie Gysi im deutschen Bundestag „Gesetze beschließt, unter denen ich leben muß.“ Hrdlicka, der ja nicht gerade für den gentleman-geschliffenen Umgang mit Worten bekannt ist, nennt Biermann einen „Angeber, Opportunisten und Trottel“. Der Stein des Anstoßes: Du willst mit keinen Gesetzen leben, die Gysi beschließt?! Ich wünsche dir die Nürnberger Rassengesetze an den Hals, du angepaßter Trottel!.“ Was doch wohl so zu verstehen ist: Die Nürnberger Rassengesetze wurden ohne die "Gysis" beschlossen (die waren damals schließlich als "Verbrecher" in "Schutzhaft"), da hätte Biermann gewißlich Grund zur Klage, unter solchen Gesetzen nicht leben zu wollen, ja nicht einmal leben zu dürfen. Was Biermann mit seiner Attacke auf Gysi bezwecken wollte, wird von niemandem hinterfragt: Den "Verbrecher" Gysi einsperren, zumindest an der Ausübung seines Bundestagsmandates hindern? Die PDS verbieten?

Unterstützung für Hrdlicka gibt es vom Direktor des Jüdischen Museums in Wien, Julius H. Schoeps, der bestätigt: „Biermann ist in der Tat ein Opportunist und Denunziant“. Der persönliche Referent von Stefan Heym, Ralf Zwengel, sagt, die Gesetze der Nazis seien eben die Folge, wenn man, wie Biermann, die demokratisch beschlossenen nicht akzeptieren könne. Was Biermann mit seiner Attacke aussagen wollte, wird hingegen von niemandem hinterfragt: Haft für Gysi? Verbot der PDS?

**5.Dezember 1994:** SPÖ-Klubobmann Kostelka kritisiert Bundespräsident Klestil, der sich für einen Beitritt Österreichs zur WEU ausgesprochen hatte: „Ich habe jedenfalls kein Verständnis, daß der Bundespräsident vor laufenden Kameras und zum Unverständnis der Bevölkerung Grundpfeiler der Zweiten Republik in Frage stellt.“ Was aber im Klartext auch heißen könnte, man möge an den Grundpfeilern nicht vor laufenden Kameras rühren...

**Anfang Dezember 1994:** Die bei einem rechtsextremen Unternehmer sichergestellten Panzer erweist sich als "Schneepflug, Kran und Pistenraupe". Als solche hatte sie der Besitzer aus der CSR eingeführt. Die rechtsextreme Szene verfügt zwar sogar schon Panzer, aber ansonsten hat sie die Staatspolizei im Griff...

**6.Dezember 1994:** Meinungsumfrage zum Wiener Bürgermeister: Für Michael Häupl (SPÖ) würden bei einer Direktwahl 38% stimmen, Haider, der angekündigt hatte, in Wien Bürgermeister werden zu wollen, könnte derzeit mit 1% der Wähler rechnen.

**6.Dezember 1994:** Ein geläuterter Küssel-Kumpan kommt mit einer bedingten Strafe von einem Jahr davon. Er hatte Küssel in Finanzfragen beraten, sich aber inzwischen aus der Neonaziszene absentiert.

**6.Dezember 1994:** Wegen des Verdachtes des versuchten Amtsmissbrauches und der Anstiftung dazu, erstattet SOS-MITMENSCH Anzeige gegen Sektionschef Matzka vom Innenministerium. Er soll die Anweisung gegeben haben, einen Kurden vor möglichen rechtlichen oder öffentlichen Interventionen abzuschieben.

**8.Dezember 1994:** In einem Interview mit der LINZER RUNDSCHAU sagt MAUTHAUSEN AKTIV-Sprecher Albert Langanke, die Sanierung der Gedenkstätte im ehemaligen KZ Mauthausen erfolge erst 1996, daher sollte die von der RUNDSCHAU vorgeschlagene Landesausstellung in Mauthausen vielleicht anlässlich der Wiedereröffnung zum Jubiläum "1000 Jahre Österreich" durchgeführt werden.

Verstärkt in das Opfergedenken einbezogen soll Hartheim werden, wo 20.000 Behinderte ermordet wurden. Kollege Langanke sucht dazu Kontakte mit Angehörigen von Hartheim-Opfern (MAUTHAUSEN AKTIV, Volksgartenstr.40, 4020 Linz).

**8.Dezember 1994:** In Ankara verhängt das türkische Staatssicherheitsgericht gegen acht kurdische Parlamentarier, die beschuldigt werden, die PKK unterstützt zu haben, hohe Haftstrafen. Die von der

Staatsanwaltschaft geforderten Todesstrafen werden wohl wegen der Interventionen von europäischen Staaten nicht verhängt.

**8.Dezember 1994:** Der grüne Abgeordnete Renolder sagt, Bundespräsident Klestil verlasse mit seinen Aussagen zu einem WEU-Beitritt den sicherheitspolitischen Konsens.

Klestil wird zwar historisch recht behalten, die Neutralität wird in absehbarer Zeit liquidiert werden, bis dahin wird er sich aber auch als volksgewählter Bundespräsident nicht über den geltenden Status hinwegsetzen können..

**9.Dezember 1994:** Ein Funktionär der rechtsextremen SNS wird in der neuen slowakischen Regierung Verteidigungsminister.

**9.Dezember 1994:** Während Hrdlickas ständig nur halb zitierte Biermann-Beschimpfung nahezu durch alle Nachrichtensendungen geistert, geht eine andere Meldung, die es wirklich in sich hat, fast unter: Beim Tiroler Burschenschaftlerkommers hatte der ehemalige dritte Nationalratspräsident Stix (unter Vorlage einer Liste mit Telefonprotokollen) geäußert, die Antifa-Demo würde von den Behörden entsprechend überwacht. Untersuchungen sind angekündigt.

**9.Dezember 1994:** Minister Scholten findet es für notwendig, gegen Hrdlicka ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Na, dazu wünschen wir viel Spaß. Könnte ja glatt sein, daß der Bildhauerprofessor einen Rüffel bekommt, weil er Biermann einen Trottel geheißt hat. Weil für ein solches Schimpfwort ist ja ein Wahrheitsbeweis nicht zulässig. Was am restlichen Satz (siehe 5.12.) disziplinierbar sein soll, ist ziemlich schleierhaft.

**9.Dezember 1994:** Düstere Aussichten für Flüchtlinge. Caritas-Präsident Schüller sagt, die Notmaßnahmen für Flüchtlinge aus Ex-Jugoslawien seien nicht mehr aufrechtzuerhalten, man müsse längerfristige Integrationskonzepte entwerfen.

**10.Dezember 1994:** Der Friedensnobelpreis für Rabin, Peres und Arafat wird offiziell überreicht.

**11.Dezember 1994:** Haider zieht am Sonderparteitag in Klagenfurt Bilanz. Der große Erfolg der FPÖ bei den letzten 24 Wahlgängen seien darauf zurückzuführen, daß die FPÖ flexibel und zukunftsorientiert agiere. In Zukunft werde sich die Partei verstärkt auf Kommunalpolitik und Umweltschutz konzentrieren. Den freiheitlichen Politikern kündigt der Parteiobmann eine Einkommensbeschränkung auf das Fünffache des Durchschnittslohnes an. Für 1998 nimmt Haider an, daß er „*eher als Vranitzky im Bundeskanzleramt sitzen*“ werde.

**11.Dezember 1994:** Eine Riesenmehrheit der Mitglieder (92,1%) spricht sich für die Beibehaltung der Pflichtmitgliedschaft in der steirischen Landarbeiterkammer aus.

**11.Dezember 1994:** Es ist fünfzig Jahre her, daß eine Reihe von Kärntner Widerstandskämpfern in Graz hingerichtet wurde. Immerhin finden sich in Villach rund 300 Menschen ein, um, verspätet, aber doch, diese NS-Opfer zu ehren. Jedes Dorf hat (wie überall in Österreich) sein Kriegerdenkmal, das Gedenken an diejenigen Österreicher, die nicht im gleichen Schritt und Tritt marschiert sind, ist immer noch die Ausnahme.

Richard Zach dichtete 1942 im Gefängnis:

#### **Dem zum Tod verurteilten Genossen**

*»Wenn ich mit meinem Leibe noch den Deinen, mit meiner Brust die Deine decken könnte! O Freund, was hilft jetzt Fluchen, Suchen, Weinen? Das bändigt nicht die Willkür, die uns trennte. Nur eins steht sieghaft über allen Peinen: Ob ich ohnmächtig sinke so wie Du - uns wird die freie Tat ewig dem Leben einen, trotz dunklen Grüften, trotz der Todesruh! Laß uns im Geist die Hände nochmals drücken. Die Henker, die uns schamlos auseinanderreißen, sie rauben viel! Doch nie wird ihnen glücken, uns zu vernichten. Du wirst Sieger heißen!«*

Nein, die Widerstandskämpfer heißen heute in Österreich nicht "Sieger" (siehe auch 14.12.).

**12.Dezember 1994:** Die Diskussion über Hrdlickas Attacke auf Biermann nimmt im STANDARD lustige Züge an. In derselben Nummer findet man eine Äußerung von Gregor Gysi, der sich wundert „*daß das intellektuelle Vermögen so gering ist, um zu verstehen, daß er genau das Gegenteil von dem meint, was ihm jetzt unterstellt wird*“ und ein Beitrag von Lingens ("Hrdlicka - ein Skandal mit System"), der diese Aussage von Gysi bestätigt. Lingens, der sich wenige Wochen vorher sehr dafür eingesetzt hatte, über die Dummheit der Neger und die geschäftliche Gerissenheit der Juden zu diskutieren, entdeckt in Hrdli-

cka einen "linken Nazi", auf den er nun voller Wut einprügeln kann, gemeinsam mit den Antifaschisten aus der FPÖ.

Wäre nicht in derselben Nummer des STANDARDS ein sehr guter Beitrag zum selben Thema von Rudolf Burger gewesen, man hätte sich tatsächlich die weitere Lektüre dieses Blattes überlegen müssen. Interessant überhaupt: Lediglich die NEWS stellen sich vorbehaltlos auf die Seite Hrdlickas, sogar die VOLKSSTIMME ist dumm genug, einen Artikel von Bärbel Danneberg zu bringen, in welchem der Hrdlicka-Spruch über die Nürnberger Rassegesetze für "*nicht entschuldbar*" erklärt wird. Auch hier ist dann auf derselben Seite ein vernünftiger Beitrag von Walter Baier (Ausgabe vom 15.12.).

**13.Dezember 1994:** Die Forderung Haiders an seine Parteifreunde, mit dem Fünffachen des Mindestlohnes als Politikergage zufrieden zu sein, stößt auf wenig Widerstand. Laut Haider sei diese Einkommensbegrenzung "ohne Diskussion" zur Kenntnis genommen worden. Das neue System soll im Laufe 1995 wirksam werden.

Auf einer Klausur des FP-Parlamentsklubs in Tirol werden die Grundzüge der "Dritten Republik" festgelegt: Die repräsentative Demokratie sei in hohem Maße überholt, die Anzahl der Ministerposten soll auf sieben reduziert werden, den Vorsitz im Ministerrat soll die Bundespräsident führen, die Minister sollen nicht ernannt, sondern vom Parlament gewählt werden, das Recht auf Gesetzesinitiativen soll der Regierung entzogen werden, der Bundesrat sei mit mehr Rechten auszustatten. In der Dritten Republik werde es eine allgemeine Wehr- und Dienstpflicht für Männer und Frauen geben.

**13.Dezember 1994:** Walter Schuppich, Robert Jungbluth, Peter Huemer und fünfzig weitere bekannte Österreicher wenden sich mit einem Appell "Schutz dem politischen Flüchtling" an die Öffentlichkeit. „*Es geschieht Unrecht in Österreich (...) Verfolgte, die in unser Land kommen, werden hier ein zweites Mal verfolgt (...)* Es ist die bestehende Gesetzeslage, die Unrecht und Unmenschlichkeit ermöglicht.“

**13.Dezember 1994:** In einer Novelle zum Aufenthaltsgesetz ist vorgesehen, daß Künstler und in Österreich geborene Ausländerkinder nicht mehr auf die Ausländerquote angerechnet werden, die Familienzusammenführung wird vereinfacht, die Vierwochenfrist für den Neuantrag vor Ablauf der Aufenthaltbewilligung abgeschafft, für Studenten und Kapitalisten („*im Hinblick auf den Transfer von Investitionskapital*“) wird eine eigene Quote festgesetzt, also wenigstens auch eine Verbesserung für die Russenmafia..

**14.Dezember 1994:** Überwältigende Mehrheit der Nationalsozialisten und anderer NS-Nostalgiker im Braunauer Gemeinderat. 27 von 37 Gemeinderäten sprechen sich gegen den Jägerstätterbrunnen und die Jägerstätterstraße aus. Bürgermeister Skiba wird von seinen eigenen Fraktionskollegen niedergestimmt. Hitler würde zufrieden sein mit den Braunauer Gemeinderäten. Wäre ja auch ein furchtbarer Skandal, wenn Braunau, die Heimat des Führers, eine Straße hätte, die nach einem hingerichteten NS-Gegner benannt ist. Wir würden vorschlagen: Reißt auch den Mahnstein vor dem Hitlergeburtshaus wieder weg und benennt die vorüberführende Straße um in Adolf-Hitler-Straße, das würde die Kriegsgeneration freuen und vom Gemeinderat endgültig den Makel löschen, dem Führer nicht entsprechend treu zu sein. Im Hitlergeburtshaus könnte man ein Museum einrichten zur Anprangerung der Schandtaten der vaterlandsverräterischen Widerstandskämpfer, die seinerzeit dem deutschen Volk und seinem Führer in den Rücken gefallen sind.

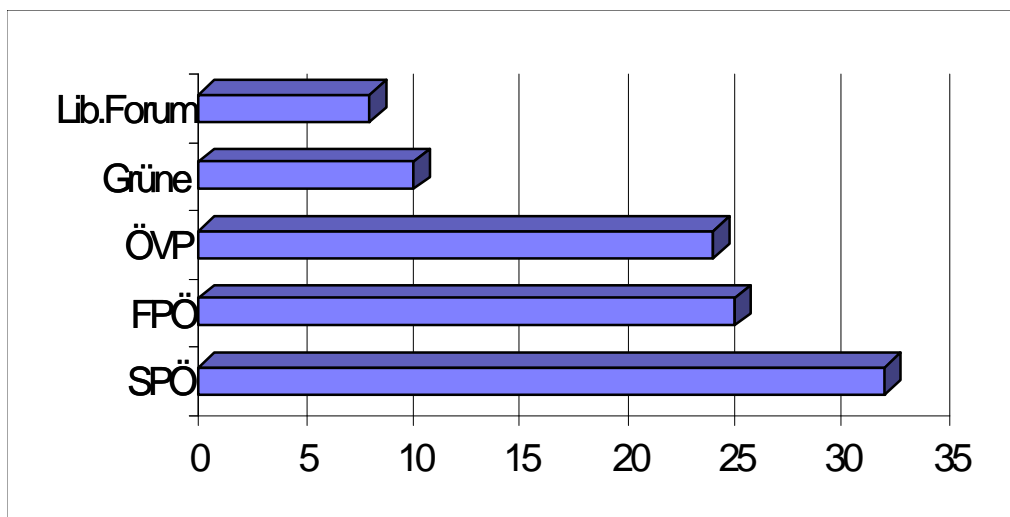
**18.Dezember 1994:** Wahlen in Bulgarien. Die rechtsstehende *Union der demokratischen Kräfte* erleidet eine schwere Niederlage, die *Sozialistische Partei* (vormals Kommunisten) erringt die absolute Mandatsmehrheit.

**19.Dezember 1994:** Die Republik Österreich muß an die *Vereinigung demokratischer Soldaten* eine Entschädigung von 180.000 Schilling bezahlen. So urteilt der *Europäische Gerichtshof für Menschenrechte*: Das Verteidigungsministerium hatte die Verbreitung der Soldatenzeitung DER IGEL in den Kasernen verboten und damit gegen das Recht auf Meinungs- und Informationsfreiheit verstoßen. Ein wahrnehmbarer gesellschaftspolitischer Fortschritt: Seinerzeit als etwa vor oö. Kasernen LINKS UM und ähnliche Publikationen verteilt wurden, waren wir schon froh, wenn uns die herbeigerufene Polizei nicht einspernte...

**20.Dezember 1994:** Heide Schmidt, Sprecherin des LIBERALEN FORUMS, fordert eine Verbesserung des Asylgesetzes. „*Österreich muß wieder ein sicheres Asylland werden.*“

**21.Dezember 1994:** Meinungsumfrage zum Wahlverhalten:





Die FPÖ liegt vor der ÖVP, die SPÖ verliert weiter stark, hat aber mit den GRÜNEN und den LIBERALEN eine Mehrheit. Zur Zeit drohte also kein Vizekanzler Höchtl..

Die Kanzlersympathien lägen so („...angenommen, Sie könnten den Bundeskanzler direkt bestimmen.“):

Franz Vranitzky	44%
Jörg Haider	12%
Madeleine Petrovic	6%
Heide Schmidt	6%
Erhard Busek	5%

Die ständige gehässige Agitation der KRONENZEITUNG gegen Busek zeigt ihren Erfolg.

**21.Dezember 1994:** Unter den Politikern herrscht Katzenjammer. Vermehrt kommt man zur Erkenntnis, daß der allenthalben herrschende Gelddrausch unter den Funktionäre, dem Machtrausch eines bestimmten Funktionärs sehr förderlich ist. Darum schlägt die Kärntner SPÖ Bezugskürzungen vor. So sollen sich die Politgagen in Hinkunft nach dem Durchschnittsnettoeinkommen in Österreich richten: Bundespräsident und Bundeskanzler sollten das 9fache, die Minister und die Landeshauptleute das 7fache, Landesräte das 6fache, Nationalräte das 4fache des jeweiligen Durchschnittsnettoeinkommens erhalten.

**21.Dezember 1994:** Panzersammler Ottokar Pessl wird aus der U-Haft entlassen. Gegen ihn läuft nicht nur ein Verfahren nach dem Kriegsmaterialgesetz, es wird nach einschlägig erfolgreicher Hausdurchsuchung auch wegen des Verdachtes der NS-Wiederbetätigung ein Verfahren eingeleitet.

STAPO-Chef Kessler sagt, ihm falle es schwer, Pessl "nur" als Waffennarr darzustellen, er war seinerzeit in der wegen NS-Wiederbetätigung verbotenen KAMERADSCHAFT BABENBERG engagiert. Die deutsche Wiedervereinigung ließ auch in Österreich die Naziszene aufblühen. Die Ermittlungen zur Briefbombenserie seien laut Kessler „durch Amtsmissbrauch einiger Beamter“, die Informationen an die rechte Szene weiterleiteten, gestört worden.

**22.Dezember 1994:** In den NEWS befaßt sich der als ÖVP-nahe geltende Journalist Alfred Worm mit Alois Mock: Er räumt mit der Legende gründlich auf, der Minister leiste trotz seiner schweren Krankheit Großes. Im Gegenteil. Bei den EU-Verhandlungen in Brüssel brachte er immer wieder die Verhandlungen durcheinander, wurde abgesondert, mischte sich wieder zu längst erledigten Punkten ein. „Die Verhandlungen wurden positiv abgeschlossen - nicht wegen, sondern trotz Mock. Er, der zweifellos im Inland stimmungsmäßig den Weg in die EU ebnete und seine Krankheit politisch gut einzusetzen wußte, hätte um ein Haar die Gespräche zum Platzen gebracht.“ Als Vision des Alois Mock sieht Worm: „eine andere, SPÖ-freie Republik, der des Jörg Haider nicht unähnlich. Österreich als NATO-Mitglied, zumindest Vollmitglied der (noch nicht existierenden) EU-Kampfeinheit WEU. Eine Revision der Watchlist zugunsten des Freundes Waldheim. Eine Vernichtung der Serben. Und eine massive Stärkung des Ö-AAB.“ Interessant ist die Reaktion der anderen Medien. Man ignoriert die Demontage des Außenministers, aber man beginnt kurzzeitig über einen bevorstehenden Rücktritt Mocks zu reden. Jedoch

von selbst geht, der nur noch unter ständiger Medikamenteneinnahme zeitweise agensfähige Mann, nicht.

In derselben Nummer von NEWS wird auch eine Bilanz über acht Jahre Haider-FPÖ gezogen. Bei den NRW 1983 hatte die FPÖ einen Stimmenanteil von 5%, 1986 waren es bei den ersten Wahlen unter Jörg Haider bereits 9,7%, im Jahre 1990 stieg der Stimmenanteil schon 16,6% und erreichte schließlich im Herbst 1994 bei den letzten Nationalratswahlen 22,5%, das ist insgesamt ein Zuwachs auf exakt das 4,5fache. Deutlich über dem Bundesdurchschnitt liegt mit 33,5% Kärnten, darunter liegen das Burgenland (16,7%) und NÖ (18,2%). Das sind aber immer noch Relikte der Besatzungszeit: Der VdU (VERBAND DER UNABHÄNGIGEN, FPÖ-Vorgängerorganisation) hatte von der Gründung 1949 bis 1955 in der sowjetischen Zone reduzierte Entfaltungsmöglichkeiten und der seinerzeitige Startrückstand wurde nie wieder ganz aufgeholt. Erkennlich auch an den immer noch deutlich unterdurchschnittlichen Ergebnissen im Mühlviertel.

Die Zusammensetzung der Wählerschaft hat sich seit 1986 auch stark verändert:

	<u>1986</u>	<u>1994</u>
Selbständige	7	6
Landwirte	2	3
Beamte	6	4
Angestellte	27	20
Arbeiter	22	28
Arbeitslose	1	2
Hausfrauen	12	8
Lernende	4	4
Pensionisten	19	28

Dem deutlichen Minus bei den Beamten, Angestellten und Hausfrauen stehen klare Zugewinne bei den Bauern, Arbeitern und Pensionisten gegenüber.

**23.Dezember 1994:** Die Tiroler SP kündigt eine Ausländeroffensive an. Der ÖGB-Sekretär Kaufmann hatte in der Landtagsdebatte "Stimmen aus dem Volke" zur "Ausländerfrage" wiedergegeben: „*Ihr Politiker sitzt's ja nicht mit den Ausländern am gleichen Häusl!*“, hätte man ihm vorgeworfen. Der neue ÖGB-Chef Schneider will dem nun offensiv gegensteuern, um Ängste abzubauen, aber auch Schwarzbeschäftigung und Lohndumping (die Bundesforste wollten z.B. bosnische Flüchtlinge um einen Stundenlohn von achtzehn Schilling beschäftigen) an den Pranger stellen.

**22.Dezember 1994:** Der rechtspopulistische italienische Regierungschef Silvio Berlusconi wirft das Handtuch. Für die Wähler überall, die einen Hang zu großsprecherischen Pseudovolkstribunen haben, eigentlich ein Lehrstück. Aber es kann leider nicht damit gerechnet werden, daß anderswo Politiker derselben Kategorie deswegen Erfolgseinbrüche erleiden werden.

**24.Dezember 1994:** In Österreich sind zu Weihnachten 700 Menschen in Schubhaft.

**Dezember 1994 1994:** Ein Komitee um den Klagenfurter Universitätsprofessor Gstettner setzt sich für die Errichtung einer Gedenkstätte beim Loibltunnel ein. Dieser Tunnel, der Kärnten mit Slowenien verbindet, wurde in der NS-Zeit durch Zwangsarbeit von Mauthausner KZ-Häftlingen errichtet. Von den rund 800 eingesetzten Häftlingen überlebten nur wenige. Bis Mai 1995 soll eine "Gedenkstätte Loibl-Lager-Nord" errichtet werden.

**29.Dezember 1994:** Die Wahl Christof Zernattos zum Kärntner Landeshauptmann erfolgte korrekt. Das stellt der Verfassungsgerichtshof fest. Die FPÖ hatte die Wahl <sup>3</sup> beeinträchtigt, da über den FPÖ-

---

<sup>3</sup> **7.Juni 1994:** Die FPÖ stellt ihre Verhinderungstaktik in Kärnten ein. Zwar schlägt man noch vor, Ambrozy (SPÖ) solle Landeshauptmann werden, als dieser ablehnt, bleibt man bei der folgenden Abstimmung doch im Saal und ermöglicht dadurch die Wahl Zernattos. Etwas anderes ist der FP wohl auch nicht übriggeblieben. SPÖ und ÖVP hatten vereinbart, bei einem neuerlichen Auszug der FP die bisherige Landesregierung provisorisch bis auf weiteres im Amte zu belassen, außerdem kam der Boykott bei der Kärntner Bevölkerung im weniger an.

Vorschlag, Ambrozy zu wählen, nicht abgestimmt worden war: Die Verfassungsrichter: Da niemand zur Annahme einer Wahl gezwungen werden kann, sei nach der Ablehnung des FP-Vorschlages durch Ambrozy zurecht nicht darüber abgestimmt worden.

**30.Dezember 1994:** Nachdem ein Marokkaner bei einem Unfall ein 15jähriges Mädchen im italienischen Küstenort Torvaianica tödlich verletzt hatte, kommt es dort zu einer regelrechten Jagd auf Ausländer, drei werden durch Schüsse und Messerstiche erheblich verletzt.

Ende des 1. Bandes  
Fortsetzung in Band 2!

Band 1: 1992 - 1994